



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

**Mitteilungen des Vereins für Geschichte an der  
Universität Paderborn**

17,1 (2004)

---

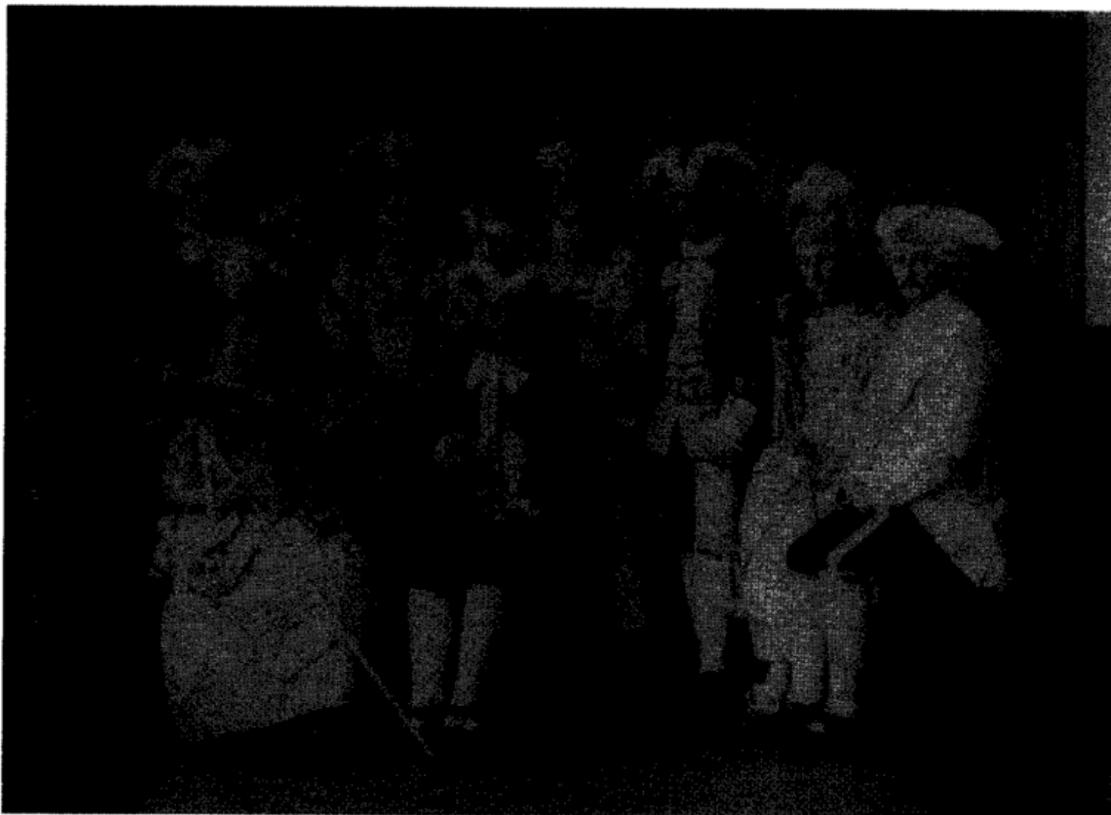
# MITTEILUNGEN

des Vereins für



Geschichte an der

Universität Paderborn



Nr. 17, 2004

Heft 1

# Lebenswerte Vorsorge: Eigentum statt Miete!

Lebens(t)räume erfüllen - aus  
und auf gutem Grund gebaut  
oder als Immobilie gekauft -  
wir beraten Sie gern!



Wir machen  
den Weg frei!



Volksbank  
Elsen-Wewer-Borchen eG

... man kennt uns!



Internet: [www.vb-elsen-wewer-borchen.de](http://www.vb-elsen-wewer-borchen.de) • e-mail: [info@vb-elsen-wewer-borchen.de](mailto:info@vb-elsen-wewer-borchen.de)

# MITTEILUNGEN

des Vereins für  Geschichte an der

Universität Paderborn

Nr. 17, 2004

Heft 1

Titelbild: Foto vom Maskenball der „Harmonie-Gesellschaft“, Fastnacht 1893, in: StadtA Paderborn, Bestand Harmonie-Gesellschaft, V 41. Dargestellt ist eine Tanzgruppe in historischen Kostümen, die eine Rokoko-Anadille tanzt. Beteiligt sind ein Rechtsanwalt, ein Gymnasialoberlehrer und zwei Gerichtsreferendare mit weiblichem Anhang.

#### **IMPRESSUM**

Mitteilungen des Vereins für Geschichte an der Universität Paderborn Nr. 17, 2004, Heft 2.

Herausgeber: Verein für Geschichte an der Universität Paderborn e.V.  
Stettiner Str. 40–42, 33106 Paderborn  
Dr. Margit Naarmann, Prof. Dr. Frank Göttmann, Prof. Dr. Jörg Jarnut

Redaktion: Stefanie Dick, Piepenturmweg 5, 33100 Paderborn  
Claudia Giefers, Am Hilligenbusch 45, 33098 Paderborn  
Ansgar Köb, Zum Brunnen 14, 33156 Lichtenau-Holtheim  
Roland Linde, Pfulstr. 10, 32805 Horn-Bad Meinberg  
Mareike Menne, Balduinstr. 4, 33102 Paderborn  
Joachim Rüffer, Endloser Weg 16, 59494 Soest  
Dr. Michael Ströhmer, Faulensieksweg 11a, 33034 Brakel  
Peter Tilly, Lüneburger Str. 32a, 29223 Celle

E-Mail-Adresse: PeterTilly@aol.com

ISSN: 1437-6660

Für den Inhalt der namentlich gekennzeichneten Beiträge zeichnen die Autoren verantwortlich.

## INHALT

<i>Editorial</i> .....	4
<i>Aufsätze</i>	
DIETMAR KLENKE, Die Paderborner „Harmonie-Gesellschaft“ im 19. und frühen 20. Jahrhundert – Lokale Elitenintegration im Spannungsfeld von liberalkonservativer Konsensbildung und konfessionellen Absonderungstendenzen.....	5
ANGELA WEISBROD, Regional- und Raumbewusstsein in Westfalen. Das Beispiel Lügde im westfälisch-niedersächsischen Grenzraum.....	83
<i>Miszellen</i>	
ALEXANDRA MÜLLER, „Unwirkliche Wirklichkeit“ – Die Entwicklung des Paderborner Kinos von seinen Anfängen als technische Sensation bis zur Etablierung als Massenmedium.....	107
CLAUDIA WESKAMP, Zentren herrschaftlicher Repräsentation im Hochmittelalter – Geschichte, Architektur und Zeremoniell. 4. Symposium des Archäologisch-Historischen Forums vom 8. bis 10. Oktober 2003 in Paderborn.....	117
MAREIKE MENNE, „Die Antike in Westfalen – Tradition und Rezeption“. Bericht über die Regionalgeschichtstagung am 8. November 2003.....	120
ANDREAS MOHR, Emotion, Gewalt und Widerstand. Spannungsfelder zwischen geistlichem und weltlichem Leben in Mittelalter und Früher Neuzeit. Kolloquium des Paderborner MittelalterKollegs am 24/25. Oktober 2003.....	122
ANNE-MARIE HECKER, Das UNESCO-Projektbüro an der Universität Paderborn – Von der Konzeption bis zur Realisierung.....	127
HEINRICH PAVEL, Wann wurde in Paderborn die erste „Zeitglocke“ installiert? .....	129
<i>Rezensionen</i> .....	132
<i>Vereinsnachrichten</i> .....	153
<i>Autorenverzeichnis</i> .....	158

## EDITORIAL

Liebe Vereinsmitglieder,

wieder einmal ist ein Heft unserer *Mitteilungen* fertig gestellt und inzwischen hoffentlich wohlbehalten bei Ihnen eingetroffen. Die Vorbereitung einer Ausgabe ist stets mit viel Arbeit verbunden, die bei uns bis hin zum Versand ausschließlich ehrenamtlich, d. h. neben und zusätzlich zu allen anderen beruflichen und familiären Verpflichtungen, erledigt wird. Ich möchte daher einmal die Gelegenheit nutzen, allen Beteiligten, die durch ihren persönlichen Einsatz das regelmäßige Erscheinen unserer Zeitschrift überhaupt erst ermöglichen – und das sind weitaus mehr, als im Impressum aufgeführt – ganz herzlich für ihr Engagement zu danken!

Außerdem möchte ich Sie schon jetzt auf zwei Veranstaltungen hinweisen: Bei der einen handelt es sich um die nächste **Mitgliederversammlung** unseres *Vereins für Geschichte an der Universität Paderborn e. V.*, die im Herbst dieses Jahres stattfinden wird. Die Einladungen mit dem genauen Termin und der Tagesordnung werden noch versandt werden. Es wäre schön, wenn möglichst viele von Ihnen es einrichten könnten, daran teilzunehmen!

Bei der anderen Veranstaltung handelt es sich um einen **öffentlichen Vortrag**, der im Rahmen eines wissenschaftlichen Symposiums zur Vorbereitung der für 2006 geplanten Canossa-Ausstellung stattfinden wird und zu dem der *VfG* mit einlädt:

**Mittwoch, 29. September 2004, 20.00 Uhr, Aula der Kaiserpfalz Paderborn**

Prof. Dr. Bernd Schneidmüller (Heidelberg)

“Canossa und der harte Tod der Helden“

Und noch ein Letztes: In dieser Ausgabe der *Mitteilungen* finden Sie im hinteren Teil des Heftes ein **Subskriptionsangebot** für Vereinsmitglieder mit einem Preisnachlass von 40% für den von N. Börste, J. Ernesti und K. Hengst herausgegebenen Band „Friedensfürst und guter Hirte. Ferdinand von Fürstenberg, Fürstbischof von Paderborn und Münster“, auf das ich Sie hiermit aufmerksam machen möchte.

Ich wünsche Ihnen noch eine anregende Lektüre!

Herzlich Ihre

Stefanie Dick

# Die Paderborner „Harmonie-Gesellschaft“ im 19. und frühen 20. Jahrhundert

## Lokale Elitenintegration im Spannungsfeld von liberalkonservativer Konsensbildung und konfessionellen Absonderungstendenzen

von Dietmar Klenke

### I. Paderborner Stadtgeschichte jenseits konfessioneller Stereotypisierungen

Wer eine Geschichte der Paderborner „Harmonie-Gesellschaft“ schreibt, wird nicht vermeiden können, sich mit dem auch heute noch grassierenden Klischeebild vom ‚schwarzen‘ Konservatismus auseinanderzusetzen.<sup>1</sup> Will man aber ein angemessenes Bild von dieser lange Zeit tonangebenden Honoratiorenvereinigung zeichnen, wird man die Farbe „schwarz“ recht sparsam verwenden müssen. Eine erhellende, aber irritierende Botschaft hält ein Festlied bereit, das 1928 aus Anlass des 100sten Harmonie-Geburtstages gesungen wurde. Eigens für diesen Anlass geschaffen, offenbarte das Lied bemerkenswerte Seiten im Selbstverständnis der damaligen Festgemeinde, wenn es mahnend hieß: „Werde nie des Rückschritts Beute, schöne Stadt am Paderstrand!“<sup>2</sup> Gegen Ende nahm das Lied diese Mahnung wieder auf und bekräftigte sie in der Maxime: „Wahrer Fortschritt sei dein Streben!“

Wie passte der hier beschworene „wahre Fortschritt“ zum Stereotyp vom ‚schwarzen‘ Paderborn, dessen Katholizismus die liberale Öffentlichkeit Deutschlands seit den frühen 1860er Jahren mit dem Brandmal eines hoffnungslos rückständigen konfessionellen Konservatismus versah. Von Zuschreibungen dieses Zuschnitts war die städtische Elite Paderborns recht weit entfernt. Sie setzte sich im 19. und frühen 20. Jahrhundert mit den großen Zeitfragen ebenso lebendig auseinander, wie dies lokale Eliten auch andernorts taten. Mit den gebildeten Kreisen nicht-katholischer Städte wusste sie sich durchaus auf einer Linie. Dies brachte der gewitzte Texteschmied von 1928 auf subtile Weise zum Ausdruck, indem er dem eingangs zitierten Lied eine Melodie unterlegte, die in recht unkatholischer Manier ein symbolisches Bekenntnis zu den ideellen Werten der deutschen Bildungselite darstellte, für die ein

<sup>1</sup> Dieser Beitrag ist aus einem Festvortrag hervorgegangen, den der Verfasser anlässlich des 175jährigen Jubiläums der „Harmonie-Gesellschaft“ am 13.9.2003 im Historischen Rathaus der Stadt Paderborn gehalten hat. Der „Harmonie-Gesellschaft“ sei an dieser Stelle für die großzügigen Zuwendungen gedankt, mit denen sie die Abfassung und Veröffentlichung dieses Aufsatzes ermöglicht hat. Gedankt sei auch meinem Mitarbeiter Herrn Martin Dröge für die engagierte Unterstützung bei den umfangreichen Quellenrecherchen.

<sup>2</sup> „Hoch Paderborn“, Lieder, gesungen bei der 100jährigen Jubelfeier der „Harmonie-Gesellschaft“ 1928, in: Stadtarchiv (Abk.= StadtA) Paderborn, Bestand: Harmonie-Gesellschaft, V 41.

kirchenunabhängiges Urteilsvermögen in politischen Fragen eine Selbstverständlichkeit war. Als Vorlage hatte der Texter das im frühen 20. Jahrhundert beliebte Studentenlied „Heidelberg, du Jugendbrunnen“ genommen; er durfte es bei den „Harmonie“-Mitgliedern, die zu einem beachtlichen Anteil einen akademischen Hintergrund hatten, als bekannt voraussetzen.<sup>3</sup> Mit dieser Melodie verbanden sich nicht katholische Milieubezüge, sondern im Gegenteil die Wertewelt einer liberalkonservativ, kirchenfern und reichspatriotisch bis nationalreligiös eingestellten akademischen Elite, die der politischen Kultur Deutschlands mit ihren liberalnationalen Visionen und Idealen nachhaltig ihren Stempel aufgedrückt hatte.<sup>4</sup> Diese bildungsaristokratische, am Fortschrittsgedanken orientierte Wertewelt hatte sich seit dem Vormärz als ein mit den überkommenen Konfessionskirchen konkurrierendes weltanschauliches Orientierungssystem etabliert. Darin nahm eine gottgewollte, auf staatsbürgerlicher Gleichheit und liberalen Leistungs- und Bildungsidealen gründende deutsche Nation den ranghöchsten Platz ein, nicht aber die überkommenen Konfessionskirchen einschließlich der transnationalen Konfessionskirche des Katholizismus. Konfessionsferne Vorstellungen waren im Zuge des bürgerlich-industriellen Aufstiegs zu einer solch durch-

<sup>3</sup> Das Lied breitet vor der Kulisse Heidelbergs die Bewährungsfelder studentischer ‚Verwegenheit‘ aus, die Kneipabende, Liebesabenteuer und die Paukböden der Schlägermenschur, typische Attribute des akademischen Nachwuchses. Die Moral der katholischen Studentenverbindungen grenzte sich von diesen, im Lied beschworenen Leitvorstellungen ab, die vorherrschender Ausdruck der damals lebendigen Jugendromantik waren. Mit anderen Worten, die Melodie öffnete symbolisch das Tor zu einer durch und durch unkatholischen Assoziationswelt; vgl. Text und Partitur in: Illustriertes Kommersbuch (Ännchen-Liederbuch). Grosse Textbuch-Ausgabe, Godesberg 1924, S. 191f. – Das in katholischen Studentenverbindungen kursierende „Deutsche Kommersbuch“ des Freiburger Herder-Verlags bot eine in der letzten Strophe ‚zensierte‘ Fassung an, mit Rücksicht auf die „Nichtkoulurstudenten“, wie es erläuternd hieß. Mit anderen Worten, die nichtfarbentragenden strenggläubigen katholischen Verbindungsstudenten sollten in der letzten Strophe nicht das Idealbild des einem exzessiven Triebleben ergebenden Studenten hochleben lassen; vgl. Deutsches Kommersbuch, bearb. von Karl REISERT, Freiburg/Br. 1924, S. 137f.

<sup>4</sup> Vgl. zu diesem Ansatz: KLENKE, Dietmar: Deutsche Nationalreligiosität zwischen Vormärz und Reichsgründung. Zur innen- und außenpolitischen Dynamik der deutschen Nationalbewegung, in: Historisches Jahrbuch 123 (2003), S. 389–447; KRETSCHMANN, Carsten/ PAHL, Henning: Ein „zweites Konfessionelles Zeitalter“? Vom Nutzen und Nachteil einer neuen Epochensignatur, in: Historische Zeitschrift 276 (2003), S. 369–392; in diesen Beiträgen wird die in den 1990er Jahren verbreitete These vom 19. Jahrhundert als einem „zweiten konfessionellen Zeitalter“ in Zweifel gezogen und der Nachweis geführt, dass in den staatstragenden bürgerlichen Schichten Deutschlands ein Trend der Entkonfessionalisierung weg von den überkommenen großen Konfessionskirchen festzustellen war. Dem widerspricht nicht, dass der Kulturkampf vorübergehend die Position der katholischen Kirche im katholischen Bürgertum gestärkt haben dürfte. Entkonfessionalisierung darf in diesem Kontext nicht mit Säkularisierung oder Verweltlichung verwechselt werden, sondern meint, dass sich religiöse Vorstellungen mit ihrer Abwendung von den Konfessionskirchen zu großen Teilen neuen sozialen und geistigen Bezugsfeldern zuwandten, vorneweg der Nation als höchster, auf Gott bezogener Bezugsgröße. Vgl. zur Konfessionalisierungsthese vor allem BLASCHKE, Olaf: Das 19. Jahrhundert. Ein zweites konfessionelles Zeitalter?, in: Geschichte und Gesellschaft 26 (2000), S. 38–75.

schlagenden Interpretationsmacht geworden, dass sie in der Reichsgründungszeit zwischen 1848 und 1880 die widerstreitenden konservativen und fortschrittsorientierten Denkweisen innerhalb der deutschen Eliten zu einem staatstragenden Grundkonsens hatten umformen können. Nicht die an der überkommenen Ständegesellschaft orientierten Konfessionskirchen, sondern ein zunehmend entkonfessionalisiertes und innerweltlich erfolgsorientiertes Bildungsbürgertum erwies sich seit den 1840er Jahren als dynamischer und durchsetzungsstarker Vorreiter zukunftsweisender weltanschaulicher Trends und Visionen.

Mehr, als im heutigen Geschichtsbewusstsein präsent ist, hatten sich im Laufe des 19. Jahrhunderts die deutsche Adelswelt und die überkommenen Konfessionskirchen vor den liberalen Bildungsidealen einer selbstbewusst gewordenen akademischen und industriellen Bürgerwelt verbeugen müssen. Aus diesem Grunde dürfen wir getrost das Klischeebild von der Obrigkeitshörigkeit und Unterwürfigkeit der deutschen Bildungseliten ins Reich der Legenden verweisen, und im Falle der katholisch getauften Bildungseliten das Klischeebild von der Kirchen- und Papsthörigkeit. Vor diesem mentalitätsgeschichtlichen Hintergrund verkörperte „Heidelberg, du Jugendbrunnen“ zu sehr die Romantik selbstbewusster, liberaler, stolzer und sich ritterlich-mannhaft gebender Studentenkorporationen, als dass die Wertewelt des damaligen Katholizismus mit seinen Demutsidealen und seiner gottbezogenen Schicksalsergebenheit damit hätte in Verbindung gebracht werden können. Behutsamer, kontrollierter Fortschritt, deutscher Patriotismus und der Führungsanspruch der akademischen Bildungselite, dies verbarg sich hinter dem im Festlied beschworenen „wahren Fortschritt“, nicht ‚schwarze‘ Unterordnung unter eine kirchliche Hierarchie.

In Paderborn wirkte die Formel vom „wahren Fortschritt“ als wichtiges konfessions- und parteiübergreifendes Leitbild und Bindeglied der Oberschicht. Abgrenzend wirkte sie gegenüber dem konservativen konfessionskirchlichen Autoritarismus auf der einen und überzogenem nationalistischem wie sozialistischem Veränderungsdrang auf der anderen Seite; letzteres konnte man in den Weimarer Jahren am rechten und linken Rand des politischen Spektrums mit sorgenvollem Blick beobachten. Bereits im 19. Jahrhundert hatte sich die hinter dieser Formel verborgene Denkhaltung als kleinster gemeinsamer Nenner erwiesen, den fast alle Mitglieder der Paderborner „Harmonie-Gesellschaft“ zumindest als Diskussions-Plattform akzeptierten, um sich im geselligen Rahmen verständigen und respektieren zu können. Dieser Integrationsanspruch schloss ein: konservative und dogmengläubige Katholiken, sozialreformerische, liberale, nationalpreußisch und kirchenkritisch eingestellte Katholiken, liberale Protestanten, nationalreligiöse Liberale, konservativ-autoritäre Protestanten und liberale Juden. Wie keine zweite Vereinigung führte die Paderborner „Harmonie-Gesellschaft“ die lokale Elite zusammen, die konfessionell und politisch-weltanschaulich sehr vielgestaltig war und das Klischeebild vom ‚schwarzen‘ Paderborn Lügen straft. Zwischen der Gründung im Jahre 1828 und den Jahren der nationalsozialistischen Diktatur behauptete diese Honoratiorenvereinigung nahezu eine Monopolstellung, sofern es um die gesel-

lige Integration der ‚besseren Kreise‘ ging. Nur in den politisch aufgewühlten 1860er und 1870er Jahren, gemeinhin als Reichsgründungs- und Kulturkampfzeit bezeichnet, erwies sich der Integrationsanspruch der „Harmonie-Gesellschaft“ vorübergehend als prekär, geriet ihr Bemühen um eine Ausbalancierung der Gegensätze ins Wanken und drohte ihre Strategie, die erbitterten Auseinandersetzungen in einem geselligen Rahmen zu entschärfen, Schiffbruch zu erleiden. Dies galt vor allem für den Konflikt zwischen kirchengläubigem Konservativismus und modernisierungsfreudigem Liberalnationalismus. Dieser große Richtungsstreit war eng verzahnt mit der Streitfrage, ob einem groß- oder kleindeutschen Nationalstaat der Vorzug zu geben sei. Gemeint ist auf der einen Seite die konservative Vorstellung von einem reformierten deutschen Staatenbund mit der katholischen Habsburgermonarchie als Vormacht und auf der anderen Seite die ‚fortschrittliche‘ Vorstellung eines kleindeutschen Bundesstaates unter der Führung Preußens, das sich liberal reformieren sollte. Der Geist, der in der „Harmonie-Gesellschaft“ wehte, war trotz aller politischen Zurückhaltung eher ein gemäßigt liberaler, kleindeutscher und überkonfessioneller als ein katholischer und großdeutscher. Letztlich hatte die Gesellschaft ihrer vornehmen Zurückhaltung und ihrem Toleranzideal zu verdanken, dass sie bereits in der Schlussphase des Kulturkampfes ihren Integrationsanspruch festigen und selbst entschiedene Verfechter eines katholischen Kulturkampf-Standpunktes wieder einbinden konnte. Mit anderen Worten: Sie vermochte die in den 1860er Jahren sich bemerkbar machenden Absonderungstendenzen des politischen Katholizismus zumindest innerhalb der lokalen Oberschicht zu dämpfen.

Ihre Leistung bestand darin, innerhalb der Elite konfessionelle, politische und berufliche Trennlinien zu überspielen und ungeachtet aller Fremdheits- und Konkurrenzgefühle einen bürgerlich-zivilen Umgang durchzusetzen. Entspannte, lockere Geselligkeit und eine mitunter künstlerisch umrahmte Atmosphäre trugen dazu bei, die unvermeidlichen Interessen- und Machtkämpfe zu dämpfen. Man schuf damit innerhalb der städtischen Kommune ein Klima, in dem man miteinander pragmatisch umgehen und die wirtschaftlichen wie kulturellen Entwicklungspotentiale mobilisieren konnte. Diese Leistung, eine erfolgsorientierte kommunale Selbstorganisation klimatisch zu unterfüttern, darf nicht unterschätzt werden vor dem Hintergrund, dass zum einen die Gefahr der obrigkeitlichen Bevormundung bestand und zum anderen die Gefahr der Selbstblockade, wenn eine Gemeinde von einer politisch zerstrittenen, sich in ideologischen Grabenkämpfen verschleißenden Oberschicht geführt wurde. Die Alternative, dass ein von einer vormodernen adligen Herrschaftselite beherrschtes Staatswesen mehr Politikfähigkeit hätte zur Schau stellen können als eine sich selbst regierende kommunale Bürgergemeinschaft, wirkte so abschreckend, dass die lokale Elite in Paderborn wie andernorts bemüht war, für die Oberschicht einen zentralen Geselligkeitsverein zu institutionalisieren, der als lockerer Rahmen für informelle Austausch-, Verständigungs- und Klärungsprozesse diente. Eine Oberschicht, die vielfältig vernetzt war, lief eben weniger Gefahr, an weltanschaulichen, wirtschaftlichen oder

politischen Gegensätzen innerlich zu zerbrechen. Dieser Einsicht folgte die „Harmonie-Gesellschaft“ auch noch in der Weimarer Epoche, wie ihr das „Westfälische Volksblatt“ aus Anlass ihres 100jährigen Bestehens bescheinigte. Demzufolge schien die exklusive „Abgeschlossenheit“ keineswegs die politische Wirksamkeit vor Ort beeinträchtigt zu haben, sondern im Gegenteil, sie schien ein diskreter kommunikativer Schutzraum gewesen zu sein, in dem sich „im Stillen“, d. h. unter Ausschluss der Öffentlichkeit, ausgleichende Wirkungen entfalten konnten, die dazu beitrugen, dass aus den Reihen der „Harmonie-Gesellschaft“ „bestimmender Einfluß“ auf die kommunalen Geschicke ausgeübt werden konnte.<sup>5</sup>

Unter elitesoziologischem Aspekt wird man sich vor Augen halten müssen, dass Eliten ihren gesellschaftlichen Führungsanspruch nur dann erfolgreich durchsetzen können, wenn sie sich als fähig erweisen, die gemeinsamen Status- und Führungsinteressen über alle internen Gegensätze hinweg gegenüber den unteren Schichten zu verteidigen. Dies leisten sie auf Dauer nur dann – und das macht im Kern ihre Elitetauglichkeit aus –, wenn sie auf sich wandelnde soziale Herausforderungen flexibel zu reagieren verstehen. Dies wiederum setzt Vielgestaltigkeit und Perspektivenreichtum im inneren Kommunikationsraum einer Elite voraus, wenn sie auf neuartige Probleme angemessen reagieren will. Vielgestaltigkeit im Innern lässt sich im Konfliktfall aber nur dann bewältigen, wenn es einen relativ abgeschlossenen kommunikativen Schutzraum gibt, in dem ein konfliktverschärfendes Profilierungsstreben einzelner Elitesegmente gegenüber der Öffentlichkeit nicht zur Entfaltung kommen kann. Dies erfordert notwendigerweise einen lebendigen Korpsgeist und klare Abgrenzung gegenüber den in die Breite gehenden Mittelschichten, wovon nicht zuletzt der gesellige Austausch betroffen ist.

Im Falle Paderborns hatte dies zu bedeuten, dass sich die zahlenmäßig kleine Elite gegenüber einem provinziell und konfessionell denkenden bürgerlichen Mittelstand abgrenzen musste, wollte sie die Standards liberaler Weltläufigkeit wahren und den Anschluss an die dynamische industrielle und kulturelle Entwicklung im preußischen und später reichsdeutschen Staatsverband nicht verlieren. Das setzte eine intensive Auseinandersetzung mit dem preußisch-deutschen Staatsgedanken und der liberalen Fortschrittsidee voraus. Entsprechend gering war die Bereitschaft, mit einem traditionsverhafteten Kirchenmilieu auf enge Tuchfühlung zu gehen, das sich vor allem auf klein- und unterbürgerliche Schichten stützte und von einem statusbewussten und machterprobten Klerikerstand angeführt wurde, der die überkommene Hierarchie über den freien Wettstreit der Meinungen stellte und die Modernisierungsbestrebungen des bürgerlichen Zeitalters mit großer Skepsis betrachtete. Das Selbstbewusstsein der stark vom akademischen Element geprägten Paderborner Elite war zu sehr vom

<sup>5</sup> Zur Jahrhundertfeier der Harmonie-Gesellschaft, in: Westfälisches Volksblatt (Abk. = WVb) vom 8.6.1928.

bildungsaristokratischen Ideal des freien, weltläufigen Diskurses geprägt, als dass sie sich mit der provinziellen Abgeschlossenheit des Paderborner Raumes hätte zufrieden geben können. Wollte sie an den bewegenden Zeitfragen Anteil nehmen, musste sie sich zumindest auf der Ebene der massenmedialen Kommunikation metropolitane Standards zu Eigen machen. Damit erwies sich der Zugang zum Zeitungswesen als Schlüsselproblem. Um die Enge der lokalen Medienöffentlichkeit zu überwinden, handelte die Paderborner Elite nach dem gleichen Muster wie die Eliten auch anderswo: Sie richtete im Rahmen ihrer Honoratiorenvereinigung ein Lesekabinett ein, das sich mit einem breiten Angebot an Zeitschriften und Zeitungen zu einem Nervenzentrum des Elitendiskurses entwickelte. Dies geschah spätestens in den frühen 1840er Jahren, der großen Aufbruchzeit des liberalen Bürgertums. Das Faktum, dass die „Harmonie-Gesellschaft“ während der Revolution von 1848 in ihren Räumen dreizehn das politische Spektrum gut abdeckende Zeitungen bereithielt, deutet darauf hin, dass es in dieser Vereinigung eine weit in den Vormärz zurückreichende massenmedial gestützte Debattenkultur gab.<sup>6</sup> Mit ihrem pluralistisch zugeschnittenen Zeitschriftenangebot stand die „Harmonie-Gesellschaft“ unverkennbar in der aufklärerischen Tradition der frühliberalen Lesegesellschaften, die mittels gemeinsamer Lektüre das informationelle Monopol der überkommenen Herrschaftsstände hatten brechen wollen, indem sie sich als Gebildete lesend und debattierend eigene politische Deutungs-, Verhandlungs- und Führungskompetenz erarbeiteten.

Das Paderborner Modell, die Oberschicht in nur einer einzigen Honoratiorenvereinigung zusammenzuführen, verlangte allen Beteiligten ein hohes Maß an Toleranz, Fremdverstehen und Kompromissbereitschaft ab. Dies galt vor allem für konfliktreiche Zeiten. Der Vergleich mit kontrastierenden Verhältnissen in anderen Städten fordert die Frage heraus, welche Ursachen der stetigen, kaum von dramatischen Brüchen geprägten Entwicklung in Paderborn zugrunde gelegen haben. Eine Antwort will der nachfolgende Beitrag geben. Im Mittelpunkt wird dabei diejenige Phase in der Geschichte der „Harmonie-Gesellschaft“ stehen, in der sich im Zuge des bürgerlich-liberalen Aufschwungs um die Mitte des 19. Jahrhunderts das Modell der überkonfessionellen und überparteilichen Elitenintegration verankern konnte. In dieser Zeit rasanter industrieller und politischer Wandlungsprozesse zeigte sich die „Harmonie-Gesellschaft“ auch der schwierigen Herausforderung, die von katholischen Absonderungstendenzen ausging, gewachsen. Dass sie ihre monopolartige Stellung als Honoratiorenvereinigung in der Umbruchphase zwischen 1848 und 1880 zu verteidigen wuss-

<sup>6</sup> Bericht über die Mitgliederversammlung der Harmonie-Gesellschaft vom 13.12.1849, Nachricht aus Paderborn vom 14. Dezember, in: Westfälische Zeitung (Abk.= WZ), Nr. 297, 15.12.1849. – Um die Jahreswende 1848/49 reichte das Spektrum der abonnierten Zeitungen von der liberaldemokratischen „Westfälischen Volkshalle“ aus Münster über die liberalkonservative Augsburger „Allgemeine Zeitung“ bis hin zur reaktionär-konservativen „Neuen Preußischen Zeitung“ aus Berlin.

te, lenkt den Blick auf die besonderen Voraussetzungen, unter denen sich in Paderborn im 19. Jahrhundert die lokale Elitenbildung als kommunikativer Prozess vollzog. Die Integrationsleistung, die dabei von der „Harmonie-Gesellschaft“ erbracht wurde, erschließt sich nur über eine detaillierte Analyse der vielgestaltigen Kontaktnetze, in die die Mitglieder der „Harmonie-Gesellschaft“ in konfessioneller, sozialer und politischer Hinsicht eingebunden waren. Als besonders belastend erwiesen sich die konträren konfessionellen und politischen Identitäten.

Elitenintegration im Rahmen einer einzigen Honoratiorenvereinigung war nicht selbstverständlich. Es gab Städte, in denen gegeneinander stehende Elitenvereinigungen Anteil an der konfessionellen, politischen und sozialen Zerklüftung der lokalen Gesellschaft hatten. Mancherorts gingen die gegeneinander arbeitenden Honoratiorenclubs unter, wenn sich wirtschaftliche und politische, von Krisen begleitete Umbrüche vollzogen. Eindrucksvoll hoben sich von der kaum gebrochenen Kontinuität der Paderborner „Harmonie“ die gut untersuchten Verhältnisse in Münster und Augsburg ab. Dort zeigten die Elitesegmente eine starke Neigung, sich nach konfessionellen, berufsständischen oder politischen Trennlinien gesondert zusammenschließen. In Münster machten sich bis in die 1860er Jahre zwei rivalisierende Honoratiorenclubs auf der Basis konfessioneller Trennlinien das Terrain streitig: zum einen der „Civilclub“ als gesellige, eher kirchenferne liberalkonservative Begegnungsstätte der höheren Beamtschaft und der gehobenen Bildungsschicht, ergänzt um reichere Kaufleute, und der „Zwei-Löwen-Club“ als Honoratiorenvereinigung alteingesessener katholischer Kaufleute, gehobener Handwerker und katholisch gesinnter Beamter.<sup>7</sup> In den Umbrüchen der 1840er und 1850er Jahre gerieten beide Vereinigungen auf Grund ihrer Abschottungstendenzen in eine schwere Krise, die den „Civilclub“ als Honoratiorenvereinigung in seinem Rang zurückwarf und den hochverschuldeten „Zwei-Löwen-Club“ nötigte, mit einem neuen Eliteclub zu fusionieren, der aus liberalprotestantischen Beamten sowie kirchenfernen und wirtschaftlich erfolgreichen Bürgern bestand. Als Preis für diese Überlebenshilfe gab der „Zwei-Löwen-Club“ sein konfessionelles Sonderbewusstsein auf, eine Verbeugung vor der Finanzkraft der neu hinzukommenden Club-Mitglieder. Erst die aus der finanziellen Not geborene Öffnung des „Zwei-Löwen-Clubs“ gegenüber aufsteigenden Segmenten der Münsterschen Elite ließ diese Vereinigung nach 1867 zum unangefochtenen Honoratiorenclub Münsters werden. In Augsburg verlief die Entwicklung noch dramatischer: Dort erstarrten die konkurrierenden Eliteclubs, die „Harmonie-Gesellschaft“ als Vereinigung der alteingesessenen reichsstädtischen Kaufmannschaft und der Club „Tivoli“ als Vereinigung der Beamtschaft und des Militärs in ihrem Traditionalismus so sehr, dass sie in den 1840er Jahren den Anschluss an den Industrialisierungsprozess mit

<sup>7</sup> KILL, Susanne: Das Bürgertum in Münster 1770–1870: bürgerliche Selbstbestimmung im Spannungsfeld von Kirche und Staat, München 2001, S. 37ff., S. 263f., S. 271ff.

seiner neuen Unternehmerelite verpassten und eingingen.<sup>8</sup> Beerbt wurden sie von der „Gesellschaft Frohsinn“, die in den 1850er Jahren auf soliderer Grundlage auch die neuen und erfolgreicherer Segmente der Augsburger Oberschicht zu erfassen suchte und damit sowohl ihren Exklusivitätsanspruch als Eliteclub als auch ihre Überlebensfähigkeit sicherte.

In Paderborn verhinderte die „Harmonie-Gesellschaft“ mit einer geschickten, Offenheit gegenüber aufsteigenden Elitegruppen beweisenden Integrationspolitik, dass neben ihr eine ernst zu nehmende Konkurrenzvereinigung hochkam. Selbst die Gründung einer katholisch-konservativen Bürgervereinigung im Jahre 1864 stellte keine echte Konkurrenz als Eliteclub dar, weil sich in diesem „Bürgerverein“ in den scharfen konfessionspolitischen Kämpfen der 1860er Jahre nur eine Minderheit der katholischen Oberschicht absonderte, die zu wenig personelles und finanzielles Potential mitbrachte, um sich als neue gesellige Elitenvereinigung mit Exklusivitätsanspruch etablieren zu können.<sup>9</sup> Der Verein legte es wohlweislich auf eine Öffnung in Richtung des bürgerlichen Mittelstandes an und war obendrein darauf bedacht, Aufgaben eines politischen Wahlvereins als Vorläufer der späteren katholischen Zentrumsparterie wahrzunehmen, dies im Gleichklang mit ähnlichen parteiartigen Gruppenbildungen in anderen katholisch geprägten Städten des westdeutschen Raumes. Weil es dem „Bürgerverein“ an Exklusivität mangelte, fiel es der „Harmonie-Gesellschaft“ nicht schwer, bereits auf dem Höhepunkt des Kulturkampfes das kirchlich-konservativ gesinnte Elitesegment Paderborns wieder stärker zu integrieren.<sup>10</sup>

Eine ähnlich weitsichtige, neue Trends aufgreifende Rekrutierungspolitik verfolgten die „Casino-Gesellschaften“ in Köln und Frankfurt und die „Ressource“ in Bielefeld.<sup>11</sup> In Frankfurt öffnete sich die „Casino-Gesellschaft“ seit den 1830er Jahren rechtzeitig gegenüber der aufsteigenden Gruppe jüdischer Bankiers, um ihren Status als Honoratiorenvereinigung zu wahren, und dies trotz massiver antijüdischer Ressentiments in der Frankfurter Stadtbürgerschaft.<sup>12</sup> Hier zeigt sich eine interessante Parallele zu Paderborn, wo sich die „Harmonie“ nach dem Muster des Frankfurter „Casinos“ ebenfalls gegenüber erfolgreichen jüdischen Kaufleuten und Bankiers öffnete und damit der wirtschaftsliberalen Umgestaltung der deutschen Gesellschaft Rechnung trug, allerdings auf Grund des späteren Eintritts in das moderne Industrie-

<sup>8</sup> MÖLLER, Frank: Bürgerliche Herrschaft in Augsburg 1790–1880, München 1998, S. 129ff., S. 173ff., S. 345f.

<sup>9</sup> HOHMANN, Friedrich Gerhard: Die Anfänge des Paderborner Bürgervereins 1864–1870, in: Westfälische Zeitschrift 140 (1990), S. 315–333.

<sup>10</sup> HOHMANN, Bürgerverein.

<sup>11</sup> ROTH, Ralf: Stadt und Bürgertum in Frankfurt am Main, München 1996; METTELE, Gisela: Bürgertum in Köln 1775–1870. Gemeinsinn und freie Association, München 1998; TENFELDE, Klaus: Die „Gesellschaft Ressource“ von 1795. Bielefelder Kaufleute und Vereinswesen im Übergang zur Industriegesellschaft, in: Jahresbericht des Historischen Vereins für die Grafschaft Ravensberg 83 (1996), S. 49–64.

<sup>12</sup> ROTH, Bürgertum in Frankfurt, S. 352f.

nung trug, allerdings auf Grund des späteren Eintritts in das moderne Industrie- und Kommerzzzeitalter um zwei Jahrzehnte phasenversetzt. Wie in Frankfurt setzte man sich über antijüdische Einstellungen in den unteren Schichten und im katholischen Kirchenmilieu hinweg.<sup>13</sup> Auch die kommerziell ausgerichtete Kölner Oberschicht bewies große Wendigkeit: Nach der Angliederung an Preußen wusste sie die zunächst nicht gerade hochgeschätzte preußische Beamtenschaft in die „Casino-Gesellschaft“ zu integrieren und vollbrachte um des wirtschaftlichen Fortschritts willen die kaum zu überschätzende Integrationsleistung, liberales rheinisches Wirtschaftsbürgertum und preußischen Beamten-Dirigismus in einem geselligen Rahmen erfolgreich zusammenzuführen, auch wenn dies mitunter, etwa bei rigiden Zensurmaßnahmen im Vormärz, zu inneren Zerreißproben führte.<sup>14</sup>

## II. Besonderheiten der Paderborner Situation

Ihre Integrationsfähigkeit verdankte die Paderborner „Harmonie“ dem Zusammenspiel einer Vielzahl von Faktoren. Am wenigsten spezifisch waren die gewaltigen sozialen und technisch-ökonomischen Veränderungen, die spätestens seit den 1840er Jahren bis in entlegene Provinzstädte spürbar wurden, vorneweg die Gewerbefreiheit, die wachsende Konkurrenz und der Bevölkerungszuwachs. Um 1850 kam die Verkehrsrevolution hinzu, als die Stadt Anschluss an das überregionale Eisenbahnnetz fand und ab Sommer 1855 von der durchgängig befahrbaren Ost-West-Magistrale zwischen Aachen und Leipzig zu profitieren begann.<sup>15</sup> Ab 1854 nahm auch ein Gaswerk seinen Betrieb auf, das die Beleuchtungsverhältnisse auf eine neue Grundlage stellte, – ein weiteres untrügliches Zeichen, dass auch Paderborn in das industrielle Zeitalter eintrat. In diesem neuen Zeitalter bedurfte es starker ausgleichender Kräfte und Bindungen, die die verunsichernden Wirkungen der Marktgesellschaft mit ihrer individualisierenden Wettbewerbsorientierung auffingen und das Bedürfnis nach Geborgenheit und Halt befriedigten. In solch einer Lage erwies sich als geradezu übermächtiger Trend, dass die männlichen Träger der modernen Wettbewerbsgesellschaft ihre Konkurrenzbeziehungen entschärften, indem sie in der Freizeit neue gemeinschaftliche Bindungen aufbauten. Dies taten sie in vielerlei Geselligkeitsvereinen, wobei die Oberschicht spezifische Club- oder Casino-Gesellschaften bevorzugte, die lockere Formen des geselligen, zugleich aber geistig gehobenen Austausches praktizierten und einen hohen Aufwand betrieben, um ihren Mitgliedern unterhaltsspielerische und ästhetisch anspruchsvolle Zerstreuung zu bieten.

<sup>13</sup> Festschrift 100 Jahre Harmonie-Gesellschaft Paderborn 1828–1928, S.61ff., in: StadtA Paderborn, V 41. Diese Festschrift ist als Reprint abgedruckt in: 150 Jahre Harmonie-Gesellschaft Paderborn 1828–1978, Paderborn 1978; HOHMANN, Friedrich Gerhard: Paderborner Geldinstitute vom 18. Jahrhundert bis 1945, in: Westfälische Zeitschrift 133 (1983), S. 159–232.

<sup>14</sup> METTELE, Bürgertum in Köln, S. 169ff.

<sup>15</sup> Aus dem Westfälischen, 28. August, in: WZ, Nr. 205, 2.9.1855.

Kommen wir zu den spezifisch lokalen Voraussetzungen, unter denen sich die Paderborner „Harmonie-Gesellschaft“ etablieren konnte. In Paderborn ging die „Harmonie-Gesellschaft“ 1828 aus dem Zusammenschluss von eingewachsenem Wirtschaftsbürgertum, gehobener Bildungsschicht und neuer preußischer Beamenschaft hervor, wobei lange Zeit der Juristen- und Richterstand eine tonangebende Rolle spielte, was damit zusammenhing, dass Paderborn ein herausgehobener Standort des Gerichtswesens war. So befand sich dort bis zur großen Gerichtsreform der 1870er Jahre das Obergericht für den Regierungsbezirk Minden.<sup>16</sup> Dies führte dazu, dass in der „Harmonie“ von Beginn an staatsbewusste liberale Beamte, gehobenes liberales Wirtschaftsbürgertum, protestantische Bildungsbürger und katholische Traditionalisten und Konservative zusammentrafen und einen geselligen Rahmen schufen, in dem sie einen elitegemäßen Umgang jenseits staatlicher und kirchlicher Gängelung pflegen konnten. Immerhin trafen in Paderborn scharf konkurrierende Deutungseliten aufeinander, eine kirchlich-hierarchische Elite mit einem ehemals reichsständischen Suffraganbischof an der Spitze und eine staatsbezogene akademische Elite, deren bildungsbürgerliches Elite- und Sendungsbewusstsein dem des Klerus in nichts nachstand. Obendrein genoss die weltliche Deutungselite den strukturellen Vorteil der staatlichen Herrschaftsausübung.

Vor diesem Hintergrund war für die Gründungsgeschichte der „Harmonie-Gesellschaft“ von unschätzbarem Vorteil, dass die Initiative nicht allein von alteingesessenen katholischen Honoratioren ausging, sondern von vornherein auch das neuartige preußische Beamtenelement mit seinem in Teilen protestantischen Gepräge eine sehr wichtige Rolle spielte. Dieser Umstand beugte einer traditionalistischen Abschottung der Alteingesessenen nach Augsburger und Münsteraner Muster vor. Die Bereitschaft der Alteingesessenen, sich zu öffnen, hatte aber noch weitere Gründe: Zum Ersten war aus der Perspektive des katholischen Bürgers ein einträgliches, konstruktives Zusammenwirken mit den preußischen Behörden, einer liberal gesinnten Beamenschaft und erfolgreichen jüdischen Unternehmern aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen notwendig und attraktiv, so dass der Anreiz groß genug war, die konfessionelle Identität mit Blick auf die beruflichen Interessen und die Entwicklungsperspektiven der Stadt zurückzustufen. Um des beruflichen Erfolgs willen setzte man als Katholik den geselligen und zugleich beruflich nützlichen Kontakt mit den Andersgläubigen nicht so ohne weiteres aufs Spiel. Ohnehin lagen im Trend der Zeit liberale und nationale Aufstiegsvisionen, die spätestens seit den 1830er Jahren auch das Lebensgefühl erfolgreicher Katholiken zu prägen begannen; dies war europaweit zu beobachten. Aufstiegsorientierte Paderborner Katholiken betrachteten die Einbindung ihrer Stadt in den preußischen Staatsverband sogar als ungemein positive Entwicklungschance. Der sich modern gebende protestantische Großstaat brachte der

<sup>16</sup> 100 Jahre Harmonie-Gesellschaft, S. 24, S. 55ff.

Stadt vielerlei Vorteile, nicht zuletzt wegen der Stellung als Gerichtsstadt für den gesamten Regierungsbezirk. Dies verschaffte der Stadt vielerlei Anregungen und obendrein die Kaufkraft der gehobenen Beamtschaft. Entsprechend sorgenvoll schaute man um 1860 auf Bestrebungen, die die westfälische Gerichtslandschaft an die der anderen Provinzen mit in der Regel nur einem Obergericht anpassen wollten.<sup>17</sup> Es ging darum, eine gewisse Überversorgung abzubauen. Wer mit wachem Blick die Situation der Stadt betrachtete, wusste zu genau, dass man etwas zu verlieren hatte, falls die Loyalität gegenüber dem konfessionell fremdartigen Staat zu wünschen übrig ließ. Den Pragmatismus der katholischen Stadtbürgerschaft wusste auch der Landrat des Paderborner Kreises in den 1860er Jahren richtig einzuschätzen, wenn er mit Blick auf die distanzierte Haltung der Bistumskirche gegenüber dem preußischen Staat feststellte, dass sich zumindest die gehobenen katholischen Bürgerkreise mit dem preußischen Element bestens arrangiert hätten. Er machte das vor allem an der gefestigten Stellung der „Harmonie-Gesellschaft“ fest. In ihr habe es, so seine leicht glättende Darstellung, zu keiner Zeit „Unannehmlichkeiten“ zwischen den „Bürgern“ und „Beamten“ gegeben. Über die alteingesessenen Mitglieder dieser Vereinigung urteilte er: „[Die] Bewohner der Stadt Paderborn, besonders diejenigen, welche die Harmonie besuchen, [sehen] sehr wohl ein, daß ihre Existenz wesentlich von dem guten Einvernehmen mit den Beamten und dem Verbleiben der Behörden hierselbst abhängt.“<sup>18</sup> Mit dem Letztgenannten spielte er auf die Gefährdung Paderborns als Gerichtsstandort an. Unter den genannten Voraussetzungen sah ein gewichtiger Anteil der katholischen Elite keinerlei Veranlassung, eine Elitenvereinigung auf konfessioneller Basis zu gründen (s. Abb. 1).

Ein zweiter Faktor begünstigte die Öffnung der alteingesessenen Stadtbürgerschaft. Es handelte sich dabei um die doktrinäre und autoritäre Ausrichtung der örtlichen Bistumskirche, die in den industriellen Umbruchjahren nach 1850 auf die gehobene katholische Bürgerwelt eher befremdlich als anziehend wirkte und damit konfessionalistischen Absonderungswünschen jede Grundlage entzog. Vor allem wirkte die konservativ-papistische Einstellung des 1856 ernannten Bischofs Konrad Martin auf liberale und kirchenunabhängig denkende Katholiken eher abstoßend. Ein Gleiches galt für das streng konfessionalistisch argumentierende „Westfälische Kirchenblatt“ Ferdinand Schöninghs, aus dem in den frühen 1860er Jahren das „Westfälische Volksblatt“ herauswuchs.

<sup>17</sup> Ein Provinzialobergericht im Westfalen statt der vier Obergerichte, in: WZ, Nr. 19, 22.1.1860. Gemäß der preußischen Justizreform von 1849 gab es in der Provinz Westfalen vier Appellationsgerichte als Berufungsinstanz, in Arnberg, Hamm, Münster und Paderborn.

<sup>18</sup> Schreiben des Landrates des Kreises Paderborn an die königliche Regierung in Minden vom 22.6.1864, in: StA Detmold, Regierung Minden, M 1 I P, Nr. 358, Bl. 214. In diesem Schreiben begründet der Landrat, warum er den Antrag der „Harmonie-Gesellschaft“, Korporationsrechte im Sinne einer juristischen Person verliehen zu bekommen, befürwortet (s. auch Abb. 1).





In dieser Epoche des industriellen Umbruchs machte es auch das Papsttum den gebildeten Paderborner Katholiken nicht leicht, ungebrochene Kirchentreu zu beweisen. Denn der römische Oberhirt war seit der Revolution von 1848 zu sehr in die inneritalienischen Machtkämpfe verstrickt, als dass er auf liberal gesinnte Katholiken hätte attraktiv wirken können. Im Rückblick haben auch katholische Historiker die Epoche bis zum endgültigen Untergang des Kirchenstaates als tragische Krisenepoche in der Geschichte ihres Oberhauptes empfunden, das im zähen Festhalten am Kirchenstaat seine geistliche Autorität aufs äußerste strapazierte und damit die große Chance verspielte, rechtzeitig auf die Fragen der Zeit zu antworten.<sup>19</sup> Erst der Nachfolger Pius' IX., Papst Leo XIII., sah sich im Stande, die Ideale der christlichen Humanität an die Epoche der bürgerlich-industriellen Wettbewerbsgesellschaft anzupassen und zeitgemäße Antworten zu formulieren. Die Kluft zwischen aufstiegsorientiertem Bürgertum und konservativem Klerus hätte kaum größer sein können als in der Hochphase des europäischen Liberalismus zwischen 1840 und 1880, dem sogenannten Victorianischen Zeitalter, das unverkennbar auch im Denken der Paderborner Elite seine Spuren hinterließ, gleich welcher Konfession. Die Ordnungsvorstellung, dass Gott sich die Menschheit in bürgerliche Nationen gegliedert vorgestellt habe, und dass von liberalen Regierungen geführte Nationen Garanten des allgemeinen Menschheitsfortschritts seien, beherrschte das Denken der deutschen Eliten so sehr, dass alle konfessionellen Ordnungsentwürfe, die am vernationalen und vorbürgerlichen Ständezwischenalter festhielten, in die Defensive gerieten, auch die transnationale katholische Vorstellung einer universalen Kirchlichkeit, der wir als heutige Europäer trotz ihrer stark ausgeprägten hierokratischen Elemente erheblich mehr Verständnis entgegenzubringen vermögen, als dies etwa dezidiert liberal und national eingestellte Katholiken des 19. Jahrhunderts hätten tun können. Damals wusste man noch nicht, wie schnell die liberalen, auf Markt und Wettbewerb setzenden Wohlfahrtsverheißungen an ihre Grenzen stoßen würden, wie sehr die Marktgesellschaft karitativer und sozialpolitischer Abfederung zum Schutz des Schwächeren bedurfte und zu welchen Exzessen religiös aufgeladene Nationalismen im Stande sein würden. Noch träumte der europäische Liberalismus bis zum großen Börsenkrach von 1873 von der goldenen Zukunft eines friedfertigen, die Menschheit vervollkommnenden globalen Wettbewerbs unter freien Bürgernationen. Insofern konnte vor dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts die über weite Strecken berechtigte katholische Kritik am zeitgenössischen Liberalnationalismus kaum auf Gehör treffen. Erschwerend kam hinzu, dass in Preußen der katholische Konservatismus, eingeklemt zwischen kirchenfeindlichem Liberalnationalismus und protestantischer Konkurrenz, bei scharfen Abwehrreaktionen Zuflucht

<sup>19</sup> BUCHHEIM, Karl: Ultramontanismus und Demokratie. Der Weg der deutschen Katholiken im 19. Jahrhundert, München 1963; LILL, Rudolf: Geschichte Italiens vom 16. Jahrhundert bis zu den Anfängen des Faschismus, Darmstadt 1980.

suchte, die auf voraufklärerisches Traditionsgut zurückgreifen ließen, d. h. auf magisch-symbolische Formen, auf eine charismatische Überhöhung des Priester- und Papstamtes und auf eine doktrinär anmutende Verurteilung des Liberalismus. Damit glaubte ein traditionsverhafteter Klerus den Kampf mit den Deutungseliten der bürgerlichen Moderne aufnehmen zu können. Als Vorbild diente der verzweifelte Abwehrkampf des Papstes gegen den italienischen Liberalnationalismus und dessen Ambitionen auf den Kirchenstaat. Wichtige Marksteine setzte die katholische Mobilisierung mit der Verkündigung des Dogmas von der unbefleckten Empfängnis Mariens im Jahre 1854, mit dem „Syllabus errorum“ von 1864, der das liberale Verfassungsdenken frontal angriff, und mit dem Unfehlbarkeitsdogma des I. Vatikanischen Konzils. Als sich im Herbst 1859 auch in Paderborn eine sehr selbstbewusst auftretende liberale Gruppierung bemerkbar machte, erhielt der Abwehrkampf des katholischen Traditionalismus auch eine lokale Dimension.

Eine dritte Voraussetzung begünstigte die Öffnung der Alteingesessenen gegenüber den Neuankömmlingen. Es war die bescheidene Größe Paderborns, die der Bildung konkurrierender Elitenvereinigungen bereits aus materiellen Gründen gewisse Grenzen setzte. Immerhin hatten Eliteclubs im 19. Jahrhundert umfangreiche Aufgaben wahrzunehmen, die beträchtliche Ressourcen banden: Sie waren zumeist, so auch in Paderborn, ein Forum des geselligen Austausches über allgemeine Zeitfragen mit entsprechend ausgestatteten Clubräumen, sie hielten zur Befriedigung der Informationsbedürfnisse ihrer Mitglieder ein breites, überparteilich und überkonfessionell ausgerichtetes Angebot an Zeitungen und Zeitschriften bereit, sie stellten Spieltische (Billard etc.) und andere Spiele zur Verfügung und organisierten Tanz-, Konzert- und Theaterveranstaltungen, die dem gehobenen Geschmack des Akademikers entgegenkamen. Dies alles wollte finanziert werden und setzte voraus, dass eine gewisse ‚kritische Masse‘ an Mitgliedern nicht unterschritten wurde, und diese kritische Grenze wäre angesichts der bescheidenen Einwohnerzahl Paderborns in der Mitte des 19. Jahrhunderts (10.000 bis 12.000 Einwohner) schnell erreicht gewesen, wenn es zwei Elitenvereinigungen gegeben hätte. Auch die Paderborner „Harmonie“ unterhielt eigene Clubräume, wenn auch gemietet, darunter einen 1841 eröffneten großen Veranstaltungssaal für Festveranstaltungen und Bälle sowie ein Lesezimmer mit einem ansehnlichen Angebot an Zeitschriften.<sup>20</sup> Nur wer zu solch einer Einrichtung Zugang hatte, konnte seinen geistigen Horizont durch Lektüre und geselligen Austausch in einer Weise erweitern, die eine Teilnahme an elitegemäßer Geselligkeit und Konversation erlaubte. Die „Harmonie“ stellte damit einen Rahmen bereit, in dem das elementare Bedürfnis nach Unterhaltung und Kontakt unter Standesgenossen außerhalb und unabhängig von der bischofskirchlichen und behördlichen Infrastruktur befriedigt werden konnte.

<sup>20</sup> 100 Jahre Harmonie-Gesellschaft, S. 14ff., S. 22, S. 28.

Zugespißt formuliert verdankte die „Harmonie-Gesellschaft“ ihre Integrationsfähigkeit einer besonderen Konstellation vor Ort, und damit wären wir beim vierten Faktor, oder besser gesagt, einem besonderen Faktorenbündel. Da gab es zum einen innerhalb der Oberschicht die gewichtige Gruppe der Katholiken, die in überlokale Beziehungsnetze eingebunden war und ungeachtet ihres konfessionellen Minderheitenstatus im preußischen Staatsverband voll anerkannt sein wollte. Sie bildete nach dem Anschluss an Preußen eine von Rollenunsicherheit geprägte zwiespältige Identität aus: hier das traditionelle Konfessionsdenken und dort ein mit sozialen wie nationalpolitischen Fortschrittsvisionen angereichertes preußisches Staatsbewusstsein, dessen Leuchtkraft auch auf die katholische Elite anziehend wirkte. Die alteingesessenen Katholiken trafen auf eine protestantische Elite innerhalb ihrer Stadt, die sich als staatstragend begriff, sich aber im lokalen Alltag mit einer fremdartigen Umgebung arrangieren musste. Auch diese Gruppe sah sich mit hohen Anforderungen konfrontiert, was ihr Selbstverständnis als Elite und ihre Anpassungsfähigkeit betraf. Auch sie sah sich zu einer gewissen Offenheit genötigt, wollte sie nicht den Preis eines staatsfrommen Beamtenghetto zahlen. Die Öffnung gegenüber den Einheimischen erleichterte ungemein, dass die protestantische Elite vor Ort auf Grund ihres liberalnationalen Denkens über längere Zeit mit der preußischen Staatsspitze über Kreuz lag und gern bereit war, vor Ort über das Trennende hinwegzusehen, wenn es im Hinblick auf liberale Zukunftsvorstellungen Verbindendes gab. Hier spielte auf Grund der herausgehobenen Rolle Paderborns als Gerichtsstadt der vielzitierte preußische Richter-Liberalismus eine kaum zu überschätzende Rolle; er gab der Paderborner Oberschicht neben anderen Akademikern zu guten Teilen ihr Gepräge.

Nicht minder kompliziert stellte sich die Lage des jüdischen Großbürgertums dar. Als Minderheit in der eigenen Stadt wie im übergreifenden Staatsverband taten sich die Juden besonders schwer, ihren Status zu definieren. Diese schwierige Lage veranlasste sie, sich gegenüber der konfessionell fremden Umwelt offensiv zu öffnen und sich um der Integration willen für das Gemeinwesen zu engagieren, wie dies die Studie von Margit Naarmann über die Paderborner Juden eindrucksvoll herausgestellt hat.<sup>21</sup> Der Erfolg gab ihnen Recht.

Es war im Kern die eigentümlich gebrochene Identität sämtlicher Gruppen der Paderborner Oberschicht, die zu einer erstaunlichen Integration vor Ort führte. Institutioneller Ausdruck all dessen war an erster Stelle die „Harmonie-Gesellschaft“. Vor allem sie stellte den institutionellen Rahmen bereit, der als kommunikativer Erfahrungsraum beträchtliche integrative Wirkungen entfalten konnte, wobei vor allem die geselligen und genussorientierten Seiten des Gesellschaftslebens nicht unterschätzt werden dürfen. Dies wirkte so nachhaltig, dass die persönlichen Bindungen zwischen

<sup>21</sup> NAARMANN, Margit: Die Paderborner Juden 1802–1945. Emanzipation, Integration und Vernichtung, Paderborn 1983, S. 213.

Juden und Nicht-Juden unbeeindruckt von den antisemitischen Ausgrenzungswellen bis ins Dritte Reich lebendig blieben.

### III. Das Quellenproblem und methodische Fragen

Will man das Beziehungsgeflecht und die Geselligkeitsvereine der gehobenen Paderborner Bürgerschicht untersuchen, trifft man auf eine wenig befriedigende Quellenlage. Dies gilt auch für die „Harmonie-Gesellschaft“, deren Archiv im II. Weltkrieg vernichtet worden ist. Nur einige Festschriften und ein in den 1880er Jahren einsetzendes Protokoll-Buch sind überliefert.<sup>22</sup> Auch die zweite Hauptquelle für vereinsgeschichtliche Untersuchungen, die Paderborner Tagespresse, weist für die entscheidende Aufstiegs- und Konsolidierungsphase der „Harmonie-Gesellschaft“, die 1850er bis 1870er Jahre, beträchtliche Überlieferungslücken auf, soweit es um das Organ der liberal-national gesinnten Bürgerkreise geht, den „Anzeiger für den Kreis Paderborn“.<sup>23</sup> Gleichwohl sind die noch vorhandenen Überreste sehr aussagekräftig, aber von der Lokalgeschichtsschreibung nur unzureichend wahrgenommen worden. Leider hat der verfälschende Eindruck, den eine tendenziöse Münsteraner Dissertation aus dem Jahre 1932 vom Paderborner „Kreisanzeiger“ vermittelt hat, bis in die jüngste Zeit fortgewirkt.<sup>24</sup> So erklärt sich, dass der liberalnationale Teil der lokalen Öffentlichkeit Paderborns bis heute unterschätzt wird. Die liberale Öffentlichkeit hatte drei massenmediale Stützen: zum Ersten die 1855 nach Dortmund umziehende liberale „Westfälische Zeitung“, die auch nach dem Umzug noch einen beachtlichen Paderborner Abonnentenstamm halten konnte, zum Zweiten der politisch ähnlich ausgerichtete „Anzeiger für den Kreis Paderborn“, der sich ab 1859 politisierte, und zum Dritten der altliberale Lippstädter „Patriot“, der aber gegenüber der Paderborner Bis-tumsspitze keinen polemisch antiklerikalen Ton anschlug.

<sup>22</sup> Protokollbuch des Vorstandes der Harmonie-Gesellschaft 1881–2001, in: StadtA Paderborn, Bestand: Harmonie-Gesellschaft V 41.

<sup>23</sup> Er wurde später in „Paderborner Kreisanzeiger“ umbenannt. Die überlieferten Reste sind sehr lückenhaft; für manche Jahrgänge sind nur noch wenige Nummern greifbar.

<sup>24</sup> KIEPKE, Rudolf: Die Geschichte der Paderborner Presse von ihren Anfängen bis zum Ausgang des Kulturkampfes 1599–1880, in: Westfälische Zeitschrift 89/2 (1932), S. 1–75. Kiepke behauptet auf S. 64, dass der Paderborner „Kreisanzeiger“ erst ab Februar 1861 politische Nachrichten aufgenommen habe. Dies entspricht nicht den Tatsachen, ist aber ungeprüft in die Paderborner Stadtgeschichte von 1999, Bd. 3, übernommen worden, siehe dort S. 95. Bereits ab Sommer 1859 machte sich im Zuge des allgemeinen Aufschwungs der liberalen Oppositionsbewegung auch im „Kreisanzeiger“ eine deutliche Politisierung bemerkbar, und der Jahrgang 1860 enthält wertvolle Informationen über die Formierung der Fortschrittspartei und des „Deutschen Nationalvereins“ in Paderborn (unter dem Namen „Deutscher Verein“). Vgl. die nur bedingt zuverlässige, in Teilen inkorrekte Darstellung, in: MARON, Wolfgang: Vom Ende des Fürstbistums bis zur Gründung des Deutschen Reiches (1802–1871), in: Paderborn. Geschichte der Stadt in ihrer Region, Bd. 3: Das 19. und 20. Jahrhundert. Traditionsbindung und Modernisierung, hg. von Karl Hüser, Paderborn 1999, S. 92–99.

Über die Gewichtsverhältnisse zwischen dem katholisch orientierten „Westfälischen Kirchen- und Volksblatt“ und dem liberalen „Kreisanzeiger“ geben die Quellen Auskunft. So standen 1861 beim Postvertrieb 522 versendete Exemplare des „Volksblattes“ 149 des „Kreisanzeigers“ gegenüber.<sup>25</sup> Über die Stärkeverhältnisse von Liberalismus und katholischem Konservativismus sagt dies aber nur sehr bedingt etwas aus, weil vor allem in den gehobenen Kreisen auch die liberalen Organe aus Lippestadt und Dortmund gelesen wurden und das „Volksblatt“ auch als wichtiges Anzeigenblatt wahrgenommen wurde, unabhängig von seiner politischen Ausrichtung. Als gesichert kann gelten, dass das „Volksblatt“ die mit Abstand größte Zeitung vor Ort war, nachdem es sich in den frühen 1860er Jahren gegenüber dem „Westfälischen Kirchenblatt“ verselbständigt hatte, als dessen Beilage es zuvor erschienen war. Problematisch ist, dass die auflagenschwächeren Segmente der Paderborner Medienöffentlichkeit von der Lokalgeschichtsschreibung nur unzureichend wahrgenommen worden sind. Die Übergewichtung des „Volksblattes“ hat dementsprechend zu einer verzerrenden Rekonstruktion Paderborner Bürgerlichkeit geführt. An dieser Stelle sei ausdrücklich festgehalten, dass ohne eine gründliche Analyse der Paderborner Medienlandschaft die diskursiven Kontexte, in denen sich die lokale Elitenintegration bewegte, kaum begriffen werden können und damit auch nicht die Bedeutung der „Harmonie-Gesellschaft“.

Das „Westfälische Kirchenblatt“ trat während der Revolution von 1848 als dezidiert katholisches Organ ins Leben. Es entsprach dem Aufwärtstrend des politischen Katholizismus, dass diesem Organ seit den frühen 1860er Jahren mit dem „Westfälischen Volksblatt“ ein Blatt zur Seite trat, das den profanen Zeitungsmarkt besser bedienen konnte. Der Verleger Schöningh antwortete mit der Verselbständigung des „Volksblattes“ auf die Politisierung, die seit 1859 vom aufblühenden Liberalnationalismus ausging und den konfessionellen Konservativismus herausforderte. Die Blätter des Hauses Schöningh vertraten eine dezidiert konservative, papstorientierte Linie und richteten auch die Lokalberichterstattung über Vereinsaktivitäten und politische Bestrebungen strikt am Interesse des politischen Katholizismus aus. Informationen über kirchenferne oder gar kirchenfeindliche Bestrebungen vor Ort wird man deshalb dieser fast lückenlos überlieferten Quelle nicht oder nur in perspektivischer Färbung entnehmen können. Da aber die „Harmonie-Gesellschaft“ auf Grund ihres konfessionsübergreifenden Integrationsanspruchs von gesinnungsfesten katholischen Kreisen als kirchenfern eingestuft wurde, schenkte die katholische Presse ihr nur geringe bzw. perspektivisch gefärbte Beachtung. Resümieren lässt sich, dass die schwierige massenmediale Überlieferungslage dazu beigetragen hat, dass das Phänomen liberaler und preußenfreundlich denkender Paderborner Bürger (einschließlich katholisch getaufter)

<sup>25</sup> Aufstellung über den Postdebit (Postversand) im 4. Quartal 1861 für die Paderborner Zeitungen, in: StA Detmold, Regierung Minden, M 1 Pr, Nr. 384a, Bl. 326.

unterschätzt worden ist.<sup>26</sup> Angesichts der beschriebenen Überlieferungslücken bietet sich ein forschungsstrategischer Ausweg an, wenn man die massenmediale ‚Ersatz‘-Überlieferung über Paderborn in den Blick nimmt, soweit es um die Minderheitenmilieus geht. Diesbezüglich erweist sich vor allem die westfälische Presse- und Zeitschriftenlandschaft als ergiebiger Quellenfundus. Hilfreich haben sich für die vorliegende Studie vor allem der Lippstädter „Patriot“ und mehr noch die „Westfälische Zeitung“ in Dortmund erwiesen. Das Dortmunder Organ trat seit den späten 1850er Jahren sogar mit dem Anspruch auf, westfalenweit das liberalnationale Gegenstück zum katholisch orientierten Münsterschen „Westfälischen Merkur“ zu sein.<sup>27</sup> Auch über Paderborn wurde dort aus liberalem und später auch aus dezidiert antiklerikalem Blickwinkel berichtet, allerdings zumeist anonym. Kirchenkritischen Paderborner Katholiken bot die „Westfälische Zeitung“ den Schutz der Anonymität. Wenn sie dort veröffentlichten, hatten sie keine Pressionen zu fürchten. Die große Beachtung, die Paderborner Geschehnisse in dieser Tageszeitung fanden, hatte vor allem vier Gründe: Zum Ersten ließ die Redaktion die Verbindungen nach Paderborn auch nach dem Umzug des Jahres 1855 nicht abreißen, d. h. der nach wie vor beachtliche Abonnentstamm wurde gepflegt, und deshalb erhielt der protestantische Verleger Crüwell in seiner Paderborner Buchhandlung bis 1865 ein „Expeditionsbüro“ aufrecht. Der Umzug nach Dortmund war primär aus Gründen der redaktionellen Standortverbesserung erfolgt; denn Crüwell wollte am industriellen und kommerziellen Aufstieg Westfalens teilhaben und fand in Dortmund als aufstrebender Industriestadt die besten Voraussetzungen vor, um aus seinem Blatt die wichtigste „Provinzialzeitung“ zu machen.<sup>28</sup> Zum Zweiten wollte Crüwell den ‚Ultramontanismus‘ bekämpfen; in der zeitgenössischen Diktion war dies eine von den Liberalen in Umlauf gesetzte abwertende Bezeichnung für den politischen Katholizismus, der von den Liberalen verdächtigt wurde, die konfessionellen Bindungen über die staatsbürgerlichen Loyalitätspflichten zu stellen, also den römischen Papst höher zu achten als den Landesherrn und die deutsche Nation.<sup>29</sup> Getreu seiner Haltung stellte Crüwell auch weiterhin kirchenkritischen Paderbornern sein Blatt zur Verfügung.<sup>30</sup> Dies wurde aber erst ab 1859 bedeutsam, als die Gegensätze zwischen Liberalismus und Katholizismus erneut zum Vorschein

<sup>26</sup> Vgl. beispielhaft: MARON, Vom Ende des Fürstbistums, S. 92ff.

<sup>27</sup> BEHRBALK, Erhard: Die „Westfälische Zeitschrift“. Ein Beitrag zur Geschichte der westfälischen Tagespresse im 19. Jahrhundert (1848–1883), Dortmund 1958, S. 32ff.

<sup>28</sup> Nachricht aus Dortmund am 9. September, in: WZ, Nr. 210, 9.9.1855.

<sup>29</sup> Die aus „ultra montes“ abgeleitete Begriffsbildung spielte auf die religiösen Bindungen an ein geistliches Oberhaupt jenseits der nationalen Grenzen an, hier „jenseits der Alpen“.

<sup>30</sup> Vgl. die Korrespondenz des Verlegers der „Westfälischen Zeitung“ mit dem „Literarischen Büro“ in Berlin, der zentralen pressepolitischen Stelle der preußischen Regierung: Schreiben des Verlegers W. Crüwell (Paderborn) an die Königliche Zentral-Preßstelle in Berlin vom 29.8.1855 und Schreiben von W. Crüwell bereits aus Dortmund an dieselbe Adresse vom 13.10.1855, in: Geh. StA Berlin-Dahlem, Preußisches Ministerium des Innern, I. HA, Rep. 77A, Nr. 269.

kamen. Zum Dritten reichte auch damals das Bistum Paderborn bereits bis in den Dortmunder Raum, so dass die kirchenpolitischen Belange des Bistums auch aus diesem Grunde für die „Westfälische Zeitung“ einen hohen Nachrichtenwert hatten. Zum Vierten betrachtete die in der Paderborner „Harmonie-Gesellschaft“ versammelte Elite vor allem die „Westfälische Zeitung“ als unverzichtbares Organ der westfälischen Öffentlichkeit, wenn es um liberale und nationale Perspektiven ging. Die Paderborner Liberalen, die als Leser der „Westfälischen Zeitung“ in Frage kamen, waren nicht nur in der „Harmonie-Gesellschaft“ zu Hause, sondern auch in dem vom Verfasser untersuchten Sängerverein „Liedertafel“, im Musikverein, im „Deutschen Verein“ als verkapptem Zweigverein des „Nationalvereins“, in den örtlichen Wahlkomitees der Fortschrittspartei und später der Nationalliberalen Partei und in einigen berufsständischen Vereinen der gehobenen Bürgerschicht.<sup>31</sup> An erster Stelle waren die Juristen der Paderborner Gerichte ein wichtiger Leserkreis. Außerhalb der Paderborner Gebildetenschicht traf die „Westfälische Zeitung“ kaum auf Resonanz.<sup>32</sup> In der breiten Mittelschicht musste sie dem „Westfälischen Kirchen- und Volksblatt“ das Feld überlassen.

Kirchenkritik war in den gehobenen Bürgerkreisen Paderborns stärker verbreitet, als das verzerrende Klischeebild vom ‚schwarzen‘ Paderborn suggeriert. Dass sich hinter Klischeebildern häufig eine ‚halbe Wahrheit‘ verbirgt, will dieser Beitrag nicht bezweifeln, und auch nicht das Faktum, dass Paderborn bereits vor dem Kulturkampf der 1870er Jahre eine Hochburg des politischen Katholizismus war. Auch ist über jeden Zweifel erhaben, dass der streng papstgläubige Bischof Martin im Kreise seiner deutschen Bischofskollegen eine extrem konservative Außenseiterposition einnahm.<sup>33</sup> All dies sagt über die Haltung der katholisch getauften Bevölkerung vor Ort noch nicht sehr viel aus, am wenigsten aber über die Gesinnung der gehobenen katholischen Bürgerschicht, die wenig Berührungängste im Umgang mit Protestanten, Liberalen und Juden zeigte. Der in der Stadtgeschichtsschreibung auch jüngst noch vermittelte Eindruck, dass Bischof Martin mit seiner papistischen Kirchenpolitik, vor allem mit seiner vorbehaltlosen Unterstützung des päpstlichen Unfehlbarkeitsanspruchs in Paderborn auf breiteste Zustimmung gestoßen sei, ist mit einem deutlichen Fragezeichen zu versehen.<sup>34</sup>

Eine Reihe von Quellenzeugnissen stützt die Vermutung, dass der Bischof mit seinem autoritären Kirchenverständnis in Paderborn weniger Rückhalt hatte, als bislang

<sup>31</sup> KLENKE, Dietmar: Katholisch oder nationalreligiös? Paderborner Männergesangsvereine im Wandel der Zeiten, in: Mitteilungen des Vereins für Geschichte an der Universität Paderborn 15/2 (2002), S. 117–144.

<sup>32</sup> Aus dem Paderbornschen, in: WZ, Nr. 6, 7.1.1860.

<sup>33</sup> WITTIG, Michael: Paderborn als kirchlicher Vorort. Die Bedeutung für Stadt und Region, in: Paderborn. Geschichte der Stadt in ihrer Region, Bd. 3, S. 368f.

<sup>34</sup> WITTIG, Paderborn als kirchlicher Vorort, S. 368.

angenommen wird. Kritik an seinen papistischen Überzeugungen artikulierte sich innerhalb der gehobenen Bildungsschicht, als er sich mit Unterstützung seiner kirchengläubigen Anhänger im Gefolge des oberitalienischen Krieges von 1859 als lautstarker Vorreiter des päpstlichen Abwehrstandpunktes exponierte, bei dem es um die Verteidigung der päpstlichen Herrschaft über den Kirchenstaat ging. Hinter der leidenschaftlichen Parteinahme im inneritalienischen Konflikt verbarg sich bei Konrad Martin und seinen um das „Kirchenblatt“ gruppierten Anhängern die begründete Sorge, dass auch in der deutschen Staatenwelt die Unabhängigkeit der katholischen Kirche bedroht sei, falls der bürgerliche Liberalnationalismus gemäß seinem italienischen Vorbild politisch zum Zuge kommen sollte. Auch Paderborner Katholiken wurden von strenggläubigen Kirchenvertretern verdächtigt, liberal und papstkritisch zu denken, dies spätestens seit den Schiller-Feierlichkeiten vom November 1859.<sup>35</sup> Als das Paderborner Kirchenmilieu wenig später den preußischen Prinzregenten ersuchte, den Papst bei der Verteidigung seiner weltlichen Herrschaftsstellung zu unterstützen, gingen liberale Paderborner Katholiken gegenüber den örtlichen Kirchenführern auf Distanz. Denn die pro-päpstliche Adresse an den Prinzregenten hatte mit Blick auf den Kirchenstaat die gesamteuropäische monarchische Solidarität beschworen und geriet damit in den Verdacht, die europäische Adelsreaktion zu unterstützen.<sup>36</sup> So erklärt sich, dass etliche Namen katholischer Honoratioren auf den Unterschriftenlisten fehlten, die der besagten Solidaritätsadresse beigegeben worden waren.<sup>37</sup> Liberal Gesinnte unter den Paderborner Katholiken betrachteten die von Rom ausgehende und vom Paderborner Bischof bereitwillig unterstützte Verhärtung kirchlicher Positionen als ein Hemmnis für den allgemeinen gesellschaftlichen Fortschritt. Sie begriffen sich als „besonnen“, wenn sie eine Verteidigung unhaltbarer kirchlicher Positionen ablehnten und die Anhänger des Bischofs als „blind von Autoritäten“ gelenkte Gläubige abqualifizierten, wie ein Paderborner Katholik in der „Westfälischen Zeitung“ verlauten ließ.<sup>38</sup> Es baute sich eine Front liberal gesinnter Paderborner auf, die über die Konfessionsgrenzen hinweg auf den Kirchenkonservatismus abweisend reagierten. Sie wollten diejenigen Kräfte bekämpfen, die die überkommene adlige Standesherrschaft, das althergebrachte Prinzip der Kirchenhierarchie und den territorialstaatlichen Partikularismus stützten.<sup>39</sup> Den konservativen Gegner orteten sie in allen Konfessi-

<sup>35</sup> Einige flüchtige Gedanken in Betreff der hiesigen Schillerfeier, in: Westfälisches Kirchenblatt (Abk.= WKB), Beilage zu Nr. 45, 5.11.1859, S. 354; Von der Pader, in: WZ, Nr. 13, 15.1.1860. (Artikel eines anonym bleibenden Paderborner Katholiken, der sich als Gegner der konservativen ‚ultramontanen‘, sprich papistisch-autoritären Richtung innerhalb des Paderborner Katholizismus äußert).

<sup>36</sup> Adresse der Stadt Paderborn an Seine königl. Hoheit den Prinzen von Preußen, in: WKB, Beilage zu Nr. 49, 3.12.1859.

<sup>37</sup> Aus dem Paderbornschen, in: WZ, Nr. 301, 21.12.1859.

<sup>38</sup> Aus dem Paderbornschen, in: WZ, Nr. 301, 21.12.1859.

<sup>39</sup> Die Paderborner Adresse, in: WZ, Beilage zu Nr. 297, 16.12.1859.

onskirchen, nicht nur im Katholizismus. Gleichwohl ging es in Paderborn zuvorderst um die katholische Variante des Konservatismus, an der sich die liberalen Gegner rieben. Und dabei erwies sich das Umbruchjahr 1859 als wichtiger Einschnitt. Seither war es der offensive Gestus der Liberalen, vor allem ihr visionär aufgeladener machtsstaatlicher Durchsetzungswille, der den Auseinandersetzungen mit dem konservativen Gegner eine besondere Schärfe vermittelte. Eine große Rolle spielte dabei der Blick auf die Gewaltpolitik der italienischen Nationalbewegung, der die deutschen Liberalen große Bewunderung entgegenbrachten.

An der „Harmonie-Gesellschaft“ konnten diese Auseinandersetzungen nicht spurlos vorbeigehen, denn die Repräsentanten der weltanschaulichen Pole waren in ihr vertreten. Zuvor, in der Reaktionsära, waren diese Spannungen nicht so deutlich zu Tage getreten, weil der katholische Konservatismus nicht als religiöse Stütze der preußischen Adelsreaktion in Erscheinung getreten war, vielmehr eine vermittelnde Stellung zwischen liberalnationaler Opposition und protestantischer Adelsreaktion eingenommen hatte. Die überkonfessionellen Gemeinsamkeiten des Kirchenkonservatismus kehrte man katholischerseits nicht allzu sehr heraus, weil man stets auf Unabhängigkeit gegenüber dem Staat bedacht war und zu Recht jeden kirchenpolitischen Vorstoß aus dem protestantisch-konservativen Regierungslager mit Argwohn beobachtete.<sup>40</sup>

#### **IV. Elitebewusstsein und bürgerlicher Aufklärungsgedanke**

Verbindend wirkte auf die Paderborner Elite die aufklärerische Utopie des freien Meinungsaustausches unter Gebildeten, die das Richteramt über Wahrheitsansprüche nur der abstrakten Vernunft zubilligten, nicht aber weltlichen Institutionen und Autoritäten, auch wenn sie sich als herrschaftlicher Geburtsadel oder kirchliche Autoritäten auf Gott beriefen. Diese Bildungsidee, die sich an vornehmster Stelle im Schillerkult und in dessen Freiheitspathos überhöhte, faszinierte gebildete Bürger auch in Paderborn.<sup>41</sup> Sie beruhte auf der Vorstellung, dass nur ein in geistiger, seelischer und ästhetischer Hinsicht umfassend gebildeter Mensch sittlich veredelt sei, und dass allein solch ein Mensch die gottgewollten Qualitäten einer Elite vorweisen könne. Bildung adelte, nicht hohe Geburt oder hierarchische Bestallung, und damit forderte der bürgerliche Gebildetenstand in seinem oppositionellen Aufstiegsdrang die überkommene adlige Herrschaftsklasse und den kirchlichen Konservatismus heraus. Die herausfordernde Note gab der bürgerlichen Vernunftgläubigkeit der Fortschrittsgedanke, d. h. die Vorstellung, dass der Mensch als vernunftbegabtes Geschöpf Gottes nur conse-

<sup>40</sup> Vgl. als scharfsinnige Lagebeurteilung aus katholischer Sicht: Zur Situation der katholischen Preußen in der Gegenwart, in: WVVB, Nr. 6, 4.2.1863.

<sup>41</sup> Die „Vergötterung Schillers“ und die frommen Zopfträger des Herrn, in: WZ, Nr. 257, 30.10.1859.

quent genug von seiner Bildungsfähigkeit Gebrauch machen müsse, um die Welt tatkräftig zu vervollkommen. Die Träger dieses humanistischen Weltbildes begriffen sich als aufsteigende Klasse, die über den autonomen Zusammenschluss Gleichgesinnter dem Führungsanspruch des gebildeten Bürgers Nachdruck verlieh und dies mit der Vision verband, die innerweltlichen Geschicke der Menschheit nachhaltig verbessern zu können. Seine institutionelle Verkörperung fand dieses überkonfessionelle Ideal vorneweg in den Gymnasien, die sich, wie es auch in Paderborn ganz typisch hieß, der „harmonischen Ausbildung aller Seelenkräfte“ widmen und „mit Gott“ auf „des Wissens Bahn“ wandeln sollten, um im „Glanze der Weisheit“ nur der „Wahrheit“ zu dienen, nicht aber den Glaubenssätzen irgendeiner Konfession.<sup>42</sup>

Zwei scheinbar widerstrebende Leitideen bekräftigten diese Vision: der im Freiheitsgedanken wurzelnde Konkurrenzgedanke und der sich mit dem Patriotismus verbindende Assoziationsgedanke. Der Konkurrenzgedanke wollte die Gebildeten im friedlichen Wettstreit der Argumente zum Besseren hinführen, und der Assoziationsgedanke beruhte auf der Idee, dass die natürliche Konkurrenz freier bürgerlicher Individuen eines gemeinschaftsorientierten Gegengewichts bedürfe, um die Wettstreitleidenschaft und den Machttrieb zu zähmen und den Menschen zu moralischem, gemeinschaftsfähigem und wohltätigem Handeln zu befähigen. Hier wurde bei den Liberalen die in Gottes Willen gründende Nation zum obersten, die Freiheitsidee einbindenden Bezugspunkt. Diese Utopie der selbsttätigen bürgerlichen Vervollkommnung und des selbständigen Vernunftgebrauchs im Rahmen eines auf staatsbürgerlicher Gleichheit beruhenden deutschen Nationalstaates forderte Adel und Kirchen als die überkommenen Herrschaftsstände des vorbürgerlichen Zeitalters massiv heraus.<sup>43</sup> Bürgerliche Geltungsansprüche dieser Art fanden seit dem späten 18. Jahrhundert ihre organisatorische Plattform in Vereinen, Clubs und sogenannten Gesellschaften. Diese Vereinigungen waren gelebte bürgerliche Autonomie, ein Freiraum bürgerlicher Selbstgestaltung. Ihre Gründung erwies sich als Akt der Emanzipation und des Mündigwerdens gegenüber den überkommenen Autoritäten Adel und Kirche. Aber mit dem bewusst überkonfessionell gewählten Zusammenschluss war keineswegs eine Abkehr von Gott und Religion verbunden, sondern allenfalls eine Abwendung von überkommenen kirchlich-konfessionellen Vorstellungen. Man traute sich als bürgerliche Oberschicht zu, nach einem eigenen Tugendkodex zu leben und eigene ethische

<sup>42</sup> Introduktionsfeier betr. den Herrn Prof. Dr. Ahlemeyer als neuen Direktor des Gymnasiums zu Paderborn, in: Gemeinnütziges Wochenblatt für Stadt und Kreis Paderborn (Abk.=GWB), Nr. 37, 6.5.1846.

<sup>43</sup> Zur Erinnerung an Schiller, in: Anzeiger für den Kreis Paderborn (Abk.=AKP), Nr. 91, Nr. 92, Nr. 14. u. 17. Nov. 1859. Es handelte sich dabei um einen adels- und kirchenkritischen Vortrag über das Verhältnis von bürgerlicher Freiheitsidee und Patriotismus in der deutschen Geschichte. Das Forum war der „Deutsche Verein“ in Paderborn als örtliche Plattform von Nationalverein und liberaler Fortschrittspartei.

Maximen zu definieren, wenn es sein musste, im Wettstreit mit den überkommenen kirchlichen und staatlichen Instanzen.

### **V. Geselligkeit unter ‚Gebildeten‘ als Integrationskonzept der Paderborner „Harmonie-Gesellschaft“**

Das Ziel, einen Rahmen zu schaffen, innerhalb dessen die gehobenen Schichten in zwangloser Geselligkeit und wechselseitiger Achtung einander begegnen konnten, umschrieb das Gründungsstatut der „Harmonie-Gesellschaft“ mit den Worten, dass man sich zusammengefunden habe, um „im Kreise gebildeter Personen mit geringen Kosten Erholung durch den Genuß erlaubter Lebensfreuden zu finden“.<sup>44</sup> Was in heutigen Ohren harmlos klingt, war unter den Bedingungen des frühen 19. Jahrhunderts geradezu revolutionär. Denn hinter dem Gruppenmerkmal der ‚Gebildetheit‘, sprich der höheren Bildung, verbargen sich elitäre Geltungsansprüche, die sich in Verbindung mit Geselligkeit und freiwilliger Gemeinschaftsbildung gegen obrigkeitliche Bevormundung und Reglementierung verwahrten. Das war in Reingestalt bürgerliche Selbstorganisierung, die einen Sozialraum schuf, in dem kommunikative, konzeptionelle und operative Kompetenzen erworben und eingeübt werden konnten, – dies alles Voraussetzungen für Führungsfähigkeit und Elitetauglichkeit. Genau damit verband die aufsteigende bürgerliche Bildungsschicht einen herausfordernden emanzipatorischen Anspruch. Auch die Formulierung, dass es der „Harmonie-Gesellschaft“ ‚nur‘ um „Erholung durch Genuß erlaubter Lebensfreuden“ zu gehen schien, lässt sich nur diesem Kontext verstehen. Erholung begriff man als Gegenwelt zur konkurrenzgeprägten Berufssphäre mit all ihren Erwerbszwängen und Leistungsanforderungen, denen eine spezifisch ‚bürgerliche‘ Werthaltung und Arbeitsethik zu Grunde lag. Diese Werthaltung schloss spezifische Vorstellungen über die Gestaltung der Freizeit ein, wobei im Falle der Paderborner „Harmonie“ neben regenerativen Zwecken bildungsbürgerliche Eliteansprüche mit entsprechenden Genuss-, Geschmacks- und Geselligkeitsvorstellungen einfließen.

Noch in einer weiteren Hinsicht hatte der Hauptzweck „Erholung“ Bedeutung. Indem die „Harmonie-Gesellschaft“ lockerer, genussreicher und künstlerisch anregender Unterhaltung Raum gewährte, schuf sie Begegnungsmöglichkeiten, die eine offene Atmosphäre ermöglichten, in der man sich über Konfessions- und Parteigrenzen hinweg unverkrampft austauschen konnte. Genuss, gesellige Konversation und künstlerische Erbauung wirkten gleichsam als atmosphärischer Puffer zwischen den sozialen und weltanschaulichen Gegensätzen, an denen jedes Gesellschaftsmit-

<sup>44</sup> § 1 der Statuten der hiesigen unter dem Namen Harmonie neu errichteten Gesellschaft vom 14.6.1828, in: 100 Jahre Harmonie-Gesellschaft, S. 88.

glied teilhatte.<sup>45</sup> Hier stoßen wir auf die psychologische Unterfütterung des Integrationskonzepts, das im „Harmonie“-Begriff mitschwang: Es ging um die Entschärfung der Konkurrenzbeziehungen, Rivalitäten und Fremdheitsgefühle in konfessioneller, politischer, sozialer, wirtschaftlicher und charakterlich-persönlicher Hinsicht. Selbst in der angespannten Schlussphase der Revolution von 1848 führte die „Harmonie-Gesellschaft“ mindestens einmal monatlich einen Tanzball durch.<sup>46</sup>

Der „Harmonie“-Begriff hatte aber auch eine ethische Dimension. Eingebettet in einen aufklärerischen Kontext ging es bei „Erholung“ und „Genuß“ unter „Gebildeten“ auch um das Ziel eines zivilisierten, gesitteten Umgangs miteinander. Kunst und stilvolle Geselligkeit spielten dabei eine eminent wichtige Rolle. Gegenüber einem von Vereinzelung, Effizienz und Konkurrenz geprägten Lebensalltag wies man ihnen die unüberschätzbare Bedeutung eines gegenweltlichen Korrektivs zu. Kunstgenuss wurde gar zu einer religiös erhabenen Gegenwelt. Kunst sollte als Sphäre des Schönen und Erhabenen, so die kunstreligiös inspirierte Vorstellung der gebildeten Schichten, sittlich veredeln, die Moral im Lebensalltag stärken und über alle Gegensätze hinweg auf die gemeinsam Genießenden verbindend wirken. Insofern stellte das „Harmonie“-Konzept durchaus auch eine mit den Kirchen konkurrierende Instanz dar, – eine Instanz, die Genuss nicht einfach nur als Auswuchs eines flachen und stupiden Hedonismus begriff, den man aus der Warte einer religiösen Askesehaltung hätte geißeln müssen; im Gegenteil, Genuss diente auch als rituell bedeutsame Zone der gefühlsbetonten Verständigung und Gemeinschaftsstiftung innerhalb einer vielgestaltigen lokalen Elite. Genau deshalb spielten Konzerte und Theateraufführungen im Gemeinschaftsleben der „Harmonie-Gesellschaft“ eine unverzichtbare Rolle, so dass zeitweilig sogar die Idee aufkam, zur Vermeidung unnötiger Konkurrenz mit dem Musikverein zu fusionieren, was aber letztlich an finanziellen Bedenken scheiterte.<sup>47</sup>

Auch im geselligen Club-Alltag kamen Genuss und Erholung zu ihrem Recht, so etwa beim Karten- und Billardspiel, bei zwangloser Konversation in den Clubräumen oder bei den in unregelmäßigen Abständen stattfindenden Herrenessen, Tanzbällen oder sonstigen Gesellschaftsabenden. Wie anders könnte man sonst die endlosen Debatten des „Harmonie“-Vorstandes über die Auswahl der Weine deuten, für die Mitte des 19. Jahrhunderts zeitweilig sogar eine Weinkommission bestellt wurde?<sup>48</sup> Man wusste nur zu gut, dass das Projekt eines unverkrampften Umgangs nur dann mehr als hohler Anspruch war, wenn sich der gesellige Austausch des Katholiken mit

<sup>45</sup> Vgl. grundsätzlich zum Verhältnis von Politik und Vereinsgeselligkeit: HOFFMANN, Stefan-Ludwig: *Geselligkeit und Demokratie. Vereine und zivile Gesellschaft im transnationalen Vergleich 1750–1914*, Göttingen 2003.

<sup>46</sup> Anzeigen, in: WZ, 1848, Nr. 85, Nr. 91 u. Nr. 115.

<sup>47</sup> 100 Jahre Harmonie-Gesellschaft, S. 16ff. Es ging dabei um einen Vorstoß aus den Jahren 1851/52.

<sup>48</sup> 100 Jahre Harmonie-Gesellschaft, vor allem S. 19 u. S. 22ff.

dem Juden, des Protestanten mit dem Katholiken, des Bankiers mit dem Konkurrenten, des Staatsbeamten mit dem Freiberufler und des Liberalen mit dem Konservativen in einem ausgesprochen angenehmen Klima vollzog und damit die verunsichernden Wirkungen, die die Begegnung mit dem Fremden und dem Konkurrenten mit sich brachte, aufgefangen und entschärft werden konnten. Weinkonsum war eben mehr als nur Entspannungsmittel oder Stimmungsaufheller, und Konzerte und Bälle waren mehr als nur oberflächliche Zerstreuung, Unterhaltung oder Mittel der Kontaktabahnung. Sie waren ebenso sehr ein Lockerheit verbreitendes symbolisches Verständigungsmittel, – ‚stumme‘, gleichwohl aber höchst mitteilsame Gesten der wechselseitigen Wertschätzung jenseits konfessioneller, politischer, sozialer oder wirtschaftlicher Gegensätze. Die wechselseitigen Fremdheitsgefühle auszuhalten und dem Gesprächspartner über alles Trennende hinweg sogar liebenswerte Seiten abzugewinnen und dabei die Tugend der Selbstdistanz zu pflegen, dies machte vor allem die Integrationsfähigkeit und damit die Elitetauglichkeit der in der „Harmonie-Gesellschaft“ versammelten Oberschicht aus. Bildungsanspruch, Toleranz und lockere Geselligkeit schufen den geistigen Freiraum, der die Grundlage für einen zivilisierten, von Selbstdistanz geprägten Umgang unter freien Bürgern abgab. Dies alles wohlge-merkt unter den Bedingungen einer entfesselten Konkurrenzgesellschaft und sich frei entfaltender Meinungskämpfe, deren massenmediale Schärfe die unschöne Kehrseite der abnehmenden obrigkeitlichen Reglementierung darstellte.

## VI. Das Innenleben der „Harmonie-Gesellschaft“ in den ersten Jahrzehnten

Über die ersten Jahre der Gesellschaft ist wenig bekannt; man scheint sich in angemieteten Räumen mit Kartenspiel und Konversation die Zeit vertrieben zu haben. Sehr bald aber regte sich das Bedürfnis nach größeren Veranstaltungen, vor allem nach Konzerten und Tanzbällen. Man zog deshalb bereits 1834 in größere Räume um, die ebenfalls angemietet waren. Es fehlte aber noch der große repräsentative Saal, der die Stellung der „Harmonie-Gesellschaft“ angemessen zum Ausdruck brachte. Dieses Projekt ließ sich bewerkstelligen, indem man die Eigentümerin der angemieteten Clubräume bewegte, den bereits vorhandenen Räumen einen Anbau hinzuzufügen, den sogenannten „Harmonie“-Saal.<sup>49</sup> Als man diesen Raum 1841 einweihte, handelte es sich insofern um einen Wendepunkt, als nunmehr auch die weltliche Oberschicht Paderborns in eigenen Räumen repräsentative Feiern, Feste und andere Veranstaltungen durchführen konnte und sich damit von Hoteliers, Staatsbehörden und Religionsgemeinschaften unabhängig machte. Als besonderen Prestigeerfolg verbuchte die Gesellschaft, dass sie 1853 von den Staatsbehörden gebeten wurde, ihnen den „Harmonie“-Saal für einen Empfang des Königs zu überlassen, der aus Anlass der Einwei-

<sup>49</sup> 100 Jahre Harmonie-Gesellschaft, S. 15.

hung des Altenbekener Viadukts nach Paderborn kam.<sup>50</sup> Bälle, künstlerische Veranstaltungen, und Festakte aller Art stellten seit den frühen 1840er Jahren die alljährlichen Höhepunkte des Gesellschaftslebens dar.<sup>51</sup> Auch anderen bürgerlichen Vereinigungen wurde der Saal regelmäßig überlassen, etwa dem Musikverein oder der Schützengesellschaft.

### VII. Die „Harmonie-Gesellschaft“ bis zum politischen Umbruch des Jahres 1859

Zunächst waren es vor allem die an den Paderborner Gerichten tätigen Juristen und andere Beamte, die die „Harmonie-Gesellschaft“ als Vereinigung der bürgerlichen Elite im städtischen Leben verankerten. Aus der gehobenen Schicht der katholischen Stadtbürger stießen vor allem Kaufleute, Kirchen- und Staatsbedienstete und andere Selbständige mit gehobener Bildung hinzu und als „nicht ständige“ Mitglieder vor allem die Offiziere der Garnison.<sup>52</sup> Das soziale Profil beschrieb der Vorstand in den frühen 1860er Jahren recht prägnant, wenn es hieß, dass zu den Mitgliedern „fast ausschließlich alle Beamten sowohl der Justiz wie auch der Verwaltungsbehörden, die Lehrer des Gymnasii [sic!] und der gebildete Teil der Kaufleute und Industriellen“ zählten.<sup>53</sup> Noch um die selbständigen Akademiker, vor allem Rechtsanwälte und Ärzte, hätte er die Auflistung ergänzen müssen, wenn es ihm auf Vollständigkeit angekommen wäre.

Von Beginn an trafen die alteingesessenen Paderborner auf einen neuen, konfessionell fremdartigen protestantischen Herrschaftsstand, mit dem sie eines verband, nämlich der wechselseitige Zwang, sich arrangieren zu müssen, wenn man nicht den Anschluss an den bürgerlichen Fortschritt verpassen und sich das Leben im Umgang miteinander nicht schwer machen wollte. Beide Seiten begriffen diese Herausforderung. Es galt, konfessionelle und politische Unterschiede zu überbrücken und deren Konfliktpotential im Rahmen der neu gegründeten Gesellschaft zu entschärfen. Zunächst übten Protestanten und Katholiken, Anhänger des preußischen Staates und Preußenskeptiker und schließlich Liberale und Konservative einen von Toleranz und Verständnis geprägten Umgang miteinander ein. Unsere heutige Hauptquelle, die Festschrift von 1928, schweigt sich über die Frühzeit weitgehend aus, ebenso die zu dieser Zeit unterentwickelte Lokalpresse. Zu vermuten ist, dass es vor 1848 kaum schwerwiegende politische Streitfälle gegeben hat, die die Gesellschaft vor innere Zerreißproben stellten.

<sup>50</sup> 100 Jahre Harmonie-Gesellschaft, S. 20.

<sup>51</sup> Vgl. beispielhaft für Bälle der „Harmonie-Gesellschaft“: Anzeige in: *GWB*, Nr. 6, 19.1.1848.

<sup>52</sup> Liste der Gründungsmitglieder von 1828, in: 100 Jahre Harmonie-Gesellschaft, S. 57ff.

<sup>53</sup> Antrag der Harmonie-Gesellschaft zu Paderborn zwecks Erteilung von Korporationsrechten, gerichtet an die Königliche Regierung, Abt. Inneres in Minden vom 23.5.1864, unterzeichnet vom Direktorium, in: *StA Detmold, Regierung Minden*, M 1 I P, Nr. 358, Bl. 310.

Weder die katholische Mehrheitskirche noch die protestantische Konfession konnte die Paderborner Führungsschicht zufriedenstellen, als sich in den 1840er Jahren fortschrittsorientierte liberalnationale Haltungen verbreiteten. Gut dokumentieren lässt sich dies für die Paderborner „Liedertafel“, von der vier Sangesbrüder auch in den Mitgliederlisten der „Harmonie-Gesellschaft“ auftauchen.<sup>54</sup> Tonangebend war in der „Liedertafel“ die gehobene Bürgerschicht, die auch der „Harmonie“ ihr Gepräge gab. Insofern lässt sich begründet vermuten, dass auch in der „Harmonie-Gesellschaft“ das liberale Element Aufwind bekam. Die bürgerliche Oberschicht ließ sich mehr und mehr von innerweltlichen Aufstiegsvisionen faszinieren, vor allem vom Ideal eines am bürgerlichen Leistungsdenken orientierten nationaldeutschen Industriestaates. Diese liberale Perspektive betrachtete nicht nur den partikularistischen und absolutistischen Adelsstaat als Gegner, sondern auch den Konservatismus der überkommenen Konfessionskirchen. Auch erfolgreiche Juden erblickten in den liberalen Visionen eine erfolgversprechende Integrationsperspektive abseits der tradierten konfessionellen Bindungen und Trennlinien. Diesen Trend der Entkonfessionalisierung registrierte auch das Paderborner „Kirchenblatt“. Im Oktober 1848 schrieb es, dass sich die gebildeten Kreise unter den Katholiken größtenteils ihres Glaubens „schämten“.<sup>55</sup> Vor allem schien es unter den katholischen Beamten „viele ungläubige, laue und unkirchliche Mitglieder“ zu geben, die keinen Gottesdienst mehr besuchten. Auch die Paderborner Verhältnisse dürfte der Artikel im Blick gehabt haben.

In der Revolution von 1848 blieben auch die Honoratiorenzirkel nicht von erregten politischen Debatten verschont. Von der bereits erwähnten „Liedertafel“ wissen wir, dass dort um die Ziele der Revolution kontrovers gerungen wurde.<sup>56</sup> Auch die aufblühende Lokalpresse bezeugt, dass in Paderborn die großen Streitfragen diskutiert wurden: das Problem einer klein- oder großdeutschen Nationalstaatsgründung,<sup>57</sup> die Frage, welches Gewicht demokratische und konstitutionell-monarchische Elemente in einem deutschen Nationalstaat haben sollten, und schließlich die Frage, welche Stellung den Kirchen in einem deutschen Nationalstaat eingeräumt werden sollte.<sup>58</sup> Während sich Demokraten und Liberale recht schnell organisierten, betrat ein Katholikenverein erst im Oktober die politische Bühne.<sup>59</sup>

<sup>54</sup> Bei diesen Doppelmitgliedschaften handelte es sich um Oberlandesgerichtsrat Bachmann, Hauptmann Conze, Sekretär Germer und Justiz-Kommissar Schmale. Vgl. 100 Jahre Harmonie-Gesellschaft, S. 57ff.; Die ersten 50 Jahre der Paderborner Liedertafel. Festgabe zur 50jährigen Jubiläumsfeier 1888, verfaßt von Liedervater A. Baumann, Anhang 3.

<sup>55</sup> Die Aussichten der katholischen Kirche in Deutschland, in: WKB, Nr. 14, 21.10.1848.

<sup>56</sup> Festschrift 100 Jahre Paderborner Männergesangverein 1838–1938, S. 16ff.

<sup>57</sup> Wer kann in Deutschland Reichshaupt werden?, in: GWB, Nr. 29, 4.4.1848.

<sup>58</sup> Die katholische Kirche und die neue Freiheit, in: WKB, Nr. 1, 5.8.1848.

<sup>59</sup> Nachrichten aus Paderborn vom 27. November und 4. Dezember, in: WKB, Nr. 22 u. Nr. 23, 4.12. u. 9.12.1848. An die Spitze traten mit Rechtsanwalt Mantell und Domkapitular Ernst zwei

Die Streitfragen der Revolution wirkten auch in die „Harmonie-Gesellschaft“ hinein, erkennbar daran, dass sie der neuen Vielfalt des 1848 aufblühenden Pressewesens in ihrem Lesekabinett Rechnung trug. Auch neue Zeitungen wie die liberale Berliner „Nationalzeitung“, die reaktionäre „Kreuzzeitung“ oder die demokratische „Westfälische Volkshalle“ aus Münster kamen in den Genuss, abonniert zu werden. Auf diese Weise stieg der Bestand an politischen Organen während der Revolution auf dreizehn Zeitungen an und der Zeitschriftenetat auf ca. 200 Reichstaler.<sup>60</sup> Auch renommierte Organe wie die bereits im Vormärz etablierte liberale „Kölnische Zeitung“ und die liberalkonservative, an internationalen Nachrichten reiche Augsburger „Allgemeine Zeitung“ zählten weiterhin zum eisernen Bestand des Lesekabinetts. Dass eine Reihe neuer Zeitungen angeschafft wurde, zeigte deutlich, wie sehr das politische Informationsbedürfnis während der Revolutionszeit zunahm; man wird aber im Auge behalten müssen, dass politisches Debattieren auch vor 1848 in der „Harmonie-Gesellschaft“ bereits eine Heimat hatte, wie dies auch andernorts in Honoratiorenclubs üblich war. Die Auswahl der Presse lässt Rückschlüsse zu, welche Themen die Mitglieder besonders bewegten. Die große Mehrheit interessierte sich vor allem für die großen verfassungs- und machtpolitischen Streitfragen im Verhältnis von Adel und Bürgertum und weniger für kirchenpolitische Fragen. Als die Mitgliederversammlung Ende 1849 über Umfang und Ausrichtung des in der Revolution aufgeblähten Zeitungsangebotes zu entscheiden hatte, wurde klar sichtbar, dass die große Mehrheit weder dem katholischen noch dem protestantischen Konservativismus Interesse entgegenbrachte. Bezeichnenderweise zog man ein Abonnement des „Westfälischen Kirchenblattes“ aus Paderborn und des katholisch orientierten „Westfälischen Merkur“ aus Münster erst gar nicht in Betracht, und die Abbestellung der „Kreuzzeitung“, des Organs der preußischen Hochkonservativen, wurde „mit „fröhlichem Gelächter“ vorgenommen.<sup>61</sup> Von den Paderborner Zeitungen traf allein die liberale „Westfälische Zeitung“ auf Interesse. Alles in allem zeigte das Zeitungsspektrum in der ausgehenden Revolutionszeit eine deutlich liberale Schlagseite, auch wenn die Pole auf der linken Seite durch demokratische und auf der rechten durch gemäßigt konservative Blätter markiert waren. Komplett fiel der konfessionelle Konservativismus der Kürzung des Zeitungsetats zum Opfer, so dass die Mitglieder ab 1850 nur noch auf zehn politische Zeitungen zurückgreifen konnten. Zuvor waren es 13 gewesen. Aber nach wie vor änderte sich

Persönlichkeiten, die in den 1850er Jahren auch in der „Harmonie-Gesellschaft“ in Erscheinung traten.

<sup>60</sup> Bericht von der Mitgliederversammlung der Harmonie-Gesellschaft am 13.12.1849, in: WZ, Nr. 297, 15.12.1849. Mit der „Kreuzzeitung“ ist die „Neue Preußische Zeitung“ in Berlin gemeint, das Organ der preußisch-protestantischen Hochkonservativen, die als Kern der preußischen Adelsreaktion galten.

<sup>61</sup> Bericht von der Mitgliederversammlung der Harmonie-Gesellschaft am 13.12.1849, in: WZ, Nr. 297, 15.12.1849.

nichts an der liberal-konstitutionellen Grundausrichtung der Gesellschaft, d. h. an der Favorisierung einer verfassungsmäßig gebundenen Monarchie, die sich mehr auf das Bürgertum als auf den Adel stützte. Dass die „Harmonie“ auch für neue Einflüsse offen blieb, bestätigte sich, als der katholische Konservatismus nach anfänglichen Startschwierigkeiten in der Reaktionsära zu einer selbstbewussten politischen Kraft wurde. Nunmehr fanden auch die Exponenten dieser Richtung in der „Harmonie-Gesellschaft“ Aufnahme.<sup>62</sup> Unter den neuen Bedingungen eines offen reaktionären Regierungskurses fiel es den tonangebenden Liberalen um so leichter, sich gegenüber dem regierungsfernen politischen Katholizismus als potentiell Verbündeten zu öffnen. Bereits in der Revolutionszeit hatte die „Westfälische Kirchenzeitung“ unmissverständlich klargestellt, dass sich der Katholizismus als regierungsunabhängige Kraft begriff und sich jedweden Verstoß, die Kirche zu einer „Staatsmaschinerie“ herabzuwürdigen, energisch widersetzen werde, gleichgültig, aus welcher Richtung ein staatskirchlicher Angriff auf die Autonomie der Kirche vorgetragen würde.<sup>63</sup>

Auch in der Reaktionsära blieb der politische Austausch für die „Harmonie-Gesellschaft“ bedeutsam. Deutschlandweit ließ sich um die Mitte des Jahrzehnts ein gesteigertes Informations-, und Orientierungsbedürfnis beobachten, u. a. im Zusammenhang mit dem Krimkrieg, in dem westeuropäischer Liberalismus und russischer Reaktionsgeist aufeinanderzuprallen schienen. Nachdem die „Harmonie-Gesellschaft“ 1849 den Zeitschriftenbestand herabgesetzt hatte und seither in der Medienlandschaft beträchtliche Veränderungen vonstatten gegangen waren, wurden Stimmen laut, den Zeitschriftenbestand des Clubhauses an die aktuelle Lage anzupassen und gegebenenfalls zu erweitern. Infolgedessen schritt man 1855 zur Gründung einer Zeitungskommission, die aufkommende Meinungsverschiedenheiten bei der Auswahl der Zeitungen zum Ausgleich bringen sollte.<sup>64</sup> Dass es hier Abstimmungsbedarf gab, hatte sich kurz vorher gezeigt, als der Antrag, die liberalkonservative „Patriotische Zeitung“ aus Minden zu abonnieren, von der Generalversammlung abgelehnt worden war.<sup>65</sup> Ob sich hinter dieser Entscheidung finanzielle, journalistische oder ideologische Gründe verbargen, ist nicht mehr rekonstruierbar. Der neuen Zeitungskommission gab man Richtlinien an die Hand, die eine sorgfältige und politisch ausgewogene Auswahl sicherstellen sollten. Das wachsende Informationsbedürfnis nährte sich vor allem aus dem Unbehagen über den allgemeinen politischen Stillstand und aus der Verärgerung über die autoritären Praktiken der Berliner Regierung. Auch das Paderborner Pressewesen bekam dies zu spüren, z. B. 1855 anlässlich eines Wahlaufufes des „Kirchen-

<sup>62</sup> Beispielsweise fanden mit Domkapitular Ernst, Rechtsanwalt Mantell und Kaufmann Brüning exponierte Vertreter des politischen Katholizismus Aufnahme in der „Harmonie-Gesellschaft“; vgl. 100 Jahre Harmonie-Gesellschaft, S. 46 u. S. 60.

<sup>63</sup> Die katholische Kirche und die neue Freiheit, in: WKB, Nr. 1, 5.8.1848.

<sup>64</sup> 100 Jahre Harmonie-Gesellschaft, S. 22f.

<sup>65</sup> Nachricht aus Paderborn vom 13. Juli, in: WZ, Nr. 162, 14.7.1855.

blattes“, das dazu aufgefordert hatte, nur „aufrichtige Katholiken“ zu wählen.<sup>66</sup> Prompt schritt die Ortspolizei zur Beschlagnahme, denn aus ihrer Sicht störte der Aufruf den „konfessionellen Frieden“. Zuvor hatte die Polizeibehörde bereits gegenüber der „Westfälischen Zeitung“ mit der Ausweisung eines Redakteurs und mit der zeitweiligen Verweigerung der Postbeförderung vorexerziert, dass sie es mit der Pressekontrolle ernst meinte.<sup>67</sup> Die obrigkeitliche Gängelung wurde zunehmend als Ärgernis empfunden. Auf der einen Seite erblickte man Stillstand und Rückschritt, soweit es um die politischen Verhältnisse in Deutschland ging, und auf der anderen Seite begann die industrielle Dynamik auch Paderborn zu erfassen und brachte eine neue Schicht erfolgreicher Kaufleute, Unternehmer und Bankiers hervor. Dieser Zwiespalt führte zu wachsender Unzufriedenheit, und den gebildeten Paderbornern war klar, dass sie eine breite Informationsbasis benötigten, wenn sie an der politischen Willensbildung stärker mitwirken wollten. Deshalb musste ihnen umso mehr daran gelegen sein, im Lesekabinett der „Harmonie-Gesellschaft“ auf ein breites Medienangebot zurückgreifen zu können, das die jeweils aktuellen Trends der Medienlandschaft berücksichtigte. Entsprechendes Gewicht hatte die Zeitungskommission.

Die wachsende politische Unzufriedenheit fiel mit der Öffnung der „Harmonie-Gesellschaft“ für erfolgreiche Juden zusammen. Den Anfang machte man mit Kaufleuten, 1854 mit dem Kaufmann Löwenstein und 1856 mit den Gebrüdern Eichengrün. Damit stärkte man das liberale Element beträchtlich.<sup>68</sup> Z. B. zählte Julius Eichengrün zu den Mitbegründern der liberalnationalen Turnvereinsbewegung in Paderborn.<sup>69</sup> Mit der Integration arrivierter jüdischer Bürger unterstützte die „Harmonie-Gesellschaft“ die liberale Umgestaltung der deutschen Gesellschaft in eine Staatsbürgergesellschaft, die vor allem auf Leistung und Bildung, nicht aber auf die konfessionelle oder ständische Herkunft schaute. Bereits in den 1840er Jahren hatte die Integration der Juden in die Paderborner Gesellschaft Fortschritte gemacht, als angesehene jüdische Familien zunehmend auf geselligen Tanzveranstaltungen willkommen geheißen wurden und diese Familien gesellige Begegnungsanlässe als Chance begriffen, konfessionell bedingte Fremdheitsgefühle und Vorurteile abzubauen. Ein jüdischer Paderborner bestätigte ausdrücklich, dass „gemeinschaftliches Vergnügen“ integrativ wirke. Aus seiner Sicht, die er 1848 einem Presseartikel anvertraute, waren „solche Gelegenheiten einer gegenseitigen Annäherung günstig“. Sie zeigten, dass „das Gespenst des Vorurteils“ am ehesten vor „dem heiteren Geist der Freude“ kapitulierte.<sup>70</sup> Auch wenn er selbst in den gebildeten Kreisen Paderborns noch ein beträchtliches

<sup>66</sup> Nachricht aus Paderborn vom 30. September, in: Westfälischer Merkur (Münster), Nr. 225, 2.10.1855.

<sup>67</sup> Nachricht aus Paderborn, in: WZ, Nr. 113, 14.5.1853.

<sup>68</sup> 100 Jahre Harmonie-Gesellschaft, S. 61 u. S. 63.

<sup>69</sup> Anzeige des Turnerkomitees, in: AKP, Nr. 83, 18.10.1865.

<sup>70</sup> Eingesandt, in: GWB, Nr. 7, 22.1.1848.

Maß an antijüdischen Vorurteilen glaubte beobachten zu können, so erkannte er doch beträchtliche Fortschritte in Richtung wechselseitiger Toleranz. Die Pressekontroverse, die der Artikel dieses Paderborners auslöste, zeigte deutlich, dass es zwar unterschiedliche Meinungen über das Maß dieser Fortschritte gab, dass aber die bürgerlich-liberale Aufklärungsidee bereits so weit Fuß gefasst hatte, dass die Paderborner Juden mehr als zuvor bei ihren christlichen Mitbürgern auf Toleranz und Respekt rechnen durften.<sup>71</sup> Die größten Hoffnungen setzten sie auf die Verständigungsbereitschaft der gebildeten Kreise unter den Nicht-Juden, während sie in unteren Schichten eher ein Fortwirken dumpfer vorurteilsgeladener Traditionen vermuteten. Auf die aufklärenden Wirkungen der Bildung zu setzen, hatte zum einen mit den konkreten Erfahrungen im Alltag zu tun, zum anderen aber damit, dass sich die an der Kontroverse beteiligten Autoren als hochgebildete Persönlichkeiten auswiesen, die an die humanisierende Kraft der Vernunft glaubten. Damit wurden sie zu einem potentiellen Rekrutierungsfeld der „Harmonie-Gesellschaft“.

Die Pressekontroverse legte offen, dass sich in Paderborn seit den 1840er Jahren ein Wandel vollzog, der dem geselligen Umgang der gebildeten Kreise die Aufgabe zwies, Verständigungsbrücken zwischen Juden und Nicht-Juden zu bauen. Insofern war es nur eine Frage der Zeit, dass auch die „Harmonie-Gesellschaft“ ihren konfessionsübergreifenden Geselligkeitsanspruch auf Juden ausdehnte. Diesen Trend unterstützte der liberale Oppositionsgeist der Reaktionsära; er ließ die Bereitschaft reifen, sich auch gegenüber Juden zu öffnen und gemeinsam am Projekt einer konfessions- und standesübergreifenden nationalen Staatsbürgergesellschaft zu arbeiten. Wohl kaum kann der Einschnitt, den 1854 die erstmalige Aufnahme eines Juden in die „Harmonie-Gesellschaft“ bedeutete, überschätzt werden. Denn mit einem Male drang ein konfessionell sehr fremdartiges Element in den Intimraum exklusiver bürgerlicher Geselligkeit vor, und damit in einen Sozialraum, der als Gegenwelt zur Sphäre pragmatisch-distanzierter Geschäftsbeziehungen empfunden wurde. Dies unterstrichen insbesondere die großen Tanzbälle der „Harmonie-Gesellschaft“, die die familiäre Privatheit ins Organisationsleben integrierten und vor allem über die Knüpfung zarter zwischengeschlechtlicher Bande jedermann vor Augen führten, dass von einer Begegnungsstätte, die den Intimraum der Verwandtschaftsbeziehungen einschloss, starke Integrationskräfte ausgingen. Der Dammbbruch, den die Öffnung gegenüber Juden bedeutete, ließ sämtliche Segmente der Paderborner Elite in den Genuss der wechselseitigen interkonfessionellen Achtung kommen. Seither mischten sich im Mitgliederverzeichnis der „Harmonie-Gesellschaft“ die Konfessionen und Parteirichtungen spiegelbildlich zu ihrem zahlenmäßigen Gewicht vor Ort. Seither spielte sich ein Kli-

<sup>71</sup> Eingesandt, in: *GWB*, Nr. 7, 22.1.1848 einschließlich der Anmerkung der Redaktion; Eingesandtes (Verf. ein anonym bleibender Paderborner Jude), in: *GWB*, Nr. 9, 29.1.1848; Eingesandt (Verf. ein weiterer anonym bleibender Paderborner Jude), in: *GWB*, Nr. 11, 5.2.1848 einschließlich Anmerkung der Redaktion.

ma der Toleranz ein, das die „Harmonie-Gesellschaft“ befähigte, die scharfen politischen Auseinandersetzungen der 1860er und 70er Jahre als ausgleichende Instanz unbeschadet zu überstehen.

Nach 1855 gab die Verhärtung des reaktionären Regierungskurses dem liberalen Oppositionsgeist weiteren Auftrieb. Zum heimlichen Hoffnungsträger der preußischen Liberalen wurde der Prinz von Preußen, der spätere König Wilhelm I. Die Liberalen wünschten sich nichts sehnlicher als die Beseitigung des Berliner Reaktionskabinetts, das sich auf die protestantischen Hochkonservativen stützte. Dem Prinz zu Ehren veranstaltete die „Harmonie-Gesellschaft“ am Neujahrstag 1857 ein Festessen und eine musikalische Abendunterhaltung.<sup>72</sup> Die demonstrative Absicht dieses Aktes ließ sich kaum verbergen; denn es war alles andere als selbstverständlich, einem Prinzen des für den verhassten reaktionären Kurs verantwortlichen Herrscherhauses aus purer Wohlgefälligkeit und Unterwürfigkeit zu seinem Dienstjubiläum zu gratulieren. In diesem Fall jedoch handelte es sich mit scheelem Blick auf den amtierenden König und dessen Reaktionskabinett um eine deutliche Geste der Distanzierung, wenn man seinen mit der liberalen Opposition sympathisierenden Bruder hochleben ließ. Das war Ausfluss oppositionellen Überdresses in monarchistischem Gewande. Deshalb konnte der liberale „Anzeiger für den Kreis Paderborn“ den Prinzen in seinem Bericht über die Festveranstaltung ohne weiteres als einen „gefeierten Sohn des Vaterlandes“ bezeichnen und ihm „echte“ Verehrung entgegenbringen. Durch ‚die Blume gesprochen‘ hieß das, dass man diese Verehrung dem König und seinem Ministerium glaubte vorenthalten zu müssen. Dass der Prinz mit dem Berliner Reaktionskabinett über Kreuz lag, hätte der „Kreisanzeiger“ schwerlich schreiben können; denn es gab eine Anweisung von oben, wonach nur politisch genehmen Blättern die Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen zugestanden wurde.<sup>73</sup> Dieses Privileg wollte der „Kreisanzeiger“ nicht verlieren, und deshalb begnügte er sich mit Andeutungen. Den Gebildeten war landesweit bekannt, dass der Prinz enge Beziehungen zur sogenannten Wochenblattpartei unterhielt, eine lockere, landesweit agierende liberalkonservative Honoratioren-Vereinigung, auf die man für den Fall des Thronwechsels große Hoffnungen setzte.<sup>74</sup> Selbst das Organ dieser Gruppierung war in der Reaktionsära vor Zensur-Übergriffen nicht sicher, trotz des Rückhalts beim Kronprinzen. Mit Rücken-deckung des Königs überspannte das Reaktionskabinett den Bogen so sehr, dass die ‚Wochenblatt-Fraktion‘ des Preußischen Abgeordnetenhauses die Regierung im April

<sup>72</sup> Nachricht aus Paderborn, in: AKP, Nr. 1, 3.1.1857.

<sup>73</sup> Bericht der Kölnischen Zeitung aus Paderborn vom 17.1.1860, in: AKP, Nr. 10, 22.1.1860.

<sup>74</sup> Der Parteiname war dem Organ dieser Gruppierung, dem „Preußischen Wochenblatt“ entlehnt; dieses Blatt steuerte einen anti-reaktionären, liberalkonservativen Kurs und befürwortete eine konstitutionell-monarchische, auf streng rechtsstaatlichen Grundlagen beruhende Staatsordnung. Vgl. BEHNEN, Michael: Das Preußische Wochenblatt (1851–1861). Nationalkonservative Publizistik gegen Ständestaat und Polizeistaat, Göttingen 1971, S. 41ff.

1857 mit ungewohnt scharfen Worten attackierte. Sie brachte fast alle Fraktionen des Parlaments hinter sich und vermittelte den Eindruck, sie wolle den Aufstand proben und als Vorbote des ersehnten liberalen Umschwungs an den verpassten Chancen von 1848 anknüpfen. Als Wilhelm 1857 in Vertretung seines schwer erkrankten Bruders die Regentschaft übernahm, erblickte die „Westfälische Zeitung“ im Regentschaftswechsel etwas „Heilsames“; das war eine kaum kaschierte Aburteilung des scheidenden Königs.<sup>75</sup>

Zu dieser Zeit spielten konfessionelle Spannungen innerhalb der Paderborner Oberschicht kaum eine Rolle. Man blickte vor allem auf die reaktionäre Erstarrung der preußischen Politik. Als die „Westfälische Zeitung“ Ende 1855 nach Dortmund umzog und sich gegenüber den Berliner Behörden als ‚anti-ultramontan‘ empfahl, fand dies keinerlei Niederschlag in der Berichterstattung über katholische Belange. Diese blieb wie zuvor neutral bis wohlwollend. So mischten sich 1856 in die Kommentare über die Wahl des neuen Paderborner Bischofs keinerlei kirchenkritische Untertöne.<sup>76</sup> Die auffällige Zurückhaltung gegenüber dem katholischen Klerus zeigt deutlich, wie sehr die wachsenden Spannungen zwischen dem Reaktionskabinett und den politischen Kräften im Lande andere Frontstellungen zurücktreten ließen. Erst im liberalen Umbruchjahr 1859 brachen unter dem Eindruck der hitzigen Debatten über das Verhältnis von italienischer Nationalbewegung und Papsttum die alten Fronten zwischen konfessionellem Konservatismus und Liberalnationalismus wieder auf.

### **VIII. Die ‚Neue Ära‘ und die Auseinandersetzungen zwischen katholischem Konservatismus und liberalnationaler Bewegung**

Ihren Höhepunkt erreichte die liberal-nationale Bewegung in der sogenannten Neuen Ära, die Ende der 1850er Jahre mehr politische Freiheit brachte. Ungeahnt scharfe Formen nahmen nunmehr die publizistischen Auseinandersetzungen zwischen Konservatismus und Liberalismus an. Als wichtiger Impulsgeber wirkte der oberitalienische Krieg. Auch in Paderborn tat sich eine tiefe Kluft zwischen den liberalnationalen Visionen der gehobenen Bürgerkreise und dem Konservatismus des katholischen Kirchenmilieus auf. Auch wenn der Konservatismus in Paderborn vor allem ein katholisches Gesicht zeigte, so hatten die Liberalen gleichwohl auch den protestantischen Konservatismus des Herrschaftsadels im Visier. Sofern der altpreußische Herrschaftsstand die Unabhängigkeit von Religion und Kirche nicht antastete, konnte er auch auf Unterstützung durch die katholische Kirche rechnen. Dies traf auch auf Paderborn zu, wo das „Westfälische Kirchen- und Volksblatt“ trotz aller Distanz gegenüber dem preußischen Herrschaftsadel überkonfessionelle konservative Ge-

<sup>75</sup> Die Stellvertretung des Regenten, in: WZ, Nr. 256, 31.10.1857.

<sup>76</sup> Nachrichten aus Paderborn vom 29. Januar, 18. August u. 8. November, in: WZ, Nr. 26, 31.1.1856 bzw. Nr. 195, 20.8.1856 u. Nr. 270, 15.11.1856.

meinsamkeiten betonte, vorneweg das Prinzip der „monarchischen Legitimität“, wonach der Status quo geburtsständischer und hierokratischer Herrschaftsansprüche als hohes bewahrenswertes Gut zu gelten hatte, das es gegenüber allen Anfeindungen liberalnationaler und demokratischer Bewegungen zu verteidigen galt, in Preußen ebenso wie im gesamten europäischen Raum. Für diesen Konservatismus wurde die italienische Einigungsbewegung zur großen Bewährungsprobe. Als im Frühjahr 1859 der oberitalienische Krieg ausbrach, prallten die Fronten in seltener Schärfe aufeinander. Deutlich wurde, wie unversöhnlich sich Liberalnationalismus und Konservatismus gegenüberstanden. Dies wurde europaweit so empfunden, wobei die Debatten in Regionen mit hohem Katholikenanteil besonders hitzig ausfielen, weil der gewaltbegeisterte italienische Liberalismus auch die weltliche Herrschaftsstellung des Papstes bedrohte. Dies spielte auch in Paderborn im Meinungskampf zwischen katholischen Konservativen und Liberalen eine überragende Rolle.

Erstaunlich eng waren in Paderborn die personellen Verflechtungen zwischen der „Harmonie-Gesellschaft“ und den liberalnationalen Bestrebungen, die ab 1859 in dieser recht kleinen Provinzmetropole einen bemerkenswerten Aufschwung erlebten. Gleichwohl verhielt sich die „Harmonie-Gesellschaft“ im Parteienstreit zwischen konfessionellem Konservatismus und Liberalnationalismus zurückhaltend, um auch weiterhin ausgleichend wirken zu können. Die Zurückhaltung schlug sich vor allem in der Auswahl der Tageszeitungen und Zeitschriften nieder, die die „Harmonie-Gesellschaft“ in ihren Clubräumen bereithielt. Die Kommission, die sich um die Beschaffung von Zeitschriften zu kümmern hatte, ließ sich auch in den frühen 1860er Jahren vom Grundsatz der politischen Ausgewogenheit leiten. Einen bemerkenswerten Pluralismus offenbarte das breite Spektrum der ausgewählten Titel.<sup>77</sup> Auf 22 Periodika konnten die „Harmonie“-Mitglieder zurückgreifen, wenn sie sich in den frühen 1860er Jahren über das aktuelle Zeitgeschehen informieren wollten.<sup>78</sup> Mit Ausnahme

<sup>77</sup> Liste der von Januar bis Juni 1863 gehaltenen Zeitungen und Zeitschriften, in: 100 Jahre Harmonie-Gesellschaft, S. 28.

<sup>78</sup> Die Liste der 22 Zeitschriften enthielt u. a. die folgenden Titel: „Kölnische Zeitung“ (gemäßigt liberal und nationaldeutsch), „Kladderadatsch“/Berlin (linksliberal und militant nationalistisch im kleindeutschen Sinne), „Kreuzzeitung“/Berlin [exakter Titel: „Neue Preußische Zeitung“] (preußisch altkonservativ, d. h. monarchistisch-autoritär bis reaktionär), „Nationalzeitung“/Berlin (liberal und kleindeutsch-nationalistisch), „Augsburger Allgemeine Zeitung“ (liberalkonservativ und großdeutsch), „Militär-Wochenblatt“ (preußisch-konservativ und monarchistisch), „Illustrierte Zeitung“/Leipzig (liberal und nationaldeutsch), „Westfälischer Merkur“/Münster (katholisch-konservativ und großdeutsch), „Kölnische Blätter“ (katholisch-konservativ und großdeutsch), „Volkszeitung“/Berlin (linksliberal und kleindeutsch-national), „Berliner Börsenzeitung“ (gemäßigt liberal und nationaldeutsch), „Westfälische Zeitung“/Dortmund (liberal und kleindeutsch-national), „Westfälisches Volksblatt“/Paderborn (katholisch-konservativ und großdeutsch), „Fliegende Blätter“ (nationaldeutsch und gemäßigt liberal), „Grenzboten“ (liberal und kleindeutsch-national), „Historisch-politische Blätter“ (militant katholisch und großdeutsch-konservativ). Der bei einigen Titeln hinzugefügte Erscheinungsort und die grobe politische Zuordnung sind Ergän-

der revolutionären demokratischen Linken waren alle großen Richtungen der deutschen Publizistik vertreten: katholischer Konservatismus, preußischer Hochkonservatismus, gemäßigter Liberalkonservatismus, großdeutscher und kleindeutscher Nationalismus und radikaloppositioneller Liberalnationalismus. Damit erfüllte die „Harmonie-Gesellschaft“ auch weiterhin die Aufgaben eines parteiübergreifenden Medienzentrums, das weltoffene politische Debatten ermöglichte.

Kaum konnte sich die „Harmonie-Gesellschaft“ den bewegenden Zeitfragen entziehen. Der italienische Einigungskrieg wirkte mitsamt seinen Folgen für die Stellung des Papstes auf die bürgerliche Öffentlichkeit in Deutschland massiv zurück. Denn im Lichte des anstachelnden Vorbildes, das die kämpferischen Italiener lieferten, erlebten die liberalnationalen Fortschrittvisionen ähnlich wie 1848 einen ungeahnten Aufschwung. Dass mit Napoleon III., dem mächtigen Verbündeten der italienischen Einigungsbewegung, eine problematische Größe ins Spiel kam, vermittelte den politischen Debatten zusätzliche Impulse, weil die deutschen Liberalen diesem machtbesessenen und expansionsfreudigen Staatsmann ungeachtet aller Sympathien für die Italiener misstrauten. Infolgedessen erging sich die deutsche Medienwelt in ausufernden Spekulationen, inwieweit Napoleon gegenüber Deutschland annexionistische Absichten hegte. Dies beflügelte die Aufbruchstimmung zusätzlich. Zu einem Kristallisationspunkt der politischen Unruhe wurde das Schiller-Jubiläum vom November 1859. Gefeierte wurde der 100. Geburtstag eines Dichters, den man auf das Podest eines nationalgesinnten Freiheitshelden hob. Auch die Paderborner „Harmonie-Gesellschaft“ hatte daran Anteil. Für die örtliche Schillerfeier stellte sie den „Harmonie“-Saal zur Verfügung, nachdem zuvor ein Fackelzug zu Ehren dieses Heroen der nationalen Freiheitsidee stattgefunden hatte und auf dem Marktplatz eine Büste aufgestellt worden war, die sinnfällig bekräftigte, dass auch die liberal eingestellten Bürgerkreise Paderborns in Schiller einen „Propheten“ der nationaldeutschen und bürgerlich-liberalen Heilsvisionen erblickten.<sup>79</sup> Alles andere als begeistert reagierten katholisch-konservative Kreise. Sie erblickten in der Paderborner Schillerfeier eine „Vergötterung“ des großen Dichters, der sich gegenüber dem Katholizismus feindselig geäußert habe und in seiner gesamten Grundhaltung als Gegner eines christlichen Konservatismus einzustufen sei.<sup>80</sup> Mit dieser Attacke auf das Dichterjubiläum eröffnete das

zungen, die nicht in der überlieferten Liste der „Harmonie-Gesellschaft“ enthalten sind (s. Anm. 77). Der politischen Zuordnung liegen die mediengeschichtlichen Forschungen des Verfassers zugrunde.

<sup>79</sup> Memorabilia von Paderborn seit 1800, verfaßt von Alexander Brandis, Eintrag vom 10. November 1859, S. 49, in: Nachlaß des Vereins für Geschichte und Altertumskunde Westfalens, Acta 44 (Standort: Erzbischöflich-Akademische Bibliothek Paderborn); vgl. auch: Schiller, in: WZ, Nr. 248, 20.10.1859; Die „Vergötterung Schillers“ und die frommen Zopfträger des Herrn, in: WZ, Nr. 257, 30.10.1859.

<sup>80</sup> Einige flüchtige Gedanken in Betreff der hiesigen Schillerfeier, in: WKB, Beilage zu Nr. 45, 5.11.1859.

„Westfälische Kirchenblatt“ die Phase leidenschaftlicher politischer Auseinandersetzungen. Besonders übel vermerkte das Blatt, dass der Fackelzug zum Marktplatz geführt habe, wo die Schillerbüste ausgerechnet im Angesichte des „ehrwürdigen Domes“ zur Aufstellung gekommen sei. Dass die Schillerfreunde den „Cultus des dichterischen Genius“ auf Tuchfühlung mit dem Dom vollzogen, empfand man aus katholischer Sicht als Provokation. Zu Recht weckte dies Konkurrenzgefühle, handelte es sich doch um ein nationalreligiöses und liberales Gegenstück zur katholischen Heiligenverehrung, wie das „Kirchenblatt“ ausdrücklich vermerkte. Von diesem publizistischen Angriff ließ sich die „Harmonie-Gesellschaft“ ebenso wenig beeindrucken wie von weiteren katholischen Vorstößen gegen den wachsenden Einfluss der liberal-nationalen Bewegung auf die Paderborner Bürgerwelt.

Deutlich brachte die „Harmonie-Gesellschaft“ ihre Sympathien für den Nationalgedanken zum Ausdruck, als sie 1860 anlässlich des Jahrestages der Schlacht von Waterloo ein Gartenkonzert veranstaltete, das für das Ziel eines wehrhaften deutschen Nationalstaates warb.<sup>81</sup> Im Hintergrund stand die Besorgnis, dass ein deutsch-französischer Waffengang kurz bevorstehe und sich der deutsche Adelspartikularismus als schwerwiegendes verteidigungspolitisches Manko erweisen könne, vergleichbar dem Napoleonischen Zeitalter. In der Hoffnung, dass der preußische Prinzregent die Hoffnungen, die die Nationalbewegung in ihn setzte, nicht enttäuschte und den Einigungsprozess unterstützte, beschloss man im Frühjahr 1861, ihm zu Ehren eine Büste aufzustellen. Diese symbolische Geste galt ihm als liberalnationalem Hoffnungsträger.<sup>82</sup> Wenig später hätte man nicht mehr im Traum daran gedacht, dem König in den eigenen Gesellschaftsräumen eine Büste zu widmen. Denn mit der Berufung Otto von Bismarcks an die Spitze eines die Rechte des Parlaments missachtenden Konfliktministeriums steuerte der König ab 1862 einen Konfrontationskurs, der ihn zu einem Gegner der Liberalen werden ließ. Aber im Frühjahr 1861 setzte man in der „Harmonie-Gesellschaft“ noch große Hoffnungen auf Preußen, erkennbar daran, dass sich exponierte Mitglieder für den „Nationalverein“ engagierten, der zu diesem Zeitpunkt eine groß angelegte Kampagne für den Aufbau einer preußisch-deutschen Kriegsflotte durchführte, die in dem ersehnten Nationalkrieg zur Befreiung Schleswig-Holsteins zum Einsatz kommen sollte. In Paderborn zählte zu den Wortführern der Flottenagitation, die auf Preußens „deutsche Sendung“ setzte, u. a. das „Harmonie“-Mitglied Philipp Sarrazin.<sup>83</sup>

Trotz aller liberal-nationalen Neigungen in ihren Reihen hielt die „Harmonie-Gesellschaft“ die Balance zwischen den politischen Lagern. Auch weiterhin stellte sie

<sup>81</sup> 100 Jahre Harmonie-Gesellschaft, S. 27. Der Jahrestag dieser letzten Entscheidungsschlacht gegen Napoleon I. im Jahre 1815 fiel auf den 18. Juni.

<sup>82</sup> 100 Jahre Harmonie-Gesellschaft, S. 27.

<sup>83</sup> Für die preußisch-deutsche Flotte, in: AKP, Nr. 77, 25.9.1861; 100 Jahre Harmonie-Gesellschaft, S. 63.

katholisch orientierten Veranstaltern den „Harmonie“-Saal zur Verfügung, z. B. im Spätherbst 1860 den Jesuiten, die als geistige Speerspitze des päpstlichen Machtanspruchs galten.<sup>84</sup> Auch die Aufnahmepolitik der Gesellschaft blieb ausgewogen: So nahm man im Frühjahr 1860 aus den Reihen der Richterschaft zwei Exponenten der konträren politischen Lager auf: zum einen den protestantischen Appellationsgerichtsrat Wilke, der in den 1860er Jahren zur Führungsgruppe des „Nationalvereins“ und der oppositionellen Fortschrittspartei zählte und ab 1861 mehrmals ins Direktorium der „Harmonie-Gesellschaft“ gewählt wurde, und zum anderen den katholischen Kreisrichter Alfred Hüffer, der in den 1860er Jahren an führender Stelle das Netzwerk des politischen Katholizismus aufbaute.<sup>85</sup>

### IX. Liberalnationale Netzwerkbildung ab 1859

1859 erwachte die liberalnationale Bewegung in Paderborn zu neuem Leben. Die ersten Bestrebungen datierten auf den September. Ein kleiner Kreis von fünf Personen traf sich in einer Privatwohnung, um auch in Paderborn die Bestrebungen für eine Reform der deutschen Bundesverfassung auf eine organisatorisch solide Basis zu stellen.<sup>86</sup> Unter den Initiatoren waren Rechtsanwalt Krönig und Kreisrichter Wichmann, beide zum Führungszirkel der „Harmonie-Gesellschaft“ zählend. Vorbereitet wurde eine Versammlung, die Ende September von 66 Personen besucht wurde und sich auf den Boden der „Eisenacher Erklärung“ stellte, die als Gründungsmanifest des „Deutschen Nationalvereins“ in die Geschichte eingegangen ist.<sup>87</sup> Vor allem Juristen, Gymnasiallehrer und andere Gebildeten wurden vor Ort zu Trägern dieser politischen Idee. Und genau diese Gruppierung, Katholiken eingeschlossen, machte aus der Paderborner Schillerfeier vom November eine kultische Veranstaltung, für die ca. 300 Fackelträger gewonnen werden konnten, vornehmlich Schüler des örtlichen Gymnasiums.<sup>88</sup>

<sup>84</sup> Memorabilia von Paderborn, Eintrag vom 10. November 1859, S. 51. Die Jesuiten-Veranstaltungen fanden zwischen dem 3. u. 23. Dezember 1860 statt.

<sup>85</sup> Memorabilia von Paderborn, Eintrag vom 1.2.1860, S. 50; 100 Jahre Harmonie-Gesellschaft, S. 48f., S. 66; Aufruf vom 19.6.1860 zur Gründung eines Deutschen Vereins, [der als informeller Zweigverein des „Deutschen Nationalvereins“ gedacht war], in: AKP, Nr. 49, 20.6.1860. Vgl. zu Kreisrichter Hüffer: MARON, Vom Ende des Fürstbistums, S. 92f.

<sup>86</sup> Nachricht aus Paderborn, in: WZ, Nr. 228, 27.9.1859. Die von Hülbrock, [Hermann] Krönig, Pieper, Wendroth und Wichmann unterzeichnete Einladung zu einer politischen Versammlung datierte auf den 23.9.1859.

<sup>87</sup> Nachricht aus Paderborn, in: WZ, Nr. 240, 11.10.1859. Das Gründungsmanifest der „Eisenacher Erklärung“ datierte auf den 14. August 1859; ihr zufolge sollte sich ein liberal reformiertes Preußen an die Spitze der deutschen Einigungsbewegung stellen. Vgl. BIEFANG, Andreas: Politisches Bürgertum in Deutschland 1857–1868. Nationale Organisationen und Eliten, Düsseldorf 1994, S. 74f.

<sup>88</sup> Erwiderung des Berichterstatters der Paderborner Schillerfeier an die Redaktion des „Westfälischen Kirchenblatts“, in: AKP, Nr. 97, 3.12.1859; Nachricht aus Paderborn, in: WZ, Nr. 279, 25.11.1859; Einige flüchtige Gedanken in Betreff der hiesigen Schillerfeier, in: WKB, Beilage zu Nr. 45, 5.11.1859, S. 354.

Die Basis der liberalen Bestrebungen verbreiterte sich, als im Mai 1860 über Deutschland ein Sturm der Entrüstung hinwegging, der dem Hannoverschen Staatsminister von Borries galt. Dieser hatte vor dem Landesparlament den „Nationalverein“ attackiert und sich dabei zu der aufreizenden Bemerkung verleiten lassen, dass die deutschen Fürsten notfalls auch „Bündnisse mit außerdeutschen Staaten“ eingehen würden, um einem drohenden Machtverlust zuvorzukommen, falls Preußen den Mittelstaaten einen deutschen Nationalstaat aufzwingen wolle. Prompt folgte ein geharnischtes Echo aus dem liberalen Lager; nun hatte sich die deutsche Fürstenwelt erst recht des Vorwurfs zu erwehren, sie betreibe wie einstmal die „Rheinbundfürsten“ unter Napoleon eine „ehrlose“ Politik, die aus dem Blickwinkel des wiedererwachten „Nationalgeistes“ als „Vaterlandsverrat“ zu brandmarken war.<sup>89</sup> Auch die Paderborner Liberalen wussten die Provokation des Hannoverschen Konservativen zu nutzen, um eine Bürgerversammlung einzuberufen, die gegen von Borries eine Protestresolution verabschieden sollte.<sup>90</sup> Auf der anberaumten Versammlung kamen 76 Unterschriften zusammen,<sup>91</sup> und man ergriff die stimmungsmäßig günstige Gelegenheit beim Schopf, in Paderborn einen an den „Nationalverein“ angelehnten „Deutschen Verein“ zu gründen, der vor Ort auch zur Grundlage der Fortschrittspartei wurde.<sup>92</sup> Diesem Verein traten gleich zu Beginn mehr als 60 Paderborner bei.<sup>93</sup> Laut Aufruf warb man für die Bildung „eines über ganz Deutschland ausgebreiteten Vereins“, der sich für die nationale Einigung einsetzen sollte. Von den sechs Unterzeichnern dieses Gründungsaufrufs tauchen fünf auch in den Mitgliederlisten der „Harmonie-Gesellschaft“ auf, drei davon waren als Juristen ständige Mitglieder, ein Rechtsanwalt und zwei Richter.<sup>94</sup> Die zwei Unterzeichner, die zeitweilig auch im Vorstand der „Harmonie-Gesellschaft“ wirkten, Krönig und Wilke, waren ihrer Herkunft nach Protestanten. Dies war nicht weiter verwunderlich, weil sich mit der nationalen Vorreiterrolle, die der „Nationalverein“ Preußen zuschrieb, vorneweg Liberale protestantischer Herkunft identifizierten. Gleichwohl konnten sich mit dem Gedanken eines von Preußen geführten deutschen Nationalstaates auch liberale Katholiken anfreunden, wenn sie die außenpolitischen Gefahren und Herausforderungen in den Blick nahmen,

<sup>89</sup> Ein neuer Rheinbund in Sicht, in: WZ, Nr. 112, 11.5.1860.

<sup>90</sup> Aus Westfalen vom 25. Mai, in: WZ, Nr. 126, 27.5.1860.

<sup>91</sup> Nachricht aus Paderborn vom 5. Juni, in: WZ, Nr. 136, 9.6.1860.

<sup>92</sup> Nachricht aus Paderborn, in: Der Patriot (Lippstadt), Nr. 58, 23.5.1860 u. Nr. 59, 25.5.1860.

<sup>93</sup> Nachricht aus Paderborn vom 7. Juni, in: WZ, Nr. 136, 9.6.1860. Der „Deutsche Verein“ wurde am 23. Juni 1860 gegründet und galt als informelle Ortsgruppe des „Deutschen Nationalvereins“, der aus vereinsrechtlichen Gründen nur Einzelmitgliedschaften kannte. Das repressive Vereinsrecht der meisten deutschen Staaten kannte das sog. Affiliationsverbot, d. h. politische Vereine durften sich nicht zusammenschließen, also auch keine überörtlichen Verbände und Regionalorganisationen bilden. Aus diesem Grunde gab es im „Nationalverein“ nur Einzelmitgliedschaften.

<sup>94</sup> Aufruf zur Gründung eines Deutschen Vereins vom 19.6.1860, unterzeichnet von Barre (Justizrat), Wilke, (Appellationsgerichtsrat), Krönig (Rechtsanwalt), Ph[ilipp] Sarrazin, Wilmanns (Gerichtsassessor), Burger (Referendar), in: AKP, Nr. 49, 20.6.1860.

die allein mit dem preußischen Machtpotential zu meistern waren, sei es die Abwehr Napoleons III. oder die nationaldeutsche Einverleibung der Elbherzogtümer. Im Frühjahr 1861 nahmen Mitglieder des „Deutschen Vereins“ bereits an einer überregionalen Zusammenkunft des „Nationalvereins“ in Hagen teil.<sup>95</sup> Die Paderborner traten auf dieser Versammlung so exponiert in Erscheinung, dass man sogar in Auge fasste, die nächste überregionale Versammlung für die preußischen Westprovinzen in Paderborn stattfinden zu lassen.<sup>96</sup> Freilich spielte bei der Wahl des Tagungsortes auch die günstige Verkehrsanbindung Paderborns an den mitteldeutschen Raum eine Rolle. Auch von dort rechnete man mit Teilnehmern. Alles in allem zeichnete sich ab, dass der Liberalismus in der Bürgerwelt Paderborns seit 1860 auf dem Vormarsch war. Wie weit dabei die überkommene Konfessionsorientierung der Katholiken zurücktrat, darüber gibt am ehesten das Wahlverhalten Auskunft. Dort zeigte sich, dass mit steigendem Sozialstatus die Konfessionsorientierung abnahm. Doch dazu später.

### **X. Publizistische Auseinandersetzungen zwischen ‚Neuer Ära‘ und preußischem Verfassungstreit**

Wie wir gesehen haben, erwies sich der Schillerkult von 1859 als Markstein in der Geschichte der liberalen Oppositionsbewegung. In Paderborn wirkte er obendrein auch auf die katholische Gegenseite als Fanal; denn sie erblickte in ihm eine national-religiöse Konkurrenzveranstaltung der Liberalen. In der Tat ließ die liberale Publizistik keinen Zweifel daran, dass sie mit der Schiller-Verehrung nicht nur den Adel, sondern auch den konfessionskirchlichen Konservatismus herausfordern wollte. Die Schiller-Freunde beanspruchten die Religion in aller Entschiedenheit für den Freiheitsgedanken, was heißen sollte, dass die „Anbetung des lebendigen Gottes“ nicht auf dem Wege der Verehrung konfessionskirchlicher Autoritäten nach der Art Luthers oder des Papstes zu erfolgen hatte, sondern ihren vornehmsten Ausdruck in der Würdigung des „Künstler-Genius“ finden sollte.<sup>97</sup> Vor allem künstlerische Entäußerungen schienen die göttliche Offenbarung zu verkörpern. Schiller wurde damit zum zentralen Symbol einer antikirchlichen und antihierarchischen Front, die sich innerhalb der liberalen Bewegung konfessionsübergreifend aufbaute. Aus diesem Grunde musste sich der katholische Konfessionsgeist durch die expressiv verklärenden Formen, die der Schiller-Kult hervorbrachte, zu Recht herausgefordert fühlen. Man sah hier eine europaweite liberal-nationale Front am Werk, die die Konfessionskirchen und deren Verkündigungsanspruch attackierte. Dies war vor allem deshalb besorgniserregend,

<sup>95</sup> Nachricht aus Hagen, in: WZ, Nr. 61, 13.3.1861.

<sup>96</sup> Nachricht aus Paderborn, in: WZ, Nr. 67, 20.3.1861.

<sup>97</sup> Die „Vergötterung Schillers“ und die frommen Zopfträger des Herrn, in: WZ, Nr. 257, 30.10.1859.

weil die italienische Nationalbewegung seit Frühjahr 1859 konsequent vorexerzierte, wohin das führte.

Selbst die weltliche Herrschaft des Papstes war seit Herbst 1859 akut bedroht. Dies gab europaweit den Anstoß zu einer Solidaritätsbewegung für den Papst, die in Deutschland vom Freiburger „Piusverein“ ausgehend auch das Paderborner Bistum erreichte, wo man ebenfalls in fast allen Pfarreien Unterschriften für Solidaritätsadressen sammelte, die den Papst in seinem Kampf um die Herrschaft im Kirchenstaat moralisch unterstützten sollten.<sup>98</sup> Während die Unterschriftenlisten zirkulierten, kam im Paderborner Kirchenmilieu die Idee auf, auch an den preußischen Prinzregenten eine Petition zu senden, die diesen aufforderte, sich im Konzert der europäischen Großmächte für den Papst als Herrscher des Kirchenstaates zu verwenden. Diese Adresse an den Prinzregenten kam zu Stande; unterzeichnet von 737 Paderborner Katholiken forderte sie diesen auf, den Papst im Geiste der gesamteuropäischen monarchisch-konservativen Solidarität zu unterstützen und damit einen Damm gegen die europaweite Flut des liberaldemokratischen und antikirchlichen Umsturzes zu errichten.<sup>99</sup> Ihrer Vorreiterrolle nachkommend empfahl die Paderborner Initiative sämtlichen Pfarreien des Bistums, ebenfalls eine pro-päpstliche Solidaritätsadresse an den Prinzregenten zu schicken.<sup>100</sup> Träger der Initiative waren kirchengläubige Paderborner Bürger aus der gehobenen Bürgerschicht, angeführt von Gerichtsjuristen und Kaufleuten, darunter auch der papstloyale Verleger Ferdinand Schöningh und dessen Zeitungsredakteur Josef Honcamp.

Was die Paderborner Initiatoren als konfessionsübergreifende konservative Botschaft an den Prinzregenten verstanden wissen wollten, begriff die liberale Gegenseite als offen reaktionäre Provokation, mit der anscheinend das Rad der Geschichte zu Lasten der europaweiten liberal-nationalen Emanzipationsbewegung zurückgedreht

<sup>98</sup> Nachricht aus Paderborn vom 26. November, in: WZ, Nr. 282, 29.11.1859.

<sup>99</sup> Wortlaut der an den Prinzregenten gerichteten Solidaritätsadresse für den Papst, in: WKB, Beilage zu Nr. 49, 3.12.1859; und in: WZ, Nr. 290, 8.12.1859.

<sup>100</sup> Nachricht aus Paderborn vom 6. Dezember, in: WZ, Nr. 289 vom 7.12.1859. Diese Nachricht enthält eine Liste der Paderborner Unterzeichner des Schreibens an sämtliche Pfarrgemeinden des Bistums. Vermutlich war dieser Personenkreis mit den Ideengebern und Initiatoren der Solidaritätsadresse an den Prinzregenten identisch. Die Unterzeichner waren: Schmidt (Kreisgerichtsrat), Kligge (Justizrat), Pauly (Kreisgerichtsrat), von Detten (Appellationsgerichtsrat), Mantell (Rechtsanwalt), F. Levermann (Kaufmann), Dr. Everken, Predeek (Kaufkamm), A. Heising (Kaufmann), Evers (Kreisrichter), Dr. Pieper (Arzt), Honcamp (cand. phil u. Redakteur des „Westfälischen Kirchenblattes“), Harter (Rendant), Kellerhoff (Gerichtsassessor), Kellerhoff (Kreisrichter), C. Cramer (Kaufmann), Eickel (Kreisgerichtssekretär), L. Everken (Kaufmann), C. Rintelen (Kaufmann), F. Schöningh (Buchhändler und Verleger), A. W. Todt (Zimmermeister), Guldenspennig (Diözesan-Baumeister). Eine Mitgliedschaft in der „Harmonie-Gesellschaft“ lässt sich nachweisen für Cramer und Mantell (Mantell ab 1852, Wiedereintritt 1865 nach Austritt vermutlich 1863). Ob weitere Personen „Harmonie“-Mitglieder waren, lässt sich kaum mehr ermitteln, da die Mitgliederlisten nicht vollständig überliefert sind. Als gesichert kann gelten, dass keiner von diesen zur Führungsgruppe der „Harmonie-Gesellschaft“ zählte. Vgl. 100 Jahre Harmonie-Gesellschaft, S. 45–75.

werden sollte. Offenbar sollte der Prinzregent ins monarchisch-konservative Lager herübergezogen werden. Entsprechend scharf fiel das publizistische Echo aus. In der „Westfälischen Zeitung“ bewertete ein anonym bleibender Paderborner Katholik die pro-päpstliche Adresse an den Prinzregenten als dreisten Vorstoß, der in der Domstadt von einer „klerikalen Partei“ ausgegangen sei, die mehr mit Österreich als mit Preußen zu sympathisieren schien.<sup>101</sup> Der darin anklingende Verdacht der Illoyalität gegenüber dem eigenen Landesherrn lässt sich auch anderen Stellungnahmen entnehmen. So unterstellte ein weiterer Beitrag aus Paderborn den Initiatoren der Adresse, sie legten es mit ihrer katholischen Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus darauf an, „einen Staat im Staate zu bilden“.<sup>102</sup>

Auch der Vorwurf der katholischen Doppelzüngigkeit wurde laut; auf der einen Seite, hieß es, erdreisteten sich die Paderborner Initiatoren, den Prinzregenten um Unterstützung für den Papst zu bitten, auf der anderen Seite aber verlören sie kein Wort darüber, dass es für die protestantische Konfession des Prinzregenten im Kirchenstaat keine freie Religionsausübung gebe, während die Katholiken in Preußen auf geradezu vorbildliche Weise Religionsfreiheit genossen.<sup>103</sup> Hier wurde offensichtlich auf doktrinäre Weise mit zweierlei Maß gemessen, so der Vorwurf. Die Schlussfolgerung, die sich daraus ergab, war klar: Ein Papst, der den Kirchenstaat so autoritär und intolerant führte, verwirkte seinen Herrschaftsanspruch und hatte keinen Anspruch auf Unterstützung durch Preußen. Die weltliche Herrschaft des Papstes schien sich im Zeitalter des bürgerlichen Liberalismus gründlich überlebt zu haben, ebenso das Prinzip des hierokratischen Gehorsams gegenüber kirchlichen Autoritäten.<sup>104</sup> Hier wurde deutlich eine Frontlinie gezogen, die die liberale Bewegung vom glaubensgestützten Autoritarismus der großen Konfessionskirchen trennte.<sup>105</sup> Die Polemik gegen die pro-päpstliche Partei steigerte sich schließlich zu dem Vorwurf, deren Organ, das „Westfälische Kirchenblatt“, öffne sich radikal-klerikalen Positionen, die der westfälischen Bevölkerung sogar das Recht zusprächen, dem Prinzregenten den Gehorsam zu verweigern, falls dieser sich ihren kirchenpolitischen Forderungen verschließe. In solchen Äußerungen schienen sich preußenfeindliche Tendenzen zu offenbaren, die an die Subversion der Schweizer Katholiken während des Sonderbundeskrieges von 1847 erinnerten.<sup>106</sup> Mit diesem historischen Vergleich und dem Verdacht der offenen Subversion war Anfang 1860 der Gipfel einer Pressepolemik erreicht, die bereits an den Pressekrieg des Kulturkampfes der 1870er Jahre erinnerte, hier von Paderborner Liberalen ins Werk gesetzt, die sich des „Kreisanzeigers“ und der „Westfälischen Zeitung“

<sup>101</sup> Aus dem Paderbornschen, in: WZ, Nr. 301, 21.12.1859.

<sup>102</sup> Die Paderborner Adresse, in: WZ, Beilage zu Nr. 297, 16.12.1859.

<sup>103</sup> Die Paderborner Adresse, in: WZ, Beilage zu Nr. 297, 16.12.1859.

<sup>104</sup> Nachricht aus Dortmund [und Paderborn] vom 15. Dezember, in: WZ, Nr. 297, 16.12.1859.

<sup>105</sup> Nachricht aus Dortmund [und Paderborn] vom 15. Dezember, in: WZ, Nr. 297, 16.12.1859.

<sup>106</sup> Von der Pader, in: WZ, Nr. 13, 15.1.1860.

als Sprachrohre bedienten. Das war gleichsam ein publizistischer ‚Kulturkampf‘ vor dem Kulturkampf. Zu dieser Zeit waren die preußischen Liberalen noch fest davon überzeugt, dass der Prinzregent ihr Parteigänger sei, der Preußen zu einem Bollwerk der Freiheit und der nationaldeutschen Einigungsbewegung umformen wolle.<sup>107</sup> Die „Westfälische Zeitung“ kam zu dem Resümee, dass die Paderborner Adresse an den Prinzregenten einen Pressekrieg ausgelöst habe, bei dem sich die „Anti-Adreßpartei“ auf die Gebildeten unter den Paderborner Katholiken habe stützen können, die „zurechnungsfähig“ genug seien, „sich nicht von dem Kirchenblatte düpieren“ zu lassen.<sup>108</sup> Auch an anderer Stelle wurde betont, dass sich eine stattliche Anzahl gebildeter Paderborner Katholiken nicht dazu hergegeben habe, die Adresse an den Prinzregenten zu unterschreiben.<sup>109</sup> Und einige von denen, die unterschrieben hätten, seien später als liberal gesinnte Katholiken zu der Einsicht gelangt, dass es sich dabei um eine voreilige Entscheidung gehandelt habe, bei der man aus falsch verstandener Solidarität einem fragwürdigen päpstlichen Regime seine Unterschrift geliehen habe. Prinzipiell sei die weltliche Herrschaft des Papstes nur dann zu billigen, wenn es im Kirchenstaat zu durchgreifenden liberal-konstitutionellen Reformen komme, hieß es einschränkend.<sup>110</sup> Ein Teil der kritischen Äußerungen über das Paderborner Kirchenmilieu ging auf einen Paderborner Korrespondenten der „Westfälischen Zeitung“ zurück; er wurde Anfang 1860 von der Redaktion als glaubenstreuer Katholik vorgestellt, der von der ‚ultramontanen‘ Partei der Papisten abgerückt sei. Diesem Korrespondenten zufolge war es während des italienischen Krieges darum gegangen, das „ultramontane Ansinnen“ abzuwehren, preußische Staatsbürger für einen „sinnlosen Krieg“ zu opfern. Hinter diesem Blutbad vom Frühjahr 1859 hätten „selbstsüchtige Zwecke“ gestanden, namentlich die Herrschaftsposition des Habsburger Herrscherhauses und der mit Wien verbündeten katholisch-konservativen Territorialfürsten in Italien einschließlich des päpstlichen Regiments im Kirchenstaat.

Das laute Echo, das der Paderborner Adresse an den Prinzregenten in der überregionalen Presse zuteil wurde, erfuhr seine publizistische Krönung in einem in den Pressemedien erstaunlich breit rezipierten Spottgedicht des Berliner „Kladderadatsch“.<sup>111</sup> Dort heuchelte der Verseschmied auf spöttische Weise Verständnis für das Anliegen der papsttreuen Paderborner Katholiken. Er versicherte ihnen ironisch, dass der Prinzregent nichts Eiligeres zu tun habe, als der Aufforderung der Paderborner

<sup>107</sup> Preußens gegenwärtige Stellung und Aufgabe, in: WZ, Nr. 275, 20.11.1859.

<sup>108</sup> Von der Pader, in: WZ, Nr. 13, 15.1.1860; Nachricht aus Dortmund [und Paderborn] vom 15. Dezember, in: WZ, Nr. 297, 16.12.1859.

<sup>109</sup> Aus dem Paderbornschen, in: WZ, Nr. 301, 21.12.1859.

<sup>110</sup> Die Paderborner Adresse, in: WZ, Beilage zu Nr. 297, 16.12.1859; Nachricht aus Dortmund [und Paderborn] vom 15. Dezember, in: WZ, Nr. 297, 16.12.1859.

<sup>111</sup> Spottgedicht „An unsere lieben Paderborner“, in: Kladderadatsch. Humoristisch-satyrisches Wochenblatt (Berlin), Nr. 57, 11.12.1859, abgedruckt in: KLENKE, Katholisch oder nationalreligiös?, S. 130.

Petition nachzukommen, in seiner Eigenschaft als protestantischer Fürst das Oberhaupt derjenigen Kirche zu beschützen, die die Protestanten als „Ketzer“ betrachte und nach wie vor nicht daran denke, von ihrem hohen Ross eines religiösen Alleinvertretungsanspruchs gegenüber anderen christlichen Konfessionen herabzusteigen und die moderne Religionstoleranz des bürgerlichen Zeitalters anzuerkennen.<sup>112</sup> Im Kern zielte der satirische Angriff auf die Scheinheiligkeit, mit der ein ‚katholischer‘ Hilferuf einen ‚protestantischen‘ Regenten für die eigene Sache einzunehmen suchte. Dass der ‚Kladderadatsch‘ mit seinem Spott gleich die gesamte Paderborner Bürgerschaft in Haft nahm, hatte zwei Gründe: Zum einen war die Idee, auch an den Prinzregenten eine pro-päpstliche Adresse zu richten, in der Tat auf eine Paderborner Initiative zurückzuführen, zum anderen war aber wohl entscheidend, dass die im ‚Westfälischen Kirchenblatt‘ veröffentlichte Fassung der Adresse den fälschlichen Eindruck erweckte, als habe die gesamte ‚Stadt Paderborn‘ die Adresse an den Prinzregenten mitgetragen und nicht nur das glaubenstreue katholische Kirchenvolk. Aus der Sicht des Berliner ‚Kladderadatsch‘ bot sich kein Anhaltspunkt, zwischen dem katholischen Kirchenmilieu der Stadt und kirchenfernen Bevölkerungskreisen zu unterscheiden. Auf diese Weise erhielt das Klischeebild vom ‚schwarzen‘ Paderborn gleich in seiner Geburtsstunde ein unverdient breites Echo, das alles andere als nach dem Geschmack der liberal denkenden Honoratiorenkreise der Stadt war. Ungeachtet dessen hatte der ‚Kladderadatsch‘ durchaus einen wunden Punkt der pro-päpstlichen Solidaritätsbewegung getroffen. Die ‚Westfälische Zeitung‘ bekräftigte, dass die Autoritätsgläubigkeit und Scheinheiligkeit, die sich hinter der Paderborner Adresse verborgen habe, eine satirische Beantwortung durch den ‚deutschen Punsch‘ geradezu herausgefordert habe.<sup>113</sup>

Ausgesprochen empfindlich reagierte die katholische Presse. So forderte der ‚Westfälische Merkur‘ aus Münster seine Leser auf, den ‚Kladderadatsch‘ nach dieser satirischen Attacke auf die Paderborner Adresse als ‚Schandblatt‘ zu betrachten und nicht mehr zu lesen. Ähnlich massiv wie das katholische Münstersche Blatt reagierte das Paderborner ‚Kirchenblatt‘ auf die scharfen Reaktionen der liberalen Presse. Allen kirchlich gesinnten Lesern der ‚Westfälischen Zeitung‘ legte es nahe, diesem Blatt ‚den Zutritt zu ihrem Haus‘ zu verweigern, weil es sich gegenüber der so-

<sup>112</sup> In der betreffenden Strophe des Spottgedichts heißt es aus der Perspektive eines nicht-katholischen preußischen Staatsbürgers: „Wir sind verpflichtet, gegen die kathol’schen Staatsgewalten, wir Ketzer, gegen Anarchie den röm’schen Stuhl zu halten ! Geduld ! Geduld ! Wir stoßen gleich für des heil’gen Vaters Reich in unsre Kriegeshörner – ihr lieben Paderbörner !“ Mit den ‚kathol’schen Staatsgewalten‘ ist der werdende italienische Nationalstaat gemeint, in dem eine erdrückende Mehrheit der Bevölkerung katholisch getauft war.

<sup>113</sup> Aus dem Paderbornschen, in: WZ, Nr. 301, 21.12.1859. – Der ‚Kladderadatsch‘ galt als das deutsche Gegenstück des renommierten englischen Witzblattes ‚Punsch‘. Er war die im deutschsprachigen Raum am weitesten verbreitete satirische Zeitschrift, die jeder deutsche Gebildete, der auf sich hielt, zur Kenntnis nehmen musste.

nannten „klerikalen Partei“ feindselig verhalte.<sup>114</sup> Unterstützung erhielt das Paderborner „Kirchenblatt“ vom katholischen Klerus, der die Gläubigen von der Kanzel herab dazu ermahnte, die „Westfälische Zeitung“ aus ihrem Gesichtskreis zu verbannen.<sup>115</sup> Man wusste, dass das nach Dortmund umgezogene liberal-nationale Blatt in Paderborn noch immer die Stellung hielt und neben dem liberalen „Kreisanzeiger“ in der lokalen Öffentlichkeit das wichtigste kirchenfeindliche Organ darstellte. Demonstrativ gelassen kommentierte die Dortmunder Redaktion die Boykott-Aufrufe, die von den Paderborner Kanzeln zu vernehmen waren. Sie erblickte in der sich zuspitzenden Pressefehde sogar die Chance, bei liberal gesinnten Katholiken umso mehr Aufmerksamkeit zu finden. Und diese Kreise waren an erster Stelle in der „Harmonie-Gesellschaft“ anzutreffen.

Die Frage, warum sich die Auseinandersetzungen um die „Westfälische Zeitung“ so zuspitzten, hing ursächlich mit den scharfen Attacken dieser Zeitung auf das Paderborner Kirchenmilieu und das Schöningh'sche „Kirchenblatt“ zusammen. Es mischte sich dabei ernst zu nehmende Kritik mit billiger Polemik, die erheblich zur Vergiftung des politischen Klimas beitrug und die von der „Harmonie-Gesellschaft“ angestrebte Verständigung zwischen den Gesinnungslagern erschwerte. Für die „Westfälische Zeitung“ stellte der Appell des Paderborner Kirchenmilieus an den Prinzregenten, bei der Rettung des Kirchenstaates mitzuwirken, die entscheidende Provokation dar, die den unterschweligen Anti-Katholizismus der 1850er Jahre in eine militant feindselige Haltung umschlagen ließ. Bereits in der Neujahrsbetrachtung von 1860 hieß es, dass die Katholiken die Wahl hätten, für „Deutschland“ oder für „Rom“ einzutreten.<sup>116</sup> Dieser auf dem Verdacht der nationalen Unzuverlässigkeit fußende Alternativenradikalismus mündete zwei Tage später in den Vorwurf, das katholische „Kirchenblatt“ wiegele mit Rückendeckung des Paderborner Bischofs die Gläubigen gegen die weltliche Obrigkeit auf. Dahinter glaubte das Blatt eine Form der „Priesterherrschaft“ entdecken zu können, die „eitle Paderborner Beamte und Gewerbetreibende“ als Bundesgenossen gefunden habe, um den Papst auf das anmaßende Podest einer auch in weltlichen Dingen übergeordneten Autorität zu heben.<sup>117</sup> Hinter all dem vermutete die „Westfälische Zeitung“ ganz in der Tradition antijesuitischer Verschwörungstheorien den Jesuitenorden, der „Zwietracht und Unfrieden“ säe, um „klerikalen Parteien“ auf die Beine zu helfen, die Deutschland unter der Knute des Katholizismus halten sollten, womit die Achse Wien-Rom gemeint war, d. h. das Bündnis von Habsburger Monarchie und Papsttum. Die Paderborner Jesuiten wurden mit der gehässig polemischen, aber letztlich nicht ernst gemeinten Aufforderung attackiert, den Papst vor Ort, d. h. im Kirchenstaat tatkräftig zu verteidigen, statt in Pa-

<sup>114</sup> Nachrichten, in: WKB, Nr. 2, 7.1.1860, S. 26.

<sup>115</sup> Aus dem Kreise Paderborn, in: WZ, Nr. 19, 22.1.1860.

<sup>116</sup> Die Großmächte Europas im Beginn des neuen Jahres, in: WZ, Nr. 1, 1.1.1860.

<sup>117</sup> Nachricht aus Paderborn (ingesandt), in: WZ, Nr. 2, 3.1.1860.

derborn ein behagliches Leben zu führen.<sup>118</sup> Das von Ferdinand Schöningh herausgegebene „Kirchenblatt“ schien nichts weiter als ein Organ der „Priesterkaste“ zu sein und nur zu „ultramontanen Speichelleckereien“ zu taugen. Ein ganzes Sündenregister klerikaler ‚Schandtaten‘ bekamen die Paderborner Leser vorgesetzt, teils von billiger polemischer Qualität, teils mit wahrem und bedenkenswertem Hintergrund. Billige Polemik stellte die Unterstellung dar, die Unterschriften für die pro-päpstliche Adresse seien teilweise von den Geistlichen „erpreßt“ worden und verdienten das Urteil, nichts als „klerikale Wühlerei“ zu sein. Das päpstliche Regiment im Kirchenstaat wurde mit dem Etikett einer „schmachvollen Willkürherrschaft“ versehen, die kein urteilsfähiger Katholik befürworten könne. Wer das „Kirchenblatt“ lese, müsse sich den Vorwurf gefallen lassen, ein sprichwörtlich „dummer Paderborner“ zu sein. Darauf zielend hieß es über die Paderborner Presselandschaft: „Es ist ein wahrer Jammer, daß eine kümmerliche Fraktion unter den Katholiken ihre von Bigotterie und Fanatismus eingegebenen Ideen dem Volke als die allein katholische Gesinnung verkaufen, und auf diese Weise unter einem von Natur ruhigen und harmlosen Menschenschlag den Samen der Intoleranz und Glaubenswut austreuen kann. Auch der gewöhnliche Mann liest hier gern; aber leider bekommt er in der Regel keine Tagesblätter zu Gesichte, als das Paderborner klerikale Blatt oder irgend ein Kreis-Wochenblatt.“<sup>119</sup> Sehen wir von der antiklerikalen Polemik ab, so schält sich als harter Aussagekern heraus, dass ein kirchentreuer Katholizismus die Paderborner Medienlandschaft beherrschte, sofern es sich um die ‚ungebildeten‘ Kreise handelte. Der hier mitschwingende Vorwurf der klerikalen Indoktrination zählte zu den damals üblichen Kampfarmumenten des Liberalismus in der Auseinandersetzung mit dem konfessionellen Konservativismus.<sup>120</sup>

Die Vorstellung, mangelnde Bildung und Kirchengläubigkeit seien zwei Seiten ein und derselben Medaille, festigte sich in der liberalen Publizistik, wobei vor allem den Jesuiten besondere Verführungskünste gegenüber den Ungebildeten zugeschrieben wurden. Diese waren allem Anschein nach der jesuitischen Drohung mit jenseitigen Höllenqualen hilflos ausgeliefert. Das Spiel mit dem „Höllenspuk“ betrachteten die Liberalen als ein probates Mittel der Einschüchterung, mit dem die Jesuiten Heilsängste weckten, um auf „Seelenfang“ zu gehen und die Gläubigen über alle rationalen Zweifel hinweg an eine rückständige Kirche zu binden.<sup>121</sup> Jesuiten wurden im liberalen Weltbild geradezu zum Inbegriff einer antiaufklärerischen Verschwörung, der es um nackte Herrschsucht zu gehen schien.

<sup>118</sup> Nachricht aus Paderborn (ingesandt), in: WZ, Nr. 2, 3.1.1860. (Diese Fußnote gilt auch für die folgenden Zitate.)

<sup>119</sup> Aus dem Paderbornschen, in: WZ, Nr. 6, 7.1.1860.

<sup>120</sup> Nachricht: Aus Westfalen, in: WZ, Nr. 13, 15.1.1860.

<sup>121</sup> Das Jesuitentum. Was wollen die Jesuiten, in: WZ, Nr. 6, 7.1.1860; Die Jesuiten III, in: WZ, Nr. 192, 18.8.1872.

Seriösere Qualität hatte der Vorwurf der „Westfälischen Zeitung“, der politische Katholizismus messe mit zweierlei Maß, wenn er das religionspolitische Toleranzprinzip und kirchenspezifische Machtansprüche nur auf die eigene Minderheitenstellung im protestantisch dominierten Preußen beziehe, aber anderen Konfessionen nicht die gleichen Rechte in katholisch geprägten Staaten zugestehe.<sup>122</sup> Hier schien sich der Verdacht aufzudrängen, dass für den politischen Katholizismus liberale Toleranz- und Freiheitsideale lediglich eine Frage der Opportunität seien. Vor dem Hintergrund solcher Gedankengänge gerieten an erster Stelle die Verhältnisse im Kirchenstaat, in Österreich und in Spanien ins Kreuzfeuer der Kritik, vor allem im Hinblick auf den Umgang mit anderen Konfessionen. Die liberale Kritik fiel vor allem deshalb so scharf aus, weil Preußen zu dieser Zeit (seit der Berliner Konvention von 1841) europaweit kirchenpolitisch als vorbildlich galt, wenn man den Blick auf die respektable Stellung der katholischen Kirche als Minderheitenkirche richtete. Diesen hohen Maßstab legte die liberale Presse Preußens verständlicherweise auch an die religionspolitischen Vorstellungen des politischen Katholizismus an, wenn es um die kirchenpolitischen Verhältnisse außerhalb Preußens ging. Es handelte sich hierbei in der Tat um einen wunden Punkt im Selbstverständnis des preußischen Katholizismus, der seine Vorrechte genoss, ohne sie anderen Konfessionen in katholischen Staaten in gleicher Weise zuzubilligen.<sup>123</sup> Auf diese Unstimmigkeit eine glaubwürdige Antwort zu finden, fiel der auf religiösen Absolutheitsansprüchen gründenden kirchlichen Gegenposition entsprechend schwer. Was der Kirche blieb, war die Attacke auf vergleichbare Widersprüche im liberalen Denksystem, vor allem was gewisse fragwürdige Formen von nationalistischer Staatsgläubigkeit und antikirchlicher Intoleranz betraf, von der Gewaltverherrlichung der Liberalen ganz zu schweigen.<sup>124</sup>

Die Pressepolemiken in Paderborn machen deutlich, wie sehr die politische Neuordnung Italiens auch auf die kirchenpolitischen Meinungskämpfe in Deutschland zurückwirkte. Die „Harmonie-Gesellschaft“ ließ sich von der gegenseitigen Verurteilung der Gesinnungspresse nicht beeindrucken und deshalb auch nicht von ihrem Weg einer politisch ausgewogenen Presseauswahl abbringen. Auch der kirchliche Boykottaufruf gegenüber der „Westfälischen Zeitung“ konnte da nichts ausrichten. Weiterhin hielt die „Harmonie-Gesellschaft“ das Abonnement auf die „Westfälische Zeitung“ und auf den „Kladderadatsch“ aufrecht; ein Gleiches galt für das „Westfälische Kirchen- und Volksblatt“. Eine lagerübergreifende publizistische Balance blieb die ‚Magna charta‘ der Gesellschaft, bis sich 1863 die innenpolitische Lage so zuspitzte, dass diese Balance nicht mehr aufrechtzuerhalten war. Ich komme später darauf zurück.

<sup>122</sup> Nachricht aus Paderborn (ingesandt), in: WZ, Nr. 2, 3.1.1860.

<sup>123</sup> Nachricht aus Unna vom 28. März, in: WZ, Nr. 79, 1860.

<sup>124</sup> Repräsentativ für diese Gegenattacken: Politische Nachrichten aus Paderborn, in: WVB, Nr. 31, 15.7.1863; Freiheit, in: WVB, Nr. 37, 5.8.1863.

Zunächst einmal glätteten sich im kirchenpolitischen Kampf die publizistischen Wogen vor Ort, nachdem 1860 mit der Verkleinerung des Kirchenstaates und der Konsolidierung des vergrößerten italienischen Nationalstaates vorerst Ruhe eingekehrt war. Ab 1861 schoben sich andere Themen in den Vordergrund, die abseits der für Paderborn spezifischen kirchenpolitischen Fronten lagen. Es ging zum Ersten um die nationale Selbstbehauptung gegenüber den gemutmaßten französischen Expansionsneigungen, zum Zweiten um das Wiederaufflackern des Schleswig-Holstein-Konflikts und zum Dritten um eine Verschärfung des innerpreußischen Machtkampfes zwischen Krone und Abgeordnetenhaus. In diesen Fragen ließ sich in Paderborn zwischen den Lagern des katholischen Konservatismus und des Liberalnationalismus entweder ein Konsens herstellen oder die Meinungsunterschiede waren nicht gravierend genug, als dass sie die Mitglieder der „Harmonie-Gesellschaft“ gegeneinander hätten aufbringen müssen. Katholische Konservative und Nationalvereiner begegneten spätestens seit Frühjahr 1860 Napoleon III. mit einem nationalpatriotisch motivierten Argwohn. Die Annexion von Nizza und Savoyen im Blick, verdächtigten sie den französischen Kaiser in bemerkenswertem Gleichklang annexionistischer Neigungen in Richtung Rheingrenze. Diesbezüglich unterschieden sich das „Westfälische Kirchenblatt“, der Paderborner „Kreisanzeiger“ und die „Westfälische Zeitung“ kaum.<sup>125</sup> Auch in der Schleswig-Holstein-Frage lehnten die Katholiken die eiderdänischen Einverleibungspläne gegenüber Schleswig ab. Und im innerpreußischen Machtkampf nahm die katholische Fraktion des Abgeordnetenhauses eher eine vermittelnde Beobachterrolle zwischen den Liberalen und der Regierung ein.<sup>126</sup> Zum einen hatte der katholische Konservatismus kein Interesse an einer weiteren Polarisierung des innerpreußischen Machtkampfes, weil er im Kern die konstitutionelle Machtbalance zwischen Parlament und Krone befürwortete und für die katholische Kirche als Minderheitenkonfession sowohl von einer protestantisch-konservativen Dominanz als auch von einer liberalen Vorherrschaft nur eine kirchenpolitische Verschlechterung zu erwarten hatte. Im Übrigen befürwortete der politische Katholizismus die von der Regierung angestrebte Heeresreform aus außen- und verteidigungspolitischen Gründen und ließ sich von dem Machtkampf, der sich an der Frage ‚Königsheer oder Parlamentsheer‘ entzündete, wenig beeindrucken.

Zu Recht beobachteten die Paderborner Katholiken sowohl bei den Liberalen als auch bei den preußischen Regierungskonservativen staatskirchliche Haltungen, u. a. die Neigung, die von staatlichen Zahlungen abhängigen Kirchen unter Kontrolle zu

<sup>125</sup> Nachricht aus Berlin vom 3. April, in: WZ, Nr. 82, 5.4.1860; Die Schweiz, in: WZ, Nr. 81, 4.4.1860; Napoleons Pläne, in: WZ, Nr. 106, 4.5.1860; Die französischen Eroberungsgelüste, in: WZ, Nr. 135, 8.6.1860; Politische Nachrichten, in: WKB vom 28.3.1860, S. 103 u. vom 23.5.1860, S. 164f.

<sup>126</sup> Politische Nachrichten aus Paderborn, in: WVB, Nr. 7, 11.2.1863.

bringen, wenn auch mit entgegengesetzten politischen Zielen.<sup>127</sup> Den Liberalen nahmen sie übel, dass sie die Vernichtung des Kirchenstaates und die damit verbundene Unterordnung des Papstes unter den neu gegründeten italienischen Nationalstaat befürworteten und im Übrigen die Zerstörung der kirchlichen Hierarchie als Akt der „Befreiung“ feierten.<sup>128</sup> Und von der „Kreuzzeitung“, dem Organ des protestantischen preußischen Hochkonservatismus, fühlten sie im Stich gelassen, weil diese Zeitung Ende 1859 die Paderborner Adresse an den Prinzregenten nicht als Appell an die konfessionsübergreifende Solidarität der Konservativen begriff, sondern die Bitte um Unterstützung für den Papst durch die Brille der konfessionellen Gegnerschaft betrachtete. Sie gab nämlich zu bedenken, dass ein Eintreten der preußischen Regierung für den Papst die preußischen Protestanten so sehr provozieren könnte, dass diese auch ihrerseits Unterschriftensammlungen durchführen würden, nur eben nicht für den Papst, sondern im Gegenteil für eine Abtretung des Kirchenstaates an den italienischen Nationalstaat.<sup>129</sup> Diese kalte Dusche konfessionalistischer Ablehnung wirkte auf die Paderborner Papstanhänger Ende 1859 so enttäuschend, dass die katholische Skepsis lebendig blieb, ob die überkonfessionellen konservativen Interessen tragfähig genug waren, um gegenüber dem Liberalismus ein stabiles Bündnis zu Stande bringen zu können. Dabei hatten die Katholiken vor allem die Verteidigung der überkommenen kirchlichen Vorrechte im Blick, etwa im Hinblick auf die ‚Zivilehe‘, die den Kirchen das Eheschließungsmonopol rauben wollte. Hier brauchte man katholischerseits die ungeliebte protestantische Konkurrenz, was im Februar 1860 überdeutlich in Erscheinung trat, als sich das vom protestantischen Konservativismus beherrschte Preußische Herrenhaus als unüberwindlicher Sperrriegel gegen die von den Liberalen geforderte ‚Zivilehe‘ erwies.<sup>130</sup> Trennte die Katholiken von den Protestanten die konfessionskirchliche Deutungskonkurrenz, so trennte sie von den Liberalen die Frage, in welchem Verhältnis Kirche und Staat zueinander stehen sollten. Demzufolge musste bei der katholischen Standortbestimmung zwischen Protestantismus und Liberalismus alles darauf hinauslaufen, vorsichtig aufzutreten und sich nicht zu binden.

Vor dem Hintergrund der politischen Großwetterlage blieb die „Harmonie-Gesellschaft“ in den Jahren 1861/62 von inneren Zerreißproben verschont, obwohl die Reibungshitze zwischen den Gesinnungslagern parallel zum sich verschärfenden Heeres- und Verfassungskonflikt größer wurde. Die Liberalen und Nationalvereiner bauten ihre Stellung in der Stadt weiter aus und warben für eine kleindeutsche und verfassungsreformerisch unterfütterte Reichseinigung, während der politische Katholizismus weiterhin für einen engeren staatenbündischen Zusammenschluss der deutschen Staaten auf Basis der bestehenden Verfassungsverhältnisse eintrat. Der Verfas-

<sup>127</sup> Zur Situation der katholischen Preußen in der Gegenwart, in: WVB, Nr. 6, 4.2.1863.

<sup>128</sup> Politische Nachricht aus Paderborn, in: WVB, Nr. 7, 11.2.1863.

<sup>129</sup> Nachrichten, in: WKB, Nr. 2, 7.1.1860, S. 27.

<sup>130</sup> Nachricht aus Berlin vom 16. Februar, in: WZ, Nr. 42, 18.2.1860.

sungskonflikt wirkte vor allem wegen der von ihm ausgelösten Parlamentsauflösungen und Neuwahlen auf die gegnerischen Lager mobilisierend und polarisierend. Als sich nach 1860 deutlich abzeichnete, dass auch der politische Katholizismus ähnlich wie der liberale Fortschritt Formen eines parteiähnlichen Wahlvereins auszubilden begann, beobachteten dies liberal gesinnte Paderborner Katholiken, die man den gebildeten Kreisen zurechnen darf, mit großem Unbehagen. Anstoß nahmen sie vor allem daran, dass der katholische Klerus die katholisch-konservative Partei massiv unterstützte, u. a. über Wahlaufrufe, Predigten und bischöfliche Erlasse. Dies im Blick, gerieten die mit der Fortschrittspartei sympathisierenden Katholiken in die unangenehme Lage, dass ihre Bemühungen, Glaube und politische Einstellung getrennt zu halten und Unvereinbarkeiten zwischen Kirchenzugehörigkeit und politischer Haltung zu vermeiden, zu scheitern drohten. Als dann im Frühjahr 1862 das frisch gewählte Abgeordnetenhaus kurz nach seinem Zusammentritt erneut aufgelöst wurde, nachdem sich der Machtkampf zwischen Krone und liberaler Parlamentsmehrheit weiter zuspitzt hatte, nahmen zwei liberale Paderborner Katholiken diese Situation zum Anlass, den Klerus im „Kreisanzeiger“ vor einer erneuten Parteinahme für das konservative Regierungslager zu warnen.<sup>131</sup> Aus ihrer Sicht drohte die parteipolitische Distanzlosigkeit des Klerus die Grenzen zwischen Religion und Kirche auf der einen, und den verfassungspolitischen Machtkämpfen auf der anderen Seite zu verwischen, und damit schien der weltanschaulichen Überfrachtung des Verfassungskonflikts Tür und Tor geöffnet.

Starke Beachtung fand der Beitrag des Katholiken Franz von Florencourt, Kämmerer des Gymnasiums und führender Kopf der Paderborner Liberalen, der in diesen Jahren auch im Vorstand der „Harmonie-Gesellschaft“ aktiv war. Er sprach ohne Umschweife von einem „Mißbrauch der kirchlichen Autorität“, wenn der Klerus in den Wahlkampf eingriff und die vom Religionsstifter Jesus Christus gewollte Trennung von Kirche und Staat über Bord warf.<sup>132</sup> Als unerträgliche Anmaßung empfand er, dass der Klerus um seines Machtanspruchs willen vor Kompetenzüberschreitungen nicht zurückschreckte und die religiöse Lehrautorität auf Gebiete ausdehnte, die den politischen und sozialen Alltagsproblemen zuzurechnen waren, wo aus seiner Sicht religiöse Vorstellungen als Mittel der Problemlösung versagten. Ihm zufolge hatten die katholischen Geistlichen einen klaren Trennungsstrich zwischen Religion und Politik, d. h. zwischen ihren Rollen als Kirchenvertreter und als preußische Staatsbürger zu ziehen. Als Staatsbürger hatten sie wie jeder andere eigenverantwortlich und unabhängig von kirchlichen Anweisungen zu handeln, ohne allerdings in staatsbürgerlichen Angelegenheiten eine religiöse Aura verbreiten zu dürfen. Werde die Sphäre des Heili-

<sup>131</sup> Offener Brief [an den Gymnasial-Rendanten Franz von Florencourt], in: WVB, Nr. 16, 16.4.1862.

<sup>132</sup> Nachricht aus Paderborn vom 11. April, darin Abdruck eines Artikels von Franz von Florencourt über den „Mißbrauch der kirchlichen Autorität“ aus dem „Anzeiger für den Kreis Paderborn“, in: WZ, Nr. 88, 13.4.1862.

gen in den politischen Tageskampf hineingezogen, dann müsse, so seine Warnung, die Autorität des Klerus darunter leiden, weil dieser sich damit überfordere und zwangsläufig die falsch angewendeten religiösen Prinzipien entwerte. Ein persönlicher Umgang mit Priestern werde liberalen katholischen Bürgern unmöglich gemacht, wenn sie in Alltagskonflikten zu „Feinden Gottes und der Kirche“ erklärt würden, statt mit sachlichen Gegenargumenten konfrontiert zu werden. Der Missbrauch des Religiösen für profane Alltagsinteressen laufe, so der Gipfel der Polemik, auf eine „Schändung“ der katholischen Kirche hinaus, erkennbar daran, dass Laien darauf aufmerksam machen müssten, dass sich die politisierte Kirche in ein „verderbliches System“ verwandele.<sup>133</sup>

Auch wenn Florencourts Gedankengänge durchaus eine gewisse Berechtigung hatten, so war doch sein taktisches Motiv zu durchsichtig: Er wollte die Kirche als Bündnispartner der Konservativen aus den politischen Tageskämpfen heraushalten. Genau an diesem heiklen Punkt setzte die Attacke der kirchlichen Gegenseite an. Sie warf den liberalen Katholiken vor, künstlich zwischen Religion und Politik zu unterscheiden.<sup>134</sup> Zu den Aufgaben der Kirche zähle nicht nur die Glaubensverkündigung, hieß es folgerichtig, sondern auch das Bemühen, die Gläubigen zu sittlichem Handeln im Alltag anzuhalten, und dazu zähle eben auch die Politik. Im Sinne einer „christlicher Politik“ konnte demnach auch die Kirche politische Kompetenz beanspruchen. Wer dagegen auftrat, dem schien es darum zu gehen, den Einfluss des Kirchenkonservatismus mit billigen Argumenten zurückzudrängen und sich unbequeme kirchliche Kritik an den fragwürdigen ‚Segnungen‘ des liberalen Fortschritts vom Halse zu schaffen. Eine Anmaßung ersten Ranges sei, dass katholische Laien dem Klerus vorschreiben wollten, wo er die Grenze zwischen Religion und Politik zu ziehen habe, und ebenso unerträglich sei, die Anhänger der Kirchenpartei in arroganter Weise als „unwissende Menge“ abzuqualifizieren.<sup>135</sup> Bei solchen Argumenten wurde deutlich, dass hier zwei konkurrierende Deutungseliten um Einfluss kämpften, eine weltliche Elite von hochgebildeten ‚Laien‘-Christen und eine autoritativ auftretende Schicht von Kirchenvertretern.

Anlass zu solchen Auseinandersetzungen um die Rolle der Kirche gab die einseitige Parteinahme der katholischen Konservativen für den König. Zwar hatte sich dessen Machtvollkommenheit auch nach katholischer Auffassung strikt am Rahmen der Verfassung zu orientieren, aber die Katholiken brachten ihm mehr Vertrauen entgegen als der liberalen Parlamentsmehrheit. Die Liberalen betrachtete das Paderborner Organ der Katholiken als Umsturz- und Bürgerkriegspartei, als Propagandist des italienischen Länderraubs zum Schaden des Papsttums, als Feind der kirchlichen Vor-

<sup>133</sup> Nachricht aus Paderborn vom 3. Mai, in: WZ, Nr. 109, 7.5.1862

<sup>134</sup> Offener Brief, in: WVB, Nr. 16, 16.4.1862.

<sup>135</sup> Nachricht aus Paderborn, in: Beilage des WVB, Nr. 18, 3.5.1862.

rechte in Schule und Familie und als Parteigänger der Juden, die eine besondere Nähe zum „Wucher“ zu haben schienen und aus katholischer Sicht von öffentlichen Ämtern fernzuhalten waren, etwa vom Lehrer- und Richteramt.<sup>136</sup> Bei solchen Rundumschlägen verbanden sich konfessionalistisch motivierte Judenfeindschaft und realitätsnahe Modernisierungängste, die die Durchsetzung des freien Marktes im Blick hatten. Vor allem sorgte sich die konservative Modernisierungsskepsis um die Bauern und Handwerker, die sie vor den Risiken des freien Marktes glaubte schützen zu müssen, etwa vor Wucherkrediten oder vor einem Wegfall von Marktzugangsbeschränkungen. Deutlich zeigte sich, dass die gegen die Liberalen gerichtete Wahlkampfgitation der katholischen Konservativen auf die sozialen Risiken und Schattenseiten des marktwirtschaftlichen Modernisierungsprozesses abhob und dabei dem Markt als Regulationsprinzip tiefes Misstrauen entgegenbrachte. Die katholische Perspektive favorisierte eine berufsständisch und obrigkeitlich reglementierte Wirtschaftsweise, die die Schwachen schützte, den Marktzugang beschränkte und dem unternehmerischen Gewinnstreben Zügel anlegte. Im Mittelpunkt stand dabei die Anschauung, dass der Liberalismus mit seinem Fortschritts- und Wettbewerbsideal soziale Unruhe, Chaos, kriegerische Verwicklungen und eine Auflösung sämtlicher tradierter Bindungen und Vorrechte heraufbeschwöre, während ein auf das Königtum gestützter Konservatismus für einen bedächtigen, die Traditionen schonenden Wandel zu stehen schien. Der König durfte als Garant eines gezähmten und sozialverträglichen Wandels nicht zu einer „Kammerpuppe“ degradiert werden, die sich als williges Werkzeug der liberalen Kammermehrheit missbrauchen ließ.<sup>137</sup> Solche Überlegungen standen hinter polemischen Wendungen wie die von den „liberalen Wühlereien“.<sup>138</sup> Hinter der Freiheitsidee und den Widersprüchen der Liberalen argwöhnten die Konservativen überzogenen Machtwillen, der nichts Gutes verhieß, wenn etwa die Paderborner Liberalen für die Abgeordnetenhauswahlen vom Herbst 1861 bei der Mindener Regierung durchsetzten, dass die Paderborner Jesuiten von der Urwählerliste gestrichen wurden. Solche Vorstöße, die dem ‚freisinnigen‘ Selbstverständnis der Liberalen widersprachen, konnten nur Misstrauen wecken. Aus der Sicht der Liberalen hingegen spielten die Parteigänger der Kirche Fragen wie die der „obligatorischen Zivilehe“ systematisch hoch, um die angegriffene Stellung des Klerus im Kirchenvolk zu verteidigen.<sup>139</sup> Überhaupt schienen die Kirchenkonservativen aus Angst vor ihrem Niedergang längst überlebte Vorrechte zäh zu verteidigen und den gesellschaftlichen Fortschritt nur aus

<sup>136</sup> Nachricht aus Paderborn vom 28. April, in: WVB, Nr. 18, 30.4.1862.

<sup>137</sup> Wahlaufuf der katholischen Konservativen Paderborns, in: WVB, Nr. 17, 23.4.1862.

<sup>138</sup> Offener Brief, in: WVB, Nr. 16, 16.4.1862.

<sup>139</sup> Aus dem Paderbornschen, in: WZ, Nr. 254, 26.10.1861. Die „obligatorische Zivilehe“ schloss als das von den Liberalen geforderte Verfahren im Unterschied zum freizügigeren Konzept der „fakultativen Zivilehe“ ein gleichberechtigtes Nebeneinander von staatlicher und kirchlicher Trauung im Sinne eines hoheitlichen Rechtsaktes strikt aus.

eigensüchtigen Motiven zu bekämpfen, weil Wettbewerb und Freiheit nicht ihnen, sondern den modernisierungsfreudigen Liberalen zu Macht, Ansehen und Reichtum verhelfen. Der scharfe Ton der Presse lässt vermuten, dass auch innerhalb der „Harmonie-Gesellschaft“ der Umgang zwischen den politischen Lagern schwieriger wurde. Die Exponenten der liberalen Partei waren in der „Harmonie“ sehr stark vertreten, die katholischen Konservativen hingegen um einiges schwächer.<sup>140</sup>

Erst als sich der innerpreußische Machtkampf 1863 extrem zuspitzte und die preußische Öffentlichkeit entsprechend aufwühlte, gab auch die „Harmonie-Gesellschaft“ ihre vornehme Zurückhaltung auf und schlug sich auf die Seite des liberalen Lagers. Die Polarisierung im Kampf um die Vorrangstellung im Staate ließ im Frühjahr 1863 auch den katholischen Konservativen keine andere Wahl mehr, als im Machtkampf zwischen Krone und Parlament Partei zu ergreifen, sich also zwischen dem Konflikt-Ministerium und der liberalen Mehrheit des Abgeordnetenhauses zu entscheiden. Zunächst noch glaubte das „Westfälische Volksblatt“ im Streit um den Staatshaushalt dem verfassungskonformen Rechtsstandpunkt des Parlaments beipflichten zu müssen und damit widerwillig den Liberalen, die sich darauf berufen konnten, das ein rechtmäßig verabschiedeter Staatshaushalt laut Verfassung zwingend der Zustimmung des Abgeordnetenhauses bedurfte.<sup>141</sup> Aber den katholischen Konservativen fiel schwer, sich um konstitutioneller und rechtstaatlicher Prinzipien willen an die Seite der ungeliebten Liberalen drängen zu lassen. Denn sie unterstellten den Liberalen, nicht aus prinzipieller Verfassungstreue und Freiheitsliebe den Machtkampf mit Bismarck auf die Spitze getrieben zu haben, sondern aus übertriebener Machtgier und nationalistischem Ehrgeiz.<sup>142</sup> Diese zwiespältige Haltung gegenüber den Liberalen lähmte zunächst das Bemühen um eine klare katholisch-konservative Standortbestimmung; aber der katholische Zwiespalt verriet durchaus einen realitätsbezogenen Blick. Denn zum einen war der verfassungsfeindliche, auf einen Staatsstreich hinauslaufende Konfrontationskurs Bismarcks durch nichts zu rechtfertigen, und deshalb pflichtete das Paderborner Organ der Katholiken den Liberalen bei. Andererseits aber, und das machte die Standortbestimmung so schwierig, war nicht von der Hand zu weisen, dass sich die Liberalen auch in Paderborn seit 1860 immer mehr in Richtung machtstaatlicher Prinzipien entwickelt hatten und dass sie im Kielwasser des „Nationalvereins“ schwimmend einen gewaltorientierten und antiklerikalen Kurs steuerten, angefangen von der Befürwortung des italienischen Einigungsprozesses bis hin zum Wunsch nach größeren Heeresvermehrungen für eine annexionistische preußische Politik unter liberaler Kuratel.<sup>143</sup> Alles, was sich den Liberalen und ihrem machtstaatlichen Fortschrittsdenken in den Weg stellte, und das war zuvorderst der Konservati-

<sup>140</sup> Vgl. Kapitel XII. über die Wahlen.

<sup>141</sup> Politische Nachrichten, Paderborn, in: WVB, Nr. 7, 11.2.1863.

<sup>142</sup> Politische Nachrichten, Paderborn, in: WVB, Nr. 27, 1.7.1863; Nr. 31, 15.7.1863.

<sup>143</sup> Politische Nachrichten aus Paderborn, in: WVB, Nr. 31, 15.7.1863.

vismus der preußischen Regierung und der Konfessionskirchen, sollte sich der „Fort-schrittsknote“ des liberalen Machtstaates unterwerfen, so der Kern der Befürchtungen.<sup>144</sup> Die Freiheits- und Toleranzideale des Liberalismus schienen inkonsequent zu sein und teilweise der verlogene Ausdruck des glatten Gegenteils. Mit ihrer nationalre-volutionären Gewaltpolitik schienen die deutschen Liberalen das Gleiche zu bezwe-cken wie die italienischen Gesinnungsgenossen, die um des liberalen Machtstaates willen die Kirche als unabhängige Kraft auszulöschen beabsichtigten und die Fahne der Freiheit nur zur Niederhaltung der Andersdenkenden vor sich her trügen, so die scharfe katholische Polemik auf dem Höhepunkt des preußischen Verfassungskon-flikts.<sup>145</sup> Allem Anschein nach vergiftete die „italienische Revolution“ das Verhältnis von Katholizismus und Liberalismus so sehr, dass den katholischen Konservativen der Liberalismus seit 1859 immer suspekter wurde.<sup>146</sup>

### **XI. Die Verschärfung des preußischen Verfassungstreits und die „Harmonie-Gesellschaft“**

Die angespannte Stimmung, die das Verhältnis von Kirchenkonservativen und Libera-len trübte, kippte in offene Feindseligkeit um, als Bismarck mit einer reaktionären, die Meinungsfreiheit empfindlich einschränkenden Presseverordnung die Konfrontation im Juni 1863 auf die Spitze trieb und damit jedem politisch Denkenden eine klare Parteinahme abverlangte.<sup>147</sup> Die „Kreuzzeitung“, das Zentralorgan der hinter Bis-marck stehenden preußischen Hochkonservativen, goss sogleich Öl ins Feuer, indem sie diese Verordnung, die sich über gesetzlich verankertes Presserecht hinwegsetzte, mit polemischen Bemerkungen über die liberale Presse rechtfertigte: „Die Zügellosig-keit, Lügenhaftigkeit und landesverräterische Revolutionsbuhlei in der fortschrittli-chen Presse hatte nachgerade eine Höhe erreicht, welche die Notwendigkeit energi-scher Repressiv-Maßnahmen [...] im günstigsten Fall nur noch als eine Folge der Zeit

<sup>144</sup> Politische Nachrichten aus Paderborn, in: WVB, Nr. 27, 1.7.1863.

<sup>145</sup> Freiheit, in: WVB, Nr. 37, 5.8.1863.

<sup>146</sup> Politische Nachrichten aus Paderborn, in: WVB, Nr. 31, 15.7.1863.

<sup>147</sup> Verordnung, betreffend das Verbot von Zeitungen und Zeitschriften vom 1.6.1863, in: Neue Preußische Zeitung (Kreuzzeitung), Nr. 127, 4.6.1863. Gemäß dieser Verordnung konnten die Verwaltungsbehörden inländische Zeitungen „wegen fortdauernder, die öffentliche Wohlfahrt ge-fährdender Haltung zeitweise oder dauernd“ verbieten. Dieser Tatbestand galt nicht erst dann als erfüllt, wenn einzelne Zeitungsartikel ihres Inhalts wegen Anlass zur Strafverfolgung gaben, son-dern die „Gesamthaltung des Blattes das Bestreben erkennen (ließ), die Ehrfurcht und Treue ge-gen den König zu untergraben“ und „den öffentlichen Frieden durch Aufreizung der Angehörigen des Staates gegeneinander zu gefährden“. Diese Generalklausel öffnete der Pressezensur Tür und Tor. Die Verordnung stellte einen eklatanten Gesetzesbruch dar, weil das Verbot von Zeitun-gen eindeutig gesetzlich geregelt war, wonach diese Befugnis allein den Gerichten zustand. Eine Verordnung der oben genannten Art konnte die gesetzliche Regelung auf rechtsstaatlicher Basis nicht außer Kraft setzen, es sei denn, es wurde ein außergesetzlicher Notstand geltend gemacht.

erscheinen ließ.<sup>148</sup> Äußerungen dieser Art führten im liberalen Lager zu einem Aufschrei der Empörung. Und genau in dieser Situation schlug sich das „Westfälische Volksblatt“ in Paderborn auf die Seite der Regierung und bezeichnete das auf einen Staatsstreich zusteuernde Konfliktministerium als das kleinere Übel gegenüber der Alternative eines liberalen Kabinetts, das den Kirchen, so das „Volksblatt“, im Falle einer Regierungsübernahme kein Eigenrecht mehr zugestehen werde, während Bismarck wenigstens die Kirchen in Ruhe lasse.<sup>149</sup> Aus katholischer Sicht, so die Güterabwägung, gebührte der Sicherung von Glauben und Kirche der Vorrang vor einer verfassungskonformen Stellungnahme im akuten Konfliktfall. Damit war klargestellt, dass der reaktionäre Rückfall der preußischen Regierung als das kleinere Übel zu gelten hatte; denn für den Fall, dass Bismarck scheiterte und es zu einer liberalen Kabinettsumbildung kam, hegte man nicht ganz grundlos den Verdacht, dass die Liberalen dann einen kirchenfeindlichen Kurs steuern würden, wie sie das bereits im Großherzogtum Baden vorexerzierten. Jedenfalls war von Bismarcks Presseverordnung der überkommene Kirchen-Konfessionalismus am wenigsten betroffen, da dessen Botschaften kaum in die Schusslinie der Regierungsbehörden zu geraten drohten, weder verfassungspolitisch noch nationalpolitisch, was etwa die kirchliche Ablehnung der liberalen Kriegsoptionen gegenüber Dänemark betraf. So erklärt sich, dass sich das Organ des Paderborner Katholizismus im akuten Machtkampf auf die Seite Bismarcks schlug und gehäuft Nachrichten und Kommentare der „Kreuzzeitung“ übernahm, was den liberalen Gegnern kaum als schlecht kaschierte Form der Parteinahme entgegen konnte.<sup>150</sup> Da mochte die Zustimmung zu Bismarcks Repressionspolitik noch so zurückhaltend ausfallen, aber in dem zugespitzten Konfrontationsklima des Sommers 1863 erweckte das Paderborner „Volksblatt“ den Eindruck, dass es eindeutig für die Regierung Partei ergriff, wenn es dessen Politik als das kleinere Übel charakterisierte und sich im Übrigen hinter der „Kreuzzeitung“ verschanzte, dem Hassobjekt der Liberalen schlechthin.

In dieser Situation kamen auch die grundlegenden Mentalitätsunterschiede zwischen kirchengläubigen Konservativen und Liberalen grell zum Vorschein. Wie selten zuvor brachte das Paderborner „Volksblatt“ seine Abneigung gegen den liberalen Fortschrittsglauben zum Ausdruck, mochte er sich auf die industrielle Entwicklung oder auf die machtstaatlichen Visionen der nationalen Einigungsbewegung beziehen.

<sup>148</sup> Die neue Preßverordnung, in: Neue Preußische Zeitung, Nr. 128, 5.6.1863.

<sup>149</sup> Politische Nachrichten aus Paderborn, in: WVB, Nr. 27, 1.7.1863.

<sup>150</sup> Politische Nachrichten aus Paderborn, in: WVB, Nr. 23, 3.6.1863; Nr. 24, 10.6.1863; Nr. 27, 1.7.1863; Nr. 29, 8.7.1863. Teilweise druckte das „Volksblatt“ kommentarlos Meldungen und Kommentare der „Kreuzzeitung“ ab, die eine eindeutige Billigung der Bismarckschen Pressepolitik beinhalteten, z. B. eine Resolution aus den Reihen der Berliner Konservativen; vgl. Beschlüsse der konservativen Partei in Berlin, in: WVB, Nr. 24, 10.6.1863. Brachte das WVB Meldungen mit Stellungnahmen der Gegner der Bismarckschen Presseverordnung, dann versah es diese mit abfälligen Kommentaren, die teilweise der „Kreuzzeitung“ entnommen waren.

Jedes menschliche Streben konfrontierte das Blatt mit der göttlich vorherbestimmten Unvollkommenheit, die innerweltliche Zukunftsvisionen gleich welcher Art Lügen zu strafen schien. Skeptische Äußerungen dieser Art schienen nach Meinung des „Volksblattes“ den Liberalismus so sehr zu provozieren, dass sein Fortschrittsglaube gegenüber den ‚ungläubigen‘ Gegnern in Unduldsamkeit umschlug.<sup>151</sup> Offenbar konnte er neben sich keine religiöse Offenbarung ertragen, die auf dem Glauben an die „unausrottbare Armseligkeit“ des menschlichen Lebens gründete. Innerweltliche und metaphysische Sinnstiftung prallten selten hart aufeinander.

Wohlbegründet war die Befürchtung der Liberalen, dass mit Bismarcks Presseverordnung über kurz oder lang feindselige behördliche Übergriffe zum Alltag des Preswesens gehören würden. Auch innerhalb der „Harmonie-Gesellschaft“ musste die Bismarcksche Provokation fast unweigerlich zur offenen Konfrontation zwischen Konservativen und Liberalen führen. Das katholische „Volksblatt“ trug dazu bei, indem es mit seiner Parteinahme für den Protestanten Bismarck den Eindruck erweckte, dass sich die Gefahr einer überkonfessionellen reaktionären Front zusammenbraute und damit ein erbitterter Machtkampf zwischen Liberalismus und Konservativismus unabhängig von konfessionellen Trennlinien. Dies stellte aus liberaler Sicht eine neue Qualität der Konfrontation dar; denn nunmehr hatte man sich gegenüber einer doppelten konservativen Front zu behaupten. Entsprechend frostig wurde es im Juni 1863, als sich unter dem Damoklesschwert der dramatischen Wende in Berlin auch innerhalb der „Harmonie-Gesellschaft“ die Gesinnungen härter aneinander rieben.

Nicht nur in Paderborn, sondern auch andernorts kochte die Stimmung so hoch, dass die liberalen Honoratiorenkreise von ihrer bewährten Praxis des politischen Ausgleichs glaubten abrücken zu müssen. Nunmehr schien jede vornehme Zurückhaltung das falsche Signal zu sein, und so kam es, dass man vielerorts mit Blick auf die reaktionäre Presseverordnung ein klares symbolisches Zeichen setzen wollte. Nach Lage der Dinge konnte das in Paderborn wie auch andernorts nur heißen, die „Kreuzzeitung“ als Organ des offenen Verfassungsbruchs aus den Leseräumen der Honoratiorenclubs zu verbannen. Aber angesichts der auffälligen Annäherung, die sich in Paderborn zwischen dem „Westfälischen Volksblatt“ und der „Kreuzzeitung“ vollzogen hatte, war kaum zu erwarten, dass sich innerhalb der „Harmonie-Gesellschaft“ ein einhelliger Beschluss herbeiführen ließ, das Abonnement der „Kreuzzeitung“ zu kündigen. Wohl kaum konnte im Interesse der katholischen Konservativen liegen, dass mit einem Angriff auf das massenmediale Flaggschiff des Konservativismus der politische Schwerpunkt innerhalb der Gesellschaft nach links verschoben und damit das fein austarierte Gleichgewicht der Gesinnungen gestört wurde. Mit anderen Worten: Die kirchentreuen Katholiken empfanden die Verbannung der „Kreuzzeitung“ indi-

<sup>151</sup> Politische Nachrichten aus Paderborn, in: WVB, Nr. 27, 1.7.1863.

rekt auch als Niederlage für das eigene Gesinnungslager, auch wenn äußerlich betrachtet ‚nur‘ das Organ des protestantischen Staatskonservatismus ins Schussfeld geraten war. Als dann die Mitgliederversammlung der „Harmonie-Gesellschaft“ gegen die „Kreuzzeitung“ votierte und das Abonnement zum 1. Juli 1863 gekündigt wurde, traten nicht nur regierungsloyale Offiziere aus, wie die „Westfälische Zeitung“ mitzuteilen wusste, sondern höchstwahrscheinlich auch katholische Konservative.<sup>152</sup> Für diese Gruppe lag in einer Paderborner Gaststätte eigens eine Unterschriftenliste aus, die unschlüssige Konservative ermuntern sollte, ebenfalls aus der „Harmonie-Gesellschaft“ auszutreten. Damit wollten die Konservativen gegen die offene Teilnahme der Generalversammlung für die Liberalen protestieren. Offenbar hatte die „Ausballotierung der Kreuzzeitung“, wie es in einer Pressemitteilung hieß, in der „Harmonie-Gesellschaft“ „böses Blut abgesetzt“; mindestens 17 Personen traten aus, darunter sämtliche Offiziere.<sup>153</sup> Vermutlich zählte zu den konservativen Katholiken, die der Gesellschaft den Rücken kehrten, der kirchenpolitisch aktive Rechtsanwalt Mantell, der sich seit 1848 für den politischen Katholizismus engagiert und 1859 zu den Initiatoren der pro-päpstlichen Petition an den Prinzregenten gezählt hatte. Als Indiz für seinen Austritt lässt sich anführen, dass er 1865 der „Harmonie-Gesellschaft“ erneut beitrug, obwohl er bereits 1852 eingetreten war.<sup>154</sup> Dies lässt angesichts der Tatsache, dass er Paderborn zwischenzeitlich nicht verlassen hatte, den Schluss zu, dass er zuvor ausgetreten war. Vermutlich entfalteten sich im entspannteren Klima des Jahres 1865 die Integrationskräfte wieder stärker, so dass profilierte Konservative wie Mantell wieder aufgenommen wurden, vergleichbar den Offizieren, die ebenfalls zurückkehrten.

Auch andernorts verbannten die Honoratiorenclubs die „Kreuzzeitung“ aus ihren Leseräumen, u. a. in Bielefeld, Dortmund und Barmen. In der Bielefelder „Ressource“ trat eine große Mehrheit für die Abbestellung der „Kreuzzeitung“ ein, und die Minderheit, die sich dagegen aussprach, tat dies nicht aus Sympathie, sondern auf Basis der umsichtigen Überlegung, dass man „die Feinde der Liberalen in ihren intimsten Offenbarungen nicht aus den Augen verlieren“ durfte.<sup>155</sup> Die Begriffswahl war bezeichnend; sie zeigt, auf welche entschiedene Abwehr das Staatsministerium traf, wenn es die Presse erneut knebeln wollte. Immerhin hatte sich in der „Ressource“ selbstbewusstes Großbürgertum zusammengefunden: Industrielle, Großhändler und akademi-

<sup>152</sup> Nachricht aus Paderborn vom 4. Juli, in: WZ, Nr. 179, 6.7.1863. Die „Kreuzzeitung“ war vermutlich den Offizieren zuliebe in der liberalen Aufbruchphase der frühen 1860er Jahre erneut abonniert worden, nachdem das ursprüngliche Abonnement 1849 gekündigt worden war.

<sup>153</sup> Nachricht aus Paderborn vom 10. Juli, in: WZ, Nr. 187, 14.7.1863; Nachricht aus Paderborn vom 20. Juli 1863, in: WZ, Nr. 196, 23.7.1863. Mit „Ausballotierung“ war ein Entscheidungsverfahren gemeint, bei dem über einen Antrag in geheimer Abstimmung entschieden wurde.

<sup>154</sup> 100 Jahre Harmonie-Gesellschaft, S. 60, S. 69.

<sup>155</sup> Nachricht aus Bielefeld vom 3. Juli, in: WZ, Nr. 179, 6.7.1863.

sche Bildungsbürger, die sich als stolze Elite begriffen und für die Arroganz des ostelbischen Adels nur tiefe Verachtung übrig hatten. In Soest fand in der „Ressource“ eine Kampfabstimmung statt, für die die konservative Fraktion eigens die protestantischen Landpastoren, den Superintendenten und Landadlige mobilisiert hatte, um in der Mitgliederversammlung den Antrag der Liberalen niederstimmen zu können. Mit 47 zu 26 Stimmen wussten sie die Abbestellung der „Kreuzzeitung“ zu verhindern; unterlegen war die liberale Beamten- und Unternehmerfraktion.<sup>156</sup> Offenbar gab hier die Stärke des protestantischen Kirchen-Konservatismus den Ausschlag; dieses Gesinnungslager fiel in der Paderborner „Harmonie“ – abgesehen von den nicht stimmberechtigten Offizieren – zahlenmäßig kaum ins Gewicht. In der aufstrebenden Industriestadt Dortmund hatten die Gegner der „Kreuzzeitung“ innerhalb der „Casino-Gesellschaft“ ein leichtes Spiel.<sup>157</sup> Mit 100 zu 6 Stimmen wurde Bismarcks Sprachrohr aus dem Lesesaal verbannt. Ein ähnlich eindeutiges Ergebnis lieferte die Abstimmung im hochindustrialisierten Barmen, wo die „Kreuzzeitung“ im Eliteclub „Concordia“ von der Direktion unmittelbar nach der Abstimmung vom Lesetisch entfernt wurde, eine Geste der tiefen Abneigung gegenüber dem reaktionären preußischen Adelskonservatismus. Auch die wenigen, die sich gegen die Abschaffung aussprachen, betonten ausdrücklich, dass sie tief entrüstet seien über die reaktionäre Arroganz, mit der sich die preußischen Konservativen über die liberale Meinungsfreiheit glaubten hinwegsetzen zu können. Nur weil man den Verdacht, ein „politischer Club“ zu sein, habe vermeiden wollen, habe man gegen die Abschaffung gestimmt, hieß es gegenüber der Presse.<sup>158</sup>

Dieser Blick über die Paderborner Stadtgrenzen hinaus lässt vermuten, dass das „Westfälische Volksblatt“ mit seiner Annäherung an den Kreuzzeitungs-Standpunkt bei den Paderborner Liberalen den letzten Rest an Respekt verspielte, den man diesem streng kirchengläubigen Organ noch entgegenzubringen bereit war. Für die Deutung, dass die Paderborner Liberalen nicht nur gegen die „Kreuzzeitung“, sondern auch gegen das „Volksblatt“ aufgebracht waren, sprechen deutliche Indizien in der zeitgenössischen Publizistik. So empörte sich der Paderborner Korrespondent der „Westfälischen Zeitung“ darüber, dass sich das katholische „Volksblatt“ höhnisch über die angebliche Feigheit des liberalen „Kreisanzeigers“ entrüstete, weil dieser aus Protest gegen die Bismarcksche Presseverordnung angekündigt hatte, bis auf weiteres auf politische Kommentare zu verzichten.<sup>159</sup> Der Umstand, dass dasselbe „Volksblatt“, das sich der auftrumpfenden Kommentierung der „Kreuzzeitung“ gegenüber der in Bedrängnis geratenen liberalen Presse anschloss, auf der anderen Seite scheinheilig die

<sup>156</sup> Die Offiziere waren als „nicht ständige Mitglieder“, die nicht dauerhaft ihren Wohnsitz in Paderborn hatten, nicht stimmberechtigt.

<sup>157</sup> Nachricht aus Dortmund, in: WZ, Nr. 176, 3.7.1863.

<sup>158</sup> Nachricht aus Barmen, in: WZ, Nr. 185, 12.7.1863.

<sup>159</sup> Aus dem Paderbornschen, in: WZ, Nr. 187, 14.7.1863.

angebliche Feigheit des liberalen Konkurrenzblattes kritisierte, schien aus der Sicht des Paderborner Korrespondenten Beweis genug, auf welch niedriges moralisches Niveau das Organ der Paderborner Katholiken mit seiner Anbiederung an Bismarck abgesunken war.

Die repressive Pressepolitik Bismarcks begriffen die Liberalen als Teil einer umfassenden reaktionären Wende, die auch vor der Disziplinierung liberaler Beamter nicht Halt machte. Um diesem Personenkreis den Rücken zu stärken, gründeten die Paderborner Liberalen im Herbst 1862 ein Komitee, das den „Nationalfonds“ für bedrohte verfassungstreue Beamte unterstützen sollte. Eine Bürgerversammlung, die eigens zu diesem Zweck einberufen wurde, brachte immerhin über 42 Taler an regelmäßigen Monatsbeiträgen für diesen Fonds zusammen.<sup>160</sup> Drei der fünf Unterzeichner des Aufrufs, der Gymnasial-Rendant Florencourt, der Arzt Dr. Hörling und der Rechtsanwalt Krönig, waren exponierte Mitglieder der „Harmonie-Gesellschaft“. Der „Nationalfonds“ trat von vornherein als Kampfinstrument der Liberalen ins Leben.

Mit ihrer Unterstützung Bismarcks isolierten sich die Paderborner Konservativen innerhalb der gehobenen Bürgerkreise. Auch wenn das „Volksblatt“ glaubte feststellen zu können, dass nur die höhere Beamtschaft, die Protestanten und die Juden die Träger des liberalen Fortschritts seien, so ließ sich gleichwohl kaum übersehen, dass der katholische Konservatismus auch innerhalb der katholisch getauften Honoratiorenenschaft an Attraktivität eingebüßt hatte, dies vor allem seit den scharfen Auseinandersetzungen um die weltliche Herrschaft des Papstes um die Jahreswende 1859/60.<sup>161</sup> Im Sommer 1863 erreichte das Ansehen des katholischen „Volksblattes“ seinen Tiefpunkt: Es musste sich mit Blick auf seine Parteinahme für Bismarck und die „Kreuzzeitung“ den Vorwurf gefallen lassen, es habe sich durch „Liebesgaben“ der Regierung korrumpieren lassen. Denn kurz zuvor hatten die Regierungsbehörden dem unbotmäßigen liberalen „Kreisanzeiger“ die amtlichen Bekanntmachungen entzogen und dem „Volksblatt“ diese Aufgabe angetragen.<sup>162</sup> Der Sachverhalt, dass nunmehr das „Volksblatt“ die monopolartige Stellung eines amtlichen Anzeigenblattes einnahm, veranlasste die Liberalen zu der Anklage: „Drängt sich nicht der Gedanke auf, daß das ‚Geschäft‘ ihm, [dem „Volksblatt“], den Mund geschlossen hat?“<sup>163</sup>

Auch wenn sich im Sommer 1863 die Spannungen zwischen den Paderborner Gesinnungslagern verschärften, so sollte man die Pressepolemiken nicht als abbildhaften Ausdruck der Konfrontationsstimmung interpretieren, vielmehr die bei massenmedialen Quellen erforderlichen Abstriche machen, vor allem im Hinblick auf eine gewisse

<sup>160</sup> Nachrichten aus Paderborn vom 4. u. 21. November, in: WZ, Nr. 288, 7.11.1862 bzw. Nr. 306, 25.11.1862. Die Namen der Unterzeichner des Aufrufs waren: Barré, Brinkmann, Florencourt, Dr. Hörling und Krönig.

<sup>161</sup> Nachricht aus Westfalen vom 22. Oktober, in: WZ, Nr. 291, 27.10.1863.

<sup>162</sup> KIEPKE, Paderborner Presse, S. 65.

<sup>163</sup> Nachricht aus Paderborn vom 25. Oktober, in: WZ, Nr. 291, 27.10.1863.

pressetypische Neigung zur Zuspitzung, Verzerrung und Vereinfachung. Auch innerhalb der „Harmonie-Gesellschaft“ gab es trotz der schmerzlichen Austritte keine Neigung, das angespannte Verhältnis zum katholischen Kirchenmilieu noch weiter zu strapazieren, erkennbar daran, dass der Vorstand auch weiterhin katholischen Organisationen den großen „Harmonie“-Saal zur Verfügung stellte, so etwa dem katholischen Gesellenverein für dessen Stiftungsfest im Herbst 1863 oder der im katholischen Mittelstand verankerten Schützengesellschaft im Februar 1865 für einen Schützenball.<sup>164</sup>

## **XII. Liberaler Aufstieg in den Wahlen der 1860er Jahre und die „Harmonie-Gesellschaft“**

Die Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus dokumentieren den Aufstieg der Paderborner Liberalen am deutlichsten. Ab 1861 erzielten die Liberalen auf der Basis des in Preußen geltenden Dreiklassenwahlrechts in den beiden oberen Wählerabteilungen beachtliche Stimmerfolge; dort konzentrierten sich neben den materiell besser gestellten Katholiken die Paderborner Protestanten und Juden.<sup>165</sup> In der unteren Wählerabteilung, die das untere Drittel des Steueraufkommens repräsentierte und damit das zahlenmäßige Übergewicht der Wähler, hatte der katholische Konfessionalismus, d. h. die Kirchen- und Papstgläubigkeit, eine solide Mehrheitsbasis.<sup>166</sup> Angesichts des Stadt und Land integrierenden Zuschnitts der Wahlkreise konnte auch in den 1860er Jahren der politische Katholizismus im Paderborner Land solide Wahlkreismehrheiten zu Stande bringen, denn das ländliche Umfeld von Paderborn war im Unterschied zum Paderborner Stadtgebiet fest in der Hand der Konservativen. In der Stadt Paderborn konnten die Liberalen erstmals 1861 eine Mehrheit der Wahlmänner für sich gewinnen; ihre starke Stellung behaupteten sie auf Grund der ausgeprägten liberal-nationalen Aufstiegsvisionen bis zur Reichsgründung. Wie andernorts nahm die Attraktivität der Liberalen mit dem Bildungsgrad und dem materiellen Besitz zu, weshalb es in der liberalen Presse immer wieder mit einem Anflug von Arroganz hieß, dass der „intelligenter Teil“ der Paderborner Bürgerschaft den „Fortschritt“ wähle.<sup>167</sup> Dies erklärt auch, dass die „Harmonie-Gesellschaft“ als Elitenvereinigung ähnlich wie die oberen Wählerabteilungen des Dreiklassenwahlrechts (I. und II. Abt.) ungeachtet ihres überparteilichen Integrationsanspruchs eine deutlich liberale Schlagseite aufwies.

<sup>164</sup> Anzeige des katholischen Gesellen-Vereins für das Stiftungsfest am 4.10.1863, in: WVB, Nr. 53, 30.9.1863; Anzeige der Schützengesellschaft über einen Schützenball am 2. Februar 1865 im Saale der „Harmonie-Gesellschaft“, in: AKP, Nr. 5, 18.1.1865.

<sup>165</sup> MARON, Vom Ende des Fürstbistums, S. 92ff.

<sup>166</sup> Dieser Befund für Paderborn deckt sich mit den Ergebnissen einer vergleichenden Lokalstudie über Köln und Bonn; vgl. MERGEL, Thomas: Zwischen Klasse und Konfession. Katholisches Bürgertum im Rheinland 1794–1914, Göttingen 1994.

<sup>167</sup> Nachricht aus Paderborn vom 28. April, in: WZ, Nr. 103, 1.5.1862.

Dieser Zusammenhang lässt sich auch daran ablesen, dass die liberalen Wahlkampfmatadore in der „Harmonie-Gesellschaft“ erheblich stärker präsent waren als die katholisch-konservativen. Als die Liberalen im Frühjahr 1862 ein Wahlkomitee bildeten, das die Wahlchancen verbessern sollte, tauchte in der Unterschriftenliste des liberalen Wahlaufrufs eine stattliche Anzahl von Personen auf, die auch in der „Harmonie-Gesellschaft“ präsent waren, unter ihnen die Katholiken Josef Drees und Franz von Florencourt sowie die Protestanten Hermann Krönig und Roderich Dullo.<sup>168</sup> In diesem Aufruf wurden nicht nur die gefährdeten verfassungsmäßigen Rechte des Parlaments beschworen, sondern auch die privilegierte Stellung der katholischen Kirche ausdrücklich bestätigt. Man wollte damit der klerikalen Wahlagitation das Wasser abgraben, die den Liberalen unterstellte, sie würden die Religionsfreiheit abschaffen, wenn sie an die Macht kämen. Als Ende April 1862 das Ergebnis der Wahlmänner-Wahlen feststand, zeigte sich, dass die Liberalen ihre Stellung in den oberen beiden Wähler-Abteilungen festigen konnten, wohingegen die untere III. Abteilung ausschließlich katholisch-konservative Wahlmänner ins Rennen schickte. Von den 32 Wahlmännern der beiden oberen Wähler-Abteilungen waren 22 der liberalen Partei zuzurechnen, wovon mindestens 13 auch Mitglied der „Harmonie-Gesellschaft“ waren.<sup>169</sup> Unter den 22 liberalen Wahlmännern befanden sich 10 Katholiken, 11 Protestanten und 1 Jude. Auch wenn hier die Protestanten gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil überrepräsentiert waren, so konnte das „Volksblatt“ gleichwohl nicht wegdiskutieren, dass sich in den Wählerabteilungen der oberen Einkommensschichten auch Katholiken für die Fortschrittspartei engagierten, und zwar in beachtlichem Umfang. Die 17 Wahlmänner der III. Abteilung, die sich aus den Urwählern der unteren Einkommensschichten zusammensetzte, waren ausschließlich der katholisch-konservativen Richtung zuzurechnen; sie zeigten im Unterschied zu den Vertretern der beiden oberen Wählerabteilungen schwerpunktmäßig ein mittelständisch-handwerkliches Profil. Nur zwei der katholisch-konservativen Wahlmänner waren „Harmonie“-Mitglieder. Auch hier bestätigt sich der Eindruck, dass die „Harmonie-Gesellschaft“ eher eine liberale als konservative Aura verbreitete.

<sup>168</sup> Wahlauf Ruf der konstitutionellen Partei [Fortschrittspartei] des Wahlkreises Paderborn-Wiedenbrück-Büren, Nachricht aus Paderborn vom 20. April, in: WZ, Nr. 96, 24.4.1862. Der Jude Sally Meyer, der ebenfalls Mitunterzeichner war, wurde erst 1877 in die „Harmonie-Gesellschaft“ aufgenommen.

<sup>169</sup> Nachricht aus Paderborn vom 28. April, in: WVB, Nr. 18, 30.4.1862.





### XIII. Die Konsolidierung der „Harmonie-Gesellschaft“ und der Ruf nach dem eigenen Clubhaus

Trotz aller liberalen Neigungen baute die „Harmonie-Gesellschaft“ gegenüber konservativen Katholiken keine Barrieren auf. Im Gegenteil, auf Grund ihres erfolgreichen Integrationskurses konsolidierte sich die Gesellschaft in den frühen 1860er Jahren so sehr, dass sie ernsthaft in Erwägung zog, sich ein eigenes Clubhaus zuzulegen. Auf mindestens 171 „beständige“ Mitglieder war die Gesellschaft zu dieser Zeit angewachsen, so dass der Ruf nach einem ‚Eigenheim‘ gleichsam in der Luft lag.<sup>170</sup> Es habe sich, hieß es, das „absolute Bedürfnis“ entwickelt, ein „entsprechendes Lokal eigentümlich zu erwerben“<sup>171</sup> (s. Abb. 2). 1864 verabschiedete man ein neues Statut, das den höheren Anforderungen des Immobilienerwerbs Rechnung trug: Die Neufassung hielt Bestimmungen bereit, die den Umgang mit dem zu erwerbenden Gesellschaftsvermögen regelten: So wurden etwa nur die „beständigen Mitglieder“ zu Miteigentümern des Gesellschaftsvermögens erklärt, und dem dreiköpfigen Vorstand wurde die Verantwortung für die Geschäftsführung übertragen. Man traute sich zu, die Mittel für den Erwerb eines Anwesens aufbringen zu können und die erforderlichen Kredite aus den laufenden Mitgliedsbeiträgen verzinsen und amortisieren zu können. Auch der Landrat bestätigte der Gesellschaft das erforderliche Aufkommen aus den Beiträgen. Nachdem die Generalversammlung im Januar 1864 zugestimmt hatte, ein der Gesellschaft angebotenes Haus am Domplatz zu kaufen, stellten sich jedoch unerwartete Schwierigkeiten ein, weil die Gesellschaft nicht über die für den Kauf erforderlichen „Gesellschaftsrechte“ verfügte und sich der Besitzer des fraglichen Objekts nicht auf „bindende Verhandlungen“ mit einer Gesellschaft einlassen wollte, die staatlicherseits nicht als geschäftsfähige „juristische „Person“ anerkannt war.<sup>172</sup> So kam es, dass ein kirchentreuer konservativer Bierbrauer zuvorkam und das begehrte Objekt erwarb. Er überließ es dem katholischen „Bürgerverein“ zur Miete.<sup>173</sup> Damit hatte sich das Projekt, die Gesellschaft mit

<sup>170</sup> Das im März 1864 neu gefasste Statut enthielt Unterschriften in dieser Anzahl; abstimmungsbe-rechtigt waren auf der zuständigen Generalversammlung nur die „beständigen“ Mitglieder. Am 3.3.1864 nahm die Generalversammlung mit 171 Stimmen das neue Statut an. Der Oberpräsident der Provinz Westfalen bestätigte am 26.9.1864 die Statuten. Vgl. den handschriftlichen Eintrag in das Belegexemplar des Statuts der Harmonie-Gesellschaft von 1864, in: StA Detmold, Regierung Minden M 1 I P, Nr. 358.

<sup>171</sup> Antrag der Harmonie Gesellschaft zu Paderborn zwecks Erteilung von Korporationsrechten, gerichtet an die Königliche Regierung, Abt. Inneres in Minden am 23.5.1864, in: StA Detmold, Regierung Minden M 1 I P, Nr. 358, Bl. 210 (s. auch Abb. 2).

<sup>172</sup> 100 Jahre Harmonie-Gesellschaft, S. 30; Nachricht über die Eröffnung des Paderborner Bürgervereins im Westfälischen Volksblatt, abgedruckt in: HOHMANN, Bürgerverein, S. 315.

<sup>173</sup> Es handelte sich um den Bierbrauer Backhaus, der für die katholisch-konservative Partei öffentlich in Erscheinung trat; vgl. Politische Nachrichten, in: WVB, Nr. 18, 30.4.1862.

jekt, die Gesellschaft mit eigenen Räumlichkeiten auf eine standesgemäße Grundlage zu stellen, vorerst zerschlagen.

Durch Erfahrung klug geworden, holte man nunmehr das Versäumte nach und beantragte auf der Basis des neuen Statuts bei der Bezirksregierung die Rechte einer juristischen Person, um für den Fall künftiger Kaufangebote in vollem Umfang geschäftsfähig zu sein.<sup>174</sup> Ursprünglich hatte sich das Problem der vollen Geschäftsfähigkeit noch nicht gestellt, als die „Harmonie“ 1828 aus Anlass ihrer Gründung beim Oberpräsidenten in Münster die Genehmigung ihres Statuts beantragt hatte. Damals waren die Ansprüche noch erheblich bescheidener gewesen. Nunmehr aber, als der Erwerb von Immobilien höhere Anforderungen an die Geschäftsfähigkeit stellte, beantragte der Vorstand in zeittypisch gespreiztem Juristendeutsch die „Verleihung von Korporationsrechten zur Erwerbung und Veräußerung von Grundstücken sowie zur Kontrahierung von Schulden behufs Beschaffung der zur Erwerbung und Erhaltung notwendigen Geldmittel“.<sup>175</sup> In solchen Fällen bot die preußische Regierung die obrigkeitliche Verleihung der Rechte einer juristischen Person an; nach altem, gesetzlich nicht festgeschriebenem Brauch behielt sich der preußische König dieses Recht vor, wobei der Antrag an die regionale Regierungsbehörde zu richten und von dieser wie von der Provinzialregierung und zusätzlich vom Berliner Innen- und Justizministerium zu begutachten war, bis schließlich auch der König seine Zustimmung erteilte.<sup>176</sup> Seit der Jahrhundertmitte wurden die preußischen Regierungsbehörden mit einer ganzen Welle von Anträgen konfrontiert, die nicht nur im westfälischen Raum, sondern landesweit auf bürgerliche Honoratiorenclubs zurückgingen und ähnlich wie im Paderborner Fall auf die Verbesserung der Geschäftsfähigkeit abzielten. Im September 1864 erlangte auch die Paderborner „Harmonie“ den Status einer juristischen Person.<sup>177</sup>

<sup>174</sup> Urkunde der Harmonie-Gesellschaft vom 4.9.1864 über die Verleihung der Rechte einer juristischen Person, vom König und vom Justiz- und Innenminister unterzeichnet, in: StA Berlin-Dahlem, Ministerium des Innern, I. HA Rep. 77, Tit. 525, Nr. 201.

<sup>175</sup> Antrag der Harmonie Gesellschaft zu Paderborn zwecks Erteilung von Korporationsrechten, Bl. 210f.

<sup>176</sup> Vgl. Expertise des Preußischen Ministers zur Handel und Gewerbe vom 30.11.1912, betreffend die Satzungen der mit Korporationsrechten ausgestatteten Vereine, in: StA Detmold, Regierung Minden, M 1 I P, Nr. 1579, Bl. 167. Vgl. auch die Vielzahl von Anträgen in den Akten der Regierung Minden, in: StA Detmold, M 1 I P, Nr. 358 u. Nr. 359, und die umfangreichen Akten des preußischen Innenministeriums zu „Ressourcen und sonstigen Gesellschaften zu geselligen Vergnügungen“, in: StA Berlin-Dahlem, Ministerium des Innern, I. HA, Rep. 77, Tit. 1053, Vol. VI–XII.

<sup>177</sup> Am 4.9.1864 erfolgte die Verleihung der Rechte einer juristischen Person durch den König vorbehaltlich der Prüfung des Statuts durch den Oberpräsidenten der Provinz Westfalen; und am 26.9.1864 genehmigte der westfälische Oberpräsident das überarbeitete und erweiterte Statut. Vgl. den handschriftlichen Eintrag in das Belegexemplar des Statuts der Harmonie-Gesellschaft von 1864, in: StA Detmold, Regierung Minden M 1 I P, Nr. 358.

#### XIV. Die Grenzen des liberalen Aufstiegs im Lichte der politischen Wende von 1864

Als Ende 1863 erneut ein deutsch-dänischer Krieg ausbrach, ging über Deutschland eine einzigartige Welle der nationalkriegerischen Begeisterung und Mobilisierung hinweg, die vor allem von den im bürgerlichen Mittelstand verankerten Wehrtun- und Sängervereinen, von der liberalen Presse und von den Fortschrittsparteien getragen wurde.<sup>178</sup> Wenn sich davon in Paderborn im Unterschied zu anderen Städten recht wenig bemerkbar machte, dann lag dies darin begründet, dass der Liberalismus in Paderborn mehr als anderswo ein Elitenphänomen war und die mittleren und unteren Schichten weiterhin unter kirchlich-konservativem Einfluss standen, während sich diese Schichten anderswo eher in der liberalnationalen Wehrbewegung engagierten. Zum hier gezeichneten Bild passt, dass es kaum Berichte über eine Paderborner Wehrbewegung gibt, aber deutliche Hinweise auf die ungebrochene Präsenz der St.-Michaels-Bruderschaften, die weiterhin die Verteidigungsanstrengungen des Papstes unterstützten und sich kaum vom Kriegsfieber der Nationalbewegung anstecken ließen. Deren Schleswig-Holstein-Agitation wies in eine völlig andere Richtung als die katholische Militanz eines Bischofs Martin, der mit seiner Anhängerschaft vor Ort die Michaels-Kämpfer im fernen Kirchenstaat unterstützte.<sup>179</sup> Schon ein Jahr zuvor hatte das Paderborner Katholikenblatt klargestellt, dass es Aufgabe des kirchentreuen Katholiken sei, sich für den Peterspfennig und die St.-Michaels-Bruderschaften zu engagieren, statt für die „Deutsche Flotte“ zu sammeln und Deutschland in einen Nationalkrieg um die Elbherzogtümer zu stürzen.<sup>180</sup> Letzteres traf vor allem in der Paderborner Oberschicht auf Sympathien.

Als die liberale Bewegung 1864 einen Dämpfer erhielt, nachdem Bismarck ihr mit seiner unerwartet energischen Kriegspolitik den Wind aus den Segeln genommen hatte, verlor auch der nach wie vor ungelöste Verfassungskonflikt seine explosive Dramatik. Auch in Paderborn nahmen die Spannungen wieder ab; ein untrügliches Zeichen war, dass die Offiziere, die die „Harmonie-Gesellschaft“ 1863 wegen der Abbestellung der „Kreuzzeitung“ verlassen hatten, bereits 1864 wieder zurückkehrten.<sup>181</sup> Unspektakulär gestaltete sich auch die weitere Formierung und Festigung des politischen Katholizismus, der sich vom beeindruckenden Aufstieg der Liberalen herausgefordert sah. Vor allem wurmte papsttreue Katholiken der mangelnde Rückhalt in der außerkirchlichen Oberschicht der Stadt, deren katholisches Segment prag-

<sup>178</sup> KLENKE, Dietmar: Der singende ‚deutsche Mann‘. Gesangvereine und deutsches Nationalbewusstsein von Napoleon bis Hitler, Münster u. a. 1998, S. 122–130; DAEBEL, Joachim: Die Schleswig-Holstein-Bewegung in Deutschland 1863/64, Phil. Diss. Köln 1969.

<sup>179</sup> Nachricht aus Paderborn, in: WZ, Nr. 14, 15.1.1864.

<sup>180</sup> Offener Brief [des Hofkaplans Ruland], in: WVB, Nr. 16, 16.4.1862.

<sup>181</sup> Schreiben des Landrates des Kreises Paderborn an die königliche Regierung in Minden vom 22.6.1864, Bl. 214.

matisch genug war, konfessionelle Streitigkeiten zu vermeiden. Um nun das konfessionelle Milieu auf Vordermann zu bringen und obendrein die mangelnde Verankerung in den besseren Kreisen zu kompensieren, gründete ein kirchentreuer Kreis katholischer Bürger eine Vereinigung, die den politischen Einfluss des Katholizismus vor Ort stärken und die noch relativ glaubensfeste bürgerliche Mittelschicht mobilisieren sollte. Unter den Initiatoren war eine größere Anzahl gebildeter Honoratioren, deren erklärtes Ziel es war, ein Gegengewicht gegen den Liberalismus und die „Harmonie-Gesellschaft“ aufzubauen. Diese „Bürgerverein“ genannte Organisation trat im November 1864 ins Leben.<sup>182</sup> Auch sie bot ihren Mitgliedern ein Vereinslokal, Spielmöglichkeiten, gesellige und festliche Veranstaltungen und obendrein ein Lesekabinett mit einer Reihe von Zeitschriften. Aber der Mangel an sozialer Exklusivität und der enge konfessionelle Zuschnitt verhinderten, dass der „Bürgerverein“ für die Oberschicht zu einer attraktiven Alternative für die „Harmonie-Gesellschaft“ wurde. Auch traten die Funktionen eines Wahlvereins für den politischen Katholizismus zu deutlich in Erscheinung, als dass eine Atmosphäre entspannter und zugleich distinguiert Honoratioren-Geselligkeit hätte aufkommen können. Hinzu kam, dass die Ehrenmitgliedschaft des doktrinär wirkenden Bischofs diesen Verein von vornherein für protestantische und jüdische Honoratioren inakzeptabel machte.<sup>183</sup>

### XV. Rekrutierungspolitik und Ämterbesetzung der „Harmonie-Gesellschaft“

Betrachtet man die Rekrutierungspolitik der „Harmonie-Gesellschaft“ in den Jahrzehnten des politischen und sozialen Umbruchs nach der gescheiterten Revolution von 1848, dann fällt auf, dass der Führungszirkel stets um eine ausgewogene Aufnahmepolitik bemüht war. Zeigten bereits die ruhigen 1850er Jahre, dass man gleichermaßen Juden, Protestanten und Katholiken aufnahm, darunter auch solche mit enger Kirchenbindung, so setzte sich diese bewährte Praxis trotz aller von außen herangetragenen Irritationen in den 1860er Jahren fort. Traten etwa in den 1850er Jahren mit Rechtsanwalt Hermann Mantell und Gymnasiallehrer Friedrich Wilhelm Grimme als kirchennahen Katholiken, Franz von Florencourt und Josef Drees als kirchenkritischen liberalen Katholiken, dem liberal-nationalen protestantischen Geschäftsführer der Gaskompagnie Roderich Dullo und seinem Gesinnungsfreund, dem Arzt Dr. Hörling sowie den liberal gesinnten jüdischen Brüdern Eichengrün weltanschaulich höchst unterschiedliche Vertreter der Paderborner Oberschicht der „Harmonie-Gesellschaft“ bei, so setzte sich dieses pluralistische Gebaren in den 1860er Jahren

<sup>182</sup> HOHMANN, Bürgerverein, S. 315–333.

<sup>183</sup> 1864 machte sich Bischof Martin bei den Protestanten unbeliebt, weil er an sie eine Schrift in bekehrender Absicht richtete; vgl. Konrad Martin, in: BRANDT, Hans Jürgen/ HENGST, Karl: Die Bischöfe und Erzbischöfe von Paderborn, Paderborn 1984, S. 306.

trotz aller politischen Belastungen ungebrochen fort.<sup>184</sup> 1860 nahm man mit dem liberal-nationalen protestantischen Richter Wilke und dem katholisch-konservativen Richter Alfred Hüffer zwei Exponenten der gegensätzlichen politischen Lager auf. Dieser Pluralismus behauptete sich ungeachtet aller Wechselfälle der großen Politik über das gesamte Jahrzehnt hin: Aufnahme fanden solche Personen wie der kirchenloyale Domorganist Fölmer, die jüdischen Kaufleute und Bankiers Louis und Emil Paderstein sowie Abraham Rosenthal, der liberale katholische Bauunternehmer Albert Didden und die protestantischen Staatsanwälte Mayer und Müller. Erstaunlicherweise erwies sich auch der Einschnitt des deutsch-französischen Krieges in der Rekrutierungspolitik der „Harmonie-Gesellschaft“ nicht als Zäsur. Denn man hielt auch in den 1870er Jahren, dem Höhepunkt der politischen Turbulenzen, konsequent an einer politisch-konfessionell ausgewogenen Aufnahmepraxis fest. Offenbar war selbst die aggressiv aufgeladene Stimmungslage der Kulturkampf-Ära nicht geeignet, die „Harmonie-Gesellschaft“ aus ihrem Gleichgewicht zu bringen. Auch weiterhin waren die weltanschaulichen und politischen Richtungen angemessen repräsentiert. So wurde beispielsweise im Jahre 1871 der protestantische Oberstaatsanwalt Irgahn aufgenommen, der sich auf dem Höhepunkt des Kulturkampfes mit Anklageschriften gegen die Bischöfe von Paderborn und Münster exponierte.<sup>185</sup> 1874 strengte er gegen einen doppelten Freispruch des Paderborner Bischofs vor dem Kreis- und dem Appellationsgericht eine Nichtigkeitsbeschwerde vor dem Berliner Obertribunal an.<sup>186</sup> 1872 wurde der katholisch getaufte, aber liberalnational gesinnte Gutsbesitzer und „Liedertafel“-Sänger Hermann Josef Hesse Mitglied, ebenfalls 1872 der jüdische Bankier Louis Ransohoff, 1874 dann der katholische, aber kirchenkritisch und nationalliberal gesinnte Gymnasiallehrer und Liedertafler Dr. Hester, im selben Jahr aber auch der kirchentreue konservative Katholik und Lederfabrikant Heinrich Sandhage, sodann 1876 der herausragende katholische Kulturkämpfer und Zeitungsverleger Ferdinand Schöningh und schließlich 1877 der jüdische Mühlenbesitzer Sally Meyer sowie der kirchenkritische liberale Katholik, Liedertafler und Bankier Karl Spancken. Diese Rekrutierungspolitik zeigt, wie sehr sich die weltliche Oberschicht bemühte, im Sinne eines gesitteten Umgangs unter gebildeten, um Toleranz bemühten Großbürgern die politischen Tageskämpfe aus dem geselligen Leben der Gesellschaft herauszuhalten bzw. sie intern zu entschärfen. Was dies einzelnen „Harmonie“-Mitgliedern abverlangte, lässt sich ermesen, wenn man schlaglichtartig das Jahr 1876 beleuchtet und sich

<sup>184</sup> Vgl. für die folgenden Ausführungen: Verzeichnis der in die Harmonie-Gesellschaft aufgenommenen Mitglieder, in: 100 Jahre Harmonie-Gesellschaft, S. 57–86.

<sup>185</sup> KLENKE, Dietmar: Der Kulturkampf, in: Alles was Recht ist. Zur Geschichte des Gerichtswesens in Münster 793–1993, hg. vom Landgericht Münster u. a., Münster 1993, S. 134f.; STAMM, Christian (Hg.): Urkundensammlung zur Biographie des Dr. Conrad Martin – Bischof von Paderborn, Paderborn 1892, S. 229, S. 361ff.

<sup>186</sup> STAMM, Urkundensammlung, S. 229.

die seelische ‚Zumutung‘ einer persönlichen Begegnung zwischen Irgahn, dem Ankläger des Bischofs von Paderborn, und Schöningh, der publizistischen Speerspitze des katholischen Kulturkampfes, vor Augen hält. Immerhin hatte Irgahn auch am Absetzungsverfahren gegen Bischof Martin mitgewirkt und die Anschuldigungsschrift verfasst, die im Januar 1875 vor dem „Königlichen Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten“ zum Erfolg führte, während der Bischof in Paderborn im Gefängnis saß.<sup>187</sup>

Schaut man sich die Vorstände der „Harmonie-Gesellschaft“ an, dann bietet sich ein ähnliches Bild wie bei der Betrachtung der Rekrutierungspraktiken.<sup>188</sup> So stoßen wir in den 1850er Jahren auf den Domkapitular Ernst und den liberal gesinnten protestantischen Rechtsanwalt Hermann Krönig. 1861/62 begegnen uns im Direktoren-Triumvirat die protestantischen und liberalen Richter Wichmann und Wilke auf der einen, und der katholisch-konservative Richter Hüffer auf der anderen Seite. 1862/63 allerdings, auf dem Höhepunkt des auch in Paderborn leidenschaftlich debattierten Verfassungskonflikts, ließ die Ausgewogenheit zu wünschen übrig. Hüffer wurde nicht wiedergewählt, und mit Richter Wilke, Staatsanwalt Vennewitz und dem Unternehmer Dullo stellten Vertreter der liberalen Opposition das Direktorium. Bezeichnenderweise fällt in deren Amtszeit auch die umstrittene Verbannung der „Kreuzzeitung“ aus der „Harmonie-Gesellschaft“. Die 1870er Jahre zeigten in der Zusammensetzung des Direktoriums eine leicht liberal-nationale Schlagseite, bis 1876 mit Rechtsanwalt Mantell wieder ein entschiedener Verfechter des politischen Katholizismus in das Dreier-Direktorium aufrückte und damit die Balance wiederherstellte.

## XVI. Politische Spannungen im Kulturkampf der 1870er Jahre

In den frühen 1870er Jahren verschärften sich die Spannungen zwischen Liberalen und katholischen Konservativen aufs Neue. Als staatstragende und machtbewusste Kraft wollten die Liberalen Gestaltungskraft beweisen. Ihr politischer Ehrgeiz hatte auch das Feld der Kirchenpolitik im Blick. Sie hatten den großen Konfessionskirchen nicht verziehen, dass diese vor der Reichsgründung eher im Lager der konservativen Gegner gestanden hatten und sich kaum für die nationalen und liberalen Ziele der bürgerlichen Emanzipationsbewegung eingesetzt hatten. Nun aber wollten die Liberalen als die neue beherrschende Kraft im Reich das Verhältnis von Kirche und Staat in ihrem Sinne regeln, und das hatte zu bedeuten, dass die Kirchen als machtpolitischer Faktor möglichst weit zurückzudrängen waren.<sup>189</sup> Zum einen sollten sie gemäß der liberalen Maxime, dass Staat und Kirche zu trennen seien, den ihnen noch verbliebe-

<sup>187</sup> STAMM, Urkundensammlung, S. 361f.

<sup>188</sup> Verzeichnis der Mitglieder des Vorstandes der Harmonie-Gesellschaft, in: 100 Jahre Harmonie-Gesellschaft, S. 45–54.

<sup>189</sup> LILL, Rudolf (Hg.): Der Kulturkampf, Paderborn 1997.

nen Rest an hoheitlichen Aufgaben verlieren, etwa die Befugnis, rechtsgültige Trauungen vorzunehmen, oder amtliche Funktionen im Rahmen der Schulaufsicht. Diesbezüglich kam es den Liberalen darauf an, den Einfluss der Kirchen zu mindern, indem man sie zu rein privatrechtlichen Vereinigungen herabstufte, die aller Vorrechte verlustig gingen. Das war die eine Seite des Kulturkampfes. Die andere Seite aber, die erheblich mehr Sprengstoff barg, spielte auch in Paderborn eine prägende Rolle mit Langzeitwirkungen. Es ging dabei nicht um die Trennung von Kirche und Staat, sondern im Gegenteil um die Unterordnung der Kirchen unter die religionspolitische Oberhoheit des liberalen Nationalstaates, der in die Inhalte der Priesterausbildung eingriff, die Kanzelverkündigung und andere religiöse Botschaften einer strikten staatlichen Kontrolle unterwarf und in die innerkirchliche Disziplinargewalt eingriff, um die Kirchen als staatsunabhängige moralische Kraft auszuschalten. Staatskirchliche Ambitionen dieser Art machten böses Blut und weckten im Katholizismus mit seinem transnationalen, auf Unabhängigkeit bedachten religiösen Selbstverständnis ungeahnte Widerstandskräfte. Dehnte der Staat seinen Machtanspruch auf das ureigene Feld der Kirche aus, dann hatte sich der katholische Amtsträger im Konfliktfall für die oberste geistliche Autorität zu entscheiden und nicht für den Staat, der auf seinem Territorium der höchste Souverän zu sein beanspruchte. Dieser Machtkonflikt zwischen Staatsgewalt und transnationaler päpstlicher Autorität entzündete sich an erster Stelle am staatlichen Kulturexamen für das Priesteramt, einer 1873 in Preußen eingeführten Gesetzesbestimmung, die jedem Priesteramtskandidat auch eine staatliche Prüfung vorschrieb, über deren Inhalte nicht die Kirche, sondern allein der Staat zu entscheiden hatte. Die Weigerung der Bischöfe, sich auf dem ureigenen Feld der Priesterausbildung staatlichen Gesetzen dieser Art zu unterwerfen, ließ den Kulturkampf schnell auf die Eskalationsstufe von Gerichtsprozessen hochschnellen, in denen über die verantwortlichen Bischöfe Geld- und Haftstrafen verhängt wurden und als letztes Mittel das der Amtsenthebung zum Einsatz kam. All dies widerfuhr auch dem Bischof von Paderborn, der nach seiner Amtsenthebung im Jahre 1875 weiterhin steckbrieflich gesucht wurde, weil auf ihn als ‚Gesetzesbrecher‘ weitere Anklagen warteten. Hier prallten in aller Härte der religiöse Primat des Papsttums und der staatsreligiöse Absolutheitsanspruch des deutschen Nationalstaates aufeinander. Hinter der papstfeindlichen Staatsgläubigkeit stand als treibende Kraft der im Bildungsbürgertum stark verankerte Nationalliberalismus, der neben dem Nationalstaat keine andere gottunmittelbare Instanz gelten ließ. Aus der Perspektive nationalreligiöser Staatsgläubigkeit mussten papstgläubige Katholiken ‚Reichsfeinde‘ sein, die im Konfliktfall auch vor Gesetzesbruch und Landesverrat nicht zurückschreckten. In Paderborn trugen solche Haltungen ganz erheblich zur Vergiftung des öffentlichen Klimas bei. Umso bemerkenswerter ist, dass sich die „Harmonie-Gesellschaft“ dem Sog des eskalierenden Machtkampfes zwischen Staat und Kirche auch dann noch zu entziehen vermochte, als die Staatsgewalt mit dem Jesuitenverbot von 1872 den Kulturkampf auf ein neues repressives Niveau zu heben begann.

Zuvor jedoch, im Jahre 1871, brachte auch in Paderborn der patriotische Überschwang des Sieges über Frankreich die Konfessionen und Parteien einander näher. So wusste das katholische Kirchenmilieu im Juni 1871 die Feierlichkeiten zum Papstjubiläum und zum Friedensschluss ohne nennenswerte Spannungen miteinander zu verbinden, im Unterschied etwa zum ländlichen Niederrhein.<sup>190</sup> Bis zum Verbot des Jesuitenordens im Herbst 1872 waren die politischen Lager in Paderborn sichtlich darum bemüht, den neuen reichspatriotischen Grundkonsens demonstrativ herauszukehren. Ihren rituellen Höhepunkt erlebten diese Bestrebungen in der gemeinsamen Begehung des ‚Sedantages‘, des 2. September, an dem man der Entscheidungsschlacht im deutsch-französischen Krieg gedachte. 1872 führte der ‚Sedantag‘ alle weltanschaulichen und politischen Lager Paderborns im Zeichen der glorreich wiederauferstandenen Reichsnation zusammen, augenfällig versinnbildlicht in katholischen, evangelischen und jüdischen Festgottesdiensten und im großen Festzug durch die Stadt, an dem sich neben den Honoratioren und den Vereinen die Vaterlandslieder singenden Schüler der katholischen und evangelischen Schulen beteiligten.<sup>191</sup>

Da sich zu diesem Zeitpunkt aber bereits die Jesuitenverfolgung drohend am Horizont abzeichnete, war es im Vorfeld bereits zu Irritationen gekommen, weil sich aus der Sicht katholischer Kirchenkreise die Demonstration nationaler Einigkeit nicht mit der Kulturkampfgesetzgebung vereinbaren ließ. Weil aber ein aus liberal-nationalen Honoratioren bestehendes Komitee die Festvorbereitung energisch vorantrieb, mochten die katholischen Kreise dann doch nicht zurückstehen, um keinen Zweifel an ihrer nationalen Zuverlässigkeit aufkommen zu lassen und die wachsenden Spannungen nicht noch zu verschärfen. Denn die liberale Öffentlichkeit reagierte bereits sehr aggressiv auf katholische Kritik am kleindeutschen Reichspatriotismus. Diesbezüglich war von „klerikaler Schreierei“ die Rede.<sup>192</sup> Trotz offizieller katholischer Beteiligung fiel bereits am Festzug von 1872 auf, dass zwar die Honoratiorenwelt, der Kriegerverein und die Schulen geschlossen auftraten, dass sich aber beträchtliche Lücken bei der Repräsentanz der mittelständischen Bürgerwelt zeigten, wie ein liberaler Kommentator verärgert feststellte. Vermutlich hatte die katholische Partei mit ihrer nur halbherzigen Zustimmung im kirchenloyalen Mittelstand die Bereitschaft sinken lassen, patriotische Begeisterung zu zeigen. Die führenden Kirchenkreise Paderborns waren Anfang September noch unsicher, ob sie abwartend auftreten oder auf Konfrontation setzen sollten.<sup>193</sup> Im benachbarten Salzkotten hingegen boykottierte die katholische

<sup>190</sup> Vgl. die umfangreiche Berichterstattung in: WVB, Nr. 70, 13.6.1871. – SCHNEIDER, Ute: Politische Festkultur im 19. Jahrhundert. Die Rheinprovinz von der französischen Zeit bis zum Ende des Ersten Weltkrieges (1806–1918), Essen 1995.

<sup>191</sup> Aufruf des Komitees zur Feier des Nationalfestes am 2. September, in: WVB, Nr. 105, 31.8.1872; Nachricht aus Paderborn vom 2. September, in: Paderborner Kreisanzeiger, Nr. 71, 4.9.1872.

<sup>192</sup> Bericht aus Paderborn vom 9. September, in: WZ, Nr. 216, 15.9.1872.

<sup>193</sup> Nachricht aus Paderborn, im Oktober, in: WZ, Nr. 254, 30.10.1872.

Honoratiorenwelt bereits 1872 die Sedanfeier. Das vom Bürgermeister veranstaltete Festessen wurde zu etwa zwei Dritteln von den in der Stadt ansässigen Protestanten und Juden besucht.<sup>194</sup>

Als wenige Wochen nach den Sedanfeiern die Auflösung der Paderborner Jesuiten-Niederlassung erfolgte und sich damit der Schleier der weiteren Entwicklung endgültig lüftete, führte dies in Paderborn zu einem jähen Stimmungseinbruch, so dass der Sedantag 1873 vom katholischen Kirchenmilieu nicht mehr mitgefeiert wurde, jedoch weiterhin von der protestantischen Geistlichkeit und reichspatriotisch eingestellten Bürgerkreisen, die nach dem Urteil des bischofstreuen „Westfälischen Volksblatts“ dafür sorgten, dass die Stadt auch 1873 noch „ziemlich reich beflaggt“ war.<sup>195</sup> In kirchentreuen Kreisen jedoch formierte sich bereits im September 1872 der Protest gegen die preußische Kulturkampfpolitik, erkennbar daran, dass eine Vielzahl von Paderbornern mit Blick auf die Jesuitenvertreibung dem Mainzer „Verein der deutschen Katholiken“ beitrug, der reichsweit gegen die akute Verfolgungswelle eine Abwehrfront aufbaute.<sup>196</sup> Erneut spaltete sich die Paderborner Stadtbürgerschaft: auf der einen Seite kirchentreue Katholiken, die die Kulturkampfgesetze nicht widerstandslos hinnehmen wollten, und auf der anderen ein überkonfessionelles, staatsloyales und reichspatriotisches Lager, dem sich gemäß der liberal-nationalen Tradition der 1860er Jahre auch katholische Honoratioren zugesellten. In der Presse wurde gemutmaßt, ob nicht auch die altkatholische Bewegung in der Paderborner Bildungsschicht Fuß fassen könne.<sup>197</sup> Die Altkatholiken hatten sich aus Anlass des Unfehlbarkeitsdogmas von der römischen Kirche getrennt. Und die deutschen Bischöfe hatten für beträchtliche Irritationen gesorgt, weil sie in Rom mit großer Mehrheit gegen dieses Dogma gestimmt hatten, dann aber daheim die Gegner dieses Dogmas aus Loyalität mit dem Papst hatten verfolgen müssen. Auch unter Paderborner Katholiken wurde seit dem Kölner Altkatholiken-Kongress vom Oktober 1872 grundsätzlicher über das Verhältnis zum Papsttum diskutiert. Es gab eine nur schwer zu beziffernde Gruppe von Katholiken, die verbal gegenüber dem „vaticanischen Glauben“ auf Distanz gingen, ohne dass es allerdings zur Gründung einer altkatholischen Gemeinde kam wie in Dortmund oder Witten.<sup>198</sup>

Aufschlussreich ist der Kontrast zwischen den Personenkreisen, die sich 1872 als Initiatoren der Sedanfeierlichkeiten bzw. als Mitglieder des „Vereins der deutschen

<sup>194</sup> Nachricht aus Salzkotten vom 6. September, in: WZ, Nr. 210, 8.9.1872.

<sup>195</sup> Nachrichten aus Paderborn vom 3. September, in: WVB, Nr. 106, 4.9.1873.

<sup>196</sup> Nachricht aus Paderborn vom 22. September, in: WVB, Nr. 111, 14.9.1872.

<sup>197</sup> Bericht über den Kölner Alt-Katholikenkongress, in: WZ, Nr. 245, 19.10.1872.

<sup>198</sup> Nachricht aus Paderborn im Oktober, in: WZ, Nr. 254, 30.10.1872.

Katholiken“ exponierten.<sup>199</sup> Im Festkomitee des Paderborner Sedantages hatten sich diejenigen Kreise versammelt, die bereits vor der Reichsgründung die liberalnationale Einigungs- und Oppositionsbewegung getragen hatten und auch in der „Harmonie-Gesellschaft“ einschließlich ihres Vorstandes stark vertreten waren.<sup>200</sup> Im neuen „Katholikenverein“ hingegen war nur ein einziger Name auszumachen, der auch in den Mitgliederlisten der „Harmonie-Gesellschaft“ auftaucht.<sup>201</sup> Diese auffällig geringe Repräsentanz hatte zum einen mit der bereits Tradition gewordenen liberalen Schlagseite der „Harmonie-Gesellschaft“ zu tun, zum anderen aber damit, dass unter den Aktiven des „Katholikenvereins“ auch der bürgerliche Mittelstand vertreten war, dem der Zugang zur elitären „Harmonie-Gesellschaft“ verwehrt war. Der Kontrast der Gruppenprofile zeigt deutlich, dass die Ausbalancierung der weltanschaulichen Gegensätze auch weiterhin eher zu einer Schräglage in Richtung liberal-nationaler Haltungen führte und kaum eine konservativ konfessionalistische Tendenz aufwies. Dem dürfte als Hauptursache zugrunde gelegen haben, dass die Reichsgründung den liberalen und machtstaatlich-nationalen Aufstiegsvisionen noch einmal große Schubkraft verlieh. Eine aufstiegsorientierte gehobene Bürgerschicht sah endlich den Augenblick gekommen, der neuen Reichsnation ihren Stempel aufzudrücken. In solch einer Situation konnte die katholische Skepsis gegenüber den negativen Folgen des industriellen, wissenschaftlichen und nationalstaatlichen Fortschritts nur störend wirken. Dies machte sich in symbolisch verdichteter Gestalt an den Jesuiten fest, gegen die ein Teil der liberalen Presse eine wahre Hetzkampagne entfachte, vorneweg die in Paderborn und in der „Harmonie-Gesellschaft“ viel gelesene „Westfälische Zeitung“, die im Jesuitismus „Doppelzüngigkeit“, „Herrschaft“, „Habsucht“ und „Geistesknechtschaft“ erblickte, kurzum ein Verschwörertum von „Dunkelmännern“.<sup>202</sup> An vorderster Front tat sich der in Corvey lebende Dichter des Deutschland-Liedes Hoffmann von Fallersleben mit antijesuitischen Agitationsgedichten hervor. Sie unterstützten als publizistisches Begleitfeuer die Vertreibung der Jesuiten aus Paderborn.<sup>203</sup>

<sup>199</sup> Aufruf des Komitees zur Feier des Nationalfestes am 2. September, in: WVB, Nr. 105, 31.8.1872; Einladung zu einer Katholiken-Versammlung am 22. September, in: WVB, Nr. 112, 17.9.1872; Katholiken-Versammlung in Paderborn, in: WVB, Nr. 115, 24.9.1872.

<sup>200</sup> Von 36 Unterzeichnern des Paderborner Sedan-Komitees waren mindestens 12 zugleich Mitglieder der „Harmonie-Gesellschaft“, möglicherweise aber noch mehr, was sich angesichts der nur unvollständig überlieferten Mitgliederverzeichnisse kaum mehr rekonstruieren lässt; vgl. Aufruf des Komitees zur Feier des Nationalfestes am 2. September, in: WVB, Nr. 105, 31.8.1872; 100 Jahre Harmonie-Gesellschaft, S. 45–74.

<sup>201</sup> Es handelte sich dabei um den Kaufmann Karl Cramer; vgl. Einladung zu einer Katholiken-Versammlung am 22. September, in: WVB, Nr. 112, 17.9.1872; 100 Jahre Harmonie-Gesellschaft, S. 60.

<sup>202</sup> Vgl. Artikelserie der WZ über die Jesuiten und den Jesuitismus, in: WZ, Nr. 188–213, 14.8.–12.9.1872; An Hoffmann von Fallersleben, *Jacta est alea!*, in: WZ, Nr. 232, 4.10.1872.

<sup>203</sup> Hoffmann von Fallersleben, *An die deutschen Kriegerpoeten*, in: WZ, Nr. 221, 21.9.1872; *H.[offmann] v. F.[allersleben], O Jerum, Jerum, Jerum! O quae mutatio rerum!*, in: WZ, Nr. 286,

Ungeachtet aller publizistischen Gehässigkeiten war es für die „Harmonie-Gesellschaft“ während des Kulturkampfes geradezu von existentieller Bedeutung, sich als Organisation strikt neutral zu verhalten. Denn sie hatte die Repräsentanten dieses erbitterten weltanschaulichen und machtpolitischen Ringens in den eigenen Reihen. Zum Glück gab es als Puffer zwischen den Extremen eine ausgleichend wirkende mittlere Gruppe, die sich aus kirchenkritischen Katholiken sowie besonnenen Protestanten und Juden zusammensetzte. Dieser Personenkreis stand zwischen den Fronten und war von der Polarisierung zwischen konfessionellen Dogmatikern und radikalen nationalliberalen Kirchenfeinden alles andere als begeistert. Zum harten Kern dieser Gruppe dürften die Mehrheit der Richterschaft gezählt haben, die sich mit den justiziellem Folgen der Kulturkampfgesetzgebung auseinanderzusetzen hatte und sich dabei nicht von der radikalen antikirchlichen Propaganda der Kulturkämpfer beeindrucken ließ. So erntete beispielsweise der Paderborner Bischof 1874 vor dem Kreis- und dem Appellationsgericht Freisprüche, und die Richter, die über ihn zu Gericht saßen, waren fast alle Mitglied in der „Harmonie-Gesellschaft“.<sup>204</sup> Mit diesen Urteilen setzte die Richterschaft ein deutliches Zeichen der Verständigung; auf die Konfliktparteien dürften solche Signale dämpfend gewirkt haben, innerhalb wie außerhalb der „Harmonie-Gesellschaft“.

Unter den gebildeten Katholiken gab es viele, denen die autoritär-dogmatische Verhärtung ihrer Kirche unter Pius IX. ebenso fremd war wie die antirömische, antiklerikale und zugleich staatsgläubige Intoleranz so mancher Liberalnationalisten, die ihr überkommenes konfessionelles Weltbild gegen ein nationalreligiöses, auf die deutsche Nation bezogenes heilsgeschichtliches Orientierungssystem eingetauscht hatten. Diese Gruppe von heißspornigen Reichspatrioten, zu denen der Oberstaatsanwalt Irgahn zählte, hatte ihren liberalen Fortschrittsglauben im Ideal des nationaldeutschen Machtstaates religiös überhöht. Ihr Sprachrohr hatten diese radikalen Kulturkämpfer im Paderborner „Kreisanzeiger“ und in der „Westfälischen Zeitung“. Verdächtig erschien ihnen vor allem die doppelte Loyalität der kirchentreuen Katholiken, die auf

6.12.1872, es handelte sich dabei um ein extrem gehässiges Spottgedicht auf die Vertreibung der Jesuiten aus dem Deutschen Reich. Unterlegt war dem Text die Melodie des in liberalnationalen Korporationskreisen beliebten Studentenliedes „O alte Burschenherrlichkeit“ im Sinne einer satirischen Travestie.

<sup>204</sup> STAMM, Urkundensammlung, S. 126, S. 214; 100 Jahre Harmonie-Gesellschaft, S. 45–75. Nachweisbar ist die Mitgliedschaft für die an den Prozessen gegen den Bischof beteiligten Richter Wichmann, Spancken, Pauly, Wilke, Rintelen und Langenbeck. Die zwei weiteren Beteiligten, Dr. Welter und Wintersbach, waren möglicherweise ebenfalls „Harmonie“-Mitglieder, was aber wegen der unvollständig überlieferten Mitgliederliste kaum mehr rekonstruierbar ist. Bei den genannten Freisprüchen ging es um Anklagen auf Basis der preußischen Mai-Gesetze von 1873, die die Anstellung von Priestern von staatlichen Auflagen (behördliche Unbedenklichkeitsprüfung und staatliches Kulturexamen) abhängig machten. Die preußischen Bischöfe, so auch Konrad Martin, versuchten diese Auflagen zu umgehen, so gut sie konnten, was in vielen Fällen nicht glückte und auf die Anklagebank führte.

der einen Seite die Staatsautorität akzeptierten, auf der anderen Seite aber ein transnationales religiöses Oberhaupt verehrten. Dies nahmen gesinnungstüchtige Reichspatrioten als mentalen Zwiespalt wahr, der den Verdacht zu rechtfertigen schien, papsttreue Katholiken begingen nationalen Verrat. Hingegen glaubten viele Katholiken ihre konfessionelle Identität recht gut mit ihrem neuen reichsdeutschen Nationalstolz vereinbaren zu können und hatten sich auch in Paderborn mit der oppositionellen Nationalbewegung und 1870 mit dem Krieg gegen Frankreich identifiziert, vorneweg die auch in der gehobenen katholischen Bürgerwelt verankerte „Liedertafel“ als nationalgesinnter Männergesangsverein.<sup>205</sup>

Aufschlussreich ist, dass die „Harmonie-Gesellschaft“ zwischen 1870 und 1877 vier Liedertafler aufnahm, die als getaufte Katholiken 1876 der „Liedertafel“ die Stange hielten, als das katholische „Volksblatt“ diesen Gesangsverein ins Zwielficht der Kirchenfeindlichkeit rückte und die katholischen Vereinsmitglieder nach einer vereinsinternen papstfeindlichen Äußerung drängte, die „Liedertafel“ zu verlassen. Wer daraufhin als Katholik der „Liedertafel“ die Treue hielt und nicht dem neugegründeten, nur aus Katholiken bestehenden „Sängerbund“ beitrug, der tat damit kund, dass er der arg bedrängten Bischofskirche eher distanziert gegenüberstand und den liberal-nationalen Traditionen, die die „Liedertafel“ verkörperte, den Vorrang vor der Solidarisierung mit der Kirche einräumte. Auf Basis einer guten Überlieferungslage bietet uns die konfessionspolitisch motivierte Spaltung der „Liedertafel“ recht zuverlässige Anhaltspunkte, wenn wir die Gesinnung derjenigen Mitglieder, die dem Verein die Treue hielten, bestimmen wollen. Aus dieser Gruppe traten – wie bereits oben erwähnt – vier Personen der „Harmonie-Gesellschaft“ bei; sie lassen sich einer Gruppe von gebildeten Katholiken zurechnen, die der Kirche wegen ihrer konservativ-autoritären Ausrichtung reserviert gegenüberstanden.<sup>206</sup> Die meisten von diesen dürften gehofft haben, Konfession und bürgerlichen Nationalstolz auch weiterhin vereinbaren zu können. Aber der massive kulturkämpferische Angriff von oben drängte sie als weniger kirchengläubige Katholiken in die Rolle abseits stehender liberaler Beobachter, wohingegen die kirchentreuen Katholiken zu Verfechtern einer kulturkämpferischen Abwehrfront wurden. Beide Gruppen begegneten dem Vorwurf, Katholiken seien „Reichsfeinde“, mit einem gewissen Unverständnis, das auch einige in der „Harmonie-Gesellschaft“ engagierte Protestanten und Juden geteilt haben dürften.<sup>207</sup>

<sup>205</sup> KLENKE, Katholisch oder nationalreligiös?

<sup>206</sup> Es handelte sich dabei um den Bauunternehmer Albert Didden, den Gutsbesitzer Hermann-Josef Hesse, den Gymnasialoberlehrer Dr. Josef Hester und den Bankier Karl Spanken. Vgl. 100 Jahre Harmonie-Gesellschaft, S. 73–76; Verzeichnis sämtlicher Liederbrüder der Paderborner Liedertafel in der Zeit von 1838–1888, in: Die ersten 50 Jahre der Paderborner Liedertafel, Anhang 3; Ermittlung der Konfessionszugehörigkeit über die Einwohnerdateien der Stadt Paderborn, in: StadtA Paderborn; vgl. auch: KLENKE, Katholisch oder nationalreligiös?, S. 132ff.

<sup>207</sup> Bericht über die Katholiken-Versammlung in Paderborn am 22. September, in: WVB, Nr. 115, 24.9.1872.

Jedenfalls bahnte sich in dieser Honoratiorenvereinigung bereits während des Kulturkampfes ein Integrationsmodell an, das sich der Kulturkampfstimmung energisch widersetzte und konsequent an einer überkonfessionellen und überparteilichen Verständigung orientiert war. Die Kulturkampfbahre zeigten, dass die „Harmonie-Gesellschaft“ die Kraft aufbrachte, die Gräben, die der Kulturkampf aufgerissen hatte, zumindest auf der Ebene des Elitenaustausches zu überbrücken und zuzuschütten. Dies gelang ihr so nachhaltig, dass sie bis in die NS-Zeit eine Stätte der toleranten interkonfessionellen Begegnung von Katholiken, Protestanten und Juden blieb, während die Judenfeindschaft und andere konfessionelle Animositäten in den unteren Gesellschaftsschichten auch nach Abflauen des Kulturkampfes noch lebendig blieben.<sup>208</sup>

### XVII. Ausblick

Unangefochten war die „Harmonie-Gesellschaft“ von ihrer Gründung bis zur nationalsozialistischen Machtergreifung die zentrale Anlaufstelle der Paderborner Eliten. Dem lag als Erfolgsrezept die Einsicht zugrunde, dass man intern keiner geistigen Orientierungsmacht eine Vorrangstellung einräumen durfte, weder konfessionellen Vorstellungen über metaphysische Wahrheiten noch innerweltlichen Heilsvisionen, zu denen neben nationalreligiösen Vorstellungen unterschiedliche Varianten der innerweltlichen Fortschrittsgläubigkeit zählten, u. a. ein liberaler oder technokratischer Machbarkeitsglaube. Zwischen diesen Polen hielt die „Harmonie-Gesellschaft“ von Beginn an die Balance, trotz zeitweiliger Neigungen in die eine oder andere Richtung. Man hielt sich gegenseitig in Schach und bannte damit die Gefahr, in ein Klima der Intoleranz und der kampfbetonten Abgrenzung abzugleiten.

Auch nach ihrem Aufstieg in der Reichsgründungszeit vollführte die „Harmonie-Gesellschaft“ einen Balanceakt zwischen widerstreitenden konfessionellen Perspektiven und konträren innerweltlichen Fortschrittsvisionen. Vom Kulturkampf der Bismarck-Ära bis in die Republik von Weimar entschärfte die Gesellschaft auch weiterhin den latenten Konflikt zwischen reichsdeutsch-patriotischen Loyalitätsanforderungen und konfessionalistischen Perspektiven. Zerreißproben wie die scharfen konfessions- und verfassungspolitischen Auseinandersetzungen der 1860er und 70er Jahre blieben ihr späterhin erspart. Lockere Geselligkeit, unterhaltsame Formen der Zerstreuung und Festlichkeiten aller Art bauten immer wieder eine Atmosphäre auf, in der Toleranz und Respekt gegenüber dem Fremdartigen gedeihen konnten, und sei es im Rahmen von Maskenbällen, die die „Harmonie-Gesellschaft“ zur Fastnachtszeit ausrichtete (s. auch die Abb. auf der Titelseite dieses Heftes).<sup>209</sup> Und selbst in der NS-

<sup>208</sup> NAARMANN, Die Paderborner Juden, S. 213.

<sup>209</sup> Vgl. die Abbildung auf dem Titel dieser Zeitschriftenausgabe: Foto vom Maskenball der „Harmonie-Gesellschaft“, Fastnacht 1893, in: StadtA Paderborn, Bestand Harmonie-Gesellschaft, V 41.

Zeit versuchte die Gesellschaft, am Abgrund des Verbots entlangschlitternd, ihren Stil des offenen geselligen Umgangs durchzuhalten, indem sie größten Wert auf einen unpolitisch-geselligen Rahmen legte. Die NS-Zeit bedeutete in dreierlei Hinsicht einen tiefen Einschnitt: Zum Ersten beeinträchtigte das im Januar 1934 aufgezwungene Verbot, Juden aufzunehmen, den interkonfessionellen Integrationsanspruch auf das Empfindlichste; bis in die späten Weimarer Jahre hatte die „Harmonie“ getreu ihrer interkonfessionellen Tradition auch Juden aufgenommen.<sup>210</sup> Zum Zweiten schwebte über der Gesellschaft stets das ‚Damoklesschwert‘ der Auflösung, weil sie als „exklusiver Club“ von den NS-Ortsgewaltigen als ein „Hemmnis für die Bildung einer wahren Volksgemeinschaft“ bezeichnet wurde.<sup>211</sup> Den neuen Machthabern war nämlich ein Dorn im Auge, dass sich eine Vielzahl von Paderborner Traditionsvereinigungen dem totalitären Machtanspruch zu entziehen suchte. Auch während des Krieges gab es Vorstöße, die „Harmonie-Gesellschaft“ aufzulösen; sie konnten aber von Paderborner Honoratioren, die vertrauliche Kontakte zu NS-Gewaltigen unterhielten, abgewehrt werden.<sup>212</sup> Als Vorstufe zur Auflösung lässt sich möglicherweise die im März 1943 verfügte Schließung des Clubhauses werten.<sup>213</sup> Zum Dritten überschattete den geselligen Austausch das beklemmende Gefühl, erstmals von außen kommende Herrschaftsträger nicht mehr integrieren zu können; denn in der Konfrontation mit den Nationalsozialisten trafen unvereinbare Elitekonzepte aufeinander: hier ein toleranzgeprägtes Integrationsmodell und dort ein totalitäres Gleichschaltungsmodell.

Nach der Wiederezulassung im Jahre 1947 hatte es zunächst den Anschein, als sei der „Harmonie-Gesellschaft“ ein wichtiges Profilierungsfeld genommen, auf dem sie ihre Stärken bewiesen hatte. Denn die überkommenen Gegensätze, die sie überbrückt hatte, waren vor dem Hintergrund des Zusammenbruchs weitgehend verblasst. Aber der Zustand einer wiederaufbaubedingten Harmonie sollte nur von kurzer Dauer sein.

Dargestellt ist eine Tanzgruppe in historischen Kostümen, die eine Rokoko-Anadille tanzt. Beteiligt sind ein Rechtsanwalt, ein Gymnasialoberlehrer und zwei Gerichtsreferendare mit weiblichem Anhang.

<sup>210</sup> Auf der Vorstandssitzung vom 16. Januar 1934 verfügte der Vorsitzende der „Harmonie-Gesellschaft“ in Übereinstimmung mit dem Gesamtvorstand, daß nur noch „Arier“ als Mitglieder aufgenommen werden durften. Vor der NS-Zeit hätte darüber satzungsgemäß die Generalversammlung befinden müssen. Vgl. Protokoll-Buch des Vorstandes der Harmonie-Gesellschaft von 1881 bis 2001, S. 203, in: StadtA Paderborn, V 41; vgl. weiterhin: Liste der zwischen 1928 und 1978 eingetretenen Mitglieder, in: Festschrift 150 Jahre Harmonie-Gesellschaft Paderborn 1828–1978.

<sup>211</sup> Vgl. Fragebogen der Staatspolizeistelle Bielefeld zu Vereinen vom Herbst 1934, ausgefüllt vom Paderborner Bürgermeister mit Angaben über die Harmonie-Gesellschaft, in: StadtA Paderborn, A III 4996, Aufsicht über Personen und gesellschaftliche Vereine 1934–1938.

<sup>212</sup> Schreiben des ehemaligen Vorsitzenden der Harmonie-Gesellschaft Karl de Weldige-Cremer an den Vorstand der Harmonie-Gesellschaft vom 3.10.1946, in: StadtA Paderborn, V 41.

<sup>213</sup> Protokoll-Buch des Vorstandes der Harmonie-Gesellschaft, S. 217. Die Schließung erfolgte zum 15.3.1943, die Gesellschaft blieb aber bestehen. Das Clubhaus (Rosenstraße 10) hatte die „Harmonie-Gesellschaft“ 1925 erworben und 1926 bezogen.

Denn seit den sechziger Jahren machten sich neue Gegensätze und Fremdheiten bemerkbar, die die Paderborner Eliten in einer sich rasant entwickelnden modernen Industriestadt auszuhalten hatten. Gefordert war eine völlig neue Balance zwischen drei exponierten Polen: zwischen dem kirchlichen Oberzentrum, einem außerordentlich erfolgreichen aufstiegsorientierten Unternehmertum und einer universitären Wissenschaftskultur, die es zuvor in dieser Form in Paderborn nicht gegeben hatte. Das waren neue Integrationsaufgaben für die „Harmonie-Gesellschaft“, die sich als ebenso schwierig herausstellten wie die Zusammenführung der Konfessionen und Weltanschauungen im 19. und frühen 20. Jahrhundert.

# Regional- und Raumbewusstsein in Westfalen

## Das Beispiel Lügde im westfälisch-niedersächsischen Grenzraum

von *Angela Weisbrod*

### Vorbemerkung

Die nachstehende Arbeit Angela Weisbrods ist aus einem Hauptseminar im Historischen Institut der Universität Paderborn hervorgegangen, das sich mit Varianten regionalen und lokalen Bewusstseins, Zugangsweisen zu diesem weiten Forschungsfeld und konkreten Untersuchungsbeispielen beschäftigt hat.

Einen Ausgangspunkt bildete die Einsicht, dass regionale, zum Teil ausgesprochen kleinräumige Verortungen in Deutschland, das seit jeher föderale Strukturen aufweist, große Bedeutung haben. Seit Jahren widmen sich zahlreiche Studien der Vielfalt regionalen Bewusstseins.<sup>1</sup> Fragestellungen der Forschung wurden in dem Seminar ebenso diskutiert wie eigene Aufgabenstellungen entwickelt.

Als besonders interessant erwies sich das kommunale Selbstverständnis in einzelnen Gemeinden mit starken lokalen Traditionen, die den Teilnehmern aus eigener Anschauung bekannt waren. In den Blick genommen wurden Zugehörigkeitsfragen in Grensräumen, lokale Identifikationsgestalten, Reaktionen auf Änderungen administrativer Grenzen, Umgang mit regionalen Klischeebildern u. a. mehr.

Nach wie vor sind Teilräume Westfalens in diesen Zusammenhängen nur unzureichend oder so gut wie gar nicht untersucht worden. Dies gilt beispielsweise für den

<sup>1</sup> Vgl. Westfälische Forschungen 52 (2002): Regionale Identitäten in Westfalen. BLACKBOURNE, David: A Sense of Place. New Directions in German History, German Historical Institute London, The 1998 Annual Lecture, London 1999. RUHRLANDMUSEUM ESSEN (Hg.): Als der Himmel blau wurde. Bilder aus den 60er Jahren. Eine Ausstellung des Ruhrlandmuseums 9. Okt. 1998 bis 7. Febr. 1999, Bottrop/ Essen 1998. MATHEUS, Michael (Hg.): Regionen und Föderalismus. 50 Jahre Rheinland-Pfalz, Stuttgart 1997. PLIENINGER, Konrad: „Überströmenden Herzens von der Heimat künden.“ „Heimat“ - Schillerndes Leitbild im Wandel von Schule und Gesellschaft, in: GWU 46 (1995), S. 697–715. DÜRR, Heiner/ GRAMKE, Jürgen (Hg.): Erneuerung des Ruhrgebiets. Regionales Erbe und Gestaltung für die Zukunft, Paderborn 1993. KERSCHER, Uta: Raumabstraktionen und regionale Identität. Eine Analyse des regionalen Identitätsmanagements im Gebiet zwischen Augsburg und München, Kallmünz 1992. KLUETINGER, Edeltraud (Hg.): Antimodernismus und Reform. Zur Geschichte der deutschen Heimatbewegung, Darmstadt 1991, S. 157–170. APPLGATE, Celia: A Nation of Provincials. The German Idea of Heimat, Berkeley 1990. LINDNER, Rolf (Hg.): Die Wiederkehr des Regionalen - über neue Formen kultureller Identität, Frankfurt 1994, darin u. a. PLOCH, Beatrice/ SCHILLING, Heinz: Region als Handlungslandschaft. Überlokale Orientierung als Dispositiv und kulturelle Praxis: Hessen als Beispiel, S. 122–157. BLOTEVOGEL, Hans H.: Regionalbewußtsein. Bemerkungen zum Leitbegriff einer Tagung, in: Berichte zur deutschen Landeskunde 60, 1 (1986), S. 103–114.

Grenzraum zwischen Niedersachsen und Westfalen und hier wiederum z. B. für Lügde, eine auf mittelalterliche Ursprünge zurückreichende Gemeinde mit ausgeprägtem lokalem Brauchtum und Eigenbewusstsein, historisch mit dem Hochstift Paderborn verbunden, zeitweise mit niedersächsischen Ansprüchen konfrontiert und heute verwaltungsmäßig zu Lippe gehörig.

Sich mit einem solchen Thema zu beschäftigen, ist für Studierende zweifellos eine spannende, jedoch auch keine leichte Aufgabe. Sie setzt die Bereitschaft voraus, sich auf durchaus unsicheres Terrain zu begeben, umfangreiche Recherchen durchzuführen und eigene Beobachtungen und Ergebnisse zudem auf wissenschaftliche Diskussionen zu beziehen, die in der Regel den Blick über die Grenzen der Geschichtswissenschaft erforderlich machen.

*Barbara Stambolis*

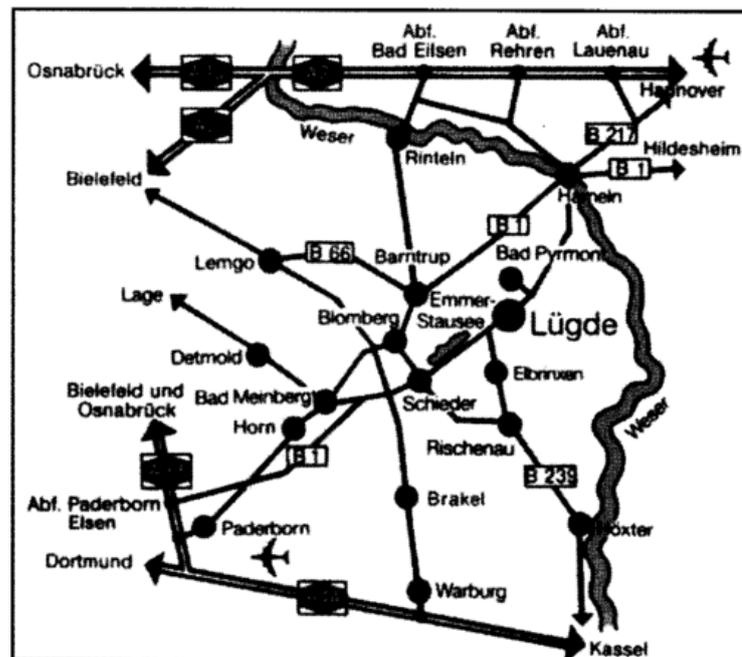


Abb. 1: „Lügde – Die Stadt der Osterräder freut sich auf ihren Besuch“ (aktueller Werbeprospekt).

### Fragestellung

„Eine Welt von Grenzen“ ist ein Aufsatz überschrieben, in dem Heinz Schilling im Jahr 2000 auf Nachbarschaften und Identitäten in der hessischen Peripherie eingegangen ist.<sup>2</sup> Passend ist dieser Titel auch für Lügde, eine Kleinstadt an der Emmer, die über 300 Jahre eine Inselstellung des Hochstifts Paderborn und seit Beginn des 19. Jahrhunderts des Kreises Höxter einnahm. Von Bad Pyrmont und lippischem Gebiet eingeschlossen, befand sich Lügde in einer isolierten Lage, die noch durch eine andersgläubige Umgebung verstärkt wurde und sich ungünstig auf das Wachstum und auch auf das Heiratsverhalten der Stadtbewohner auswirkte. War die Kleinstadt bereits im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit häufig Spielball machtpolitischer Interessen, so setzte sich diese Tendenz in den vierziger, fünfziger und sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts fort, bis sich Lügde 1969/70 mit acht der angrenzenden lippischen Gemeinden zusammenschloss, seine Enklavenstellung aufgab, indem es dem Kreis Lippe zugeordnet wurde und so einer eventuellen Eingemeindung seitens des Kurbades Bad Pyrmont und Niedersachsens entging. Der emotionale Hintergrund lässt sich wohl mit dem des hessischen Dorfes Wallau vergleichen, welches 1974 der nur wenige Kilometer entfernten Kleinstadt Biedenkopf administrativ so nahe gerückt wurde, dass von außen gesehen kein Unterschied mehr bestand. „Wallaus lokale Identität wurde in der größeren von Biedenkopf aufgehoben, und das heißt in diesem Fall nicht sichtbar eingeordnet und erkennbar plaziert, sondern annulliert.“<sup>3</sup> Lügde ist dieses Schicksal zwar erspart geblieben, da es, was beinahe gegenteilig erscheint, zum Zentrum der 1970 gebildeten Großgemeinde erkoren wurde, jedoch ist die Befürchtung in zeitgenössischen Leserbriefen und Zeitungsartikeln deutlich zu spüren. Doch warum hätten die Lügder diese Entscheidung wohl als ‚Schicksalsschlag‘ empfunden? Wäre es nicht einfach ein juristischer Grenzänderungsakt gewesen, ohne weitere Bedeutung? Auf dem Papier wäre es vielleicht nichts anderes gewesen, doch in der Praxis hätte es zweifelsohne die territoriale Identität berührt, denn diese, „definiert als raumbezogenes Bewusstsein von sich selbst, gerät dann in Gefahr, wenn dem ‚eigenen‘ Territorium Veränderungen zugemutet werden, die es nicht mehr als vertrauten Satisfaktionsraum erscheinen lassen. Gravierende Veränderungen sind nicht nur Zerstörung oder gewaltvoller Entzug tatsächlichen Territoriums oder der Nutzungsrechte daran, sondern auch symbolische Enteignungen, beispielsweise die Deklassierung oder Wegnahme des Namens, der den Raum bezeichnet.“<sup>4</sup>

<sup>2</sup> SCHILLING, Heinz: Eine Welt von Grenzen, in: DERS. (Hg.): Peripherie, Frankfurt a. M. 2000, S. 9–56.

<sup>3</sup> SCHILLING, Welt von Grenzen, S. 28.

<sup>4</sup> SCHILLING, Welt von Grenzen, S. 28.

Da der Lauf der Ereignisse eine andere Richtung genommen hat, stellt sich die Frage, welche Bedeutung die Landesgrenze zwischen Bad Pyrmont und Lügde historisch und auch heute noch spielt. Wird sie eher als Vorzug oder als Belastung betrachtet? Wofür wird sie eventuell sogar gebraucht? Das Spektrum von Nachbarschaftsbeziehungen kann vom gegliückten Zusammenleben bis hin zur Feindschaft reichen. Welche Art der Beziehung kommt also zwischen dem Staatsbad und der im Kern mittelalterlich geprägten Stadt zum Tragen?

Detlev Ipsen geht davon aus, dass die Herstellung historischer Kontinuität eine Bedingung für die Entwicklung und Reproduktion regionaler Identität ist. Des Weiteren nennt er drei Aspekte, die bei einem Identifikationsprozess von Bedeutung sind, nämlich „Kontur, Kohärenz und Komplexität. [...] Alle drei Elemente suchen sich Zeichen und Symbole, oder besser gesagt die Menschen suchen sich Zeichen und Symbole [...]. Oft sind es bestimmte natürliche Besonderheiten [...] oder spezifische Bauwerke, das andere Mal sind es spezifische Tätigkeiten, Produkte oder Feste.“<sup>5</sup> Stellt man nun darauf bezogen einen Zusammenhang zu Lügde her, geht Ipsens Argumentation scheinbar ohne Probleme auf. Hat man nur die Stadt ohne ihre Ortsteile im Sinn, assoziiert man sofort Begriffe wie Kilianskirche, Osterräderlauf als wichtigstes Brauchtum, Karl den Großen als mit den vorher genannten Aspekten in Zusammenhang stehend, mittelalterliche Befestigungsanlagen und eindeutige Grenzen in administrativer und teils konfessioneller Hinsicht bis 1970; all diese Elemente bestimmen das lokale Bewusstsein. Doch das Raumbild hat sich seit der kommunalen Gebietsreform geändert. Plötzlich ist zumindest administrativ die isolierte Stellung Vergangenheit. Anhand von Zeitungsartikeln und dem Stadtjubiläum von 1984 wird es interessant sein, den Wandel oder auch Nicht-Wandel der Beziehung zum Lipperland und zu den angegliederten lippischen Gemeinden nachzuzeichnen. Hat der Zusammenschluss zur Großgemeinde Einfluss auf das kulturell und geistlich geprägte Verhältnis zum ehemaligen Hochstift Paderborn genommen oder kollidieren diese Aspekte nicht miteinander, und der Bezug zu Paderborn ist ebenso intensiv wie in den Tagen administrativer Zugehörigkeit? Liegt vielleicht sogar eine Inszenierung regionaler Identität im Zusammenhang mit den lippischen Gemeinden seitens diverser Interessenverbände vor?

Der Osterräderlauf in Lügde ist nicht nur ein bedeutendes Brauchtum und Träger lokaler Identität sondern auch Anziehungspunkt für zahlreiche Touristen aus beinahe dem gesamten Bundesgebiet und somit auch als ökonomischer Aspekt nicht außer Acht zu lassen. Interessant hierbei ist die unterschiedliche Darstellung und Instrumentalisierung im Laufe der Zeit sowie bei Verwaltung und Dechenverein, der jedes Jahr für einen reibungslosen Ablauf sorgt. Schließlich ist zu bemerken, dass sich die Quel-

<sup>5</sup> IPSEN, Detlev: Regionale Identität, in: LINDNER, Rolf (Hg.), Die Wiederkehr des Regionalen, S. 232–254, hier S. 240.

len zu großen Teilen aus Zeitungsartikeln, Sitzungsprotokollen, Schriftverkehr zwischen Kommunal- und Landespolitikern und aktuellen wie auch älteren Werbeprospekten und Festschriften zusammensetzen, die wiederum in den Stadtarchiven Paderborn, Lügde, Bad Pyrmont und dem Kreisarchiv Höxter eingesehen wurden. Interviews wurden hingegen in geringerem Maße geführt. Nichtsdestotrotz fügten sich die Anekdoten, persönlichen Empfindungen und Legenden häufig in die historischen Entscheidungen und Fakten ein und waren somit sehr aufschlussreich.

### **Frühmittelalterlich geprägte Geschichte und Legendenbildung**

Steigt man in Paderborn in den Zug Richtung Hameln beziehungsweise Hannover und ist es dazu auch noch dunkel, kann man Lügde oder zumindest doch eine alte Kirche auf der rechten Seite, nach ungefähr vierzig Minuten Fahrt, nicht übersehen. Der alte romanische Bau, die Kilianskirche zu Lügde, ist bei Dunkelheit angestrahlt und wird als Wahrzeichen der Stadt Lügde gesehen; es ist eines der ältesten Baudenkmäler Westfalens. Wenn man als Auswärtiger, oder besser gesagt, als auswärtiger Bahnfahrer mit dem Namen Lügde auch nichts verbinden kann, so stellt sich doch spätestens dann eine Assoziation ein, wenn man diese Kirche erwähnt. Regelmäßig wird dann nachgefragt, ob man diese schöne Kirche kurz vor der Haltestation Bad Pyrmont meine.

Lügde liegt direkt an der Landesgrenze zu Niedersachsen, ist also noch nordrhein-westfälisch. Der Ort schmiegt sich mit seinen ca. 7000 Einwohnern in das Tal der Emmer, die bei Hameln in die Weser fließt. Eingerahmt von Kirch- und Schildberg im Osten und dem Osterberg im Westen, fügt sich die Stadt harmonisch in die Ausläufer des Weserberglandes ein. Die Höxterstraße schlängelt sich an der Kilianskirche vorbei und als Mittlere Straße in den Ort hinein, vorbei an Fachwerkhäusern, die unter dem starken Verkehr leiden und sich wohl genauso sehr die Umgehungsstraße wünschen, wie die meisten Lügder Bürger. Der Aufbau der Kernstadt zeichnet sich durch drei dominierende Längsstraßen aus, die durch schmale Querstraßen leiterförmig miteinander verbunden sind. Der ovale Stadtgrundriss mit überwiegend kleinen Grundstücken ist bis heute erhalten. Die Grenzen des historischen Stadtkerns sind durch die etwa 1500 Meter lange Stadtmauer mit zwei Wehrtürmen und Wehrgraben deutlich ablesbar. Direkt am Marktplatz liegt die katholische St. Marien Kirche. Sie liegt im Zentrum, im Gegensatz zu der evangelisch-lutherischen Johanniskirche an der Stadtmauer. Der alte Stadtkern zeichnet sich durch frühklassizistische Fachwerkhäuser aus, die den ehemals agrarischen Charakter unterstreichen.<sup>6</sup> Die Wohngebiete außerhalb des Zentrums, wie Waldstraße, Schildweg oder Sonnenhof, finden ihren Ursprung beinahe alle in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, als Lügde viele Flüchtlinge auf-

<sup>6</sup> Vgl. ARBEITSGEMEINSCHAFT HISTORISCHE STADTKERNE IN NORDRHEIN-WESTFALEN. Regionalgruppe Ostwestfalen-Lippe (Hg.): Stadtgeschichte erleben..., Herdecke 1999, S. 35.

nahm. Die Mittlere Straße führt am Heimatmuseum, dem ehemaligen Franziskanerkloster und jetzigem Gemeindezentrum vorbei und geht in die Pyrmonter Straße mit ihrem Industriegebiet über. Das Tempo fünfzig wird gehalten, denn unmittelbar am Ortsausgang beginnt auch schon Bad Pyrmont. Ein kleines Schild weist darauf hin, dass man sich jetzt im Landkreis Hameln-Pyrmont befindet; hätte ich mir nicht vorgenommen, dieses Zeichen für eine Grenze zu finden, wäre ich wohl daran vorbeigefahren, ohne es zu bemerken.

Auf die erste schriftliche Erwähnung Lügdes wird man sogleich beim Betreten des Rathauses hingewiesen. In der Eingangshalle sieht man an der rechten Wand das Bild eines königlichen Reiters mit Schwert. Links davon befindet sich eine lateinische Inschrift: *Et celebravit natalem domini juxta skidrioburg in pago waizzagavi super fluvium ambram in villa liuhidi.*<sup>7</sup> („Und er feierte das Geburtsfest des Herrn unweit der Skidrioburg im Wetigau am Emmerflusse im Dorfe Lügde.“<sup>8</sup>) Gemeint ist hier Karl der Große, der im Winter 784 mit seinem Heer im Krieg gegen die Sachsen in Lügde lagerte und dort auch das Weihnachtsfest verbrachte. „Eine alte Legende erzählt, der Sachsenherzog Wittekind habe, nachdem er die Ohnmacht der heidnischen Götter eingesehen, als Bauer verkleidet einem Weihnachtsgottesdienst in Karls Lager beigewohnt und der Eindruck, den diese Feier auf ihn gemacht habe, soll mit dazu beigetragen haben, dass er bald darauf zum Christentum übertrat und sich im Jahre 785 zu Attigny taufen ließ.“<sup>9</sup> Aufgrund des Nachweises in den Lorscher Annalen steht außer Frage, dass Karl der Große tatsächlich in Lügde weilte und hier auch das Weihnachtsfest verbrachte. Die Erzählung über den ‚zur Vernunft gekommenen‘ Wittekind, der in Lügde zum christlichen Glauben gefunden habe, ist allerdings fraglich, „denn angeblich hat er Weihnachtsfeste in verschiedenen Orten mitgefeiert.“<sup>10</sup>

Eine ähnliche Erzählung findet sich in der Weltchronik Heinrichs von Herford und unterstreicht nochmals den Sagencharakter dieser Geschichte. Dort wird Wittekind als Zeuge einer Eucharistiefeier zur Osterzeit angeführt, an die er sich herangeschlichen haben soll, um die Stärke des Gegners zu erkunden. Er sei von der Zeremo-

<sup>7</sup> *Annales Laurissenses*, Codex 473, in: SCHLIEKER, Edmund: Aus der Geschichte der Stadt Lügde, Lügde 1983, S. 19. Die Lorscher Annalen wurden um das Jahr 850 n. Chr. im Kloster Lorsch geschrieben und befinden sich heute im Wiener Nationalmuseum.

<sup>8</sup> Edmund SCHLIEKER, Geschichte der Stadt Lügde, S. 19: Schlieker macht auf die Präzision der Ortsbezeichnung wie folgt aufmerksam: „Die genaue Ortsbezeichnung und die Tatsache, dass die Namensform Liuhidi für Lügde auch im 9. und 10. Jahrhundert in den Corveyer Güterverzeichnissen vorkommt, schließt aus, dass die in den fränkischen Reichsannalen erwähnte Villa Liuhidi einen anderen Ort bezeichnen kann als Lügde.“

<sup>9</sup> SCHLIEKER, Geschichte der Stadt Lügde, S. 19.

<sup>10</sup> WILLEKE, Manfred (Hg.): Lügder Sagensammlung. Sagen und sagenhafte Geschichten aus der Stadt, Lügde 1988, S. 88.

nie so ergriffen gewesen, dass er sich danach von Karl dem Großen die genaue Bewandnis dieses Vorgangs habe erläutern lassen.<sup>11</sup>

Sind diese Legenden auch wenig glaubwürdig, so ist es doch bemerkenswert, dass sie sich über viele Jahrhunderte gehalten haben. Peter Johanek beschreibt Karl den Großen und Wittekind als Identifikationsfiguren, als identitätsstiftende Kräfte, aufgrund derer sich eine eigene westfälische Identität herausgebildet habe.<sup>12</sup> Obwohl Wittekinds Bedeutung für die Lügder Geschichte nur am Rande erwähnt wird, so ist die Tatsache, dass er mit der Stadt in Verbindung gebracht wird, für das Lügder Selbstverständnis keineswegs ohne Bedeutung. Sie erlaubt es ebenso wie die Erwähnung Karls des Großen, ein Licht auf das Alter der Stadt und seine frühmittelalterlichen Anfänge zu werfen und eine geschichtliche Besonderheit herauszustreichen, die das Kurbad Pyrmont nicht aufzuweisen hat. Zu Recht weist Ipsen auf die Bedeutung solcher „Konturen“ und „Eigenarten“ hin, die „die Betonung des Unterschiedes zu anderen“, also Abgrenzungen ermöglichen.<sup>13</sup> Als besonders wichtig erweist sich die Herstellung eines Zusammenhangs zwischen Lügde und der Missionstätigkeit Karls des Großen, die die historische Kontinuität einer christlichen Vergangenheit Lügdes herausstreicht. Nach Ipsen ist die Kontinuität eine Bedingung für die Entstehung regionaler bzw. lokaler Identität.<sup>14</sup>

Mit dem Bemühen, sich möglichst weit in die Geschichte zurückzudatieren und Daten an berühmte Persönlichkeiten anzubinden, steht Lügde nicht allein da. Ähnliches lässt sich zum Beispiel für die Weserstadt Bodenwerder feststellen, die sich unter anderem als touristische Attraktion auf den Lügenbaron Münchhausen bezieht. Susanne Bisgaard hat etwa auch im Zusammenhang von Fragen regionaler Identität in Bad Karlshafen darauf hingewiesen, dass diese Gemeinde gerne auf „die Hugenotten als Sehenswürdigkeit“<sup>15</sup> Bezug nimmt, die dort als Vertriebene im Jahre 1685 aufgenommen wurden. Verbreitete Versuche einzelner Gemeinden, Erinnerungen an überregional wichtige historische Persönlichkeiten oder Gruppen wach zu halten, spiegelt das Bemühen wider, die eigene Vergangenheit als ‚gedenkwürdig‘ herauszustellen und mit einem gewissen Lokalstolz zu verknüpfen.

Solche geschichtliche Bedeutsamkeit ist nicht nur dem lokalen Selbstwertgefühl zuträglich, sondern sie ist in der Regel auch unter Vermarktungsgesichtspunkten inte-

<sup>11</sup> Liber de rebus memorabilioribus sive chronicon Henrici de Hervordia, in: POTTHAST, August (Hg.), Göttingen 1859, S. 32f.

<sup>12</sup> JOHANEK, Peter: Die Sachsenkriege Karls des Großen und der Besuch Papst Leos III. in Paderborn 799 im Gedächtnis der Nachwelt, in: Westfälische Zeitschrift 150 (2000), S. 211–234, hier S. 223.

<sup>13</sup> IPSEN, Detlev: Regionale Identität, in: LINDNER, Rolf (Hg.), Die Wiederkehr des Regionalen, S. 240f.

<sup>14</sup> IPSEN, Regionale Identität, S. 239.

<sup>15</sup> BISGAARD, Susanne: Am Ende einer Reise. Probleme lokaler Identitätsfindung in Bad Karlshafen, in: SCHILLING, Peripherie, S. 181–211, hier S. 190f.

ressant. Sie erhöht beispielsweise die Anziehungskraft für Touristen und das Stadtmarketing. Darauf verweisen auch Baestlein und Wollmann, wenn sie Regionalbewusstsein als Voraussetzung für eine wirksame regionale Politik oder Entwicklung betrachten.<sup>16</sup>

Für Lügde ist indes nicht nur der Besuch Karls des Großen als Ereignis von Gewicht; ein greifbares Symbol historischer Bedeutsamkeit ist insbesondere die bereits erwähnte Kilianskirche. 1972 führte Uwe Lobbedey in dem romanischen Bau Untersuchungen durch, die Erkenntnisse hinsichtlich der Bauperioden zu Tage förderten. Der karolingische Saalbau ist in die Zeit um 850 n. Chr. einzuordnen;<sup>17</sup> es wird angenommen, dass er genau auf dem befestigten Platz errichtet wurde, auf dem Karl sein Winterlager aufgeschlagen habe und an dessen Stelle sich die jetzige Kirche (erbaut zwischen 1130-1140) befindet. „Die Überlieferung berichtet, dass Karl der Große zu dieser ersten Kilianskirche den Grundstein gelegt und Papst Leo III. sie eingeweiht haben soll.“<sup>18</sup> Dies ist jedoch umstritten und muss sogar als unwahrscheinlich gelten, wenn man die Überlegungen Jörg Jarnuts mit einbezieht, der die Dauer des Aufenthalts von Papst Leo III. und Karl dem Großen 799 in Paderborn skizziert hat und die Schlussfolgerung nahe legt, es seien höchstens drei bis vier Tage und nicht Monate gewesen. Wann soll also dieser Akt vollzogen worden sein? Jarnut schreibt wörtlich: „Schon diese geringe Zeitangabe lässt ahnen, dass die zahlreichen Kirchen- und Altarweihen, die Leo nach Zeugnissen des 10. bis 17. Jahrhunderts 799 in Westfalen zwischen Dortmund und Hameln vorgenommen haben soll,<sup>19</sup> durchweg in das Reich der Legende zu verweisen sind. Sie sagen etwas über die ungewöhnlich stark rom- und papstzentrierte Katholizität Westfalens, aber nichts über die komplizierten Geschehnisse des Jahres 799 aus.“<sup>20</sup> In Bezug auf Lügde sind solche Fragen nicht zuletzt deshalb relevant, weil sie dazu angetan sind, die enge Verbindung zur Diözese Paderborn zu unterstreichen, zu dessen Urfarrei Lügde und zu dessen Urkirchen die Kilianskirche gezählt werden.<sup>21</sup>

<sup>16</sup> BAESTLEIN, A./ WOLLMANN, H.: Parlamentarisierung der Regionalplanung, in: Informationen zur Raumentwicklung 12 (1980), S. 679–697, hier S. 694.

<sup>17</sup> StadtA Lügde, Bestand: S 21, Jahreschronik 1972.

<sup>18</sup> SCHLIEKER, Geschichte der Stadt Lügde, S. 19.

<sup>19</sup> Vgl. KUHLMANN, Bernhard: Papst Leo III. im Paderborner Lande, in: Zeitschrift für vaterländische Geschichte und Altertumskunde 56 (1898), S. 98–150.

<sup>20</sup> JARNUT, Jörg: 799 und die Folgen. Fakten, Hypothesen und Spekulationen, in: Westfälische Zeitschrift 150 (2000), S. 191–210, hier S. 202.

<sup>21</sup> SCHLIEKER, Geschichte der Stadt Lügde, S. 25.

Abb. 2: Die  
Kilianskirche zu  
Lügde, aus:  
SCHLIEKER,  
Geschichte der  
Stadt Lügde,  
S. 20.



### Herrschaftsverhältnisse und Zugehörigkeiten

Im Jahre 1184 gehörte Lügde zur Grafschaft und Gerichtsbarkeit der Grafen von Schwalenberg. Ein Zweig dieses Geschlechts, die Grafen von Pymont, richteten 1195 in Lügde eine Münzstätte ein. Der Münzrechtsverleiher wird der Kölner Erzbischof gewesen sein, von dem die Grafen zuvor mit einer Burg in diesem Gebiet belehnt worden waren. Ein weiteres Indiz für die Stadtgründung bilden die Befestigungsanlagen, die wohl zwischen 1240 und 1246 angelegt wurden. In einer Urkunde aus dem Jahre 1255 wird Lügde erstmals als Stadt bezeichnet. Bei der Gründung der Stadt handelte es sich nicht um die Umbildung eines Dorfes, sondern um eine planmäßige Neuerrichtung. Die Stadtkirche und das Rathaus mit einem viereckig angelegten Marktplatz als Kern der Stadt sind weitere Zeugen dafür, dass die Stadt Lügde keine natürlich gewachsene, sondern eine künstlich auf dem Reißbrett entworfene Siedlung ist, die zielbewusst und nach einem bestimmten Plan angelegt wurde. Damals mussten die Grafen von Pymont eine Hälfte ihrer Stadt dem Kölner Erzbischof abtreten. 1360 übertrugen die machtpolitisch unbedeutenden Grafen von Pymont ihren Teil der Stadt Lügde und der Grafschaft Pymont den Bischöfen von Paderborn und erhielten diese als Erblehen zurück. Die Bischöfe erwarben 1370 auch die Kölner Hälfte der Stadt.

Seitdem besteht das Wappen der Stadt ununterbrochen bis heute aus Kreuz und Schlüssel. 1970 wurde nur noch die lippische Rose hinzugefügt, um die geänderte administrative Zugehörigkeit auszudrücken. Das Pyrmonter Ankerkreuz stellt eine etwas abgeänderte Form des Kreuzes dar, welches das Wappenschild des Kölner Erzbischofs ziert. Der aufrecht im linken Wappenfeld stehende silberne Schlüssel mit einwärts gekehrtem Bart ist der Petri-Schlüssel des Kölner Erzbischofs. Die Teilung der Stadt im Jahre 1255 brachte einen fortwährenden Besitzwechsel von Anteilen der Stadt unter anderem zwischen dem Erzbischof von Köln, den Bischöfen von Pader-

born und den Grafen von Pymont mit sich. Ende des 15. Jahrhunderts waren alle Teile wieder in der Hand der Grafen von Pymont, jedoch nur als Lehen von Paderborn. Die Herrschaftswchsel zogen sich über weitere Jahrzehnte hin, wobei die Stadt zwischendurch von mehreren Katastrophen wie Hochwasser und Überschwemmung heimgesucht wurde. 1526 begann Graf Friedrich von Spiegelberg und Pymont mit dem Bau eines Wasserschlosses, erhob dieses 1536 zu seinem Wohnsitz und legte so den Grundstein für den heutigen Badeort Bad Pymont.

### Neuzeitliche Entwicklung im Überblick

Von 1807–1814 kam die Stadt zum Königreich Westfalen als Kanton Lügde, danach wieder zum preußischen Kreise Brakel und von 1832 an, als die Kreise Brakel und Höxter vereinigt wurden, zum Kreis Höxter. Die Inselstellung wirkte sich negativ auf das Wachstum der Stadt aus, und im 19. Jahrhundert kam es zu einer verstärkten Bevölkerungsabwanderung, da Anziehungs- und Wirtschaftskraft im Vergleich zu benachbarten Gemeinden ins Hintertreffen gerieten. Eine Trendwende war erst nach Ende des Zweiten Weltkrieges zu beobachten. Durch den Bevölkerungszuwachs durch Flüchtlinge, auch solche anderer Konfessionen als der katholischen, und vermehrter Industrialisierung war eine aufsteigende Tendenz zu erkennen.

Auch wenn die Konfessionsgrenze nicht mehr so streng gezogen wurde, war die Bindung zu Paderborn nach wie vor stark sichtbar, wie etwa aus folgender Verlautbarung deutlich wird: „Der Patron des Heiligtums der Kilianskirche, der heilige Kilian, weist darauf hin, wohin Lügde von Anfang an gehört hat. Es ist der Patron, der von Würzburg auf den Paderborner Dom übertragen [wurde] und nur wegen seiner Zugehörigkeit zu Paderborn konnte Lügde diesen Patron erhalten...“<sup>22</sup> Und weiter heißt es: „So lehrt uns die Heimatkunde und die Heimatgeschichte unsere Stadt kennen und lieben und zeigt uns, wohin sie seit Jahrhunderten gehört, nämlich unwiderruflich und auf ewige Zeiten zum alten Hochstift Paderborn[,] d.h. mit anderen Worten zum Kreise Höxter und zu Westfalen.“

Diese Äußerungen wurden 1946 mit Bezug auf die Bemühungen Niedersachsens getroffen, Lügde über die Landesgrenze zu ziehen und selbst in einem Pressebericht aus dem Jahre 1984 wird der Bezug zu Paderborn offenkundig: „Trotz dieser Gebietsänderung [von 1970] ist Lügde nach wie vor dem Hochstift Paderborn zuzuordnen. So gibt denn die 1200-Jahrfeier in Lügde Anlass, in kurzen Umrissen die Geschichte der Stadt und ihre Bindung an Paderborn, die dadurch besonders deutlich wird, dass die Bischöfe von Paderborn sich auch Grafen von Pymont nannten, darzustellen.“<sup>23</sup>

Auch hinsichtlich der Schulen wird der konfessionelle Bezug sichtbar. 1946 fand eine Abstimmung aller Erziehungsberechtigten über die Wiedereinführung der Kon-

<sup>22</sup> StadtA Paderborn, Bestand V 8/2.

<sup>23</sup> FRIESE, Josef: Seit 1200 Jahren Stadt Lügde, in: Die Warte 44 (1984), S. 27–29, hier S. 27.

fessionsschule statt. „Von 397 Abstimmungsberechtigten sprachen sich 387 für die Konfessionsschule und nur 10 für die Gemeinschaftsschule aus. Für 515 Kinder wurde die katholische und für 91 Kinder die evangelische Volksschule gefordert.“<sup>24</sup> Tatsächlich wurden die evangelische und katholische Grundschule erst 1982 zu einer Gemeinschaftsschule zusammengefasst.<sup>25</sup> Dieses Beispiel zeigt gut, wie die Bevölkerung auch nach dem Flüchtlingszuwachs konfessionell aufgeteilt war. Noch immer überwog der katholische Anteil der Einwohner, und das gilt in der Lügder Kernstadt bis heute.

### Konfessionelle Verhältnisse

Die Glaubensausrichtung der Lügder Bürger war über den Reformationsbeginn im Jahr 1517 hinaus bis 1583/84 katholisch. Es folgte ein kurzer Konfessionswechsel, der bis zum Jahre 1624 Bestand hatte, bevor dann im Auftrage des Paderborner Bischofs die ‚Rückführung‘ vom lutherischen zum katholischen Glauben befohlen und von Weihbischof Pelking durchgeführt wurde. Erst im Jahre 1853 wurde in Lügde wieder eine evangelische Kirchengemeinde gegründet. Diese Vorgänge erhellen deutlich die konfessionelle Zugehörigkeit und Verbundenheit Lügdes, welche mit dem Pyrmonter Hauptvergleich von 1668 auch administrativ ausgebaut worden war. Innerhalb dieser Vereinbarung fiel Lügde mit dem Dorf Harzberg an das Hochstift Paderborn; der übrige Teil der Grafschaft an die Grafen von Waldeck.<sup>26</sup>

Dieses Übereinkommen wirkte sich zukunftsbestimmend aus, denn es stellte durch die endgültige Trennung des Tales die Weichen für die unterschiedliche Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung in Lügde und Pyrmont. Für die Stadt Lügde bedeutete dies den Beginn ihrer isolierten Stellung. Ringsumher war die Gemeinde nunmehr nicht nur von administrativ fremdem Gebiet umgeben, sondern auch durch eine Konfessionsgrenze getrennt. Die verwaltungsgebundene Zugehörigkeit zum Hochstift Paderborn endete erst mit der Säkularisation im Jahre 1802. Seitdem gehörte sie zur preußischen Provinz Westfalen, und zwar zum Landkreis Brakel. Die katholische Kirche in Lügde ist jedoch bis heute der Diözese Paderborn unterstellt.

Eine Untersuchung von Ilse Schwidetzky aus dem Jahr 1967 gibt Aufschluss über das spezifische Heiratsverhalten an Konfessionsgrenzen. Zu Lippe und dem Kreis Höxter beziehungsweise Paderborn heißt es: „Die ganze Südwest- und Südgrenze des Lipper Landes (Kreis Detmold, Lemgo) ist Konfessions- und damit auch Heiratsgrenze: nur wenige Heiratslinien greifen vom Kreise Detmold nach Paderborn und Höxter hinüber, wie auch Paderborn und Höxter nur selten aus dem evangelischen Lipper[-

<sup>24</sup> SCHLIEKER, Geschichte der Stadt Lügde, S. 218.

<sup>25</sup> SCHLIEKER, Geschichte der Stadt Lügde, S. 228.

<sup>26</sup> Vgl. SCHLIEKER, Geschichte der Stadt Lügde, S. 30–68. FRIESE, Josef: Seit 1200 Jahren Stadt Lügde. Festschrift im Auftrag der Stadt Lügde zum Jubiläum 1984. Lügde in Lippe. Vor zwölfhundert Jahr Karl der Große in Liuhidi war, Lügde 1984, S. 39f.

]Land einen Ehepartner holen.“<sup>27</sup> Auf einer Karte des Kreises Höxter, die auch Lügde als Insel im Kreis Detmold darstellt, veranschaulichen die gezogenen Linien, welche die Heiratsverbindungen in der Elterngeneration darstellen, dass in Lügde nur ein Zuwachs an katholischen Heiratskandidaten von Gemeinden wie Altenbeken, Steinheim und aus kleineren Orten rund um Höxter stattgefunden hat und wohl nur wenige Bürger ihre Heimatstadt verließen. In Lügde wurde also entweder ‚das Mädchen von der anderen Straßenseite‘ geheiratet oder ein Lebenspartner aus katholischen Landen bevorzugt.

Folgende Aussage ist zweifellos zutreffend: *Neben der örtlichen Lage hat das religiöse Bekenntnis starken Einfluss auf das Eigenleben der Lügder gehabt. Ringsherum Protestantismus und hier in Lügde hartnäckiger Katholizismus sagten sich immer den Kampf an. Man fühlte sich von außen her immer durch den Protestantismus bedroht und verschloß sich hinter den Mauern in dem religiösen Eigenleben westfälischer Art und Gesinnung.*<sup>28</sup> *Dieses Einkapseln veranlasste Josef Blome zu der Beobachtung, daß die Bevölkerung unter sich stark verwandt ist und die Blutszugehörigkeit bei den eingesessenen Lügdern im vierten bis fünften Verwandtschaftsglied etwa 400 Personen umfaßt. Durch Abschluss nach außen und durch die dauernden Hof- und Besitztumsaufteilungen hat sich hier in der Stadt wenig fremdes Blut einmischen können. Da jedes Bauernkind seinen Erbteil in Ländereien mitbekam, gleich ob männlich oder weiblich, mußte der Jungbauer wieder eine Bauerntochter aus Lügde heiraten, um seinen Hof lebensfähig zu halten. Wenn auch auf der einen Seite darin viele Gesundheitsstörungen in der Bevölkerung zu suchen sind, so hat man auf der anderen Seite ein weiteres Element zur inneren Verschmelzung und einen starken Träger familiären Brauchtums.*<sup>29</sup>

Diese Tendenz war nach dem Zweiten Weltkrieg eindeutig rückläufig, was u. a. auf den Bevölkerungszuwachs durch zunehmende Industrialisierung, durch Flüchtlinge und die stärkere Aufweichung der Konfessionsgrenze zurückzuführen ist. Das Verhältnis zu den benachbarten lippischen Gemeinden verbesserte sich stetig und gipfelte 1970 in dem freiwilligen Zusammenschluss zur Großgemeinde; auch Heiraten über die Landesgrenze ins nahe Pymont nahmen zu. Dennoch hielt sich gerade in der älteren Generation bis in die 1980er Jahre hinein eine gewisse Abneigung gegen evangelische Schwiegertöchter und -söhne. Eine heute sechsendsechzig-jährige Frau berichtet, sie sei Anfang der 1950er Jahre nach Lügde gekommen, um dort eine Ausbildung als Krankenschwester zu machen. Das junge Mädchen hatte große Schwierigkeiten mit der Konfession, denn sie war evangelisch. Nach fünf Jahren in Lügde konvertierte sie zum katholischen Glauben, um es sich in der Stadt und auch mit ihrer Schwiegermutter leichter zu machen und endlich wirklich dazuzugehören. Dies ist

<sup>27</sup> SCHWIDETZKY, Ilse: Die metrisch-morphologischen Merkmale und der fälische Typus, in: Der Raum Westfalen V/1. Mensch und Landschaft, Münster 1967, S. 135.

<sup>28</sup> StadtA Lügde, Bestand S 3. Es handelt sich hierbei um eine Halbjahresarbeit für die 2. Lehrprüfung von einem Josef Blome, die 1946 verfasst wurde.

<sup>29</sup> StadtA Lügde, Bestand S 3.

zwar ein Einzelbeispiel, es kann jedoch durch entsprechende Untersuchungen in dem erwähnten Sammelband von Heinz Schilling über das Individuelle hinaus als bedeutsam gewertet werden.

Dass Josef Friese noch 1984 seinen Artikel anlässlich des Stadtjubiläums beinahe unmittelbar im ersten Satz mit der tiefen Verbindung zu Paderborn beginnt, irritiert keineswegs. Die kirchliche Verbindung zu Paderborn äußert sich auch in den vielen katholisch geprägten Vereinen für jede Altersgruppe, wie dem Kolpingverein, der Katholischen Arbeiterbewegung, der Frauen- und Müttergemeinschaft oder der katholischen Pfarrjugend; all diese Vereine fahren hin und wieder nach Paderborn, um an besonderen Messen teilzunehmen oder auch nur die Libori-Kirmes zu besuchen. Zum Stadtjubiläum anlässlich des 1200-jährigen Bestehens wurde am Pfingstmontag des Jahres 1984 in der Kilianskirche ein ökumenischer Gottesdienst gefeiert, an dem auch der Erzbischof Johannes Joachim Degenhardt aus Paderborn sowie Präses Heinrich Reiß aus Bielefeld teilnahmen. Die Betonung der Einheit der Christen wurde zwar hervorgehoben, doch man kann sich nicht ganz des Eindrucks erwehren, beim Betreten der ehemaligen Enklave des Kreises Höxter gleichsam ins „heilige Land“<sup>30</sup> zu kommen. Nicht zufällig lebt im Volksmund immer noch die Steigerungsform ‚schwarz – Lügde – Steinheim – Paderborn‘ fort.

Der alltägliche Bedarf orientiert sich jedoch nicht an ehemaligen Konfessionsgrenzen. Es besteht zwar die Bahnlinie Hannover – Hameln – Paderborn, doch die Einkaufsgewohnheiten sind eher auf das nah gelegene Bad Pyrmont oder auf das ca. 25 Kilometer entfernte Hameln ausgerichtet, denn die Kreisstadt Höxter ist ohne Auto auch schwerer zu erreichen; es gibt keine direkte Zugverbindung und die Busreise ist beschwerlich. Daher liegt es allein aus pragmatischen Gründen nahe, eher ins benachbarte Niedersachsen zu fahren.

### **Ein Blick über die Grenzen – zwischen niedersächsischen Ansprüchen und der Entscheidung für Lippe.**

Ein Blick in das örtliche Telefonbuch rückt Lügde und die zur Großgemeinde gehörenden Ortschaften noch weiter an die Landesgrenze. Außer Lügde und seinen Ortsteilen sind darin nur niedersächsische Gemeinden verzeichnet. Angefangen von Bad Pyrmont reicht die Nummernvielfalt über Emmerthal bis hin zu Anschlüssen von Hamelner Einwohnern. Mit den Busverbindungen ist es ähnlich. Will man nach Höxter, muss man in Rischenau Wartezeiten oder auch ein einmaliges Umsteigen in Kauf nehmen; die Busse nach Bad Pyrmont fahren direkt und benötigen vom alten Stadtkern aus höchstens zehn Minuten bis zur Pyrmonter Hauptallee. Trotz dieser Nähe präsentieren sich die beiden Städte in höchst unterschiedlicher Weise.

<sup>30</sup> BISGAARD, Am Ende einer Reise, S. 199. Als heiliges Land wird von den Karlshafenern das nahe Beverungen und insgesamt der Kreis Höxter bezeichnet.

Lügde hatte bereits eine fast 1000jährige Geschichte vorzuweisen, als sich der heutige Badeort Pyrmont gerade erst zu entwickeln begann. Seit dem Jahr 1668, als der Pyrmonter Hauptvergleich geschlossen wurde, verlief die Geschichte Lügdes und Pyrmonts in unterschiedlichen Bahnen. Bad Pyrmont hatte nicht mit einer isolierten Stellung umzugehen wie Lügde. Darüber hinaus war schon immer eine geminderte Konkurrenz und ein Bestreben sich voneinander abzugrenzen zu spüren. Das in Lügde ausgeführte Brauchtum des Osterräderlaufes, auf das an anderer Stelle noch zurückzukommen sein wird, gab dabei häufig Gelegenheiten zu kleineren Auseinandersetzungen.

1936 beispielsweise antwortete der Lügder Bürgermeister auf ein Schreiben seines Amtskollegen in Bad Pyrmont. Dieser war der Ansicht, *die Stadt Lügde müsse wohl dem Verkehrsverein Bad Pyrmont fortlaufend eine Unterstützung, vielleicht in Höhe von 3000 Reichsmark (!) jährlich zahlen, da sie ja praktisch durch fortlaufende Propagandaarbeit für Pyrmont außerordentlichen Nutzen habe.*<sup>31</sup> Mit dieser Ansicht in keiner Weise einverstanden, legte der Lügder Bürgermeister seine Sicht der Dinge dar: *Ihre Ansicht [...] dürfte in keiner Weise vertretbar sein. Der Fremdenverkehr in Lügde wird angezogen durch eigene Propaganda und in erster Linie natürlich durch das malerische alte Stadtbild mit der berühmten alten Kilianskirche, die Herlingsburg in der Nähe sowie die eigene landschaftliche Umgebung. Bad Pyrmont hat ein großes Interesse auch an dem Fremdenverkehr von Lügde, da dieser sich selbstverständlich auch viel von hier nach Pyrmont begibt und sich dort finanziell auswirkt. Die Propagandaarbeit für Pyrmont, die sich vielleicht in ganz geringem Maße für den hiesigen Fremdenverkehr auswirken könnte, ist dadurch mehr wie [sic!] aufgehoben. Zudem wird dadurch allein schon der vollwertige Ausgleich geschaffen, daß die hiesige Propaganda für den Osterräderlauf ohne Zweifel sich wirtschaftlich zu  $\frac{3}{4}$  für Bad Pyrmont auswirkt.*<sup>32</sup> Schließlich erwähnt er noch die *erheblichen Unkosten, um die Veranstaltung zu decken* und bedauert die Ablehnung von Zuschüssen seitens der Pyrmonter Bürger.<sup>33</sup>

Aus den Äußerungen der beiden Bürgermeister spricht gesundes Selbstvertrauen, das aus dem jeweils Spezifischen der Orte resultiert. Wenn man sich auch den Fremdenverkehr ‚teilt‘, so achtet doch jede Stadt darauf, dass ihren Ansprüchen Genüge getan wird. Da Lügde keine eigene Tageszeitung besitzt, lassen sich die lokalen Ereignisse in den Pyrmonter Nachrichten finden. Auch wenn Lügde sporadisch in der Lip-pischen Landeszeitung, die ihren Sitz in Detmold hat, seit Ende der sechziger Jahre erwähnt wird, tauchen Lügder Nachrichten anteilmäßig doch häufiger im Pyrmonter Lokalteil auf.

Die generelle Grenzlage und die Landesgrenze fielen auch Ende der 1930er Jahre für Lügde teilweise negativ ins Gewicht. Im Jahre 1939 wurden von Seiten des

<sup>31</sup> StadtA Lügde, Bestand D 253.

<sup>32</sup> StadtA Lügde, D 253.

<sup>33</sup> StadtA Lügde, Bestand D 253.

Reichsministeriums des Inneren *Maßnahmen zur Hebung der Verwaltungskraft kreisangehöriger Gemeinden* <sup>34</sup> verabschiedet. Ziel und Zweck dieser Verfügung sollte neben der Umgliederung von Gemeinden auch die Beseitigung von administrativen Inseln sein, *die in der Regel durch Gebietsaustausch erleichtert werden kann.*<sup>35</sup> Nachdem auch der Bürgermeister von Lügde Kenntnis von diesen geplanten Maßnahmen erhalten hatte, machte er in einem Schreiben an den Landrat von Höxter seine Lösungsvorschläge wie folgt deutlich: *Bekanntlich bilde(t) [die] Stadt Lügde [...] seit Jahrhunderten eine Exklave des Kreises Höxter. Wie ein Vertreter des deutschen Gemeindetages [...] kürzlich mitteilte, beabsichtigt das Ministerium, bei dieser Gelegenheit eine Beseitigung der Exklaven vorzunehmen. [...] Es müßte daher m. E. vom Kreis Höxter aus die Frage der Angliederung an den Kreis Höxter angeschnitten werden.*<sup>36</sup> Sein Lösungsvorschlag bezieht sich also auf eine Umgliederung der angrenzenden lippischen Gemeinden, die die Stadt Lügde geographisch und administrativ vom Kreis Höxter trennten, denn *zu einem Vorschlag zur einfachsten Lösung der Frage der Beseitigung der Exklave Lügde, nämlich zur Abtretung an Lippe, kann sich der Kreis Höxter nicht entschließen. Er würde mit dieser Abtretung seine Steuerkraft [...] erheblich schwächen. [...] Ich schlage vor die Gemeinden des lippischen Landkreises Detmold und zwar Hummersen, Köterberg, Niese, Rischenau, Falkenhagen, Wörderfeld, Sabbenhausen, Elbrinxen, Schwalenberg Stadt und Ruensiek [...] vom Kreis Detmold abzutrennen und unter Bildung eines neuen Amtes dem Kreis Höxter zuzuschlagen. [...] Die Einwohner aus den oben erwähnten Gemeinden sind zu einem wesentlichen Teil wirtschaftlich nach Lügde orientiert. [...] Ich darf darauf hinweisen, daß schon vor tausend und mehr Jahren Lügde verwaltungsmäßig zu den Gebieten gehörte, die heute den Kreis Höxter bilden.*<sup>37</sup> Die Beziehung zu den genannten lippischen Gemeinden scheint gut gewesen zu sein, da ja auch der Bürgermeister von Lügde diesen Vorschlag unterbreitet hat. Problematischer erschien dabei die Veränderung der Kreiszugehörigkeit. Werden auch zunächst ökonomische Gründe für den Verbleib Lügdes im Kreis Höxter genannt, so wird doch am Ende des Schreibens wieder klar auf die historische Verbundenheit zu Höxter und somit indirekt auch auf Paderborn verwiesen. Doch trotz dieser Plädoyers hat auch die Möglichkeit, Lügde an den Kreis Detmold anzugliedern eine große Rolle gespielt. Denn in einem Schreiben von 1943 bittet der Reichsverteidigungskommissar *um baldgefällige Prüfung und Bericht, wieweit es möglich und zweckmäßig*

<sup>34</sup> KreisA Höxter, Bestand A0, 632. Schreiben des Reichsministers des Innern an den Oberpräsidenten der Provinz Westfalen vom 18. März 1939.

<sup>35</sup> KreisA Höxter, Bestand A0, 632. Schreiben des Regierungspräsidenten Freiherr von Oeynhausen an die Landräte des Bezirks vom 25. März 1939. Eingangsstempel des Landratsamtes Höxter vom 28. März 1939.

<sup>36</sup> KreisA Höxter, Bestand A0, 632. Schreiben vom 27. April 1939.

<sup>37</sup> KreisA Höxter, Bestand A0, 632. Schreiben des Landrats von Höxter an den Regierungspräsidenten in Minden vom 9. Mai 1939.

erscheint, im Zuge der gegenwärtig durchzuführenden Verwaltungsvereinfachung [...] die preußische Exklave Lügde in die lippische Verwaltung – Landkreis Detmold – zu überführen.<sup>38</sup>

Im Zuge dieser Reformvorschläge kam es dann aber doch nicht zur Umgemeindung, da sich der Landrat von Höxter mit Rücksicht auf die an sich schon geringe Steuerkraft des Kreises Höxter jetzt und auch in Zukunft nicht dazu entschließen [konnte], die Exklave Lügde in die lippische Verwaltung zu überführen.<sup>39</sup> Das Bestreben Enklaven aufzuheben war damit jedoch nicht aus der Welt. 1946 stellte das Land Niedersachsen einen Antrag auf Abtrennung der Stadt Lügde und des Amtes Harzberg sowie der Gemeinden Lühtringen und Würgassen von dem Kreis Höxter. Dort fand man jedoch ein eindeutiges Plädoyer für den Verbleib bei Westfalen und im Einflussbereich des kirchlich an Paderborn orientierten Raumes.<sup>40</sup> Als Reaktion auf diese Bestrebungen verfasste die Stadt Lügde eine Resolution, in der die Abneigung gegenüber der Angliederung an Niedersachsen deutlich zum Ausdruck kommt. Der Oberkreisdirektor in Höxter wird darin dringend ersucht die beabsichtigte Maßnahme noch im letzten Augenblick [zu verhindern].<sup>41</sup> Des weiteren macht der Stadtdirektor deutlich, dass einer Großgemeindebildung mit den angrenzenden lippischen Gemeinden nichts im Wege stünde, solange Lügde im Kreis Höxter verbleiben könne.<sup>42</sup> Lügde ging es also nicht in erster Linie um Konfessionsunterschiede, denn sonst wäre sie ja auch nicht bereit gewesen, sich mit den lippischen Gemeinden zusammenzuschließen. Vielmehr sollte die administrative Bindung zu Höxter und somit die kirchliche Verbindung zu Paderborn aufrecht erhalten werden.

<sup>38</sup> KreisA Höxter, Bestand A0, 632. Schreiben vom 28. Februar 1943 an den Reichsstatthalter in Lippe und Schaumburg – Lippe, an die Landesregierung Lippe – Detmold und an den Regierungspräsidenten in Minden.

<sup>39</sup> KreisA Höxter, Bestand A0 632. Schreiben vom 9. März 1943 an den Regierungspräsidenten in Minden. Wenn sich der Landrat in Höxter auch nicht dazu entschließen konnte Lügde an Detmold abzugeben, so schien die Angliederung der Gemeinde Grevenhagen, die restlos im dortigen Kreisgebiet liegt für ihn ganz selbstverständlich zu sein. Die Parallele zwischen Lügde und dem Kreisgebiet Detmold spart er jedoch in seinen Ausführungen konsequent aus.

<sup>40</sup> KreisA Höxter, Bestand A0, 84. *Mit tiefer Sorge und großem Befremden hat der Kreistag [Höxter] von den Bestrebungen Kenntnis genommen, die Provinz Westfalen aufzuteilen und damit auch den Kreis Höxter abzusplitttern und ihn eventuell der benachbarten Provinz Hannover anzugliedern. Der Kreistag lehnt diese Bestrebung auf das entschiedenste ab. [...] Wir sind Westfalen und wollen es bleiben!* Ebenso interessant: StadtA Paderborn, Bestand V 8/2: *Der Patron des Heiligtums [der Lügder Kilianskirche], der heilige Kilian, weist darauf hin, wohin Lügde von Anfang an gehört hat. Es ist der Patron, der von Würzburg auf den Paderborner Dom übertragen und nur wegen seiner Zugehörigkeit zu Paderborn konnte Lügde diesen Patron erhalten. [...] So lehrt uns die Heimatkunde und die Heimatgeschichte unsere Stadt kennen und lieben und zeigt uns, wohin sie seit Jahrhunderten gehört nämlich unwiderruflich und auf ewige Zeiten zum alten Hochstift Paderborn d. h. mit anderen Worten zum Kreis Höxter und zu Westfalen.*

<sup>41</sup> KreisA Höxter, Bestand A0, 632. *Da z. Zt. Die frage der Eingliederung von Lügde und Harzberg nach Niedersachsen erörtert wird, hat die Stadtvertretung eine Resolution gefasst, [...] damit die beabsichtigte Maßnahme noch im letzten Augenblick verhindert werden kann.*

<sup>42</sup> KreisA Höxter, Bestand A0, 632. Schreiben vom 25. November 1946.

Dass die Enklave Lügde zum zweiten Mal einen Reformversuch überlebte, lag an einer Verfügung des Innenministers Nordrhein-Westfalens vom Juni 1948. Danach sollten alle Grenzänderungen von Stadt- und Landkreisen bis nach Inkrafttreten der neuen Gemeinde- und Kreisordnung unterbleiben.<sup>43</sup> Auch als im Zuge der Neugliederung der Bundesländer Anfang der fünfziger Jahre nochmals der Gedanke aufkam, das östliche Westfalen an Niedersachsen anzugliedern, konnte dies an der Inselstellung Lügdes nichts ändern.<sup>44</sup>

Erst Ende der sechziger Jahre wurde die kommunale Gebietsreform für ganz Deutschland, und damit auch für das kleine Lügde, unumgänglich. Ziel war es, die Verwaltungskraft besonders für kleinere Gemeinden zu heben. *Ausgangspunkt der Überlegungen in diesem Zusammenhang war die Feststellung, dass in ländlichen und kleinstädtischen Gemeinden wie auch in den Randgebieten der großstädtischen Ballungszentren eine Vielzahl von Einrichtungen fehlen, die [man] zu der kommunalen Grundausrüstung zählt.*<sup>45</sup> Die Beseitigung der Enklavenstellung, nämlich die Lösung, sich mit acht der angrenzenden lippischen Gemeinden zu vereinen, war schnell gefunden und wurde im Stadtrat Lügde allseits als positive Möglichkeit angesehen, da *die Verbindungen Lügdes mit den Dörfern des lippischen Südostens vielfältig sind. [...] Der lippische Südosten ist stark nach Lügde und Pyrmonnt orientiert. Kinder aus den Dörfern besuchen dort weiterführende Schulen, Berufstätige arbeiten dort [...] [und] Lügde ist für die Bevölkerung des lippischen Südostens Einkaufszentrum.*<sup>46</sup> Die Frage der Kreiszugehörigkeit blieb jedoch lange offen. Wunsch der CDU-Fraktion war eindeutig der Verbleib beim Kreis Höxter, doch da die lippischen Gemeinden keinesfalls bereit waren, den Kreis Detmold zu verlassen, wurde diese Entscheidung zu einem wunden Punkt. *Wenn die Gemeinden des lippischen Südostens auf diese Frage abschlägigen Bescheid erhalten [sollte Lügde also beim Kreis Höxter verbleiben], möchten sie einen Zusammenschluß mit dem Raum Schieder/Schwalenberg erwägen.*<sup>47</sup> In Lügde kamen zurecht Befürchtungen auf, die lippischen Gemeinden könnten sich Richtung Rischenau, ebenfalls eine der acht Gemeinden im lippischen Südosten, orientieren, die als Wunschgedanken ihrerseits eine Großgemeinde im Sinn hatte.<sup>48</sup>

<sup>43</sup> KreisA Höxter, Bestand A0, 633.

<sup>44</sup> KreisA Höxter, Bestand A0, 633. Artikel aus den westfälischen Nachrichten vom 3. Februar 1951 / 22. September 1951.

<sup>45</sup> KreisA Höxter, Bestand A0, 634. „Kommunale Gebietsreform auf Dauer unvermeidlich“ vom Mai 1965.

<sup>46</sup> StadtA Bad Pyrmonnt, Pyrmonter Nachrichten vom 4. Oktober 1968; „Kommt ein Zusammenschluß mit Lügde?“

<sup>47</sup> StadtA Bad Pyrmonnt, Pyrmonter Nachrichten vom 4. Oktober 1968; „Kommt ein Zusammenschluß mit Lügde?“

<sup>48</sup> StadtA Lügde, Protokolle der Stadtratssitzungen vom 4. März 1968 und vom 6. Mai 1968. Vgl. auch: Pyrmonter Nachrichten vom 11. Oktober 1968, 18. November 1968, 7. März 1969, 24. März 1969. Die Rischenauer werden im Volksmund immer noch ‚Jackenstädter‘ genannt, was auf ihre Außenseiterposition in der Gebietsreform verweist. Rischenau weigerte sich bis zuletzt von Lügde

Ein Erlass des Innenministers des Landes Nordrhein-Westfalen vom 11. September 1968 enthielt auch den Vorschlag zur Neugliederung des Raumes Lügde. Danach sollte Lügde mit den Gemeinden Harzberg, Rischenau, Sabbenhausen, Hummersen, Elbrinxen, Köterberg, Niese, Falkenhagen und Wörderfeld eine Großgemeinde bilden. Die neue Stadt Lügde sollte in den Landkreis Detmold eingegliedert werden. Der Vorschlag, sich mit den lippischen Gemeinden zusammenzuschließen, wurde einstimmig angenommen. Im Falle der Kreiszugehörigkeit herrschte jedoch zwischen den Fraktionen, wie nicht anders zu erwarten war, Unstimmigkeit. Die SPD stimmte mit sieben Vertretern für den Übertritt nach Detmold, die CDU mit zwölf Stimmen dafür, die Entscheidung über die Kreiszugehörigkeit dem Landtag zu überlassen. Allerdings äußerten sie den Wunsch, *beim Kreis Höxter zu verbleiben. Wenn sich dadurch jedoch Hindernisse ergeben sollten, die der Bildung der vorgeschlagenen Großgemeinde entgegenstehen, sind wir bereit, eine andere Entscheidung des Landtages hinsichtlich der Kreiszugehörigkeit Höxter oder Detmold zu akzeptieren.*<sup>49</sup> Die Bildung der Großgemeinde hatte bei der Stadt Lügde also oberste Priorität und wurde noch höher angesiedelt als die Frage nach administrativer Zugehörigkeit. Die Äußerung, die Entscheidung dem Landtag zu überlassen, wurde jedoch nicht aufrecht erhalten. Wenn der Oberkreisdirektor Sellmann auch mehrere Male vehement für den Verbleib Lügdes bei Höxter plädierte, konnte man die weit größere Angst der Lügder, nämlich eventuell über die Landesgrenze verschoben zu werden, damit nicht beruhigen. *Immerhin könnte es sein, daß, bei einer Weigerung Lügdes nach Detmold zu gehen, die Emmerstadt Bad Pyrmont zugeschlagen werden könnte.* Hierauf gab Sellmann sofort Antwort. *Da Bad Pyrmont und Lügde eine Ländergrenze trenne, halte er diese Regelung für unwahrscheinlich, zumindest in dieser Legislaturperiode. „Ländergrenzen können nur durch den Bundestag geändert werden“, und dieser habe dafür im Moment keine Zeit.*<sup>50</sup> Doch diese Äußerungen konnten den Lügdern ihre Befürchtungen nicht nehmen und bald war man sich ganz sicher, dass *wenn wir hier nicht eine ganz klare und deutliche Entscheidung fällen, es am Ende so sein könnte, daß wir nach Bad Pyrmont kommen.*<sup>51</sup>

Zudem hatte sich das Verhältnis zu den lippischen Gemeinden Anfang 1969 so verschlechtert, dass man befürchtete, sogar die Bildung der Großgemeinde sei in Gefahr. Wäre Lügde in seiner Inselstellung verblieben, wäre es im Rahmen einer Länderneugliederung wohl nach Bad Pyrmont eingemeindet worden. Doch warum hätten die Lügder diese Entscheidung als ‚Schicksalsschlag‘ empfunden? In einem Leserbrief von

eingemeindet zu werden und man hatte wohl deshalb das Gefühl, dass sie sich für etwas Besseres hielten.

<sup>49</sup> StadtA Lügde, Protokoll der Stadtratssitzung vom 24. September 1968.

<sup>50</sup> StadtA Bad Pyrmont, Pyrmonter Nachrichten vom 15. November 1968.

<sup>51</sup> StadtA Bad Pyrmont, Pyrmonter Nachrichten vom 18. November 1968. Vgl. dazu auch: Lippische Landeszeitung vom 25. Januar 1969: „Möglicherweise bleibt Lügde solange in seinem jetzigen Kreisgebiet als selbständige Einheit bestehen, bis die Niedersachsen ihre Wunschvorstellungen im Hinblick auf die Anreicherung von Bad Pyrmont präzisiert haben.“

1969 wird die Haltung der Lügder gegenüber den Bad Pyrmontern wie folgt geschildert: *Die Landesgrenze, die das Weltbad und das Emmerstädtchen trennt, ist [...] eine ganz besondere. Hier wird, um es krass und grob zu sagen, arm und reich voneinander getrennt. Bad Pyrmont, in einem der finanziell schwächsten Länder der Bundesrepublik gelegen, hätte natürlich gern einen vermögenden Nachbarn auf seiner grünen Seite. [...] [Lügde bildet] den Schwerpunkt für den gesamten lippischen Südosten, also für alle Gemeinden, die laut Vorschlag des Innenministers mit Lügde zusammengelegt werden sollen. Es ist die Aufgabe dieser Stadt mit ihrer bemerkenswerten Industrie, die lippischen Gemeinden mit besten Mitteln zu unterstützen, damit eine lebensfähige Großgemeinde entstehen kann. Ist dieser Plan einmal verwirklicht, so wird die Stadt Lügde als Mittelpunkt der Großgemeinde zwar nicht mehr selbständig sein, aber ihre Vorrangstellung zu Recht behalten. Diese Vorrangstellung würde aber beim umgekehrten Weg den Lügdern entrissen. Es ist logisch, daß zum Beispiel in einem Stadtrat, der Lügde und Bad Pyrmont vereint, die Lügder Ratsherren eine schwache Opposition darstellen würden.*<sup>52</sup>

Neben den finanziellen Aspekten liegt bei diesen Ausführungen das Gewicht sehr deutlich auf der Stellung und damit weiteren Entwicklung Lügdes. Bei einem Zusammenschluss hätte der Fokus auf dem Weltbad gelegen und die lokale Identität der mittelalterlich geprägten Stadt wäre von Bad Pyrmont stark überlagert worden. Statt dessen bildet Lügde seit 1970 das Zentrum der neu entstandenen Großgemeinde. Es ist selbständig und hatte durch den Verbleib der Landesgrenze die Möglichkeit, die eigene lokale Identität und symbolische Ortsbezogenheit zu erhalten und Richtung Lippe auszudehnen. Heute zeichnet sich das Verhältnis zwischen Lügde und Bad Pyrmont durch eine meist freundliche Koexistenz aus. Jede Stadt hat ihre eigenen Besonderheiten, die sich als Träger lokaler Identität ausweisen, und versucht jeweils mit anderen Aspekten die Aufmerksamkeit von Touristen auf sich zu lenken. Dieses freundliche Miteinander besteht aber nur, weil die Landesgrenze vorhanden ist. An ihr werden sozusagen die Identitäten geordnet. So ist es auch kein Problem, Lügder Kinder auf das Pyrmonter Humboldt-Gymnasium gehen zu lassen oder an Allerheiligen die niedersächsischen Geschäfte zu stürmen. Da jede Stadt ihren eigenen Bereich hat, kommt man sich nicht in die Quere; die Zeiten sind vorbei, da man sich an der Emmer gegenüberstand und sich als *die ollen Katholen* und *ollen Lutherschen* beschimpfte.<sup>53</sup> Jedoch kann man sich manchmal nicht sicher sein, ob die Pyrmonter in ihrer propagierten Weltoffenheit nicht etwas von oben auf die in ihrem Stadtbild agrarisch geprägten Lügder herabsehen.

Über die Eingliederung von Lügde zu Lippe bemerkt Edmund Schlieker Folgendes: Durch ihren völlig lippischen Grundriss und mancherlei historische Verbindungen fügt sich diese Gründungsstadt der Pyrmonter Grafen aus dem Hause Schwalen-

<sup>52</sup> StadtA Bad Pyrmont, Pyrmonter Nachrichten vom 17. März 1969. Leserbrief von Rainer Franke aus Lügde.

<sup>53</sup> Diese Anekdote berichtete der Betreuer des Pyrmonter Stadtarchivs der Verfasserin am 20. August 2003.

berg aufs glücklichste dem lippischen Städtekrantz ein. Lügde besitzt die am unverfälschtesten erhaltene Altstadt von allen.<sup>54</sup> Doch hat sich Lügde tatsächlich so reibungslos in das Lipperland eingefügt? Die Lügder fahren nicht mehr nach Höxter, um ihr Auto anzumelden, sondern nach Detmold, aber besteht auch eine emotionale Verbindung zum lippischen Südosten? Wie sich das Verhältnis zu den acht Ortsteilen der Großgemeinde gestaltet, wurde bereits dargelegt. Die konfessionellen Unterschiede spielen offenbar keine große Rolle, zumal der Ortsteil Sabbenhausen überwiegend katholisch ist. Und die Beziehung zu dem restlichen Lipperland wurde spätestens anlässlich des Stadtjubiläums von 1984 intensiviert. Bereits 1981 bewarb sich die Stadt Lügde um die Ausrichtung der Lippischen Heimattage für 1984; dabei kam vom Lippischen Heimatbund schnell eine positive Antwort. Die Feierlichkeiten erstreckten sich über ein gesamtes Jahr, in dem die katholische und evangelische Kirche eine gemeinsame Festwoche mit hohen kirchlichen Würdenträgern veranstalteten, die Lippischen Heimattage, inklusive eines Festumzuges unter Beteiligung aller lippischen Gemeinden stattfanden und die Lügder Festwoche mit Fackellauf über alle Ortsteile begann.<sup>55</sup>

Wenn Everhard Holtmann Stadtjubiläen als Daten nicht alltäglicher lokaler Selbstdarstellung bezeichnet, dann trifft das auf Lügde wohl zu, denn „je herausragender das Jahresdatum, desto aufwendiger wird das städtische Historiengemälde gewöhnlich ausgestattet.“<sup>56</sup> Die Festlichkeiten liefen unter dem Motto: ‚Lügde – 1200 Jahre jung‘ und wurde durch das Bild Karls des Großen, hoch zu Ross, bebildert. Die Festschrift trägt die Überschrift: ‚Lügde in Lippe – 784 bis 1984 – vor zwölfhundert Jahr Karl der Große in Lihidi war‘<sup>57</sup> und schlägt einen Bogen zwischen der durch Paderborn geprägten Geschichte Lügdes und seiner zu diesem Zeitpunkt vierzehn Jahre alten Zugehörigkeit zu Lippe. Man präsentierte sich in seiner ‚neuen‘ Gestalt als lippische Gemeinde. Unterstützt wurde diese ‚Inszenierung‘ einer neuen lippischen Identität von regionalen Akteuren wie dem Bürgermeister, dem Stadtrat oder auch den Initiatoren der Lippischen Heimattage.<sup>58</sup> Sie kann jedoch nicht als aufoktroiert gelten, denn man hatte und hat ja historische wie auch soziale Bezüge und empfand die Zusammenfassung von Lügder Symbolen wie der Kilianskirche oder des Stadtgrundrisses mit lippischem Identitätsraum nicht als Kollision. Heute präsentiert sich Lügde in Werbe-

<sup>54</sup> SCHLIEKER, Geschichte der Stadt Lügde, S. 210. Des weiteren schreibt er, Lippe habe sein Patenkind Lügde nun wieder aufgenommen.

<sup>55</sup> StadtA Lügde, 1200-Jahrfeier Lügde, Akten 1–4.

<sup>56</sup> HOLTSMANN, Everhard: Kommunale Identität als gemeinschaftliche Inszenierung, in: Westfälische Forschungen 41 (1991), S. 89–105, hier S. 89.

<sup>57</sup> StadtA Lügde, Jubiläumsschrift der Stadt Lügde zum Jahr 1984.

<sup>58</sup> Vgl. KERSCHER, Uta: Raumabstraktionen und regionale Identität, Regensburg 1992, S. 18ff.; HOLTSMANN, Kommunale Identität als gemeinschaftliche Inszenierung, S. 93f.: „Stadtjubiläen sind eine Art Gradmesser für das jeweils erreichte – auch defizitäre – Ausmaß an lokaler Identifikation. [...] Stadtjubiläen sind, andererseits, eine vorzügliche Gelegenheit, lokale Identität zu inszenieren.“

prospekten als die ‚Osterräderstadt im lippischen Südosten‘; jeweils unterstützt von der lippischen Rose, die ja seit 1970 das Lügder Stadtwappen zierte.

### Der Osterräderlauf: Brauchtum und lokale Identität

Alljährlich am Ostersonntag steht Lügde im Zeichen eines traditionsreichen Brauchtums; der Osterräderlauf zieht alljährlich zahlreiche Besucher an. Sechs ca. 1,70m hohe Eichenräder werden mit Stroh gestopft, bei Einbruch der Dunkelheit angezündet und unter dem Jubel der Zuschauer vom Osterberg hinab ins Tal der Emmer gerollt. Der zeitliche Beginn des Brauches ist nicht mehr mit Sicherheit festzustellen, dennoch wird er in vielen Werbeprospekten als ‚uralt‘ beschrieben, beispielsweise heißt es wörtlich: *Wie alt unser Brauchtum ist, läßt sich nicht mehr feststellen, doch ist anzunehmen, daß der Osterräderlauf schon vor ca. 2000 Jahren von unseren Vorfahren ausgeübt worden ist* [die erste schriftliche Erwähnung findet sich allerdings erst im Jahre 1743, als der Räderlauf verboten wurde<sup>59</sup>]. *Karl der Große soll [...] von diesem heidnisch-germanischen Brauch gehört haben. Der Sage nach habe er angeordnet, daß nun die Räder zur Auferstehung Christi laufen sollten.*<sup>60</sup> Ebenso wird das einfache Speichenkreuz in den Rädern auf Karl den Großen zurückgeführt.<sup>61</sup> Der Räderlauf wird heute als Mischung aus germanischer und christlicher Tradition verstanden. Wer heute Zeuge des Räderlaufes ist, denkt indes wohl kaum an die Ursprünge oder deren tiefere Bedeutung; Besucher lassen sich gefangen nehmen von der Atmosphäre, bestaunen das anschließende Feuerwerk, das seit Beginn der fünfziger Jahre den Reiz des Spektakels erhöhen soll und nehmen dann an der großen Feier im Festzelt teil.



Abb. 3: Osterrad von 1968 mit der Aufschrift: *Völker der Welt, bekämpft Haß und Neid, dann ist Frieden für alle Zeit*, aus: SCHLIEKER, Geschichte der Stadt Lügde, S. 162.

<sup>59</sup> StadtA Lügde, Bestand S. 4.

<sup>60</sup> StadtA Lügde, Werbeprospekt der Stadt Lügde aus den 1990er Jahren.

<sup>61</sup> Vgl. WILLEKE, Lügder Sagensammlung, S. 102. Interview mit dem Pressesprecher des Dechenvereins vom 7. Juli 2003.

Der Osterdechenverein richtet jedes Jahr diesen alten Brauch aus, wobei sich die Vorbereitungen dafür über das ganze Jahr erstrecken. Es werden Zäune am Osterberg repariert, die Räder wieder in Stand gesetzt und das Material zum Stopfen der Räder beschafft. Der Brauch wird in seiner speziellen Form als in Deutschland einzigartig beschrieben. Man wirbt mit dem Slogan der ‚Osterräderstadt Lügde‘ und kann als Tourist sogar ein ‚Osterrad-Examen‘ absolvieren. Dazu nimmt man an einem geschichtlichen Rundgang durch den Ort teil, muss mit einem strohbeladenen Holzkarren den Hindernislauf erfolgreich hinter sich bringen und ein Osterrad (in kleinerem Format) so weit wie möglich rollen. Zum Abschluss kommt die geschichtliche Prüfung mit zehn Fragen und zur Belohnung darf man Lippischen Pickert essen.<sup>62</sup>

Die Lügder sind stolz auf ihr Brauchtum und identifizieren sich mit ihm. Wird auch seitens des Dechenvereins und der Stadtverwaltung stark damit geworben, kann man dies nicht als Inszenierung betrachten. Die Resonanz der Bevölkerung ist klar gegeben und wird durch die Interessenverbände bestenfalls unterstützt. Wenn sich der Pressesprecher des Dechenvereins trotzdem jedes Jahr darum bemüht, die Presse auf das Großereignis aufmerksam zu machen, so möchte man dadurch wohl eher ein überregionales Interesse wecken, als die Lügder zu einer Identifikation mit diesem Brauchtum zu bewegen, da diese ja schon längst vorhanden ist.

Intensive Pressearbeit trägt dazu bei, auf das Ereignis aufmerksam zu machen und die Anziehungskraft auf auswärtige Besucher zu erhöhen. Auch wenn es schwer fällt, genaue Besucherzahlen zu ermitteln, so wird doch deutlich, dass Zuschauer sogar aus dem Ruhrgebiet teilnehmen. Nicht unerwähnt bleiben sollte schließlich, dass 1934 eine Tausendjahrfeier des Osterräderlaufs durchgeführt wurde, für die es allerdings keine historische Grundlage gab.<sup>63</sup> Seit 1933 wurde der Räderlauf im Zeichen des Hakenkreuzes durchgeführt. *Über Lautsprecher wurden die Zuschauer über die Bedeutung des Räderlaufes im Zusammenhang mit der germanischen Frühlingsgöttin Ostara aufgeklärt. [...] Der schöne Volksbrauch wurde zu einem SA- und SS-Aufmarsch umgestaltet.*<sup>64</sup> Nach 1945 wurde und wird heute noch darauf hingewiesen, dass 1935 einige Bürger, die der katholischen Zentrumsparlei angehört hatten, unmittelbar an der Ablaufstelle der Osterräder

<sup>62</sup> Aktuelles Werbeprospekt der Stadt Lügde. Der Lippische Pickert ist in etwa mit einem Pfannkuchen zu vergleichen.

<sup>63</sup> StadtA Lügde, Bestand D, 253. Darin auch ein Schreiben von Bürgermeister Starp von 1935: *Ein Brauch aus altersgrauer Vorzeit hat sich in Lügde, Kreis Höxter, erhalten. Diese Sitte ist mehr als 1000 Jahre nachzuweisen, aber bestimmt auf eine weit frühere Zeit zurückzuführen.*

<sup>64</sup> STUMPE, Dieter: Die Osterräder von Lügde, Lügde o. J., S. 4. StadtA Lügde, Bestand D, 253, E, 413: *Man kann sagen, daß in den ersten Jahren der Widerstand gegen die Parteileitung erheblich war. Dieser Widerstand flaute in den folgenden Jahren ab, bis dann im Jahre 1937 die SS erschien und diesen alten Lügder Brauch für sich in Anspruch nahm. [...] Bei den besonders gelagerten Verhältnissen der Stadt Lügde (rund 90% katholisch und Enklave) ist es besonders schwierig, die Volksgenossen zum Mitgehen mit den Zielen der Partei zu bewegen.*

ein fest installiertes, zehn Meter hohes Kreuz errichteten.<sup>65</sup> Damit wird die Katholizität der Bevölkerung betont, die nicht nur in Lügde als Zeichen dafür gewertet wird, dass die Gleichschaltung ihre Grenzen hatte.

### Fazit

Die Historizität einer Gemeinde gilt zurecht als eine Bedingung für die Entwicklung und Reproduktion regionaler Identität;<sup>66</sup> dies kann man am Beispiel Lügde zweifellos deutlich gemacht werden. Noch heute identifizieren sich die Lügder mit ihrer an Paderborn ausgerichteten Geschichte. Angefangen mit Karl dem Großen als identitätsstiftender Kraft<sup>67</sup> und der Kilianskirche dient vor allem das Mittelalter als Bezugsgröße für lokalen Stolz und Ansatz für Identifikationen der Bevölkerung mit der Gemeinde. Dies wird beispielsweise unter Hinweis auf den mittelalterlichen Stadtgrundriss oder den Osterräderlauf immer wieder betont. Ipsens Aspekte, die bei einem Identifikationsprozeß von Bedeutung sind, werden in Lügde erfüllt. Die „Kontur“ des Ortes<sup>68</sup> findet man hinsichtlich der Baudenkmäler, des berühmten Besuchs durch Karl den Großen, des damit verbundenen hohen Alters dieser Stadt und des Brauchtums. Dadurch hebt sich Lügde von anderen Städten ab und unterstreicht ihre Besonderheit.

Die Entwicklung der Stadt nach dem Zweiten Weltkrieg führte zu Neuorientierungen und ging mit einer Aufweichung der konfessionellen Verwurzelungen einher. Auch die administrativen Grenzen wurden neu definiert. Es gelang, Lügdes Mittelpunktstellung in einem ländlichen Umfeld auszubauen. Gänzlich aufgehoben wurde die verwaltungsgebundene Inselstellung aber erst 1970. Nichtsdestotrotz ist die Verbindung zu Paderborn nach wie vor durch katholische Vereine und die überwiegend katholische Bevölkerung zu spüren. Die Landesgrenze zu Bad Pyrmont stellt für Lügde eine wichtige Linie dar. Wäre Lügde von Bad Pyrmont eingemeindet worden, hätte die lokale Identität der Emmerstadt wohl stark darunter gelitten. Da dies nicht geschehen ist, konnte die Stadt Lügde ihre Vorrangstellung im Kreise der lippischen Gemeinden ebenso wahren wie ihre lokale Identität. Das Verhältnis zu Bad Pyrmont ist heute freundlich geprägt, auch weil die administrative Grenze besteht. Auf der einen Seite die mittelalterlich geprägte Stadt mit altem Brauchtum, auf der anderen Seite das Kurbad mit propagierter Weltoffenheit.

Ipsen schreibt: „Kohärenz verweist auf die Notwendigkeit, einen Raum als Ganzes zu begreifen, ein Zusammenhang, auch von Widersprüchlichem, muß sich herstellen lassen.“<sup>69</sup> Die anfängliche Befangenheit, vom Kreis Höxter in den Kreis Lippe zu wechseln, ist wohl verständlich, denkt man an die Konfessionsgrenze und die starke

<sup>65</sup> Interview mit dem Pressesprecher des Dechenvereins vom 7. Juli 2003.

<sup>66</sup> IPSEN, Regionale Identität, S. 239.

<sup>67</sup> JOHANEK, Die Sachsenkriege Karls des Großen, S. 223.

<sup>68</sup> IPSEN, Regionale Identität, S. 240.

<sup>69</sup> IPSEN, Regionale Identität, S. 240.

Verbindung zum ehemaligen Hochstift Paderborn; doch diese Verbundenheit hat sich erhalten und wurde durch eine stetig wachsende lippische Identität ergänzt, die sich als historisch und sozial gewachsen auszeichnet. Auch die Verbindung von historischer Bausubstanz mit neuen Industriegebäuden wird in Lügde nicht als Problem gesehen, denn dies macht eher die Komplexität der Stadt und Region aus, zumal Industriebetriebe außerhalb des historischen Stadtkerns angesiedelt worden sind. Als großer Träger symbolischer Ortsbezogenheit und lokaler Identität erweist sich der Osterräderlauf. Jedes Jahr ausgerichtet vom Dechenverein und überregional bekannt, erfreut er sich breiter Akzeptanz und trägt dazu bei, unterschiedliche Interessen zu vereinen und für das Image- und Identitätsmanagement nutzbar zu machen.

## „Unwirkliche Wirklichkeit“ –

### Die Entwicklung des Paderborner Kinos von seinen Anfängen als technische Sensation bis zur Etablierung als Massenmedium\*

von Alexandra Müller

*[...] dass die Zeit auf jede Scheibe so ihr Bild eingebrannt habe, aber nicht, wie man es zu sehen gewohnt, nein, es war Leben darin, die Blätter der Bäume bewegten sich, die Menschen kamen und gingen wie in einem Spiegelbilde.<sup>1</sup>*

Mehr als zwanzig Jahre vor der Entwicklung der Kinematographie schrieb Hans Christian Andersen diese Zeilen in seinem Märchen „Der Garten des Paradieses“. Er drückt damit die für das 19. Jahrhundert so typische Sehnsucht nach abbildbarer Wirklichkeit in Bewegung aus. Gerade in der Zeit der Industrialisierung mit ihrer rationalisierten-technisierten Umwelt, mit den Kennzeichen von Massengesellschaft, Urbanisierung, Eisenbahn, Industrieanlagen, Mietskasernen, strikter Arbeitsdisziplin etc. war die Seh-Sucht nach sinnlich-visuellen Reizen groß.

Diese Seh-Sucht war kein ausschließlich großstädtisches Phänomen. Auch in der Kleinstadt Paderborn versuchten diverse Licht- und Illusionsmedien wie Panoramen und mechanische Theater schon vor dem Kino die visuellen Bedürfnisse der Paderborner zu befriedigen. Desgleichen kompensierten Varietévorstellungen und der Libori-Jahrmarkt<sup>2</sup> die Schau- und Sensationslust, indem sie als sinnlich-attraktive Gegenwelten dienten und einen selbstbestimmten Umgang mit Zeit boten.

Aber erst 1895 sollte sich Hans-Christian Andersens Paradies-Utopie der wirklich ‚Lebenden Bilder‘ erfüllen, als zwei Gebrüderpaare – die Lumières in Paris und die Skladanowskys in Berlin – die Kinematographie erstmals einem erstaunten Publikum vorführten. Erst das spezifisch neue Medium der Jahrhundertwende bot gleichermaßen Realität wie Illusion, quasi eine „unwirkliche Wirklichkeit“.<sup>3</sup> Drei Jahre später gab es die erste Kinovorstellung in Paderborn. Neugierig und fasziniert, manchmal aber auch reserviert entdeckten die Paderborner die neue technische Sensation über unter-

\* Dieser Beitrag fasst die Ergebnisse meiner im November 2003 im Fach Geschichte an der Universität Paderborn eingereichten Magisterarbeit zusammen. Er basiert auf einem am 20. Januar 2004 im Rahmen des vom Verein für Geschichte an der Universität Paderborn veranstalteten „Historischen Gesprächskreises“ gehaltenen Vortrag.

<sup>1</sup> ANDERSEN, Hans Christian: ‚Der Garten des Paradieses‘, in: Ders., Sämtliche Märchen 1873, zit. nach BIRETT, Herbert: Lichtspiele. Das Kino in Deutschland bis 1914, München 1994, S. II.

<sup>2</sup> Vgl. STAMBOLIS, Barbara: Libori. Geschichte des Kirchen- und Volksfestes, Paderborn 1998.

<sup>3</sup> Mit diesem Titel hat der Paderborner Journalist Hermann Tölle seine Kindheitserinnerungen an das frühe Kino überschrieben, die er in einer dreiteiligen Artikelreihe 1944 im Westfälischen Volksblatt veröffentlichte, vgl. WV 30.8.1944, 6.9.1944 und 15.9.1944.

schiedliche Foren (Wanderkino im Salon, im Varieté und auf dem Jahrmarkt), bevor sie sich als festes Kino in den zehner Jahren etablierte und – wie noch zu zeigen sein wird – ein Massenpublikum erreichte.

Bevor genauer darauf eingegangen wird, soll zunächst die Forschungs- und Quellenlage dargelegt werden. Die Paderborner Kinogeschichte ist bisher weitgehend unbearbeitet geblieben<sup>4</sup> – trotz guter Quellenlage und entgegen der Tendenz zur lokalen Kinoforschung in der immer stärker historisch akzentuierten Filmwissenschaft seit den 90er Jahren.<sup>5</sup> Aussagekräftigste Quelle ist die Aktensammlung zur Paderborner Kinematographie, die 1907 von der Stadt- und Polizeiverwaltung angelegt wurde.<sup>6</sup> In den Akten finden sich Anträge potentieller Kinobetreiber, Genehmigungen der Stadtverwaltung, Baupläne, Prüfverfahren, Beschwerden, aber auch Angaben zum Publikumsbesuch und Zensurerlasse. Darüber hinaus führt die Sichtung der lokalen Zeitungen zu einem plastischen Bild der Kinoentwicklung. Über Artikel, Kritiken und Annoncen erhält man Aufschluss über die Preisentwicklung, das Programm, die Resonanz, aber auch über die Konkurrenzsituation, die teilweise über Werbeannoncen geführt wurde. Auch Zeitungsausgaben, die weit über den untersuchten Zeitraum

- <sup>4</sup> Das von der Stadt Paderborn herausgegebene Heft über 80 Jahre Kino in Paderborn beschränkt sich auf ein Kino, reißt viele Sachverhalte nur an und gibt zudem keine Quellen an: 80 Jahre Kino in Paderborn. Von der Volkshalle zum Kino-Center, hg. v. d. Stadt Paderborn, Paderborn 1981. – Eine zweite, sehr viel umfangreichere wissenschaftliche Studie von Donathe Strathmann beschäftigt sich mit der Wiederaufbauphase nach dem Zweiten Weltkrieg. Vgl. STRATHMANN, Donathe: Re-Education oder Entertainment? Der Wiederaufbau der Paderborner Filmtheater 1945–50 und die Kulturpolitik der britischen Militärregierung in Deutschland, in: Mitteilungen des Vereins für Geschichte an der Universität Paderborn, 12/1 (1999), S. 5–20 und S. 72–83. – Zum frühen Kino in Paderborn existiert ferner eine unveröffentlichte Magisterarbeit der Literaturwissenschaft, die sich aber hauptsächlich auf die ersten festen Kinos in Paderborn bezieht und die ambulante Phase des Kinos (Saal, Varieté- und Libori-Kino) ebenso wie die Einbettung des Kinos in den Wandel der Alltags-, Freizeit- und Wahrnehmungskultur außer Acht lässt; vgl. SEWZYK, Sandra: Zwischen Zensur und Fortschritt: Entstehungsgeschichte des Kinos in Paderborn, Magisterarbeit (masch.) im Fach Allgemeine Literaturwissenschaft vorgelegt bei Dr. Stefan Greif, Paderborn 2000.
- <sup>5</sup> Beispielhaft für diese Entwicklung ist die Oldenburger Tagung zu Fragen regionaler Filmforschung und Kinokultur 1992, vgl. STEFFEN, Joachim/ THIELE, Jens/ POCH, Bernd (Hg.): Spurensuche. Film und Kino in der Region, Oldenburg 1993. – Von der Flut an Kinostadtgeschichten können an dieser Stelle nur einige, die ostwestfälische Region betreffende, genannt werden: DEISTING, Heinrich Josef: Zur Werler Theater- und Kinogeschichte, in: Soester Zeitschrift 94 (1982), S. 67–79; FLEER, Cornelia: Vom Kaiser-Panorama zum Heimatfilm. Kinogeschichten aus Bielefeld und der Provinz Westfalen (Schriften der Friedrich-Wilhelm-Murnau-Gesellschaft 5), Marburg 1996; GRABE, Wilhelm: Vergiftung des gesunden Volksgeistes? Die Anfänge des Kinos in Warendorf, in: Westfälische Zeitschrift 148 (1998), S. 199–222; HENNINGSEN, Wiltrud: Licht und Schatten in Westfalen. Von Hausierererrücken zu Kinopalästen, Münster 1997; DIES.: Die Entstehung des Kinos in Münster, Münster 1992; RUHENSTROTH, Edmund: Aus der Geschichte der Gütersloher Lichtspieltheater, in: Heimat-Jahrbuch Kreis Gütersloh 1991, S. 85–91.
- <sup>6</sup> StAPB Akte A III 4335, Akta der Polizeiverwaltung betreffend Anlage und Betrieb von Kinematographen. Paderborn 1907–1918; StAPB Akte A III 4336, Film-Theater, Lichtspiele 1919–1939; StAPB Akte A III 4337, Film-Theater 1927–1928.

hinausreichen, sind hilfreich, da sich in ihnen rückblickende Zeitzeugenberichte u. ä. finden.<sup>7</sup>

Versucht man die Frage zu beantworten, wie sich das Kino in der ostwestfälischen Provinzstadt Paderborn von einer technischen Sensation zu einem schichtenübergreifenden Massenmedium entwickelte, das andere tradierte Freizeitformen möglicherweise verändert bzw. verdrängt hat und zu einer der bestimmendsten Formen der Massenkultur wurde, so müssen folgende Aspekte genauer untersucht werden. Zunächst interessiert das Provinz-Stadt-Verhältnis. Wenn das Kino zu einem wirklichen Massenmedium werden wollte, durfte es kein ausschließlich großstädtisches Phänomen bleiben, sondern musste auch die Provinz erobern. Wie unterscheidet sich nun das großstädtische vom provinziellen Kino? Gab es tatsächlich – wie einige Forscher behaupten – eine Versorgungslücke in der ‚Kinowüste‘ Provinz?<sup>8</sup> Zum Zweiten geht es um die qualitativen und quantitativen Aspekte des Massenmediums Kino. Wie viele Menschen gingen ins Paderborner Kino? Wie setzte sich das Publikum sozial zusammen? Wie hoch waren die Eintrittspreise, konnte es sich überhaupt jeder leisten, ins Kino zu gehen? Der dritte wichtige Aspekt beschreibt die Veränderungen des Kinos auf die tradierte Freizeitkultur. Verdrängte oder bildete das Kino tatsächlich frühere Medientraditionen um? Und wie reagierten die etablierten Unterhaltungsbereiche wie Varieté, Theater, Gaststätten und Jahrmärkte auf das Kino?

Bevor diese drei Aspekte behandelt werden, sollen zunächst allgemeine Entwicklungstendenzen des Paderborner Kinos beleuchtet werden. Für die Stadt an der Pader ist wie auch andernorts eine Zweiteilung der Kinoentwicklung zu beobachten. Die erste Phase bezeichnen Kinohistoriker als ambulante Phase. Das Kino zog als Wanderkino von Stadt zu Stadt und bot einem wechselnden Publikum ein begrenztes Programmangebot. Die darauf folgende stationäre Phase ist gekennzeichnet vom Sesshaftwerden der Kinos. An einem Ort wurden längerfristig Kinos errichtet, die regelmäßig Vorstellungen gaben und einem festen Publikum wechselnde Programme boten. In Paderborn kam es 1898 zur ersten Kinovorstellung, als ein Berliner Schausteller am 2. und 3. Oktober 1898 im „Preußischen Hof“ am Kamp *Grosse Spezial-Vorführungen von Edisons Erfindungen. Kinematograph (Lebende Photographien)*<sup>9</sup> gab. Die Paderborner konnten *eine astronomische Serie, sowie die großartige, aber leider verunglückte*

<sup>7</sup> Vgl. Tölles Erinnerungen im WV 30.8.1944, 6.9.1944 und 15.9.1944.

<sup>8</sup> So noch JASON, Alexander: *Der Film in Ziffern und Zahlen. Die Statistik der Lichtspielhäuser in Deutschland 1895–1925*, Berlin 1925. Auch der Filmhistoriker Warstat spricht von einer allumfassenden Medienverspätung in Kleinstädten und der Historiker Führer sieht in der Provinz die „Achillesferse der deutschen Kinoindustrie“, vgl. WARSTAT, Dieter Helmuth: *Frühes Kino der Kleinstadt*, Berlin 1982, S. V; FÜHRER, Karl Christian: *Auf dem Weg zur „Massenkultur“? Kino und Rundfunk in der Weimarer Republik*, in: *Historische Zeitschrift* 262 (1996), S. 739–781, hier S. 743.

<sup>9</sup> PA 1.10.1898.

*amerikanische Nordpolfahrt der ‚Jeanette‘ und Ansichten von verschiedenen Ländern*<sup>10</sup> sehen. Nach einer dreijährigen Kinopause kam der Kinematograph in Form des Variété-Kinos „Melich“ und in Form der Jahrmarktkinos „Zensen“ und „Ahlers“ ab 1901/02 bis 1911 regelmäßig in die Stadt. Zu Libori oder auch an anderen Feiertagen konnte man in Zelten auf dem Konviktsplatz (dem heutigen Maspornplatz) oder in der Volkshalle an der Leostraße (dem heutigen Capitol-Theater) ein buntes Programm aus Aktualitäten, Kriegsfilmern, ersten (kolorierten) Spielfilmern, religiösen Thematiken, technischen und wissenschaftlichen Belehrungen und Detektivgeschichten sehen.

Die Blütezeit der Wanderkinos ging mit der zunehmenden Konkurrenz stationärer Kinematographen ab 1908 schnell zu Ende. 1911 war der letzte Jahrmarktskinematograph auf dem Liborifest zu sehen. Warum sollten die Menschen auch ein Wanderkino besuchen, wo sie jetzt doch jede Woche die Möglichkeit hatten, ins Kino zu gehen – und das zu den gleichen Preisen bei weit aus größerer Ausstattung? Während der Paderborner Hermann Tölle beim Jahrmarktskino noch von harten Bänken ohne Rückenlehne spricht, von einem Durchschleusen der Zuschauer und von kurzen Programmen und verregneten, zappelnden Bildern berichtet, fanden die stationären Kinovorführungen in neugebauten oder umgebauten Ladenlokalen, großen Hallen oder Gaststättensälen statt. Anstelle der Bretterbuden oder Zelte der Jahrmarktskinos boten sie feste Stuhlreihen bzw. Klappsitze, Heizung und Ventilation, oft elektrischer Art, Musik durch Klavier, Harmonium, Grammophon, ein eigenes Hausorchester oder gar ‚Tonbilder‘, dazu noch die Möglichkeit des Ausschanks in den Gaststättenkinos.<sup>11</sup>

Das erste feste Kino eröffnete am Neujahrstag 1908 in der Westernstraße 13. Das kleine Ladenkino fasste nur 72 Personen und gehörte mit seinem Grundriss von zehn Metern Länge und vier Metern Breite zu den damals in Deutschland typischen ‚schmalen Handtüchern‘.<sup>12</sup> Allerdings hielt es den Spielbetrieb nur bis Mai 1908 aufrecht. Ausschlaggebend für das schnelle Scheitern war das geringe Sitzplatzangebot, das nur einen kleinen Gewinn zuließ. Beim Kinobetrieb blieben die Kosten für das Filmprogramm, den Strom, die Steuer, die Werbung etc. nämlich gleich hoch – unabhängig von der Größe des Saals. Der Gewinn hingegen vergrößerte sich proportional zum Sitzplatzangebot. Die nachfolgenden Kinobetreiber sollten daraus lernen, indem sie größere Säle mit 100 bis 600 Plätzen anmieteten, um mit den ‚guten‘ Tagen die ‚schlechten‘ auffangen zu können. Denn die Nachfragestruktur der Paderborner war ganz klar auf das Wochenende, vor allem auf den Sonntagnachmittag und -abend ausgerichtet. Am Wochenende war man amüsierbereiter, man verfügte über mehr

<sup>10</sup> PA 1.10.1898.

<sup>11</sup> Annoncen wiesen z. B. explizit auf *gute Ventilation und Dampfventilation und Dampfheizung* hin, betonten die Begleitmusik durch *Mitglieder der Inf.-Kapelle* oder kündigten zusätzlich *Hochfeines Bockbier, Glas 10 Pfg.* an; vgl. WV 5.1.1910, 27.2.1910 und 15.5.1910.

<sup>12</sup> Vgl. die Skizze des Bauplans in StAPB A III 4335.

freie Zeit, wollte diese mit seiner Familie verbringen und gerade die Kinder liebten das Kino, so dass man mit ihnen zu den Vorstellungen ging. Zudem hatte man die wöchentliche Lohnzahlung in der Tasche.

1909/10 kam es zu einem regelrechten Kinoboom in Paderborn, sechs feste Kinos öffneten ihre Pforten.<sup>13</sup> Diese Boomphase war charakterisiert durch eine Blüte der Gaststättenkinos – es gab zeitweise vier! – und durch ihren Konkurrenzkampf zu den reinen Kino-Theatern. Trotz der offenkundigen Vorteile der Gaststättenkinos, die in der Ausschankgenehmigung, in dem bereits erworbenen Bekanntheitsgrad der Lokalität und in der schon vorhandenen Bestuhlung, Elektrizität und Heizung lagen, setzten sich die reinen Kino-Theater durch. Böhles „Weiße Wand“ in der Rosenstraße 13 empfing bis 1921 Cineasten, Marks „Weltkino“ in der Centralhalle/Westernstraße 14 lief bis 1919. Der Grund hierfür liegt in der Besteuerungstaktik des Paderborner Magistrats. Ab 1907/08, als der erste Kinounternehmer um eine feste Kinokonzession bat, führte die Stadt- und Polizeiverwaltung verwaltungstechnische Maßnahmen wie Konzessionsvergabe, Zensur und Lustbarkeitssteuer ein. Man erhoffte sich durch diese Instrumente eine gewisse Kontrolle. Tatsächlich konnte die Stadt z. B. mit der Lustbarkeitssteuer missliebigen Kinounternehmern, die etwa gegen die Zensurrichtlinien verstießen, das finanzielle Überleben erschweren. Generell besteuerte Paderborn die Gaststättenkinos höher als die reinen Kino-Theater. Man befürchtete wohl durch den zusätzlichen Alkoholgenuss eine Steigerung des subversiven Vergnügenscharakters der Kinos. Außerdem bot die hohe Gaststättenbesteuerung eine lukrative Einnahmequelle für die Stadtverwaltung.<sup>14</sup> Die hohe Steuerlast zwang die Kinounternehmer also weg von den Gaststätten hin zu den reinen Kino-Theatern.

Eine weitere Entwicklung verstärkte diese Tendenz. Ab 1911 kam es in ganz Deutschland zur Etablierung des Langfilms. Erst mit diesen langen Spielfilmen von rund 40 bis 60 Minuten Dauer löste sich das Kino von seinem bisher dominierenden

<sup>13</sup> Der Hannoveraner Wilhelm Schmitz bespielte die Volkshalle, Leostraße 37, von März bis Dezember 1909 und den „Westfälischen Hof“ im Januar und Februar 1910. Der Paderborner Eduard Mark wurde Schmitz' Nachfolger in der „Volkshalle“ und gab dort bis 1912 Vorstellungen, um dann ein reines Kino-Theater in der Centralhalle/Westernstraße 14 zu führen. Die Paderborner Adolf Neumann und Heinrich Kliem öffneten ihre Gaststättenkinos am Marienplatz bzw. am Kamp nur für Dezember 1909 bzw. September bis November 1910. Dazu kommen die reinen Kino-Theater von Friedrich Hobein in der Centralhalle/Westernstraße 14 (Januar bis April 1909) und von Josef Böhle in der Rosenstraße (Mai 1909 bis 1921).

<sup>14</sup> 1912 setzte man beispielweise [...] die Lustbarkeitssteuer für den Kinematographen Mark in der Volkshalle mit Rücksicht auf die Größe des Lokals und Bierausschank auf täglich 15 Mark [...] fest; vgl. StAPB A III 4335, Magistratsbeschluss am 9.4.1912. Bei nur vier Sonntagsvorstellungen pro Monat bildet das die hübsche Summe von 720 Mark im Jahr, die die Stadt damit am Kino verdiente. Bei den reinen Kino-Theatern waren hingegen nur drei bzw. sechs Mark für Werk- bzw. Sonn- und Feiertage zu entrichten.

Kurzfilmcharakter (acht bis zehn Filme zu je fünf bis zehn Minuten).<sup>15</sup> Durch den langen Spielfilm wandelte sich das Kino erheblich hinsichtlich seiner Öffentlichkeitsstruktur. Konnte man noch während der Kurzfilmzeit kommen und gehen, wann man wollte, da ein Programm mehrmals wiederholt und nach einem Ablauf nachkassiert wurde, erforderten die langen Spielfilme feste Anfangszeiten, da man sonst den Inhalt nicht verstanden hätte. Lange Spielfilme verlangten erheblich mehr Konzentration, denn sie enthielten komplexere Aufbaustrukturen, Inhalte, Spannungsbögen etc., so dass ein Kinogenuss in Gaststätten mit Ausschank, Bewirtung und lauten Kommentaren durch das gesellige Beisammensein nicht mehr möglich war. Der Langfilm bewirkte also die endgültige Etablierung reiner Kino-Theater. Gaststättenkinos sind in der Folgezeit für Paderborn nicht mehr feststellbar.

Der Langfilm, vor allem aber das damit einhergehende System des Monopolverleihs festigten zum ersten Mal bedeutsam die Entwicklung der Provinz zur ‚Kinoprovinz‘. Dieses System basierte nämlich auf der Vergabe von Auswertungsrechten an einem Film vom Filmhersteller auf den Verleiher und von diesem dann auf die einzelnen Kinobetriebe. Das geschah in der letzten Stufe in Form des Rechts zur örtlichen Erst- und/oder Alleinaufführung eines Films. Und diese fand in der Regel immer in Großstädten statt. Erst danach wanderten die Filme weiter in die Provinz. Bezüglich der vorhergehenden ambulanten Phase kann von einer ‚Kinowüste‘ Provinz aber nur sehr bedingt gesprochen werden. Erstens finden sich dort alle typischen Verbreitungsformen der ambulanten Kinematographie (Kino-Salon, Varieté, Jahrmarkt). Zweitens ist der zeitliche Rückstand der Etablierung gegenüber den Groß- bzw. Industriestädten sehr gering. Nach den ersten Kinoveranstaltungen in Großstädten 1896, fanden im gleichen Jahr in Bielefeld,<sup>16</sup> ein Jahr später in Gütersloh<sup>17</sup> und zwei Jahre später in Warendorf<sup>18</sup> und Paderborn die ersten kinematographischen Vorstellungen statt. Auch das Variétékino, das generell um 1900 den Kinematographen im Gepäck hatte, stattete nur ein Jahr später Paderborn einen Besuch ab. Wenn zudem die wirtschaftliche Prosperität des Jahrmarktskinos erst nach der Jahrhundertwende für ganz Deutschland festzustellen ist, und dementsprechend ab 1902 die ersten Wanderkinos auf dem Liboriberg auftauchten, dann widerlegen Paderborn und die ostwestfälische Region für die ganze ambulante Phase die frühere filmhistorische These, die die Medienverzögerung auf dem Land zum zentralen Prinzip erhob.

<sup>15</sup> In Paderborn bestand das Kinoprogramm noch bis 1913 aus einer Kombination von Lang- und Kurzfilmen; vgl. StAPB A III 4335, Handzettel 16.3.1913. – Während des Ersten Weltkrieges setzte sich allmählich das ‚Zwei-Schlager-Programm‘ durch, das bis in die 20er Jahre bestimmend war; vgl. die Anzeigen der „Weißen Wand“, dann des „Lichtspielpalastes“ 1921 im WV 18.3.1921 und 13.5.1921.

<sup>16</sup> FLEER, Vom Kaiser-Panorama zum Heimatfilm, S. 17.

<sup>17</sup> RUHENSTROTH, Aus der Geschichte der Gütersloher Lichtspiel-Theater, S. 85f.

<sup>18</sup> GRABE, Vergiftung des gesunden Volksgeistes? S. 202f.

Erst in der stationären Phase wird die Medienverspätung in Paderborn deutlicher. Die Kinogründungswelle fand auf ganz Deutschland bezogen in den Jahren 1906/07 statt und erreichte Paderborn ein bzw. zwei, in ihrer Boomphase sogar erst drei Jahre später. Allerdings kann eine solche zeitliche Verzögerung nicht für alle Provinzstädte gelten: Minden beispielsweise besaß ein festes Kino zeitgleich mit der Reichshauptstadt Berlin und der Hansestadt Hamburg; Münster muss in einem Zuge mit den Großstädten München, Düsseldorf und Frankfurt genannt werden und in Bielefeld entstanden während des deutschen Kinobooms 1907 innerhalb von nur acht Wochen vier Kinos.<sup>19</sup> Die Entwicklung der Provinz zur ‚Kinoprovinz‘ wurde erst ab 1910/11 durch den Langfilm und den Monopolverleih bewirkt. Aber auch während dieser Phase lassen sich Spezifika der Kinoprovinz Paderborn ausmachen, die nicht in das Bild eines abseits gelegenen, von den Großstädten bespielten Ortes passen.

Das Kino bildete sich nämlich auch in der Kleinstadt Paderborn zu einem Massenmedium aus. Diese Entwicklung erfolgte allerdings schrittweise. Die ersten Kino-Salon- und Varietékinovorstellungen erreichten zunächst ein bürgerliches Publikum. Durch die hohe Preissetzung von 50 Pfennigen bis zu einer Mark<sup>20</sup> und durch das bürgerlich-gehobene Umfeld der Salons und Varietés zogen sie an technischen Neuerungen interessierte und finanziell gut situierte Menschen an. Die „proletarischen Ursprünge des Mediums“<sup>21</sup> sind für Paderborn Legende, einfache Handwerker hätten zwei bis drei Stunden arbeiten müssen, um sich eine Kinokarte kaufen zu können.<sup>22</sup> Zum viel zitierten ‚Theater der kleinen Leute‘ wurde das Kino erst durch das Jahrmarktskino. Auf dem schichtenübergreifenden Libori-Jahrmarkt passte sich das Kino seiner (Medien)-Umgebung an, senkte die Preise aufgrund des fallenden medialen Novitätswertes um bis zu 30 Pfennige und erreichte erstmals breite Schichten. Nun kostete eine Kinokarte mit 20 bis 30 Pfennigen ungefähr so viel wie ein Pfund Blütenmehl oder ein Liter Milch.<sup>23</sup>

War das Paderborner Kino in seiner Anfangsphase also Massenmedium, weil es ein heterogen-disperses Publikum über unterschiedliche Foren ansprach, wurde diese Entwicklung in der Phase der festen Kinos erheblich weitergeführt. Nun war ein

<sup>19</sup> Vgl. die chronologische Liste mit Kinogründungen bei HENINGSSEN, Licht und Schatten in Westfalen, S. 83ff.

<sup>20</sup> Vgl. PA 1.10.1898 und PA 25.12.1901; sowie StAPB A III 4340.

<sup>21</sup> So z. B. PROKOP, Dieter: Medien-Macht und Massen-Wirkung. Ein geschichtlicher Überblick, Freiburg 1995, S. 37ff.

<sup>22</sup> 1904 verdienten Handwerker ca. 30 Pfennige in der Stunde; vgl. HÜSER, Karl: Von der Reichsgründung bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges (1871–1914), in: DERS. (Hg.), Paderborn. Geschichte der Stadt in ihrer Region, Bd. 3: Das 19. und 20. Jahrhundert: Traditionsbindung und Modernisierung, Paderborn 1999, S. 101–161, hier S. 159f.

<sup>23</sup> Vgl. zu den Preisen des Jahrmarktskinos, die sich den 30 Pfennigen Eintritt der Panoramen anpassten PA 25.12.1907 und Tölles Erinnerungen im WV 6.9.1944. – Vgl. zu den Lebensmittelpreisen WV 12.3.1910 und Statistisches Jahrbuch für den Preußischen Staat 1911, zit. nach BIRETT, Lichtspiele, S. XCVII.

gleichzeitiger Kinogenuss unterschiedlicher Bevölkerungsschichten in weitgehend einem Forum möglich. Die Volkshalle z. B. war ein immanent bürgerliches Forum, indem sie als etablierte Vereins-, Tanz- und Vergnügungsstätte ein dementsprechendes Publikum anzog, während gleichzeitig Vertreter der Mittel- und Unterschichten durch die niedrigen Kinopreise und durch das Angebot des Ausschanks angelockt wurden. Auch die reinen Kino-Theater banden durch ihre Programmstruktur (‚dezen-te‘ Reformkinoprogramme oder dem bürgerlichen Kulturkanon der Oper bzw. der Operette entsprechende ‚Tonbilder‘) bürgerlich-gebildete Schichten an sich, desgleichen fanden sie ihre Besucher in den ‚unteren‘ Schichten, die im Kino eine billige Alternative zu anderen Freizeitformen sahen. Sie trafen im Kino einen Ort an, zu dem man ohne große Kleidervorschriften, ohne Vorbestellen von Karten, spontan und zunächst ohne feste Eintrittszeiten hingehen konnte, um ein Unterhaltungsvergnügen zu genießen und eben kein Kulturereignis, das bürgerliche Normen wie Geld, Bildung, Status oder dergleichen voraussetzte. In den Paderborner Kinos fanden sich also alle Bevölkerungsschichten – [...] *auch die besseren Stände* – wie die Akte explizit betont.<sup>24</sup> Das Kino war somit ein extrem modernes Medium, ein öffentlicher Raum eines kollektiven, schichten- und altersübergreifenden und gemischt-geschlechtlichen Freizeitvergnügens. Anders als traditionelle Vergnügungen wie die Konzerte des Musikvereins, Bälle des Gardevereins oder Aufführungen des katholischen Gesellenvereins, die durch die Preissetzung sowie durch das soziokulturelle Umfeld der Vereine ein jeweils schichtspezifisches Publikum ansprachen, vereinte das Kino als erstes Medium privilegierte und unterprivilegierte Schichten. Selbst die vielfältigen Disziplinierungsmaßnahmen, die Stadt-, Polizeiverwaltung, Schulen und Kirche in Form von Konzessionsvergabe, Lustbarkeitssteuer, Zensur und katholisch-pädagogischer Kinoreformbewegung am Kino ausübten, um die Wirkung des so subversiv mit dem herrschenden sozialen und kulturellen Kanon brechenden Mediums zu kanalisieren, konnten an der massenhaften Ausstrahlung des Mediums nichts ändern.

Wichtig für das Kino als Massenmedium sollte auch dessen hohe Attraktivität für Kinder sein. Entsprachen die Kurzfilmprogramme genau dem kindlichen Rezeptionsmuster von vielen, kurzen, abwechselnden Reizen und einer noch nicht so langen Konzentrationsphase, fand das Kino in den Kinderzuschauern sein treuestes Publikum.<sup>25</sup> Kinder und Jugendliche wurden von den Kinobetreibern durch Preisreduktionen und gesonderte Kindervorstellungen umworben, lernten das Kino in seiner Frühzeit schätzen und lieben, integrierten es in ihre Alltagswelt, übernahmen diese Freizeitgewohnheiten als Erwachsene und bescherten somit dem Kino seine kommenden

<sup>24</sup> StAPB A III 4335, Brief an einen Konzessionssteller aus Bielefeld am 10.7.1918.

<sup>25</sup> Vgl. MÜLLER, Corinna: Frühe deutsche Kinematographie. Formale, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklungen, Stuttgart 1994, S. 192.

Blütezeiten. Damit wuchsen mit dem Kino neue Generationen in ein neues Jahrhundert mit neuen Freizeit- und Unterhaltungsgewohnheiten hinein.

In der Kleinstadt Paderborn war das Kino auch rein quantitativ zu einem Massenmedium geworden. Im März 1909 kamen zur Eröffnungsveranstaltung des Volkshallenkinos 650 Zuschauer,<sup>26</sup> während das fünf Monate später im Grand Hotel eröffnete Berliner Union-Theater auch ‚nur‘ 600 Personen fasste, aber damit warb, [...] *das größte Unternehmen in Deutschland zu sein.*<sup>27</sup> Auch längerfristig konnte das Volkshallenkino 200 bis 400 Personen an sich binden. Dass die Kinos in Paderborn bis Ende der 10er Jahre Sonntagskinos waren, heißt nicht, dass es in der Provinz eine mediale Unterversorgung, d. h. kein Massenmedium Kino gegeben hätte. Die Vermerke von überfüllten Kinosälen, den darauf folgenden ständigen Vergrößerungen im Platzangebot und in der Raumkapazität, der für Provinzstädte frühe Bau von 500 bis 700 Menschen fassenden Kinopalästen<sup>28</sup> – dies alles beweist den für eine Kleinstadt beachtlichen quantitativen Massencharakter des Kinos.

Untersucht man die Veränderungen des Kinos im Hinblick auf tradierte Freizeit- und Unterhaltungsformen, ergibt sich folgendes Bild.<sup>29</sup> Alte Medientraditionen wie mechanische Theater oder Kaiser-Panoramen, die seit 1863 bzw. 1891 bei den Paderbornern sehr beliebt waren, wurden vom Kino durch seinen hohen Modernitätsfaktor, ausgedrückt in der Mobilität der Bilder, im Reizüberfluss der schnellen Programme, im hohen Unterhaltungsfaktor und im Illusionscharakter einer Traumwelt innerhalb weniger Jahre komplett zerstört. 1907 gastierte das letzte mechanische Theater auf dem Liboriberg, 1908 war das Ende der Libori-Kaiser-Panoramen besiegelt, zwei Jahre später schloss das feste Panorama „In der Grube 52“ seine Pforten.<sup>30</sup>

Auch im Varietébereich lassen sich die Verdrängungstendenzen des Kinos feststellen. Gastierte das Varieté „Melich“ zwischen 1893 und 1908 mindestens sechsmal in Paderborn,<sup>31</sup> war das berühmteste und größte Varieté Deutschlands 1908 ein letztes

<sup>26</sup> Vgl. die am 7. und 14.3.1909 notierten Besucherzahlen in StAPB A III 4335.

<sup>27</sup> Vgl. Werbeplakat abgedruckt bei HANISCH, Michael: Auf den Spuren der Filmgeschichte. Berliner Schauplätze, Berlin 1991, S. 209.

<sup>28</sup> 1921 wurde der „Lichtspielpalast“ eröffnet und 1927 das „Residenztheater“ in der zum Kino umgebauten Volkshalle; vgl. Der Zauber der Weißen Wand. Aus den Kindertagen des Kintopp, FP 17.3.1950; zur Eröffnung des „Residenz“ WV 28.11.1927.

<sup>29</sup> Der Freizeitbereich ‚Verein‘ wird hier vernachlässigt, weil das Kino auf ihn keinen bzw. kaum Einfluss hatte. Die Paderborner Vereine existierten weiter, es gab Versammlungen, Treffen, Feste und Feiern wie in der Zeit vor dem Kino. Einzig der Paderborner Flottenverein versuchte den Kinematographen für seine Zwecke zu nutzen, vgl. die annoncierte Kinovorstellung im WV 22.3.1905.

<sup>30</sup> Vgl. die letzten Annoncen im PA 24.7.07, WV 23.7.1908 und WV 9.1.1910.

<sup>31</sup> Es finden sich Anzeigen im PA vom 26.7.1893, 27.7.1895, 23.7.1898, 23.5.1908 und im WV vom 26.7.1896 und 24.12.1901.

Mal auf dem Konviktplatz zu sehen.<sup>32</sup> Damit entspricht das Paderborner Beispiel der allgemeinen Entwicklung, denn auch in ganz Deutschland war die Blütezeit der Varietés vorbei. Speziell im Ruhrgebiet ersetzten die großen Varietétheater schon vor 1914, sonst spätestens in den 20er Jahren ihr Variétéprogramm durch reine Kinovorstellungen.<sup>33</sup> Die ‚Lebenden Bilder‘ mit ihrer sinnlich-vorstellbaren Reizkultur einer Traumwelt hatten den sinnlich vorhandenen Reizen existenter Personen den Rang abgelauften.

Den durch Zunahme des Kinoangebots und des Kinokonsums signifikanten Wandel in den Freizeitgewohnheiten bekam auch das Gaststättengewerbe zu spüren. Zumindest für Teile der kleinstädtischen Bevölkerung wurde das Kino zu einer beliebten und billigen Alternative zum Wirtshaus, das in der Vor-Kino-Zeit noch ganz entscheidend das Vergnügungs- und Kulturleben der Stadt prägte, indem es Theater-, Variété-, Zauber- und Musikkünstler engagierte, Tanz- und Ballveranstaltungen der Vereine beheimatete und gleichzeitig auch Vereinslokal war. Das Kino wurde von den Wirten als erhebliche Konkurrenz sowie als finanzielle Einbuße empfunden, dem man unter anderem durch Einbeziehung entgegenwirken wollte. 1909/10 reagierten vier Paderborner Wirte auf den Kinoboom, indem sie sich das Kino selbst ins Haus holten. Andere Paderborner Wirte versuchten durch Freikonzerte ihren potentiellen Kunden einen Preisanreiz zu bieten, um ihr Haus zu füllen.<sup>34</sup> Konnten die Gastwirte vor der Jahrhundertwende und damit vor dem Siegeszug des Kinos noch Eintritt für Konzerte jeglicher Art nehmen, war dies nach der Etablierung des Mediums als festes Kino nicht mehr möglich.

All diese Fakten belegen die große Popularität des Massenmediums Kino und den durch das Kino entstandenen tiefgreifenden Wandel der Freizeitgewohnheiten in der ostwestfälischen Kleinstadt Paderborn. Die unwirkliche Wirklichkeit des Kinos zog die Menschen an der Pader in ihren Bann.

<sup>32</sup> In den Paderborner Gaststätten konnte man zwar noch während des Liborifestes von 1910 zwei Variété-Ensembles erleben, danach gingen aber die varietéartigen Gastspiele stark bzw. ganz zurück, vgl. WV 24.7.1910.

<sup>33</sup> Vgl. KOSOK, Lisa: Singspielhallen, Spezialitätentheater und Varietés, in: DIES./ JAMIN, Mathilde (Hg.), Viel Vergnügen. Öffentliche Lustbarkeiten im Ruhrgebiet der Jahrhundertwende. Ausstellungskatalog der gleichnamigen Ausstellung des Ruhrlandmuseums der Stadt Essen vom 25.10.1992 bis zum 12.4.1993, Essen 1992, S. 174–205, hier S. 204.

<sup>34</sup> Vgl. allein die am 6.3.1910 im WV geschalteten Anzeigen von drei Wirten.

## Zentren herrschaftlicher Repräsentation im Hochmittelalter – Geschichte, Architektur und Zeremoniell

### 4. Symposium des Archäologisch-Historischen Forums vom 8. bis 10. Oktober 2003 in Paderborn

von *Claudia Weskamp*

Nach der internationalen Ausstellung „799 Kunst und Kultur der Karolingerzeit – Karl der Große und Papst Leo in Paderborn“ im Jahr 1999 bildet nicht mehr allein die karolingische Pfalz den Ausgangspunkt für umfangliche Forschungstätigkeiten in Paderborn. In Anknüpfung an eine bereits 1998 durchgeführte Tagung zu den Pfalzen der Karolingerzeit boten nun die neuesten Forschungen zur Paderborner Pfalz des 11. Jahrhunderts Anlass, das Themenfeld herrschaftliche Repräsentation im Hochmittelalter interdisziplinär in den Blick zu nehmen.

„Zentren herrschaftlicher Repräsentation im Hochmittelalter – Geschichte, Architektur und Zeremoniell“ lautete der Titel des vierten Symposium des Archäologisch-Historischen Forums, das am Paderborner Institut zur Interdisziplinären Erforschung des Mittelalters und seines Nachwirkens (IEMAN) angesiedelt ist. Jörg Jarnut (Paderborn) und Matthias Wemhoff (Paderborn) veranstalteten diese internationale Tagung in Zusammenarbeit mit dem Landschaftsverband Westfalen Lippe. Archäologen, Kunsthistoriker, Historiker und Literaturwissenschaftler diskutierten vom 8. bis 10. Oktober 2003 in Paderborn die unterschiedlichen Spuren königlicher Repräsentation, die sich in der architektonischen Hinterlassenschaft wie auch in der schriftlichen Überlieferung finden.

Im einleitenden Vortrag untersuchte CASPAR EHLERS (Göttingen) für den Zeitraum bis 1250 die sächsischen Aufenthaltsorte der mittelalterlichen Könige und Kaiser als Zentren der Macht. Während bezüglich der aufgesuchten Orte Veränderungen zu verzeichnen seien, bliebe das Reisekönigtum im ostfränkischen Reich eine Konstante. Es bestehe eine enge Korrelation zwischen herrschaftlicher Situation und der jeweiligen Besuchspraxis. Während Besuche auf königseigenem Besitz die ureigenste Wahrnehmung von Herrschaft darstellten, erwiesen sich diese auf nicht-königseigenem Besitz als Nagelprobe der Macht. Der Vortragende bezeichnete dies als „Macht, Gast zu sein“. So habe das Reisekönigtum zu einer Erschließung des Raumes geführt, bestimmte Orte hätten durch die Besuchspraxis eine besondere Förderung erfahren.

GERHARD STREICH (Göttingen) beschäftigte sich hingegen mit herrschaftlicher Repräsentation im Sakralbereich. Im Zentrum seines Vortrages standen dynastische Burgstiftsgründungen im hochmittelalterlichen Sachsen. Obgleich die Terminologie „Burgstift“ nicht verbreitet sei, sei diese besondere Art der „Herrschaftskirche“ im europäischen Raum nicht selten. Ein Stift in einer Burganlage übernahm dabei Memorialfunktion und diene als Grablege.

Dem Zusammenwirken von Architektur, Herrschaft und Repräsentation in den königlichen und herzoglichen Herrschaftssitzen des nordfranzösischen Raums im 10. und 11. Jahrhundert widmete sich ANNIE RENOUX (Le Mans). Die unterschiedlichen Funktionen der in den Quellen als *domus* und *castrum* bezeichneten Herrschaftszentren schlugen sich auch in der Terminologie nieder. So diente die *aula* als Ort der Rechtsprechung, die *camera* bezeichnete die privaten Gemächer des Herrschers, die *capella* stand für den kirchlichen Bereich und der Begriff *turris* entsprach der feudalen bzw. militärischen Funktion eines Herrschaftssitzes.

Die bereits in den vorhergehenden Vorträgen angesprochene herrschaftliche Situation stand im Mittelpunkt des Vortrages von MATTHIAS BECHER (Bonn). „Zwischen Loyalität und Opposition“ so charakterisierte der Vortragende das Verhältnis der Sachsen zum König. Während bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts hinein die Ottonen als „Sachsenkaiser“ galten, stellte Matthias Becher den Einfluss der fränkischen Zivilisation heraus, so dass keinesfalls von einer ethnischen Geschlossenheit auszugehen sei. Vielmehr seien zahlreiche Aufstände mit „sächsischem Akzent“, die nicht auf Sachsen beschränkt blieben, oft auf renitente Familienangehörige zurückzuführen.

„Herrschaftsrepräsentation der Salier in Sachsen – oder: warum so viel schief ging“ lautete der Titel des Vortrags von GERD ALTHOFF (Münster). Neuere Forschungen betrachten Herrschaftsrepräsentation nicht als leeres Ritual, sondern als Demonstration der Herrschaftsstrukturen. Während die Akzeptanz bestimmter Formen der Repräsentation bestehende Herrschaftsstrukturen bestätigte, konnte eine bewusste Ablehnung zur Begründung neuer Strukturen führen. Der Vortragende warf die Fragen auf, welchen Einfluss Dissens auf die Herrschaftsrepräsentation hatte, und wie sich die salische Herrschaftsrepräsentation im Vergleich zur ottonischen entwickelte. Unter Heinrich IV. stellte Gerd Althoff eine bewusste Ablehnung der Inszenierung von „Konsensfassaden“ fest. Bislang galt für die Funktionsweise königlicher Herrschaft die Einhaltung des folgenden Zweischritts: Zunächst dienten informelle Beratungen zur Entscheidungsvorbereitung und Konsensbildung, deren Ergebnisse erst in einem zweiten Schritt in demonstrativen öffentlichen Handlungen veröffentlicht wurden. Unter Heinrich IV. kam es jedoch zu einer Abkehr von dieser Herrschftspraxis. Geheime Beratungen traten an die Stelle der Konsensbildung, Entscheidungen wurden autokratisch veröffentlicht. Heinrich V. hingegen griff einerseits wieder auf die bisherige Funktionsweise von Königsherrschaft zurück, so im Fall der rituellen Konfliktlösung bei seiner Heirat, brach andererseits aber auch wieder mit dieser. Akte der Herrschaftsrepräsentation, so fasste der Vortragende abschließend zusammen, seien „Spiegel“ der Herrschaftsverhältnisse bzw. der Funktionsweise von Königtum und auch der Veränderung desselben.

HOLGER GREWE (Ingelheim) widmete sich in seinem Vortrag der baulichen Entwicklung der Pfalz Ingelheim im Hochmittelalter. Der Vortragende stellte dabei den Architekturbefund den Schriftquellen des 10. und 11. Jahrhunderts gegenüber. SVEVA

GAI (Paderborn) erweiterte das Symposium um einem Pfalzenrundgang. Die Tagungsteilnehmer konnten sich vor Ort über den derzeitigen Stand der Auswertung zur Rekonstruktion der Pfalz Bischof Meinwerks informieren. Um die Neuinterpretation der Grabungsergebnisse auf der Pfalz Tilleda ging es im Beitrag von MICHAEL M. C. DAPPER (Tilleda). Der Vortragende warf die Frage nach der Funktion der Pfalz Tilleda auf. Kam der Pfalz neben der Wegkontrolle auch eine repräsentative Funktion zu?

THOMAS STÄDTLER (Heidelberg) untersuchte die Darstellung königlicher Herrschaft in den französischen Heldenepen des 12. Jahrhunderts. Anhand verschiedener *Chansons de geste* zeigte der Vortragende, dass die Darstellung des Königs in den Epen einen Reflex auf die zeitgenössischen Herrschaftsverhältnisse des 12. Jahrhunderts darstellt. STEPHAN FUCHS-JOLIE (Frankfurt am Main) hingegen wies in seinem Vortrag auf die wechselseitige Beziehung von Repräsentation und Narration in der frühhöfischen Epik hin. Epische Literatur konstituiert und kommentiert höfische Gesellschaft.

Die königlichen Paläste in Kroatien bildeten das Thema des Vortrags von MILJENKO JURKOVIC (Zagreb). Der Vortragende erkannte als Basis der königlichen Herrschaftssitze dieses Raums die spätantiken *castra*, von denen ausgehend eine ungebrochene Kontinuität bis ins 10./11. Jahrhundert feststellbar sei. Ein Einschnitt sei erst ab dem 12. Jahrhundert zu erkennen.

Raumsysteme und Nutzungsformen hochmittelalterlicher Saalbauten untersuchte CORD MECKSEPER (Hannover). Der Raum sei eine bedeutende Dimension herrschaftlicher Repräsentation. Bestimmte Raumfolgen, die Zu- bzw. Durchgängigkeit von Räumen, die Öffentlichkeit bzw. Privatheit derselben werfen die Frage nach der Funktion von Räumen auf. Repräsentationsvorgänge seien zugleich immer auch räumliche Vorgänge.

MATTHIAS UNTERMANN (Heidelberg) widmete sich den Zentralbaukirchen als Mittel der Repräsentation. Ob Zentralbauten selbst Inszenierung oder Rahmen von Inszenierung seien, dazu sei keine abschließende Antwort möglich. Das Beispiel der Pfalzkapelle in Aachen etwa zeige eher eine Repräsentationsfunktion denn eine Funktion als Stiftskirche, da keine Aufteilung des Raums in unterschiedliche Bereiche für die Gemeinde und für die Kanoniker feststellbar sei. Aachen selbst tauche als Architekturzitat in zahlreichen späteren Kirchenbauten auf. Allerdings bildete Aachen nicht den Prototyp einer Pfalzkapelle, sondern ein Element hochrangiger Architektur.

Im Rahmen der Tagung fand ferner am 8. Oktober ein viel beachteter öffentlicher Abendvortrag von THOMAS ZOTZ (Freiburg im Breisgau) zum Thema „Wandel der Pfalzkultur“ statt, in dem der Vortragende die hochmittelalterlichen Verhältnisse im Vergleich zu früheren Zeiten betrachtete.

Die von dieser Tagung ausgehenden Anregungen und Neuansätze sollen in einem Tagungsband veröffentlicht und der weiterführenden Forschung zur Verfügung gestellt werden.

## „Die Antike in Westfalen – Tradition und Rezeption“

Bericht über die Regionalgeschichtstagung am 8. November 2003

von Mareike Menne

*Wer nicht von dreitausend Jahren*

*Sich weiß Rechenschaft zu geben*

*Bleib im Dunkeln unerfahren*

*Mag von Tag zu Tage leben.*

(Goethe, West-östlicher Divan)

Über einhundert Tagungsteilnehmer wurden vom Veranstalter Prof. Dr. Frank Göttmann in dessen Eröffnungsansprache an jenes Zitat erinnert und verstanden so das Thema der diesjährigen Regionalgeschichtstagung vielleicht als guten Anlass oder gar als Anleitung zur Orientierung in Dunkel und Diesseitigkeit.

Auch wenn der Titel „Antike in Westfalen“ als unhistorisch bewertet werden könnte, da sich in Westfalen keine Zeugnisse und Quellen aus antiker Zeit finden, Westfalen sogar aus dem Einflussbereich des römischen Reiches ausgeschlossen war, sei es doch eine triviale Tatsache, dass Antikes – und damit unbestreitbar auch das Christentum – Europa bis heute präge. Ziel der Tagung sollte eine reflektierte Öffnung und Erschließung der Vergangenheit für Gegenwart und Zukunft sein und somit einen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft leisten. Der Untertitel „Tradition und Rezeption“ weist diesbezüglich auf die beiden Perspektiven hin, in denen solch eine Auseinandersetzung zu verorten wäre: durch die Weitergabe des Vergangenen in die Zukunft ebenso wie durch den Blick aus der Gegenwart in die Vergangenheit.

Die Vorträge boten den zahlreich erschienenen Gästen verschiedene Facetten dieser Dialektik der Rezeption. JÖRG ERNESTI (Universität Mainz) eröffnete die Vortragsreihe mit einem Beitrag zu einer der prominentesten Paderborner Persönlichkeiten der Vergangenheit und widmete sich der Verknüpfung und Vernetzung von Antike und Barock, Glaube und Vernunft, europäischem und westfälischem Humanismus in der Biographie Fürstbischof Ferdinands von Fürstenberg. Sein Referat leistete einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung eines möglichen frühneuzeitlichen (geistigen) Herrschertypus wie auch der Verquickung von politischen Tätigkeiten, humanistischen Traditionslinien und persönlichen Vorlieben und Freundschaften. Dabei öffnete der Referent besonders den Blick für die Mehrdimensionalität der Person und auch der Figur des Fürstbischofs, der sowohl als Vertreter der Reichskirche in der zweiten Welle der katholischen Reform als auch als Seelsorger mit ausgeprägtem Wunderglauben und als Mann in einer humanistischen Traditionslinie zu verstehen ist.

Mit seinem Vortrag zur Rezeption des römischen Rechts stellte MICHAEL STRÖHMER (Universität Paderborn) die Zusammenhänge zwischen der Zentralisie-

rung, Professionalisierung und Verwissenschaftlichung des römischen Rechts einerseits und den quantitativ rasch ansteigenden Hexenprozessen in der Frühen Neuzeit vor. Die Formel, Rezeption führe zu einer Professionalisierung des Rechts und damit zu einer höheren Rationalität der Urteilsfindung, sei allerdings ambivalent; auch sei mit der Übernahme des römischen Rechts Traditions- und germanisches Recht nicht verabschiedet worden, vielmehr zeige sich in der Praxis ein Zusammenfließen dieser beiden Rechtstraditionen. Hexerei war ein Tatbestand, der dem römischen Recht unbekannt war. Durch eine Gleichsetzung mit den bekannten Vergehen ‚Schwarze Magie‘ sowie ‚Hochverrat gegen Kaiser und Reich‘ verfestigte sich eine unpräzise Analogie von Ausnahmeverbrechen, die Ausnahmeverfahren nach sich zu ziehen hatten.

Auslöser für anregende Debatten, denen fruchtbare Ergebnisse zu wünschen sind, war der Beitrag von BRIGITTE ENGLISCH (Universität Paderborn), die unter dem Titel „Auf alten Wegen – Reisen in Westfalen von der Antike bis zur Neuzeit“ dem „Mythos Hellweg“ als Hauptverkehrsader Westfalens in alten Zeiten auf den Zahn fühlte und als Alternative die Bedeutung der Wasserwege untersuchte. Mit Hilfe der historischen Kartographie wies sie nach, dass in den Karten Westfalens, selbst noch in der Karte des Hochstifts Paderborn aus dem 17. Jahrhundert, die Flüsse, jedoch nicht die Wege eingetragen waren und schloss daraus, dass folglich eine Betonung des Hellwegs als einzige Verbindung nicht nachvollziehbar sei, zumal seine Bedeutung nur durch indirekte Folgerungen erschlossen werden könne. Als Desiderat kristallisierte sich eine Erfassung der Reisebedingungen einer Region heraus, die sich von einer Konzentration auf eine einzige Verbindung zugunsten einer umfassenden Berücksichtigung der topographischen und infrastrukturellen Gegebenheiten verabschieden sollte.

Einen ganz anderen Bereich historischer Forschung und der Umsetzung ihrer Ergebnisse stellte VERA LÜPKES (Weserrenaissance-Museum, Schloss Brake) vor. Sie präsentierte die Veränderung der historischen Arbeit und des jeweiligen Forschungsstands zur Weserrenaissance seit 1986, dem Eröffnungsjahr des Museums, gab darüber hinaus ebenso Einblick in laufende Forschungsarbeiten und die Verbindung zur musealen Präsentation sowohl in der Dauer- als auch in der Sonderausstellung. Dabei beleuchtete sie kritisch die Entwicklung und Etablierung des Begriffs „Weserrenaissance“ und zeigte die Schwerpunktverlagerung in der Untersuchung dieses Topos von Elementen des regionalen Baustils hin zu einer umfassenden kulturhistorischen Fragestellung.

Einen Bogen vollkommen eigener Art von der Antike bis in Gegenwart und Zukunft schlug ROLAND LINDE (Horn-Bad Meinberg) mit seinem Vortrag zum „Mythos Arminius und die unendliche Suche nach dem Ort der Varusschlacht“. In einer kurzweiligen Präsentation von Quellen und Pseudobelegen stellte der Referent weniger die Ereignisgeschichte der Geschehnisse im Jahr 9 n. Chr. dar, sondern vermittelte vielmehr einen Eindruck sowohl von den Grenzen der Wissenschaft als auch von der Instrumentalisierung von Geschichte, Tradition und Rezeption zur persönlichen Iden-

tifikation und/oder Vermarktung. Der Vortrag offenbarte, wie sehr Antikes (stellvertretend vielleicht für die Vergangenheit als Ganzes) nicht nur akademische oder hochpolitische Auseinandersetzungen in Europa prägt, sondern den Alltag durchdringt: „Ankunft ‚Der Cherusker‘ von Bielefeld nach Paderborn, Abfahrt 20:09“.

Die skizzierten Vorträge gaben einen Einblick in die Vielfalt der Methoden und Inhalte, die das Thema der diesjährigen Tagung bot. Die rege Diskussionsbeteiligung bezeugte zudem den Bedarf an Auseinandersetzung sowohl mit den einzelnen Vortragsthemen als auch mit dem Motto der gesamten Tagung. So kann auch die mittlerweile zwölfte Regionalgeschichtstagung mit ihren zahlreichen Teilnehmern als erfolgreiche Veranstaltung gewertet werden, die Ergebnisse und Erfahrungen aus Forschung und Praxis mit zukunftsweisenden Fragestellungen und Debatten zu verknüpfen wusste.

### **Emotion, Gewalt und Widerstand. Spannungsfelder zwischen geistlichem und weltlichem Leben in Mittelalter und Früher Neuzeit**

**Kolloquium des Paderborner MittelalterKollegs am 24/25. Oktober 2003**

*von Andreas Mohr*

Im Mittelpunkt des durch das Paderborner Mittelalter-Kolleg im Oktober 2003 veranstalteten Kolloquiums standen die Fragen nach Gewaltanwendung, verschiedenen Formen von Gewalt sowie kriegerischen Auseinandersetzungen im Mittelalter und deren Einbindung in eine als grundsätzlich „christlich“ aufgefasste Gesellschaft. Ausgehend von der Diskrepanz zwischen religiösem Ur-Anspruch nach Frieden und der offenkundigen, teilweise auch offen verherrlichten, Gewaltanwendung in der Welt des *Medium Aevi* entwickelten insgesamt elf Vortragende in Diskussion mit dem Auditorium des Kolloquiums Entwürfe und Erklärungsversuche eines Konzepts von Gewalt und Emotionalität in den Gesellschaften des europäischen Mittelalters, wobei der Spannungsbogen der Beiträge von der ausgehenden Spätantike bis ins späte Mittelalter und teilweise die Frühe Neuzeit reichte. Das Ineinandergreifen weltlicher wie geistlicher Herrschaft forcierte in diesem Zeitalter einerseits eine „kirchliche Amalgamierung“ kriegerischer Gewalt, konnte andererseits aber auch die Erhöhung von Gewalt im „Dienste der Religion“ offen legen oder sogar theologisch begründen. Die Teilnehmer des Kolloquiums interessierten sich hierbei vor allem für die Handlungsstrategien von Laien und Klerikern im Spannungsfeld zwischen weltlichen und geistlichen Lebensentwürfen sowie für deren Reaktionen auf Emotionen und Gewalt.

FABIAN RIJKERS (Paderborn) ging der Frage nach, ob der in Genesis 2, 15 intendierte Auftrag Gottes an den Menschen, das Paradies zu bewahren oder zu bewachen in der Theologie des Mittelalters auch im körperlichen, kämpferischen Sinne zu verstehen gewesen sei. Ausgehend vom philologischen Befund der Wortbedeutungen

dieser Textstelle im Hebräischen (Thora), Griechischen (Septuaginta) und Lateinischen (Vulgata) konnte RIJKERS – basierend auf der Rezeption antiker und frühmittelalterlicher Theologen wie Philon von Alexandria, Aurelius Augustinus und Beda Venerabilis – ableiten, dass die Idee einer physisch-gewalttätigen Verteidigung des Paradieses gegen Eindringlinge von außen durchaus bei den mittelalterlichen Adressaten der theologisch-biblischen Texte hätte aufkommen können. Allerdings scheint sich diese Vorstellung angesichts des Fehlens weiterer Menschen als potentielle Aggressoren nicht zur Weiterentwicklung zu eignen. Andererseits ist jedoch, den Ergebnissen RIJKERS' zufolge, in Betracht zu ziehen, dass sich die Idee einer mit Gewalt forcierten Verteidigung des Paradieses auch auf eine Abwehr wilder Tiere und Ungeheuer beziehen konnte.

ULRICH REHM (Bonn) präsentierte den Teilnehmern des Kolloquiums alttestamentliche Bilderzyklen aus einer hochmittelalterlichen Handschrift Ludwigs IX. von Frankreich, die er kunsthistorisch einordnete. Das Bildmaterial stammte aus einer Zeit, in welcher im Zuge der Kreuzzüge massive körperliche Gewaltanwendung zwischen Angehörigen verschiedener Religionen und Kulturen an der Tagesordnung war, vor allem im Heiligen Land, aber auch in Europa. Die Bandbreite reichte hierbei von Kriegsdarstellungen wie Schlachten, Kämpfen zwischen Reitertruppen, Belagerungen von Städten bis hin zu grausamen Szenen, die das Abschlachten von Zivilisten, Plünderungen, Hinrichtungen oder die Tötung von Vergewaltigungsopfern thematisieren. Die zeitgenössische Kriegstechnik, Ausrüstung und Handlungsweisen des 13. Jahrhunderts lieferten hierbei sowohl das Kolorit als auch den kulturellen Bezugsrahmen, in welchen die alttestamentlichen Geschichten bildlich und dadurch für den Betrachter unmittelbar sinnlich erfahrbar eingeordnet wurden. Die Darstellungen ließen das Konzept einer „Ästhetik der Gewalt“ in der höfisch-ritterlichen Kultur des Hochmittelalters ebenso erkennen wie die offenbar im Zuge theologischer Umrahmung als legitim aufgefasste Gewaltanwendung gegen „Ungläubige“ und Feinde der eigenen kulturell determinierten Großgruppe.

Die Ikonographie der *milita christiana* stellte ELISABETH HANDLE (Heidelberg) – in Anschluss an REHMS Überlegungen – ins Zentrum ihrer Ausführungen, wobei sie von der Rezeption der Bibelstelle Eph. 6, 13–17 durch mittelalterliche Theologen ausging. Der christliche Ritter fand sich demzufolge als Prototyp bereits in den Schilderungen des Apostels Paulus erwähnt. Nachfolgend fand im mittelalterlichen Verständnis eine Auffassung Anwendung, wonach ein Christ bereit sein musste, für den eigenen Glauben – und damit vor allem gegen Nicht-Christen gerichtet – zu kämpfen. Ikonographisch wurde dieses Deutungsmuster in Darstellungen umgemünzt, auf denen christliche Kämpfer in Auseinandersetzung sowohl mit menschlichen Feinden als auch Dämonen oder, im christlichen Sinne, als Lastern aufgefassten Eigenschaften verstrickt sind. HANDLE zeigte anhand von zeitgenössischem Bildmaterial überzeugend, dass hierbei der christliche Protagonist stets über die bessere Ausrüstung verfügt (z. B. mandelförmige Schilde und Aktualisierung der Waffentechnik) als der „barba-

risch“ dargestellte Feind, während allegorische Personifikationen von Lastern des öfteren auch als weibliche Figuren erscheinen können, so z. B. die *Luxuria*.

GERD KAMPERS (Bonn) entwickelte ein Konzept von der Sakralisierung des Krieges vor dem Hintergrund von kriegerischen Auseinandersetzungen im spanischen Visigotenreich im 7. Jahrhundert. Hierbei stützte er sich auf Berichte über Kämpfe zwischen dem westgotischen Herrscher Wamba und einem Magnaten namens Paulus, der eben diesem Westgotenkönig während eines Kriegszuges gegen die Basken in den Rücken fiel. Wamba gelang es jedoch, die Empörung des Paulus niederzuschlagen und ein Strafgericht an den Besiegten zu vollziehen (673). Anhand dieses politisch-historischen Beispiels entrollte KAMPERS das Repertoire der Elemente von Sakralisierung und religiöser Überhöhung von Krieg im Frühmittelalter. Er verwies hierbei auf mehrere Beispiele, so u. a. auf die Vorstellung von Gott als einem „Schlachtenlenker“ oder auf die Gleichsetzung der Westgoten mit dem auserwählten Volk Gottes. Hinzu treten weitere Aspekte wie angebliche Wundererscheinungen bei der Salbung König Wambas oder auch das Konzept eines „gerechten Krieges“, der durchaus die Rache an Feinden der eigenen *gens* mit einschließen konnte.

MICHAEL KLEINEN (Magdeburg) stellte den Entwurf des „barbarischen Kriegers“ im Frühmittelalter in den Mittelpunkt seines Vortrages. Er unterstrich, dass die Vernichtung der Gewaltmittel des Gegners das Ziel mittelalterlicher Kriegsführung gewesen sei, aber auch, dass die Phasen vor und nach der unmittelbaren Gewaltanwendung durchzogen waren von Ritualen und stark ritualisierten Handlungsmustern. Die Standards einer „Kultur des Krieges“, wie sie in der Welt des Okzidents im 19. Jahrhundert ihren Höhepunkt erreichten, wiesen demzufolge eine lange Entwicklungs- und Vorgeschichte auf, die bis ins Hochmittelalter zurückreichte und die allmählich den „barbarischen Krieger“ des frühen Mittelalters zum ritterlich-christlichen Krieger des Spätmittelalters umwandelte. KLEINEN postulierte für die Phase des Frühmittelalters eine „autochtone Kriegskultur“, die sowohl im paganen Skandinavien als auch im lateinisch-christianisierten Westeuropa vorherrschte und ein mentalitätsgeschichtliches „Band des Grundverständnisses“ zwischen fränkischen Reitern und wikingischen Plünderern, zwischen angelsächsischen Kriegeren und dänischen Piraten herstellte. Hierbei betonte KLEINEN, dass die Wertideen von Kämpfern durchaus verschieden sein konnten, jedoch eine normative Reglementierung der Kriegsführung – wie sie beispielsweise durch die Ordensregeln der späteren Kreuzritterorden ersichtlich wird – im 8., 9. und 10. Jahrhundert in den Quellen noch nicht greifbar sei.

Anknüpfend an ähnliche Überlegungen wies THOMAS SCHARFF (Münster) in seinem Vortrag darauf hin, dass der Krieg im Mittelalter als ein „Normalzustand“ aufgefasst wurde und erfolgreiche Kriegsführung – nicht zuletzt auch verbunden mit dem Aspekt des Beutemachens – zum Ideal von Herrschaftsausübung und einem grundlegenden Verständnis von Herrschaft gehörte. Von einem frühmittelalterlichen König wurde erwartet, dass er seine *gens* vor feindlichen Angriffen und Einfällen schützte

und den Mitgliedern seiner militärisch potenten Oberschicht die Möglichkeit bot, im Rahmen von Angriffskriegen Beute zu machen. Krieg in diesem Sinne wurde, so SCHARFF, als normal aufgefasst: Jahre, in denen keine Heerzüge stattgefunden hatten, wurden gar von zeitgenössischen Chronisten oder Annalisten gezielt als Ausnahmeerscheinung gekennzeichnet. Da der Krieg *als Normalzustand* auf dem Frieden, oder anders formuliert, dem „Friedehalten“ innerhalb des Verbandes der eigenen *gens* basierte, so war das *bellum civile*, also der „Bürgerkrieg“ innerhalb des eigenen *regnum*, in der Wertung mittelalterlicher Zeitgenossen absolut zu vermeiden.

Ausgehend von der Figur des Helden als überzeitlichem Faszinosum stellte SONJA KERTH (Bremen) in ihrem Vortrag verschiedene Formen des Heldentypus in der spätmittelalterlichen Dichtung dar, wobei die Schwerpunkte ihrer Darstellung auf drei Beispielen aus dem Gebiet der späten Heldendichtung lagen: Dem „Eckenlied“ (1. Hälfte des 13. Jahrhunderts), der „Virginal“ (um 1300) sowie dem Lied „Biterolf und Dietleib“ (2. Hälfte des 13. Jahrhunderts). KERTH verwies darauf, dass mit der Vorstellung eines „Helden“ in der mittelalterlichen Gesellschaft traditionell Elemente von Gewalt und Gewalttätigkeit verbunden waren. Allerdings ist in der Entwicklung der spätmittelalterlichen Dichtung daneben auch eine Erweiterung des Heldenbegriffs hin zu neuen Zuschreibungen festzustellen. Der Held tritt nun zusehends auch in der Gestalt des Liebenden, des Pragmatikers oder des Verteidigers von Schwachen und Bedrängten in der ihn umgebenden Gesellschaft in Erscheinung. In dieser Öffnung sah KERTH insbesondere eine zunehmende Auseinandersetzung der spätmittelalterlichen Autoren mit Vertretern der literarischen Landschaft des 13. Jahrhunderts. Zu nennen sind hierbei vor allem der „Artusroman“ oder die „Chanson de geste“.

An literaturgeschichtliche Ansätze anknüpfend, konstatierte REGINE RECK (Marburg) einen Paradigmenwechsel in der literarischen Kultur der walisischen Gesellschaft im 14. Jahrhundert und zwar im Sinne der Rezeption und Übertragung fremder Sujets und Genres bei gleichzeitiger Weitertradierung der einheimischen narrativen Prosaliteratur. Es handelte sich vor allem um Abenteuererzählungen, die sowohl auf *peregrinationes* Bezug nehmen, wie aber auch angebliche Taten Karls des Großen und seiner Zeitgenossen schildern. Ergänzend zog RECK hierzu auch eine Freundschaftserzählung aus dem Beginn des 14. Jahrhunderts hinzu. Sie unterstrich, dass bei der Rezeption und Übertragung der fremden Sujets in die Welt der walisischen Prosaliteratur des Spätmittelalters inhaltliche Veränderungen kaum feststellbar seien, auf formaler und stilistischer Ebene jedoch eine starke Umformung der Texte im Sinne der Normen der einheimischen – in diesem Falle keltisch-walisischen – Erzähltradition stattgefunden habe. Als auffällig erweist sich hierbei nicht nur die Affinität der spätmittelalterlichen Autoren zur Darstellung von Schlachtenszenen und allgemeiner Gewaltanwendung, sondern auch, dass die beiden zunächst gegensätzlichen Konzepte von Gewalt und Frömmigkeit durch religiöse Zusätze und Erweiterungen in den Kampfbeschreibungen offenbar eine spezifische Symbiose eingehen.

SEBASTIAN BRATHER (Frankfurt/Main) legte den Schwerpunkt seines Vortrages auf den Landesausbau östlich von Elbe und Saale im Kontext von Konflikten. Hierbei arbeitete der Referent als auffällig heraus, dass jede Landesherrschaft östlich der Elbe Zisterzienserklöster gründete und auch die Geschicke dieser Neugründungen von der Politik und dem Machtstreben der jeweiligen Landesherren abhängig waren. Ausgehend von der Quellenlage, die in diesem Falle bestimmt ist von Urkunden, Chroniken aber auch archäologischen Zeugnissen, von Grabungsergebnissen und Oberflächenbefunden, entwickelte BRATHER ein Konzept von dem Ausbau der Landesherrschaft östlich der Elbe, fokussiert vor allem auf die Situation der Klostergründungen seit dem Hochmittelalter, wobei betont wurde, dass Klöster und Landesherrschaft durchaus in Auseinandersetzungen miteinander verstrickt wurden und auch Konflikte mit lokalen Magnaten im Hoch- und Spätmittelalter durchgängig nachzuweisen sind.

ROMAN CZAJA (Toruń) legte den Schwerpunkt seiner Darstellung auf die Auseinandersetzungen zwischen der kommunalen Geistlichkeit der preußischen Städte und dem Deutschen Orden im 15. Jahrhundert. Diese band er in den Kontext des Spannungsfeldes zwischen dem Landesherrn – in diesem Fall der Orden – und den Großstädten Preußens ein. Sein Interesse war hauptsächlich auf die durch Patronatsrecht mit dem Deutschen Orden verbundenen Pfarrgeistlichen sowie die Dominikaner ausgerichtet. Diese Auseinandersetzungen machte CZAJA an den Beispielen bestimmter Tätigkeiten der Geistlichen, vor allem Predigten, in Städten wie Thorn, Danzig oder Elbing deutlich. Hierbei konnte er überzeugend herausarbeiten, dass sich in Konfliktsituationen, die zwischen den preußischen Kommunen und dem Landesherren entstanden, eben diese Schicht der Pfarrgeistlichen fast ausnahmslos auf die Seite der Landesherren stellte und dies selbst nach dem beginnenden Verfall der Oberhoheit des Deutschen Ordens. Zudem griffen insbesondere die Dominikaner in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts offenbar sehr lebhaft in innere Unruhen der Gesellschaften preußischer Städte ein, und zwar mit der Intention, hussitische Einflüsse zurückzudrängen und sich selbst als Hüter der (katholischen) Rechtgläubigkeit zu etablieren.

ROSA DI PALMA KUGLER (Basel) unterstrich in ihrem, den Kreis der Referate abschließenden, Vortrag, dass die Region des Wallis im Spätmittelalter alles andere als eine friedliebende Demokratie gewesen sei. Eindrucksvoll führte sie hierzu Beispiele, insbesondere des Söldnerwesens in diesem Teil des Alpenraumes, an und wies darauf hin, dass im Wallis die Konflikte um die Beherrschung des Landes im Machtbereich der Grafen von Savoyen stattfanden. Im Spannungsfeld der Auseinandersetzungen zwischen der Kirche, d. h. den Bischöfen von Sitten, den Savoyer Grafen und dem heimischen Landadel erlangten lokale Söldnerhaufen und Rotten im Spätmittelalter an Bedeutung, die nicht nur in den zahlreichen Kriegen um die Vorherrschaft im Alpenraum den Ausschlag gaben, sondern auch von der Seite der Eidgenossenschaft zu expansivem Vorgehen gegen ihre Nachbarn genutzt werden konnten.

Eine ergebnisreiche und eloquente Abschlussdiskussion, die von MATTHIAS SPRINGER (Magdeburg) moderiert wurde und die zentralen Fragen, Thesen und Resultate der Vorträge und Diskussionsbeiträge noch einmal resümierend zusammenfasste, rundete schließlich dieses innovative und profunde Kolloquium ab. Sie legte die Forschungsperspektiven zu den Fragen nach Emotionalität und Gewalt in der (vermeintlich) christlichen Welt des europäischen Mittelalters ebenso offen, wie sie einen runden Überblick über die Quellen und ihre Auswertungsmöglichkeiten zu verschiedenen Zeitphasen der mittelalterlichen Geschichte Europas bot.

## **Das UNESCO-Projektbüro an der Universität Paderborn – Von der Konzeption bis zur Realisierung**

*von Anne-Marie Hecker*

Seit dem 1. Januar 2004 gibt es das von der Universität Paderborn errichtete UNESCO-Projektbüro. Es ist ansässig unter dem Dach des Instituts zur Interdisziplinären Erforschung des Mittelalters und seines Nachwirkens (IEMAN) und wurde unter maßgeblicher Beteiligung von Prof. Dr. Ernst Bremer eingerichtet. Das Büro soll schon bald durch eine C4-Professur verstärkt werden.

Die Anfänge des Projektbüros lassen sich auf den Jahreswechsel 2002/2003 datieren. Seitdem besteht eine lockere Kooperation zwischen dem IEMAN und Prof. Dr. Jutta Ströter-Bender. Die Professorin für Kunst und ihre Didaktik hatte im Jahr 2002 für ihr Projekt „Weltkulturerbe der UNESCO und Kunstpädagogik“ den Forschungspreis der Universität Paderborn erhalten. Prof. Bremer, Dekan der Fakultät für Kulturwissenschaften und einer der Direktoren des IEMAN, trat als Förderer und Unterstützer dieser Zusammenarbeit auf, aus der sich bald die Idee zu einem UNESCO-Projektbüro entwickelte. Die Idee nahm konkrete Formen an und weitete sich zu einer Projektkonzeption aus.

Im Sommer desselben Jahres nahmen beide Professoren an der Versammlung der deutschen Welterbestätten in Brühl teil und präsentierten ihr Vorhaben zu einem Paderborner UNESCO-Projektbüro. Es folgten weitere Gespräche mit den Bundesländern Nordrhein-Westfalen und Hessen, die großes Interesse zeigten und ihre finanzielle Unterstützung zusagten. Zudem fand seit Anfang an ein reger Dialog mit der Deutschen UNESCO-Kommission in Bonn (DUK) und wichtigen Vertretern der UNESCO in Paris statt, wie dem derzeitigen Präsidenten des Exekutivrates Hans-Heinrich Wrede, der gleichzeitig das Amt des Botschafters der Bundesrepublik bei der UNESCO innehat.

Das Vorhaben wurde mit Begeisterung aufgenommen und nicht zuletzt die von allen Seiten zugesicherte Hilfe und Unterstützung führten dazu, dass es realisiert werden konnte. Seit dem 1. Januar 2004 ist der ehemalige Geschäftsführer des IEMAN Jens Schneider mit dem Aufbau des Projektbüros beauftragt.

Den größten Aufgabenbereich des Büros stellt die eigene Projektarbeit dar. Sämtliche Forschungsprojekte werden interdisziplinär in Angriff genommen und mit Hilfe fachkundiger Partner angegangen. Hier sei beispielweise das Kloster Dalheim genannt, mit dem eine enge Kooperation zur Erarbeitung des Großprojekts „Europäische Klosterlandschaften“ stattfindet. Ein anderes Projekt widmet sich der Erhaltung von Kulturtechniken mit Textilien. Hier gibt es eine Zusammenarbeit mit der Universität zu Köln.

In Anlehnung an das neue Programm der UNESCO beschäftigt sich das Paderborner Projektbüro mit dem immateriellen kulturellen Erbe. Dieses Programm bezieht sich auf das „kulturelle Gedächtnis“, auf Sprache und Kommunikation, Tänze, Bräuche, Mentalitäten oder Vorstellungswelten und konzentriert sich stark auf nichtindustrialisierte Länder. In Bezug darauf sind noch weitere Projekte in Planung.

Schon seit längerem besteht eine enge Kooperation mit einzelnen Welterbestätten wie beispielsweise Zeche Zollverein (Essen), Bauhaus (Weimar) oder Kloster Lorsch. Des Weiteren sind vielfältige Kontakte besonders innerhalb Nordrhein-Westfalens geknüpft, aber auch darüber hinaus. Nicht zuletzt ist geplant, mit Welterbestätten weltweit vor allem auch aus nichtindustrialisierten Ländern zu kooperieren.

Ein weiteres Beschäftigungsfeld des Projektbüros ist die Sensibilisierung für die kulturelle Mannigfaltigkeit. In Schulprojekten, Lehrerfortbildungen und museumspädagogischen Ansätzen soll für Toleranz und Liberalität geworben werden. Insbesondere Prof. Ströter-Bender ist in diesem Bereich seit längerem tätig. Das Projektbüro profitiert hier von der Zusammenarbeit mit didaktischen Fachleuten aus Münster und Leipzig.

Um Kooperationen und Vernetzungen sowohl zwischen als auch zu den Welterbestätten herzustellen und zu verstärken, wird das UNESCO-Projektbüro zukünftig eine Kommunikationsplattform in Zusammenarbeit mit der Firma Virtimo in Berlin präsentieren, die außerdem die Dokumentation der Welterbestätten verbessern soll. Dabei sollen nicht nur deutsche Welterbestätten miteinbezogen werden, sondern auch die aus anderen europäischen Ländern. Diese Plattform stellt lediglich ein Angebot an die einzelnen Welterbestätten dar. Hier werden nicht nur alle bestehenden Informationen zentral zur Verfügung gestellt, sondern es sollen auch verschiedene Ebenen und Zugangsmöglichkeiten geschaffen werden. Dadurch ist jederzeit eine internationale Dialogführung möglich, an der sich vom Mitarbeiter der UNESCO in Paris bis hin zum interessierten Laien jeder beteiligen kann. Das Projektbüro versteht sich bei diesem Projekt nicht als übergeordnete Stelle sondern als Partner und möchte den wissenschaftlichen Dialog zwischen allen Beteiligten fördern.

Die Aufgabenfelder des Projektbüros sind vielfältig und stecken noch in den Anfängen. Daher wird eine personelle Verstärkung und Expansion avisiert: Eine C4-Professur für materielles und immaterielles Erbe mit den Schwerpunkten kollektives Gedächtnis, Kulturmanagement und interkulturelle Erziehung wird zurzeit in Abspra-

che mit der DUK eingerichtet. Angestrebt wird außerdem eine Juniorprofessur für Kunstgeschichte unter besonderer Berücksichtigung der Denkmalpflege.

**Kontakt:**

UNESCO-Projektbüro  
[schneider@ieman.de](mailto:schneider@ieman.de)  
[hecker@ieman.de](mailto:hecker@ieman.de)  
[www.ieman.de](http://www.ieman.de)

**Wann wurde in Paderborn die erste „Zeitglocke“ installiert?**

*von Heinrich Pavel*

Bei Recherchen zu dem Artikel „Die Paderborner Rathausuhr und Johann Ignaz Fuchs“ (Deutsche Gesellschaft für Chronometrie, Jahresschrift 2002) stieß ich auch auf Hinweise zu weiteren Uhren, beispielsweise auf die im Dom zu Paderborn und auf dem Turm des Westerntors. Die Uhr am Westerntor wird nur einmal in den städtischen Ausgaben von 1608 unter dem Titel „Extraordinari Außgaben“ erwähnt: „Den Westernstraßers zu behueff deß Uhr Wercks uff dem Western thoer verehrt: 4 thalr.“ Weitere Hinweise auf eine städtische Uhr aus dem späten Mittelalter oder der frühen Neuzeit sind mir nicht bekannt. Die spärlichen Informationen zu einer städtischen Uhr sind aus zwei Gründen ungewöhnlich:

- **Prestige:** Im 14. und 15. Jahrhundert fand die Turmuhr in Form der Schlaguhr oder „Zeitglocke“ eine rasche Verbreitung. Die Aufstellung einer öffentlichen Schlaguhr, der Stadtuhr, war Sache der Kommunen. Damit solche Uhren weithin hör- oder sichtbar waren, wurden sie auf Türmen untergebracht. Die Stadtuhr und die dazugehörige Stadtglocke waren Attribute der städtischen Autonomie, deren Bedeutung der von Stadtschlüssel oder Stadtsiegel gleich kam.
- **Kosten:** Erwerb und Unterhalt von Schlaguhren war mit erheblichen Kosten verbunden.

Prestige und Kosten waren Grund genug, Beschaffung und Wartung von städtischen Uhren sorgfältig zu dokumentieren. In den Statuten der Stadt von 1578 werden zwar die Besoldung und die Aufgaben der „vier nachtwechtern, dem nachtwechter up dem thurn, dem thurnhuter des tages und dem stadts spielmann“ geregelt. Die Stunden mussten tagsüber von den Stadtspielleuten bis in die Mitte des 18. Jahrhunderts „gespielt“ und nachts von den Hornträgern bzw. von der Turmwache noch bis 1888 „geblasen“ werden. Regelmäßige Zeitsignale spielten also in vielen Bereichen des – täglichen und nächtlichen – Lebens eine wichtige Rolle. Umso erstaunlicher ist es, dass die für die Zeitmessung genutzten kostspieligen Uhren so wenig Spuren hinterlassen haben.

Könnte es sein, dass Paderborn, entgegen der allgemeinen Entwicklung, nie eine Stadtuhr besessen hat? Die mir bekannten Quellen lassen nur Spekulationen zu. Möglicherweise besaß Paderborn früher eine Stadtuhr, hat aber zu Beginn des 17. Jahrhunderts mit einem großen Teil der früher erkämpften Rechte auch das Recht auf die eigene Schlaguhr wieder verloren. Die Domuhr diktierte dann vermutlich nicht nur das kirchliche, sondern auch das städtische „Zeitgeschehen“.

Vielleicht kann jemand mit dazu beitragen, mehr Klarheit in das Thema „Zeitglocke“ zu bringen. Über Hinweise auf frühe Paderborner Uhren und Uhrmacher würde ich mich sehr freuen.

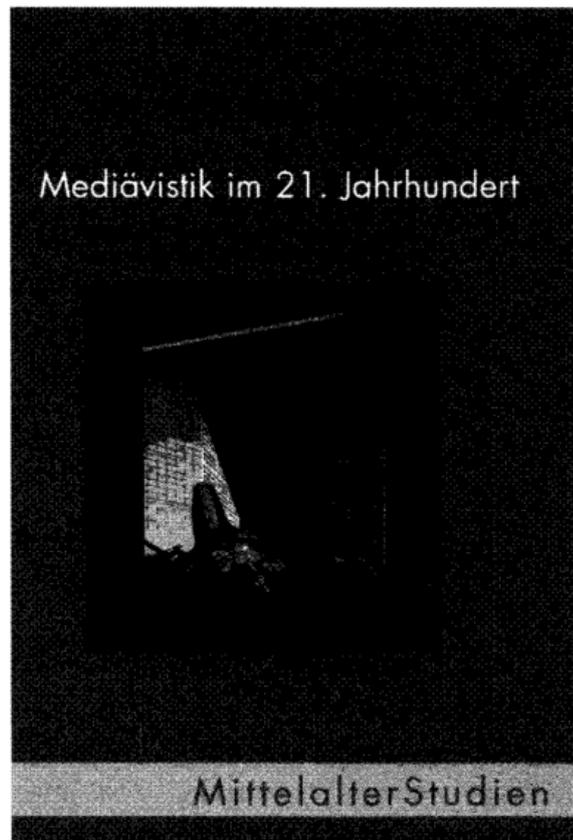
**Kontakt:**

Heinrich Pavel  
 Rotheweg 180 B  
 33102 Paderborn  
 heinrich.pavel@t-online.de

## MittelalterStudien

Das „Institut zur Interdisziplinären Erforschung des Mittelalters und seines Nachwirkens“ an der Universität Paderborn (IEMAN) hat eine Schriftenreihe gegründet. In Zusammenarbeit mit dem in München und Paderborn ansässigen Wilhelm Fink Verlag soll mit den MittelalterStudien ein geeignetes Forum für die Publikation von Tagungsbeiträgen, akademischen Qualifikationsschriften und anderen Arbeiten aus der interdisziplinären Mittelalterforschung geschaffen werden.

Die Reihe wird herausgegeben vom Direktorium des IEMAN: Ernst Bremer, Jörg Jarnut und Matthias Wemhoff, die die Fächer Germanistik, Geschichte und Archäologie an der Universität Paderborn vertreten. Die Schriftleitung liegt bei Jens Schneider. Die Reihe startet mit jeweils drei Titeln für die Jahre 2003 und 2004; weitere Bände sind in Vorbereitung.  
Weitere Informationen: [www.ieman.de](http://www.ieman.de)



## **Vorankündigung:**

Dreizehnte Tagung des Historischen Instituts der Universität Paderborn zu

FRAGEN DER REGIONALGESCHICHTE:

**„WAS LEIB UND SEELE ZUSAMMENHÄLT – ERNÄHRUNG IN WESTFALEN“**

am Samstag, dem 6. November 2004 im  
Auditorium Maximum der Universität Paderborn

**Alle Interessenten sind herzlich zur Teilnahme eingeladen!**

**DANIEL BÉRENGER/ WULFF E. BREBECK (HG.), Erdgeschichte und Steinzeiten. Führer zur Vor- und Frühgeschichte der Hochstiftkreise Paderborn und Höxter, Bd. 1, Paderborn: Bonifatius 2002, 300 S., Kartenbeilage, Abb., 20,00 €**

Archäologische Schriften haben es gewöhnlich nicht leicht, ein breites, wenig mit den fachlichen Inhalten und Methoden, Betrachtungs- und Darstellungsweisen sowie den terminologischen Grundlagen vertrautes Publikum zu erreichen, wenn es weniger um die Darstellung von spektakulären Entdeckungen und Geheimnissen, sondern mehr um die Vermittlung von an wissenschaftlichen Standards orientiertem Basiswissen gehen soll. Zwar mag es bei diesem Bestreben von Vorteil sein, wenn sich durch die Reduzierung des räumlichen Beziehungsrahmens auf ein Kerngebiet mit einer gewissen heimatlichen Ausprägung ein potentiell gut ausgeprägtes lokales Identifikationsinteresse ansprechen lässt, das sich auch in hohem Maße auf wissenschaftlich orientierte Fachliteratur bezieht, aber es ist aus den zurückliegenden 58 ideologiefreien Jahren wenig Beispielhaftes bekannt, was diese anspruchsvolle Aufgabe im Interesse des Faches zufriedenstellend gelöst hat. Daniel Bérenger, Wulff E. Brebeck und die Autoren Klaus Skupin und Hans-Otto Pollmann (unter Mitarbeit von Robert Gündchen) haben sich entschlossen, mit gutem Beispiel voranzugehen und deutlich zu machen, dass auch die „beim ersten Blick oft unscheinbar wirkenden Denkmäler der vor- und frühgeschichtlichen Epochen“ (S. VII) eine hohe Chance auf kulturelle und fachliche Wertschöpfung durch interessierte Laien haben, wenn sie in einen global bekannten und akzeptierten Systemzusammenhang eingebettet erscheinen.

Dass dieses Vorhaben breiter und längerfristig angelegt ist, lässt bereits der Titel erahnen, denn eine Beschränkung auf „Erdgeschichte und Steinzeiten“ kann nicht

alles sein, wenn es insgesamt um einen „Führer zur Vor- und Frühgeschichte“, wie es im Untertitel heißt, gehen soll. Daher ist es erfreulich, bereits im Geleitwort und den Vorbemerkungen des Herausgebers Bérenger zu lesen, dass dieses Vorhaben sich als Nachfolger des 1971 erschienenen „Führer zu vor- und frühgeschichtlichen Denkmälern 20: Paderborner Hochfläche – Paderborn – Büren – Salzkotten“ sieht, einer qualitätsvollen Arbeit mit hohem fachwissenschaftlichen Standard, die, so Bérenger weiter, „ich auch heute immer wieder gerne zur Hand“ nehme, „um mir bestimmte Sachverhalte zu vergegenwärtigen“ (S. IX). Das vorliegende Werk soll einen aktualisierten und erweiterten Ersatz für die vor über 30 Jahren erschienene, seit langem vergriffene Grundlagenarbeit bieten, insbesondere dem in erheblichem Maße erweiterten Forschungsstand Rechnung zu tragen und ist u. a. aus diesen Gründen auf einen Umfang von insgesamt vier Bänden angelegt.

Band 1 beginnt mit einem „Geologisch-morphologischen Überblick“ von Klaus Skupin, in dem nach einem geographischen und geologisch-tektonischen Überblick die regionalgeologischen Verhältnisse vorgestellt werden. Das Kapitel endet mit einer kurzen Betrachtung der Böden und der nutzbaren Lagerstätten im Untersuchungsgebiet.

Der Hauptteil des Buches ist der Archäologie vorbehalten. Sein Verfasser, Hans-Otto Pollmann, widmet sich hier den bekannten Zeitstufen in ihrer chronologischen Abfolge, beginnt dabei im Altpaläolithikum und endet bei den ersten Metallvorkommen im Spätpaläolithikum. An der Erstellung des Kapitels Jungneolithikum

mit den zentralen Themen „Michelsberger Kultur“, „Wartbergkultur“ und „Trichterbecherkultur“ war zusätzlich Robert Gündchen beteiligt.

Bereits beim ersten flüchtigen Durchblättern wird deutlich, dass „Erdgeschichte und Steinzeiten“ sich in didaktischer Hinsicht erheblich von dem oben genannten Vorgängerwerk unterscheidet. Allein der manchmal auf Laien etwas spröde wirkenden, spärlichen und stark fachlich orientierten Bebilderung von 1971 steht nun eine lebendige, vielfältige, sowohl nach fachlichen Maßstäben als auch im Hinblick auf die Anschaulichkeit stark verbesserte Bildausstattung gegenüber. In gleicher Weise positiv ist das 67 Seiten umfassende Glossar zu sehen, das angesichts der im Vergleich zu früher erheblich angestiegenen Zahl der verwendeten Fachbegriffe unbedingt notwendig ist, um der dieser Arbeit gewünschten breiten Leserschaft die fachliche Vertiefung zu ermöglichen. Und nicht zuletzt werden auch das ausführliche Literatur- und Kartenverzeichnis und das Abkürzungsverzeichnis dieser Zielsetzung dienlich sein.

Im Layout und in der Grundstruktur der textlichen Darstellung spiegelt sich ebenfalls der beabsichtigte Spagat zwischen wissenschaftlichen und populären Interessen wider: Es wurde im Interesse einer den Lesefluss wenig beeinträchtigenden Form auf „Anmerkungen“ verzichtet. Demzufolge haben die Autoren ihre Fließtexte vollständig ohne Verwendung von Zitaten entwickelt. Das Textbild selbst lässt aber durch den einspaltigen Aufbau im Blocksatz, der Verwendung von Kursivschrift für Abbildungserläuterungen und Quellenangaben erkennen, dass die Verfasser sich in hohem Maße einer wissenschaftlichen Buchtradition verpflichtet fühlen. Schließlich vermitteln der Umfang von 300 Seiten, die hochwertige Druckqualität und Ausstattung, der ansprechend gestaltete feste Einband sowie

eine Kartenbeilage, dass hier ein „richtiges“ Buch vorliegen soll, das möglichst viele grundlegende Charaktereigenschaften und vor allem dauerhaften Wert besitzt.

Wie bereits der Buchtitel erkennen lässt, wurde für die Entwicklung der inhaltlichen Leitlinien in fast schon traditioneller Weise auf die bewährte Verbindung von Archäologie und Geologie/Bodenkunde gesetzt. Dies mag ja auch aus der allgemeinen Wortverwandtschaft heraus verständlich werden, wenn man die Archäologie als Forschungszweig begreift, in dem die Beschäftigung mit „Bodenaltertümern“ im Mittelpunkt steht. Schließlich wurde bereits 1971 so verfahren. Dennoch wird es in diesem Buch dem Leser schwer fallen zu erkennen, warum diese zwei Fachgebiete hier zusammengehören. Allein der Umfang, der gemeinsam von beiden Seiten aus zu berücksichtigenden Materie, dem Boden, zukommt, fällt im ersten Buchteil mit insgesamt vier Seiten ausgesprochen bescheiden aus, insbesondere wenn bedacht wird, dass gerade die Verteilung bzw. Vergesellschaftung der verschiedenen Bodenarten von grundlegender Bedeutung für die Entwicklung und Verbreitung vorgeschichtlicher Kulturen ist. Hier hätten beispielsweise dem Text angeschlossene Bodenkarten helfen können, die auf verschiedene weitere Abschnitte des Beitrags „Geologisch-morphologischer Überblick“ verteilten Hinweise auf die bodenkundliche Ausgangssituation zusammenfassend darzustellen.

Im Vergleich dazu erscheint die Vermittlung des geologisch-tektonischen Forschungsstandes, sowohl der allgemeinen als auch der regionalspezifischen Grundlagen, als das Hauptanliegen des Verfassers. In seiner von hoher Fachkenntnis geprägten Darstellung, deren zahlreiche Aussagen sich dem Laien nur durch einen verstärkten Gebrauch des am Buchende befindlichen Glossars erschließen, werden die unge-

wöhnlich vielgestaltigen geologisch-tektonischen Rahmenbedingungen des Arbeitsgebietes deutlich. Vermutlich aus diesem Grund, aber wohl auch, weil die sprachliche Form der Darstellung kaum einer breiten Leserschaft vertraut sein dürfte, fällt es hier allerdings schwer, eine üblicherweise mit dem Titel „Erdgeschichte“ assoziierte chronologische Übersicht zu behalten, insbesondere wenn es um die regionalen Bezüge geht. So wäre diesem Kapitel insgesamt zumindest in didaktischer Hinsicht eine doch recht beträchtliche Neuorientierung anzuraten, die sowohl in inhaltlicher als auch sprachlicher Hinsicht stärker an allgemein bekannte Erklärungsmuster anknüpft.

Für den archäologischen Abschnitt „Steinzeiten“ gilt das ausdrücklich nicht. Hier hat der, respektive haben die, Verfasser kaum Möglichkeiten außer Acht gelassen, ihre fachlichen Darlegungen in einen Kontext sowohl mit fachbegleitenden Grundkenntnissen als auch mit fachspezifischem Entwicklungsbedarf zu stellen. Und dort, wo es notwendig ist, wird weit über den räumlichen Beziehungsrahmen hinausgegangen, so vor allem im Altpaläolithikum, gleichzeitig aber auch erklärt, warum dies erforderlich ist, warum von Fall zu Fall nur durch eine Betrachtung externer Entwicklungen ein Verständnis für die Zusammenhänge und die methodische Zielsetzung der regional orientierten archäologischen Forschung nachvollziehbar gemacht werden kann. Dies geschieht verstärkt auf dem Hintergrund von Darstellungen, die sich mit Fragen der Landschaftsentwicklung beschäftigen. Der Verfasser zeigt an verschiedenen Beispielen, in welcher Form heute die archäologische Forschung über Erkenntnisse verfügt, die die enge Wechselbeziehung zwischen der Entwicklung und Verbreitung von Kulturen und den sich verändernden naturräumlichen Bedingungen widerspiegeln.

Damit, so ließe sich der konzeptionelle Gedanke fortsetzen, ergeben sich Möglichkeiten der Überprüfung, ob die Übertragung derartiger Erkenntnisse auf andere, z. B. landschaftsgeschichtlich ähnlich strukturierte Räume zulässig ist. Auf diesem Hintergrund lässt sich auch für den Laien einerseits der unmittelbare Bedarf für die zukünftige archäologische Forschung erkennen, andererseits deutlich machen, dass die heutigen archäologischen Kenntnisse über die Entwicklungsbedingungen früher anthropogener Gesellschaften in hohem Maße auf interdisziplinärem Wege, in Verbindung mit den Forschungsergebnissen der wie hier überwiegend naturwissenschaftlichen Disziplinen erschlossen wurden. Diese Grundhaltung durchzieht alle weiteren Einzelbetrachtungen und hilft dem Leser zu verstehen, warum erst das Überschreiten von fachimmanenten Grenzen in der Archäologie neue Grundlagen für zukunftsweisende wissenschaftliche Synergien schaffen kann.

Aber der archäologische Buchteil hat im Hinblick auf methodische Grundlinien noch mehr Vorzüge aufzuweisen. Hier wird bei jeder Darstellung breit angelegter, mit hohen fachlichen Wertschöpfungen besetzter und in sich geschlossener Erklärungsmodelle, seien es die Beschreibungen über die Ausbreitung der bandkeramischen Kultur, der Megalithkultur oder der Becherkulturen, auf die traditionellen, aber nicht mehr zutreffenden Grundaussagen verwiesen, wie sie häufig noch in Museen und älterer populärwissenschaftlicher Fachliteratur verbreitet werden. Hier haben sich Hans-Otto Pollmann und Robert Gündchen in besonderer Weise um die Archäologie verdient gemacht, indem sie diesen teilweise äußerst hartnäckig verankerten antiquierten Lehrmeinungen ein Bild von den Erkenntnisgewinnen intensiver zielgerichteter Forschung der letzten 20 Jahre gegenüberstellen. Darüber hinaus haben

sich beide Verfasser erfolgreich bemüht, mit der Darstellung der archäologischen Erkenntnisse über den Ablauf der kulturgeschichtlichen Evolution eine gewisse Offenheit dieses Prozesses erkennen zu lassen. Zusammenfassend ließen sich ihre Beschreibungen so interpretieren, dass es in der vorgeschichtlichen Entwicklung, wie es auch für andere z. B. historisch erforschte Abläufe gilt, niemals zwingenden Gründe gab, warum nur einseitige Formen des kulturellen, technologischen oder ökonomischen Wandels möglich waren.

Trotz aller methodischen Vorzüge lässt das Kapitel „Steinzeiten“ in inhaltlicher Hinsicht noch geringe Lücken, sei es, dass Fragen, die sich dem Leser aufdrängen, nicht gestellt werden (z. B. im Hinblick auf Mischformen spätglazialer Kulturen), sei es, dass bestehende Erklärungsmuster verworfen, nicht aber durch neue Modelle ersetzt werden (z. B. im Hinblick auf die Theorien von der Ausbreitung der Megalithkultur), oder sei es, dass zu wenig auf die Besonderheit einzelner Fundplätze eingegangen wurde (z. B. Hinweis auf zeitgleiche Bohlenwege im Zusammenhang mit der Neolithisierung der Bevölkerung am Dümmer). Insgesamt schmälert dies aber nicht den Wert des vorliegenden Buches, der sich vor

allem daraus ergibt, dass hier eine seit langem notwendige Publikation vorliegt, die geeignet ist, die hohen Verdienste der archäologischen Forschung allein in der wichtigen Erfassung der mittel- und jungneolithischen Kulturen klar strukturiert zu behandeln. Da dies alles in einer Form geschieht, die tatsächlich eine breite Leserschaft ansprechen dürfte, ist diesem Buch eine weite Verbreitung, auch weit über die Hochstiftkreise Paderborn und Höxter hinaus, sehr zu wünschen. Insgesamt wurde hier eine Arbeit vorgelegt, die wie ein lange erwarteter Lückenschluss anmutet, der zwischen den wissenschaftlich orientierten „klassischen“ Fachbüchern und den eher an eine interessierte Öffentlichkeit gewandten Büchern, wie sie sich z. B. aus der Museumspädagogik der 80er Jahre heraus entwickelten, vermittelt. Hoffen wir, dass dieses Buch auch nach über 30 Jahren „immer wieder gerne zur Hand“ genommen wird, wie es der Herausgeber mit dem Werk von 1971 tat, in diesem Fall allerdings von deutlich mehr Lesern als nur von den Fachleuten.

Bodo Zehm, Osnabrück

**HANS JÜRGEN BRANDT/ KARL HENGST, Geschichte des Erzbistums Paderborn, Bd. 1: Das Bistum Paderborn im Mittelalter (Veröffentlichungen zur Geschichte der Mitteldeutschen Kirchenprovinz, Bd. 12), Paderborn: Bonifatius 2002, 703 S., Kartenbeilage, Abb., 39,90 €**

Die Erforschung und Darstellung des Paderborner Mittelalters boomt. Bereits die 1999 erschienene Stadtgeschichte widmete dieser Epoche einen eigenen Band. Schon vorher hatte man von kirchlicher Seite das ambitionierte Projekt begonnen, eine vierbändige Bistumsgeschichte von den Anfängen bis in die Gegenwart zu schreiben. Als deren erster Band erschien 1997 „Das Bistum Paderborn im Industriezeitalter (1821-

1930)“. Jetzt haben die Autoren Hans Jürgen Brandt und Karl Hengst, die vielfach und epochenübergreifend zum Thema Paderborn ausgewiesen sind, einen umfang- und materialreichen Band zum Paderborner Mittelalter vorgelegt. Darin behandeln sie die Zeit von 772 bis 1532. Hinter diesen Eckdaten verbirgt sich zum einen der Beginn der Sachsenkriege Karls des Großen und zum anderen der Tod des Fürst-

bischofs Erich von Braunschweig-Grubenhagen.

Das stattliche Buch ist nicht geradlinig chronologisch, sondern strukturgeschichtlich in drei Abschnitte und zehn Kapitel unterteilt. Zunächst werden unter der Überschrift „Raum und Entwicklung“ die Sachsenmission, die Bistumsgründung und die Entwicklung der kirchlichen Organisation dargestellt, was die Ausbildung des Territoriums, des Pfarreisystems und der Archidiaconate mit einschließt. Im Anschluss daran arbeiten die Autoren die soziale Entwicklung und die politische Bedeutung des Paderborner Bistums im Früh-, Hoch- und Spätmittelalter heraus. Der zweite Abschnitt widmet sich der „Leitung des Bistums“, stellt indes nicht alle Bischöfe vor, wie Brandt und Hengst dies bereits in einem früheren Werk getan haben, sondern präsentiert nur ausgewählte Bischöfe exemplarisch als Bischofstypen wie etwa Meinwerk (1009–1036) als Reichsbischof oder Bernhard II. von Ibbenbüren (1188–1204) als Fürstbischof. Nach einem verfassungsgeschichtlichen Ausblick auf das Domkapitel, die Archidiaconie, die bischöfliche Kurie, verschiedene Synodentypen und die Finanzverwaltung des Bistums werden in der Folge der Weltklerus sowie die verschiedenen Stifts- und Ordensleute samt ihrer Aufgaben und wichtigsten Niederlassungen vorgestellt. Schließlich wird noch ein Blick auf das Verhältnis der Laien zur Kirche und auf die Laienspiritualität geworfen. Der dritte Abschnitt steht unter der Überschrift „Das kirchliche Leben“ und beginnt mit einer Darstellung von Roman Mensing über „Das Gotteshaus und seine Ausstattung“. Weitere Kapitel über den „Gottesdienst“, „Verkündigung und Caritas“ sowie über „Volksfrömmigkeit und Brauchtum“ stammen wieder aus der Feder von Brandt und Hengst. Der mit zahlreichen hervorragenden Farb- und Schwarzweiß-Abbildungen

versehene Band wird durch eine verdienstvolle Übersicht der Pfarreien des Bistums bis 1530 sowie verschiedene Verzeichnisse und Register beschlossen.

Die Lektüre des Bandes eröffnet ein breites Panorama historischer Ereignisse und Lebensbedingungen im mittelalterlichen Bistum Paderborn. Dabei überschneiden sich die Ausführungen von Brandt und Hengst insbesondere zum Früh- und Hochmittelalter vielfach mit der Darstellung in der Stadtgeschichte, was ursächlich mit der begrenzten Quellenlage zusammenhängt. In der strittigen Datierung der Bistumsgründung halten sie weiterhin an 799 fest – gegen die „in besonderer Weise Münster verbundenen Autoren“ (S. 50), die m. E. zu Recht von einem gestreckten und bis 806 andauernden Gründungsprozess ausgehen. Auch manche andere Punkte fallen negativ auf, wenngleich es sich dabei im Folgenden wohl eher um Versehen handeln dürfte. Die von Bischof Basis (887–909) in Auftrag gegebene *Vita sancti Liborii* ist keineswegs „früh verschollen“ (S. 17), sondern zuletzt 1997 neu ediert worden.<sup>1</sup> Ferner ist in der Bischofsliste (S. 132) der Amtsantritt Bischof Bernhards I. von 1127 auf 1128 zu korrigieren.<sup>2</sup> Verdreht ist auch der Hinweis zum Umschlagfoto. Auf dem Stifterrelief von St. Laurentius in Erwitte steht nicht wie angegeben „Manu dextera tenuit“ (S. 4), sondern – wie der Leser auf dem Buchdeckel feststellen kann – „Manu tenuit dextera“.

Die Stärke des Bandes liegt insgesamt weniger in der Auseinandersetzung mit der

<sup>1</sup> DE VRY, Volker: Liborius. Brückenbauer Europas. Die mittelalterlichen Viten und Translationsberichte. Mit einem Anhang der Manuscripta Liboriana, Paderborn/ München/ Wien/ Zürich 1997.

<sup>2</sup> MEIER, Gabriele: Die Bischöfe von Paderborn und ihr Bistum im Hochmittelalter (Paderborner Theologische Studien 17), Paderborn/ München/ Wien/ Zürich 1987, S. 147.

jüngeren Forschungsliteratur als vielmehr in der Zusammenschau zahlreicher mittelalterlicher Einzelzeugnisse, wie es sie in dieser Form für das Bistum Paderborn bislang noch nicht gegeben hat. Die kirchliche Verfassungs- und Frömmigkeitsgeschichte bilanzierend stellt sich das Werk geradezu als Handbuch für die mittelalterliche Paderborner Diözese dar. Bedauerlich ist nur, dass weder die zehn Kapitel noch die drei Abschnitte und auch nicht das Buch insgesamt durch eine zusammenfassende Bewertung des behandelten Zeitraums abgerundet werden. So bleibt es dem Leser weitgehend selbst überlassen, aus der Fülle der Details beispielsweise die entscheidenden

Ursachen für den politischen Niedergang des Bistums Paderborn im Spätmittelalter herauszufiltern, der 1429 zur vorübergehenden Aufhebung führte. Für eine kurze Zusammenstellung der Paderborner Besonderheiten wäre der Rezensent jedenfalls dankbar gewesen. Trotzdem eignet sich der Band aufgrund seiner strukturellen Gliederung und des umfangreichen Literaturverzeichnisses gut zum Einstieg in die mittelalterliche Paderborner Bistumsgeschichte.

Sascha Käuper, Bonn

**RAINER SPRINGHORN (HG.), Burgen in Lippe... heute schützen wir sie! Begleitbuch zur Ausstellung im Lippischen Landesmuseum Detmold 23. November 2002 bis 16. Februar 2003 (Kataloge des Lippischen Landesmuseums Detmold, Bd. 8), Detmold: Lippisches Landesmuseum 2003, 143 S., Abb.**

Der Ausstellungskatalog ist das Ergebnis einer Initiative, die im Kreis Lippe im Umfeld der Abteilung Bodendenkmalpflege des Lippischen Landesmuseums mit dem Ziel gegründet wurde, die Bekanntheit der Lippischen Befestigungsanlagen und Burgen zu steigern und somit das Bewusstsein der Öffentlichkeit dafür zu schärfen, diese Objekte als wichtige Quellen der vorgeschichtlichen und geschichtlichen Entwicklung in Lippe wahrzunehmen, die es zu erhalten und zu schützen gilt. Neben dem Katalog, der die gleichnamige Ausstellung im Lippischen Landesmuseum begleitete, wurden ein Kinderkatalog, ein Jahreskalender und ein touristischer Führer erstellt. Ferner hat man begonnen, an den Anlagen ein Besucherleit- und Informationssystem zu installieren. Eine Aufgabe, die in den kommenden Jahren fortgeführt werden soll.

In ihrem einleitenden Aufsatz zeichnet Elke Treude die Geschichte der Burgenfor-

schung in Lippe nach, die um 1822 mit Christian Gottlieb Clostermeier einsetzt. Dabei standen zunächst die ur- und frühgeschichtlichen Befestigungen im Vordergrund. Um 1860 hatte Ludwig Hölzermann u. a. die Grotenburg bei Detmold, die Herlingsburg bei Schieder und den Tönsberg bei Oerlinhausen vermessen. Mit der Gründung der Altertumskommission für Westfalen im Jahre 1897 wurde die Burgenforschung intensiviert. Albert Wormstall wurde mit der Zusammenstellung der älteren Befestigungswerke beauftragt. Um die Wende zum 20. Jahrhundert wurden nun auch archäologische Methoden angewandt. Hier waren besonders Carl Schuchardt und Otto Weerth die treibenden Kräfte. Mit der Verfeinerung der Untersuchungsmethoden, genannt seien die Geomagnetik und Luftbildarchäologie, gelingt es heutzutage auch ohne Eingriff in ein Bodendenkmal wichtige Erkenntnisse zu gewinnen. Ausgrabungen erfolgen nur noch an den Orten, wo

eine Zerstörung des Bodendenkmals nicht mehr abgewendet werden kann.

Martin Salesch beschäftigt sich in seinem Beitrag mit den Befestigungen der vorrömischen Eisenzeit in Lippe. Diesem Zeitraum werden fünf Befestigungsanlagen zugewiesen: die Rodenstatt bei Brakelsiek, der Piepenkopf bei Hillentrup, der Tönsberg bei Oerlinhausen, die Grotenburg bei Detmold und die Herlingsburg bei Schieder-Schwalenberg. Salesch beschreibt, sofern noch vorhanden oder ergraben und dokumentiert, die einzelnen Befestigungswerke, ihre Konstruktion und die Materialauswahl. Dabei kommt er zu dem Ergebnis, dass, von geringen Unterschieden abgesehen, die Befestigungen hauptsächlich aus einer äußeren Palisadenreihe bestanden, die von einer Holzkonstruktion gestützt wurde. Dahinter schloss sich eine Stein-Erde-Schüttung an, die mit Steinplatten abgedeckt war. Wegen der kleinflächigen archäologischen Untersuchungen der Anlagen sind Erkenntnisse zu der Innenbebauung der Befestigungen nur schwer zu gewinnen. Das gleiche gilt für die Befestigungen des Frühen Mittelalters. So datiert er gerade einmal vier Objekte in die fragliche Zeit. Auf dem schon erwähnten Tönsberg finden sich Mörtelmauern, die auf eine Bauzeit im späten 8./9. Jahrhundert verweisen. Die Einordnung der Uffoburg bei Bremke erweist sich, trotz der Funde aus dem 10./11. Jahrhundert als schwierig. Die Anlagen Alt-Sternberg und Schildberg sieht Salesch als Bauten am Übergang zur klassischen Adelsburg.

Diese Bauten handelt im nachfolgenden Aufsatz Frank Huisman ab. Er beschreibt die gegen Ende des 12. Jahrhunderts einsetzende Entwicklung der Burg vom mittelalterlichen Wohnturm zur Höhenburg mit Bergfried, Palas und umgebender Ringmauer (z. B. Falkenburg bei Berlebeck und Burg Schwalenberg), bis hin zur Entstehung von Ämtern, die sich aus den klei-

nen Herrschaften, in deren Zentrum die Burg stand, herausbilden konnten. Des Weiteren stellt Huisman die Bauherren der Burgen, meist Mitglieder des Hochadels, die die Burg dann an den niederen Adel verpfändeten oder verpachteten, die Lebensweise auf der Burg und die ritterlichen Lebensgewohnheiten, wie die Jagd, das Fehdewesen und die Ausrüstung der Ritter vor.

Den neuzeitlichen Burgenbau in Lippe behandelt Roland Pieper. Nun stehen nicht mehr Neubauten im Vordergrund sondern Umbaumaßnahmen, die viele mittelalterliche Burgen im 16. Jahrhundert erfahren haben, um den Wohnkomfort zu erhöhen. So wurden in Schloss Sternberg größere Fenster, Erker und Kamine eingebaut. Auch ein Wandel in den Funktionen Wohnen und Verteidigen, die bei der Burg untrennbar zusammen gehörten, ist festzustellen. Am Beispiel des Detmolder Schlosses wird gezeigt, wie diese Bereiche voneinander getrennt werden. Das Schloss wird ohne fortifikatorische Elemente repräsentativ ausgebaut. Die Wehrfunktion übernehmen eine Wallanlage mit Bastionen und der Burggraben, die das Schloss umgeben. Mit der Weiterentwicklung der mauerbrechenden Waffen im 17. Jahrhundert endet auch dieses Nebeneinander, da nun jegliche Wehrfunktion sinnlos geworden ist. Von nun an entwickeln sich Schloss und Festung unabhängig voneinander.

Den Aufsätzen schließt sich ein Katalog der Ausstellungsexponate an. Ein einleitender kurzer Text ist den Exponaten, die zu Themengruppen zusammengefasst sind, vorangestellt. Durch den Katalog der Exponate werden die Lebensumstände auf der Burg zusätzlich illustriert, allerdings nur schlaglichtartig und rudimentär, was an der geringen Anzahl der Ausstellungsstücke liegt. Der Katalogteil nimmt gerade einmal zwanzig Seiten ein.

Den Abschluss der Publikation bildet ein alphabetischer Katalog der Befestigungsanlagen. Hier wird bei jeder Anlage kurz, sofern erfolgt, auf archäologische Untersuchungen eingegangen und die Befund- und Fundlage dargestellt. Ferner wird knapp die historische Überlieferung wiedergegeben und die einschlägige Literatur zu den einzelnen Objekten genannt. Einigen Anlagen sind Grundrisse, Fotos oder topographische Pläne beigelegt. Besonders dieser Katalog der Befestigungsanlagen ist sehr hilfreich und bietet einen guten Einstieg, wenn man sich intensiver mit der

Materie beschäftigen will. Ansonsten vermittelt der Band einen guten Überblick über die Befestigungsanlagen in Lippe, die aus archäologischer, historischer und kunsthistorischer Sicht kundig dargestellt werden. Es bleibt zu hoffen, dass die Erforschung der lippischen Burgen und Befestigungsanlagen weiter fortgeführt wird und ihre Erschließung denkmalverträglich und schonend erfolgt. Die vorliegende Publikation ist ein Schritt in diese Richtung.

Ansgar Köb, Paderborn

**UTA HALLE, „Die Externsteine sind bis auf weiteres germanisch!“ Prähistorische Archäologie im Dritten Reich (Sonderveröffentlichungen des Naturwissenschaftlichen und Historischen Vereins für das Land Lippe, Bd. 68), Bielefeld: Verlag für Regionalgeschichte 2002, zugl. Habil. Humboldt-Univ. Berlin 2001, 608 S., Abb., 49, 00 €**

Es dürfte heute unstrittig sein, dass der Umgang der deutschen Historiker mit der Geschichte des eigenen Faches im Dritten Reich lange Zeit wenig rühmlich gewesen ist. Sofern die Frage nach den „Verstrickungen“ zwischen Geschichtswissenschaft und Nationalsozialismus nicht überhaupt mit pietätvollem Schweigen übergegangen wurde, war man bemüht, die Verantwortung auf einige wenige und vorzugsweise schon verstorbene „wild gewordene Studienräte und Außenseiter“ (Rothfels) zu beschränken, was selbst regimenahen Wissenschaftlern nachträglich den Rückzug in die „innere Emigration“ und die Fortsetzung der Karriere auch unter bundesrepublikanischen Vorzeichen ermöglichte. Abgesehen von wenigen Pionierstudien wurde die Rolle der Geschichtswissenschaft im Dritten Reich eigentlich erst zu Beginn der 1990er Jahre von zumeist jüngeren, durch die eigene Biographie unvorbelasteten Historikern thematisiert. Obschon die Forschung somit von einem fundierten Gesamturteil noch weit entfernt ist, konnten

(Selbst-)Definition und Funktionalisierung der „Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft“ doch bereits deutlich konturiert werden: Schon vor 1918 eine „Domäne nationalgesinnter Männer“<sup>1</sup> vollzogen ihre Fachvertreter nach 1933 die Selbstgleichschaltung der historischen Seminare nahezu reibungslos.

Dass den deutschen Prähistorikern, die sich nach dem programmatischen Titel einer 1911 erschienenen Monographie ihres spiritus rector Gustaf Kossinna als Vertreter einer „hervorragend nationalen Wissenschaft“ verstehen durften, dabei eine gewichtige Rolle zugekommen sein dürfte, ließ sich bislang indes lediglich vermuten, schließlich zählt eine fundierte Darstellung der „Prähistorischen Archäologie im Drit-

<sup>1</sup> SCHÖTTLER, Peter: *Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918–1945*. Einleitende Bemerkungen, in: DERS. (Hg.), *Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918–1945*, Frankfurt a. M. 21999, S. 7–30, hier S. 7.

ten Reich“ zu den Desiderata der Wissenschaftsgeschichte. Nahezu zeitgleich mit zwei von Heiko Steuer bzw. Achim Leube herausgegebenen Tagungsbänden, die sich der deutschen Prähistorie zwischen 1900 und 1995 bzw. 1933 und 1945 widmen, hat nun Uta Halle mit ihrer 2001 an der Humboldt-Universität in Berlin eingereichten Habilitationsschrift eine Studie vorgelegt, die – so verspricht es der zitierte Untertitel – geeignet ist, diese Lücke zu schließen. Den Anspruch einer umfassenden Darstellung über die Gesamtentwicklung der archäologischen Forschung in diesem Zeitraum allerdings verfolgt die eine zeitgenössische Äußerung aufgreifende Arbeit „Die Externsteine sind bis auf weiteres germanisch“ dezidiert nicht. Intendiert ist vielmehr eine „Regionalstudie“ (S. 52), die am Beispiel der Externsteine-Forschung zu paradigmatischen Aussagen auch über „die politischen Verstrickungen des Faches Vor- und Frühgeschichte und die Arbeits- und Forschungsbedingungen der Wissenschaftler im Spannungsfeld nationalsozialistischer Einflußnahme“ (S. 19) gelangen will.

Die markante Felsgruppe in der Nähe von Detmold kann dabei tatsächlich als instruktives Beispiel für die Überlagerung ideologischer politischer Zweckforschung und objektiver Wissenschaft gelten, insbesondere, wenn man wie Halle bei aller örtlichen und zeitlichen Eingrenzung des Untersuchungsgegenstandes die allgemeine Entwicklung des Faches von seinen Anfängen im 19. Jahrhundert hin zur Positionierung im Dritten Reich in den Blick nehmen will. So fanden die Externsteine seit dem 16. Jahrhundert immer wieder das Interesse der Historiographen. Im 18. Jahrhundert wurden sie verbunden mit kirchlichem und nationalem Pathos kontrovers und bis heute wirkungsmächtig entweder als vorchristliches Heiligtum oder aber als christliche Wallfahrtsstätte gedeutet. Ende des 19. Jahrhunderts trugen die ersten Extern-

steine-Ausgrabungen zur Herausbildung der prähistorischen Archäologie als wissenschaftlicher Disziplin bei, während seit den 1920er Jahren die völkischen Interpreten die Deutungshoheit über das vermeintlich von Karl dem Großen zerstörte „germanische Heiligtum“ gewannen. Nach 1933 schließlich erreichte die ideologische Aufladung der Externsteine-Forschung im komplexen Interessengefüge völkischer Laienforscher und konkurrierender Gruppen unter den Prähistorikern, „Amt Rosenberg“ und „Ahnenerbe“ der SS, lokalen und überregionalen Parteiinstanzen sowie staatlichen Stellen ihren Höhepunkt und gilt seither als „Synonym für ideologisierte Wissenschaft unter dem Druck diktatorischer Machthaber“ (S. 37).

Um das Interagieren der verschiedenen Instanzen erfassen und zugleich der simplifizierenden These einer Politisierung der Wissenschaft vorbeugen zu können, will Halle nicht allein die Einwirkung der Politik auf die archäologische Forschung untersuchen, sondern überdies nach den konkurrierenden Parteiinstanzen differenzieren, den Grad der Einflussnahme der völkischen Laienforscher und schließlich die Instrumentalisierung der Forschungsergebnisse für die NS-Propaganda hinterfragen. Dem Untersuchungsgegenstand entsprechend wählt die Verfasserin dabei einen „subdisziplinäre[n] Arbeitsansatz“ (S. 37), der die kritische Auswertung der 1934/35 erfolgten Ausgrabungen, d. h. des archäologischen Materials, ebenso umfasst wie die der archivalischen Quellen (Personalakten, Korrespondenz der beteiligten Forscher u. ä.) und somit die Integration archäologischer und zeitgeschichtlicher Methoden anstrebt. Bemerkenswert ist überdies der bewusste Verzicht auf die Ergebnisse der Oral history, die Aussagen der beteiligten Forscher, auf die Bollmus und Kater bei ihren Arbeiten zum „Amt Rosenberg“ bzw. „Ahnenerbe“ der SS noch intensiv zurück-

gegriffen haben. Obschon einerseits nicht unproblematisch, ist dieser Verzicht andererseits doch konsequent, da eine unverfälschte Sicht der Dinge bei Befragung der Beteiligten kaum zu erwarten ist.

Während die ersten beiden Kapitel (S. 17–53) der Skizzierung von Forschungsstand und eigener Fragestellung dienen, wird die Untersuchung mit einem Blick auf die für die Externsteine relevanten Protagonisten der prähistorischen Forschung im Dritten Reich eröffnet. Dabei bleibt die Übersicht der für das jeweilige Verhältnis zur Prähistorie relevanten Äußerungen der maßgeblichen NS-Ideologen Hitler, Rosenberg und Himmler angesichts der Forschungsfülle notwendig kursorisch – auch wenn „Himmler als Ideologe“<sup>2</sup> stärker hätte konturiert werden können. Deutlich wird jedoch die Heterogenität des NS-Geschichtsbildes, womit sich für die Fachvertreter bei allen ideologischen Vereinnahmungsversuchen ein gewisser Spielraum ergab.

Dies zeigen auch die kontrastiv angeordneten Kurzbiographien der „unheilvolle[n] Phantasten“ und der Vertreter der „beamtete[n] Wissenschaft“ (S. 69). Inhaltlich gerechtfertigt ist dabei die Fokussierung auf den völkischen Laienforscher Wilhelm Teudt und den universitären Wissenschaftler Hans Reinerth, die auf unterschiedlichen Ebenen agierend für die Externsteine-Forschung bzw. die Prähistorie insgesamt wesentliche Bedeutung erlangen sollten. Umso bedauerlicher ist jedoch, dass die Verfasserin im Falle des Detmolder Laienforschers nur auf Teile des einschlägigen Quellenbestandes zurückgreifen konnte, was dessen Wertung als „Schlüsselfigur“ (S. 70) zumindest unsicher machen dürfte.

Die weiteren Kapitel (5–14) verfolgen die Herausbildung der prähistorischen Ar-

chäologie von der „Jugend des Faches“ (S. 101) im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert bis in die Zeit nach 1945, wobei erwartungsgemäß die Zeit des Nationalsozialismus, präziser die Vorkriegszeit (S. 139–466) fokussiert wird. Während Halle die Entwicklung der Disziplin vor 1933 unter besonderer Berücksichtigung ihres von Beginn an gegebenen nationalen Impetus, der zunehmenden Affinität zur völkischen Ausrichtung unter Kossinna, der fachinternen Kontroverse zwischen Vertretern der ethnischen Deutung und jenen der klassischen Archäologie sowie der unbeantworteten Herausforderung durch völkische Laien wie Teudt relativ umfanglich (S. 93–138) behandelt, gerät der Ausblick auf die Zeit nach 1945 und das Nachwirken jener völkischen Interpretationsschemata zur Marginalie (S. 513–519), die Bedeutung der Externsteine für esoterische und rechtsradikale Kreise heute etwa wird überhaupt nicht thematisiert.

Für ihre Untersuchung der Prähistorie im Dritten Reich operiert Halle auf zwei miteinander verschränkten Ebenen, die allerdings unterschiedlich intensiv ausgeleuchtet werden: Während der exemplarische Fall der Externsteine-Forschung im Wesentlichen für die 1930er Jahre untersucht wird, verfolgt die Verfasserin die auf der Reichsebene angesiedelte Auseinandersetzung zwischen den bereits vor 1933 abgrenzbaren Gruppen der völkischen und der klassischen-provinzialrömischen Archäologen und der jeweils mit ihnen verbundenen Partei- und Staatsinstanzen („Amt Rosenberg“ bzw. „Ahnenerbe“) sowie der völkischen Laienforscher um die Deutungshoheit der Vorgeschichte bis zum Zusammenbruch des Dritten Reiches.

In ihrer „Regionalstudie“ zeigt Halle entgegen der bisher vorherrschenden Auffassung, dass die Externsteine im Konzept der NS-Machthaber 1933 noch keine Rolle spielten. Erst Teudt lenkte als „Impuls- und

<sup>2</sup> ACKERMANN, Josef: Himmler als Ideologe, Göttingen 1970.

Ideengeber“ (S. 187) deren Interesse auf die Felsgruppe und die von ihm propagierte Deutung als „germanisches Heiligtum“. Sein Einfluss blieb trotz gegenläufiger Bestrebungen Himmlers Ende der 1930er Jahre ungebrochen und prägte nicht zuletzt die 1934/35 erfolgten umfangreichen Ausgrabungen an den Externsteinen, deren Dokumentation und Neuinterpretation Gegenstand des durch Umfang (S. 191–343) und methodische Konzeption zentralen 7. Kapitels der Arbeit ist. Zweifellos befindet sich die Archäologin Halle hier in ihrem Metier, auch rechtfertigt sich die Ausbreitung des Fundmaterials insofern, als dass dies zum ersten Mal geschieht. Andererseits muss die Frage erlaubt sein, ob nun tatsächlich die Einzeldokumentation jedes Befundes notwendig ist, auch wenn aufgrund der mehrfach betonten unzureichenden zeitgenössischen Ausgrabung keine fundierte Interpretation möglich ist. Für den Nicht-Archäologen wird der formalistische Aufbau so recht schnell zur ermüdenden Geduldprobe. Dabei erfahren berücksichtigte Befunde wie z. B. der „germanische Steintisch“ zwar beruhigend unspektakuläre Neudeutungen, eine ideologiekritische Aufarbeitung gelingt indes nur teilweise.

Ebenfalls detailliert und für einzelne Vorgänge geradezu minutiös erfolgt die Darstellung der fachinternen Auseinandersetzungen zwischen den konkurrierenden Fachwissenschaftlern und den sie stützenden Instanzen in Staat und Partei um ein geplantes Reichsinstitut für deutsche Vorgeschichte. Auch hier macht es die Verfasserin dem Leser mit einer äußerst kleinschrittigen Vorgehensweise nicht leicht. Mehr Mut zur Konzentration auf die entscheidenden Abläufe hätte der Übersichtlichkeit gedient. Gleichwohl gelangen hier wesentliche Einsichten etwa über den unmittelbar 1933 einsetzenden „Wettkampf“ aller beteiligten Wissenschaftlergruppen „um die Gunst der Politiker“

(S. 139), der gerade nicht für den nach 1945 immer berufenen Druck der Partei spricht, sondern für bereitwillige Selbstgleichschaltung und „aktive Teilnahme [...], um die NSDAP für die persönlichen und wissenschaftlichen Interessen zu nutzen“ (S. 188). Unter den beteiligten Forschern kann Halle keinen Gegner des autoritären Regimes ausmachen, ganz im Gegenteil zeigen die persönlich geführten Auseinandersetzungen, in welchem Maße dessen denunziatorische Mechanismen genutzt wurden.

Während sich mithin der Eindruck aufdrängt, die Geschichte der Prähistorie im Dritten Reich bestehe lediglich aus Personalquerelen, bleiben die Aspekte Ideologie und Propaganda erstaunlich unterbelichtet: So ist es symptomatisch, wenn solide Arbeiten zu „Entfesselung und Mißbrauch der Mythen in Nationalsozialismus und rechter Esoterik“<sup>3</sup> keine Berücksichtigung finden und selbst die propagandistische Nutzung der Felsen eher am Rande (S. 451f., S. 459–463, S. 468ff.) angesprochen wird. Bei einer Darstellung zur „Prähistorischen Archäologie im Dritten Reich“ ließen sich auch Überlegungen zur Rolle einer „kämpfenden Wissenschaft“, wie man sie in Analogie zur von Heydrich propagierten „kämpfenden Verwaltung“ bezeichnen könnte, erwarten. Was also meinte jene Forschung, die SS-Wissenschaftler ab 1939 in Osteuropa „mit Volldampf“ (S. 467) beginnen wollten? Auch wäre hinsichtlich der Forscherbiographien – wie Halle abschließend selbst betont (S. 514) – eine Untersuchung auf generationelle Prägungen wie sie etwa von Herbert<sup>4</sup> oder Wildt<sup>5</sup> für die SS vorgelegt

<sup>3</sup> SÜNNER, Rüdiger: Schwarze Sonne. Entfesselung und Missbrauch der Mythen in Nationalsozialismus und rechter Esoterik, Freiburg/Basel/Wien <sup>2</sup>1999.

<sup>4</sup> HERBERT, Ulrich: Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft, 1903–1989, Bonn <sup>3</sup>1996.

wurden, wünschenswert. Das Fehlen entsprechender Fragestellungen wird man indes nur partiell der Verfasserin anlasten dürfen, zu unbefriedigend ist der Forschungsstand zur Fachgeschichte.

Trotz der Kritik ist Halle vor diesem Hintergrund in mehrfacher Hinsicht eine bemerkenswerte Studie gelungen: So bilden die zahlreichen zeitgenössischen Fotos und Abbildungen sowie die Tafeln der Fundstücke einen reichhaltigen Fundus für weitere zeitgeschichtliche und archäologische Forschungen, auch wenn sich die zusätzliche Aussagekraft der im Text ohnehin zitierten Dokumente dem Rezensenten nicht bei jeder Abbildung erschließt. Indem Halle die Grabungen der NS-Zeit nicht nur kritisch referiert, sondern überdies basierend auf der Datierung eines Großteils der Funde in das Hoch- und Spätmittelalter die schon im 18. Jahrhundert aufgebrachte These eines „kleinen mittelalterlichen Adelssitze[s]“ (S. 519) an oder auf den Felsen erneut in die Diskussion einbringt, dürfte sie deren weitere Erforschung angeregt und zugleich auf ein sicheres Fundament gestellt haben.

Über ihre Bedeutung für die Erforschung des Landes Lippe in der NS-Zeit hinaus leistet die Regionalstudie Halles auch einen wesentlichen Beitrag zum Verständnis des Nationalsozialismus insgesamt: Der in den Auseinandersetzungen um die Externsteine durchgängig zu konstatierende Einfluss lokaler und regionaler Kräfte markiert, insofern die Rolle der Chefideologen Rosenberg und Himmler signifikant relativiert wird, nicht nur einen Paradigmenwechsel in der Erforschung der zugeordneten Parteilgliederungen „Amt Rosenberg“ und „Ahnenerbe“, die bislang unter dem Gesichtspunkt „Kulturpolitik des Dritten

Reiches“<sup>6</sup> (Kater) betrachtet wurden, sie belegt vor allem auch die zuletzt etwa für die Entwicklung des Völkermordes aufgezeigte Initiativrolle der Instanzen an der räumlichen Peripherie.

Schließlich stellt die Studie von Halle trotz der offen gebliebenen Fragen einen wesentlichen Beitrag zur noch ausstehenden Fachgeschichte der Prähistorie in der Zeit des Dritten Reiches dar: Ob diese auf die Jahre 1933 bis 1945 eingeschränkt werden kann, muss angesichts der hier angesprochenen personellen, institutionellen und strukturellen Kontinuitäten mehr als fraglich erscheinen, als „hervorragend nationale Wissenschaft“ fungierte die Prähistorie schon in den vorangehenden Jahrzehnten. Zudem konturiert Halle gerade am Fall der Externsteine, dem vermeintlichen Paradebeispiel für eine gegen den Willen ihrer Vertreter durch die NS-Polykratie funktionalisierten Wissenschaft Spielraum, Einfluss und Verantwortlichkeit sowohl der Laienforscher als auch der universitären Wissenschaftler. So ist denn auch das Titelzitat zu verstehen, nicht wie man glauben möchte als etwa durch Himmler dekretierte Generallinie der Forschung, sondern als Ausdruck „aufkommende[r] Resignation“ (S. 258) eines der wenigen Fachvertreter, der die im Spannungsfeld von „unheilvollen Phantasten“, „beamteter Wissenschaft“ und NS-Instanzen vollzogene Ideologisierung der Externsteine nicht mittragen mochte. Ob der Kern der Aussage für die Prähistorie generell gilt, werden weitere Fallstudien erweisen müssen.

Jörg Heger, Paderborn

<sup>5</sup> WILDT, Michael: Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes, Hamburg 2002.

<sup>6</sup> KATER, Michael H.: Das „Ahnenerbe“ der SS 1935–1945. Ein Beitrag zur Kulturpolitik des Dritten Reiches (Studien zur Zeitgeschichte 6), München 21997.

**BEATRIX PUSCH, Die kommunale Neugliederung im Kreis Soest (Studien und Quellen zur Westfälischen Geschichte, Bd. 47), Paderborn: Bonifatius 2003, 228 S.**

Es gehörte zu den Grundüberzeugungen der sechziger Jahre, dass die moderne Gesellschaft durch eine effiziente Planung gestaltet werden kann. Die Planungseuphorie kulminierte in der kommunalen Gebietsreform, die zwischen 1965 und 1975 in der gesamten Bundesrepublik zum heiß diskutierten Thema wurde. Beatrix Pusch, Leiterin des Kreisarchivs Soest, hat sich den Vorarbeiten und der Umsetzung der Neugliederung im Kreis Soest angenommen und ebenso minutiös wie systematisch die damit verbundenen Entscheidungsprozesse auf Gemeinde-, Kreis- und Landesebene betrachtet. Zentrales Motiv für die territoriale Neuordnung war der Gedanke, dass die bestehenden kleineren kommunalen Einheiten nicht lebensfähig seien und ihren Bewohnern keine adäquaten Lebensbedingungen bieten könnten. Neben dem Verhältnis von Einwohnerzahl und Flächengröße waren es vor allem wirtschaftspolitische und infrastrukturelle Argumente, die ins Feld geführt wurden. Historische oder konfessionelle Gründe spielten für die Planungen auf Landes- und Kreisebene nur in Ausnahmefällen eine Rolle. Es war beabsichtigt, die Lebensverhältnisse in Stadt und Land anzugleichen und die Verwaltung durch eine stärkere Zentralisierung leistungsstärker zu machen. Am Ende stand in Nordrhein-Westfalen eine drastische Reduzierung der Zahl von Landkreisen (31 statt vorher 57), kreisfreien Städten (23 statt vorher 37) und kreisangehörigen Gemeinden (373 statt vorher 2.297). Für den neuen Kreis Soest schildert die Verfasserin die Diskussionen innerhalb von Verwaltung und Politik. Darüber hinaus bietet sie einen Überblick über die konzeptionellen Vorstellungen der Akteure auf Gemeindeebene.

So ist das Buch für den Heimatforscher ein fundiertes Nachschlagewerk, wenn er sich über die Entwicklungen in „seiner“ Gemeinde informieren möchte. Breiten Raum nimmt erwartungsgemäß die Zusammenlegung der bisherigen Kreise Soest und Lippstadt sowie des Amts Warstein zum neuen Kreis mit seinen 14 Großgemeinden statt vorher insgesamt 171 Gemeinden ein, inklusive der strittigen Frage nach dem Kreissitz. Trotz verschiedener Zweifel, gelang es nach Ansicht der Verfasserin recht schnell, eine „Identität“ zu entwickeln und die Neugliederung im Kreis Soest zu einem Erfolg zu machen.

Aus verwaltungs- und institutionengeschichtlicher Sicht ist die Verfasserin dem Thema vollauf gerecht geworden, indem sie Entscheidungsprozesse auf verschiedenen Handlungsebenen beleuchtet und verständlich macht. Eine kritische Analyse dieser Vorgänge leistet sie dagegen kaum, dazu hält sie sich mit ihrem Urteil zu sehr zurück. An die Stelle der historischen Deutung setzt sie eine ausgiebige Zitierlust, durch die die offiziellen Stellungnahmen der Politiker und Beamten ersichtlich werden. Dadurch erscheint die kommunale Neugliederung als schlichter Verwaltungsakt, dessen öffentlich-kontroverse Dimension lediglich bei der Frage des Sitzes der Kreisverwaltung offenkundig wird. Dass sich der Trend zu großen Einheiten angesichts mangelnder Bürgernähe der Verwaltung, Abzug von Grundfunktionen wie Post bzw. Einkaufsmöglichkeiten und der Zersiedelung der Landschaft inzwischen als nicht immer segensreich erwiesen hat, ist der Verfasserin am Ende einige Randbemerkungen wert. Doch die zahlreichen Bürgerinitiativen und Kommentare der

Öffentlichkeit jenseits von Verwaltung und Kommunalpolitik in den sechziger und siebziger Jahren bleiben unterbelichtet. Berücksichtigt man, dass seit der Gründung des Landes NRW wohl keine andere Entscheidung auf kommunaler Ebene ähnlich heftige Emotionen freigesetzt hat wie die Neugliederung vor rund 30 Jahren, dann

erscheinen weitere mentalitätsgeschichtliche Forschungen zur Akzeptanz dieser Territorialreform unerlässlich. Sie alle werden sich auf die vorliegende solide Rechercheleistung stützen können.

Rainer Pöppinghege, Paderborn

**HUGO ROSENTHAL (JOSEF JASHUVI), Lebenserinnerungen, hg. v. Micheline Prüter-Müller u. Peter Wilhelm A. Schmidt (Panu Derech – Bereitet den Weg, Bd. 18 = Quellen zur Regionalgeschichte, Bd. 6), Bielefeld: Verlag für Regionalgeschichte 2000, 276 S., Abb., 19,00 €**

Im Jahre 1947 entschließt sich Josef Jashuvi, Leiter des Kinder- und Jugendheimes „Ahawah“ (auf Deutsch „Liebe“) in Kirjat Bialik bei Haifa seine „Lebenserinnerungen“ in seiner Muttersprache Deutsch niederzuschreiben. Noch im Dezember desselben Jahres vollendet er sie kurz vor seinem 60. Geburtstag. Seine sorgenvollen Blicke sind auf die Zukunft jüdischen Lebens im Lande gerichtet. „Es waren Blicke in eine höchst widerspruchsvolle Zukunft, welche hoffnungsvoll die Verwirklichung aller Bemühungen um Gründung eines jüdischen Staates und damit die Erfüllung des lange ersuchten zionistischen Wunschtraumes, zugleich in Angst und Schrecken die Perspektive eines unmittelbar bevorstehenden Krieges mit den arabischen Nachbarn und schließlich das jüdische Gemeinwesen im Lande mit der Befürchtung umfaßten, daß es seinen hochethischen, jüdisch-humanistischen Bestrebungen nicht entsprechen werde“ (S. 11). Mit diesen Worten führt Peter Wilhelm A. Schmidt in die von ihm und Micheline Prüter-Müller herausgegebenen „Lebenserinnerungen“ von Hugo Rosenthal ein.

Am 14. Dezember 1887 wird Hugo Rosenthal, der sich später in Palästina Josef Jashuvi nennen wird, in Lage als fünftes Kind einer neunköpfigen Geschwisterschar in eine bürgerliche jüdische Familie der

Mittelschicht geboren. Die Familie könnte vordergründig als assimiliert gelten: Der Vater ist Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr, des Männergesangsvereins sowie des Krieger- und Schützenvereins. Für unterschiedliche Wahlperioden ist David Rosenthal, der Flachs- und Lumpenhändler, im Rat der Stadt Lage vertreten. Die Rosenthals sind in das kleinstädtische Leben eingebunden und stets selbstverständliche Gäste bei nichtjüdischen Hochzeiten, Beerdigungen und Kindtaufen. Zu Weihnachten sitzen die Rosenthal-Kinder mit den Nachbarkindern unter dem Weihnachtsbaum, während umgekehrt im Rosenthal-schen Garten zu Ostern/Pessach Ostereier gesucht und Mazzen gegessen werden.

Rosenthal beschreibt das Genrebild seiner Kindheit und Jugend in Westfalen, die nicht jüdisch definiert war. Sein Vater bezeichnete sich als areligiös. Lediglich die Mutter, aus einer frommen jüdischen Familie stammend, versuchte anfangs einen religiösen Haushalt zu führen. Im Rückblick auf Kindheit und Jugend erscheint Hugo Rosenthal die Zugehörigkeit zum Judentum mehr als Last denn als Vorzug. Als er etwa sieben Jahre alt ist, kommt es zum geschäftlichen Zusammenbruch. Der Vater, steckbrieflich gesucht, flieht nach Amerika, während er seine Frau und Kinder in großer Armut zurücklässt. In einer

völlig „verwahrlosten Umwelt“ lebte die vaterlose Familie dann ein Jahr lang in Herford, um von dort in das Armenhaus nach Lage zurückzukehren. Zu der „Schande“ der Armut gesellte sich für den Heranwachsenden eine zweite, nicht weniger brennende, die der Diskriminierung als Jude.

Nachdem die Familie um die Jahrhundertwende nach Bielefeld gezogen war und sich ihre ökonomische Situation dank der Unterstützung der größeren Kinder und der Rückkehr des Vaters stabilisiert hatte, war der Umgang in der dortigen Schule zunächst nicht weniger problematisch. Kinder rufen „hep, hep, Jude“ und andere Spottverse hinter ihm her. Fast täglich kommt es zu Prügeleien zwischen ihm auf der einen und den gegen ihn Verbündeten auf der anderen Seite. Er zieht den Kürzeren, nicht selten unter der Akklamation von Erwachsenen. Doch Hugo wehrt sich: „Aber es war schwer, immer angegriffen, immer in der Minderheit und zumeist der Unterlegene zu sein“ (S. 123). Zu seinen Schulkameraden in Bielefeld zählten allerdings auch nichtjüdische Freunde, ein Metzgersohn, mit dem ihm eine intensive Freundschaft verband, sowie der Sohn eines Bauern der umliegenden Meierhöfe.

Schon früh, nach der Lektüre von Herzls und Nordaus Schriften, setzte sich Rosenthal mit dem Zionismus auseinander und suchte Anschluss an die zionistische Bewegung. In Gesprächen mit gebildeten Juden hatte er immer wieder vernommen: „Wir Juden werden nie gleichberechtigte Staatsbürger sein.“ Das gab ihm noch größeren Auftrieb. Wenn dem so ist, war seine Meinung, müssen wir eine neue Heimat schaffen. Danach „empfand ich mich im letzten Sinne als heimatlos“ (S. 227). „Obwohl ich nicht die geringste Vorstellung von der Möglichkeit eines Lebens in Erez Israel hatte, sah ich Zion als meine Heimat an. Meine Ruhelosigkeit war meine Heimat-

losigkeit“ (S. 228). Er beginnt, für die zionistische Idee zu werben. „Mir scheint, daß keine Gegend in ganz Deutschland ein so undankbares Feld für zionistische Propaganda bot wie Westfalen und Lippe. Die Assimilation war den Juden dort tief ins Blut gedrungen“ (S. 228).

Der Bielefelder Rabbiner Dr. Coblenz nimmt sich des begabten Mittelschülers an und erteilt ihm u. a. Hebräisch-Unterricht. Im Jüdischen Lehrerseminar in Münster, der Marks-Haindorf-Stiftung, beginnt Rosenthal eine fünfjährige Lehrerausbildung, die er 1908 19-jährig beendet. Anschließend unterrichtet er bis 1910 an der einklassigen jüdischen Schule in Gütersloh (die Stadt des „Muckertums und der Bigotterie, rückschrittlich, abergläubisch und zerfressen von Vorurteilen“ (S. 236), so seine Bewertung) und erfährt dort offene Judenfeindschaft. Seinen einjährigen Militärdienst leistet Rosenthal in Bielefeld ab. Im Militär herrschten im Allgemeinen grobe antisemitische Vorurteile, denen Rosenthal selbst offenbar nicht ausgesetzt war. Der Erzähler und Essayist Jakob Wassermann etwa berichtet von seinen Beobachtungen während der Militärzeit. Der Antisemitismus der Offiziere dokumentierte sich in einer verächtlichen oder argwöhnischen Haltung gegenüber ihm, den Juden. Aber „auffallender, weitaus quälender war mir in dieser Beziehung das Verhalten der Mannschaften. Zum erstenmal begegnete ich jenem in den Volkskörper gedrungenen dumpfen, starren, fast sprachlosen Haß, von dem der Name Antisemitismus fast nichts aussagt, weil er weder die Art, noch die Quelle, noch die Tiefe, noch das Ziel zu erkennen gibt.“<sup>1</sup>

Hugo Rosenthal wirkt von 1911 bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges als Religionslehrer und Prediger in Grünberg

<sup>1</sup> WASSERMANN, Jakob: Mein Weg als Deutscher und Jude, Berlin 1921, S. 39.

in Schlesien, einer liberalen, offenen Stadt. Anders als in Gütersloh, aber auch Bielefeld oder Münster, wo die Juden nach seiner Wahrnehmung in einem gesellschaftlichen Ghetto lebten, d. h. fast ausschließlich unter sich verkehrten, erlebte er in Grünberg Liberalität und Toleranz (S. 238). Rosenthal wird in den Honoratiorenkreisen der Stadt akzeptiert. Er erinnert sich: „So sehr ich deutschen Geist und deutsches Wesen liebte und verehrte, so wußte ich damals schon, daß es eine Synthese zwischen Judentum und Deutschtum nicht gab. [...] Meine Ansicht war klar und eindeutig: Trennung der Kulturkreise. Wir Juden sollten lernen, uns selbst aus der Welt von unserer Vergangenheit und von unseren Kulturgütern her verstehen zu lernen. Als Juden die nichtjüdische Welt zu begreifen und sie uns angleichen, sie uns assimilieren – darin sah ich unsere vornehmste Aufgabe im Kulturbereich“ (S. 250). Von besonderer Bedeutung scheint sein Bemühen gewesen zu sein, im Blick auf seine Wurzeln eine lebendige Verbindung jüdischer und deutscher Kulturtraditionen aufrechtzuerhalten. Da er nicht bereit war, seine deutschen kulturellen Wurzeln aufzugeben, führte dies zu höchst intensiven Spannungen, die aus der „zerrissenen Symbiose“ resultierten und durch sein Einheitsstreben in einem faszinierenden, einheitlich wirkenden Lebenswerk integriert wurden.

In der Grünberger Zeit vollzieht sich eine Wende zweifacher Art: eine religiöse und eine politische. Die Freundschaft zu einem alten talmudgelehrten Kantor und seiner Frau führen zu einer Vertiefung seiner Auffassung vom religiösen Judentum. Gleichzeitig wandelt er sich zum radikalen Zionisten, der sich selbst propagandistisch für die Einwanderung nach Erez Israel einsetzt. Mit der Einberufung zum Militärdienst enden die Erinnerungen von Rosenthal.

Die tragende Erzählschicht umfasst Rosenthals Leben der ersten 26 Jahre bis zum Ersten Weltkrieg. Die thematische Weite der dargestellten Lebenswelt, die Tiefe der Durchdringung, die Verbindung mit der unmittelbaren Gegenwart und die Klarheit wie Offenheit der Darstellung suchen ihresgleichen. Gelegentlich greift Rosenthal hinaus über den eigentlichen autobiographischen Kontext, um Erinnerungswürdiges und Nachdenkliches über seine neue Heimat Palästina zu berichten.

Die thematische Breite und manche Besonderheiten seiner Schilderung ergeben sich aus den wechselhaften, sehr unterschiedlichen und für das eingessene deutsche Judentum an sich untypischen sozialen Lagen, in denen Hugo Rosenthal sich in seiner Kindheit und Jugend befand. In klarer Sprache, die ganz wesentlich zur besonderen Prägnanz des Erzählten beiträgt, zeichnet Rosenthal ein genau konturiertes Bild seiner beengten Kindheit. Bis zum Jahre 1914 hatte er die Lebensverhältnisse von Angehörigen des unteren Spektrums des Schichtungsgefüges der deutschen Juden erlebt bzw. erlitten, war dann durch Ausbildung und Berufstätigkeit aufgestiegen, um schließlich in die Kreise des gehobenen Bürgertums vorzurücken. Jashuvis Lebenserinnerungen weisen bedeutenden orts- und regionalgeschichtlichen Quellenwert auf. Die Überprüfung von „harten“ Daten in den jeweiligen Archiven in Lage, Herford und Bielefeld durch Micheline Prüter-Müller ergaben, dass Jashuvi über ein erstaunliches Erinnerungsvermögen verfügte. Gegen das Verdrängen, das Vergessen und den „unaufhaltsamen Verlust von Dasein“ hat Rosenthal konsequent angeschrieben.

Die etwa 400 handgeschriebenen Seiten aus dem in Yad Vashem aufbewahrten Nachlass von Josef Jashuvi, die eine Schreibmaschinenfassung der Kindheits- und Jugenderinnerungen bis 1898/99 ent-

halten und sich im Originalmanuskript mit 103 Seiten niederschlagen, wurden von Micheline Prüter-Müller ediert. An diesem Text hatte Jashuvi eine Fülle von Streichungen und Korrekturen vorgenommen, die von der Mitherausgeberin akribisch bearbeitet werden mussten, gewiss kein leichtes Unterfangen. Ihre Einführung in die Textüberlieferung und die Editionsgrundsätze sprechen für sich. Peter Wilhelm A. Schmidt nimmt in seiner Einleitung den biographischen Faden wieder auf: 1916 zieht Rosenthal in den Ersten Weltkrieg, wird mit dem EK II ausgezeichnet, heiratet 1919 Betty Goldschmidt, eine Pianistin, und lebt von 1924 bis 1929 mit seiner Familie in Erez Israel. Während dieser Zeit gründete Hugo Rosenthal mit Dr. E. Arnstein das „Institut für Kinderforschung in Palästina“. Der Zionist Rosenthal kehrt dennoch nach Deutschland zurück, unterrichtet an einer zionistischen Volksschule und verfasst zahlreiche pädagogische Schriften. Die Verwirklichung eines Trau-

mes ist 1933 die Übernahme und Leitung des der Reformpädagogik zugewandten Landschulheimes Herrlingen bei Ulm. Heim und Schule werden Ende März 1939 aufgelöst. Rosenthal kann noch vor Beginn des Zweiten Weltkrieges im August 1939 nach Palästina emigrieren. Dort setzt er seine pädagogische Arbeit fort, baut das Kinder- und Jugendheim in Kirjat Bialik bei Haifa zu einer anerkannten reformpädagogischen Institution aus, und leitet es bis zu seiner Pensionierung 1956. Im Jahr 1980, wenige Tage vor seinem 93. Geburtstag, stirbt Hugo Rosenthal/Josef Jashuvi.

Peter Wilhelm A. Schmidt würdigt Rosenthal/Jashuvi als einen der „jüdischen Brückenmenschen“ im Sinne von Manès Sperber, der im Blick auf seine Wurzeln bemüht war, eine lebendige Verbindung von jüdischer und deutscher Kulturtraditionen aufrechtzuerhalten.

Margit Naarmann, Paderborn

**HINRICH SIUTS, Bäuerliche und handwerkliche Arbeitsgeräte in Westfalen. Die alten Geräte der Landwirtschaft und des Landhandwerks 1890–1930. Mit Beiträgen von Fritz Bartelt, Max Elpers, Renate Elpers, Karl G. Heinisch, Wingolf Lehnemann und Thomas Ostendorf (Schriften der Volkskundlichen Kommission für Westfalen, Bd. 26), Münster: Aschendorff 3. Auflage 2002, 456 S., Abb., 79,80 €**

Zwanzig Jahre nach seinem ersten Erscheinen im Jahre 1982 liegt nun die dritte Auflage des umfangreichen Werkes von Hinrich Siuts vor. Dies zeigt, wie unentbehrlich diese Überblicksdarstellung inzwischen für die Forschung und das allgemeine Interesse geworden ist.

Wie wichtig die Erschließung und Dokumentation des bäuerlichen und handwerklichen Arbeitsgerätes der ländlichen Regionen Westfalens vor der allgemeinen Verbreitung von industriell gefertigten Fabrikzeugnissen war, wurde bei der

Aufnahme und Kategorisierung des museal überlieferten Materials, welches die Grundlage für die Darstellung lieferte, bereits deutlich. Die Inventarisierung innerhalb der Museen erschloss zu einem Großteil weder Herkunft noch Verwendungszweck der Geräte. Zum Zeitpunkt der Materialerhebung standen aber noch genügend Gewährspersonen zur Verfügung, um – von den Unzulänglichkeiten solcher Befragungen abgesehen – aussagekräftige Informationen zu erhalten. So lag es nahe, durch eine Typisierung der Geräte deren Haupt-

formen und Funktionen im Arbeitsprozess zu erfassen, um auf dieser Basis Arbeitsgeräte künftig zumindest identifizieren zu können und darüber hinaus einen Ausgangspunkt für weitere Forschungen zu schaffen. Trotz der Beschränkung auf die wesentlichen Formen blieb die Vielfalt und besonders ihre Multifunktionalität nicht unberücksichtigt.

Die sich aus diesem Forschungsansatz ergebende Materialsammlung grenzte den Zeitraum der Untersuchung ein. Der zeitliche Rahmen umfasst die Übergangsphase der landwirtschaftlichen Umorientierung und Modernisierung zwischen der landwirtschaftlichen Umgestaltung und der Intensivierung der Kulturanbauflächen durch die Einführung des Kunstdüngers am Ende des 19. Jahrhunderts und der Elektrifizierung der Arbeitsprozesse in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Einflüsse auf die Wandlungen der Gerätetypen von der traditionellen Fertigung bis zum verstärkten Aufkommen von Industrieerzeugnissen seit den 1930er Jahren konnten somit aufgezeigt werden, wenn auch auf kulturräumliche Einflüsse der Nachbarregionen ebenso wie auf die Verbreitung der jeweils einzeln dargestellten Geräte aufgrund der Fülle des Materials nur andeutungsweise (nach der 1967 gültigen Kreiseinteilung) hingewiesen werden konnte.

Die Systematik des beschriebenen Materials gliedert sich nach den bäuerlichen und handwerklichen Geräten. Ihr wurden seit der zweiten Auflage noch einige ältere Landmaschinen beigelegt. Die jeweiligen Hauptformen sind auf einzelnen Tafeln zusammengefasst, während der Text zu diesen bildlichen Darstellungen die allgemeine Funktion im Arbeitsvorgang beschreibt.

An bäuerlichen Geräten wurden solche zur Feldbestellung (z. B. Spaten, Hacken, Pflüge, Eggen, Walzen), zur Einbringung der Ernte (z. B. Sicheln, Harken, Forken)

und zur Weiterverarbeitung (z. B. Dreschen, Siebe, Scheffel, Gefäße) in die Dokumentation aufgenommen, die durch weitere Arbeitsgeräte für verschiedene Wirtschaftsweisen (von der Holzgewinnung, der Flachs- und Wollverarbeitung über die Imkerei, dem Backen und Brauen bis hin zum Torfstechen und zur Haubergswirtschaft) ergänzt wurden. Die Spannbreite der handwerklichen Produktionsgeräte erfasst vor allem diejenigen, die zur Holzverarbeitung benötigt wurden, und berücksichtigt darüber hinaus die typischen Werkzeuge von Handwerkern bis hin zum Müller und Mühlenbauer. Das Nachschlagen bestimmter Fachbegriffe wird durch das ausführliche Sachregister erleichtert.

Der Wert dieses Handbuchs für die funktionale Zuordnung der alltäglich verwendeten Gebrauchsgegenstände bei den Arbeitsprozessen im ländlichen Bereich zeichnet sich jedoch nicht nur dadurch aus, dass eine solche für den deutschsprachigen Raum einmalige Zusammenstellung der bäuerlichen und landhandwerklichen Arbeitsgeräte kaum noch in vergleichbarer Weise erschlossen werden kann, sondern auch durch die Einordnung der einzelnen Geräte in den Produktionsprozess. Die hierdurch entstandene Verknüpfung von Sachkulturgütern mit vorindustriellen Fertigungsprozessen erlaubt eine Vorstellung von den autarken Wirtschaftsformen, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg in den 1950er Jahren rapide auflösten und in eine *Wegwerfgesellschaft* übergingen. Schriftliche Überlieferungen zu ländlichen Lebensbereichen können für historische und volkskundliche Untersuchungen durch diese Kenntnisse erst verständlich und interpretierbar werden. Somit erstreckt sich der Handbuchcharakter dieser Monographie weit über die eigentliche Dokumentation hinaus.

Versteht man die Arbeitsgeräte als Indikatoren für Arbeitsabläufe, lassen sich Ein-

sichten in die sozial-, kultur- und mentalitätsgeschichtlichen Aspekte des ländlichen Wirtschaftslebens erzielen. Die Aufnahme- und Umsetzungsbereitschaft von Innovationen und Technisierungen vor der eigentlichen großräumigen Industrialisierung der Landwirtschaft mit der Einführung leistungsstarker Landmaschinen und -traktoren mit ihren vielfältigen Bearbeitungs- und Erntefähigkeiten lässt sich durch die Gegenüberstellung der bäuerlichen Arbeitsprozesse mit denjenigen der Landhandwerker nachvollziehen. Die enge Verflechtung der Arbeitsabläufe wird ersichtlich, und auch hier bietet sich eine Arbeitsgrundlage für weiterführende Fragestellungen, die der Text durchaus anregt.

Das sehr ausführliche Literaturverzeichnis ermöglicht einen leichteren Zu-

gang, um einen Überblick auf vielschichtigeren Fragestellungen zu gewinnen. Es weist die wichtigste Literatur weit über den Untersuchungsraum auf und erschließt damit den europäischen Zusammenhang, in den diese regionale Untersuchung einzuordnen ist. Dass die Geräte nicht ohne die Kenntnis der historischen Entwicklung des Agrarsektors, sondern auch die Agrargeschichte nicht ohne die Kenntnis der Produktionsabläufe und der dafür benötigten Arbeitsmaterialien zu begreifen sind, wurde bei der Zusammenstellung nicht außer Acht gelassen. Um so erfreulicher ist es, dass in der hier vorgestellten dritten Auflage dieses Standardwerkes das Literaturverzeichnis wiederum erweitert und aktualisiert wurde.

Joachim Rüffer, Soest

## Friedensfürst und Guter Hirte

### Ferdinand von Fürstenberg Fürstbischof von Paderborn und Münster

Im Auftrag der Theologischen Fakultät Paderborn

hrsg. von NORBERT BÖRSTE, JÖRG ERNESTI und KARL HENGST

2004. ca. 510 Seiten, mit ca. 120 schwarz-weiß und ca. 30 farbigen Abbildungen, vierfarbiger Festeinband, € 29,90/sFr 50,80

ISBN 3-506-71319-1

= *Paderborner Theologische Studien, Band 42*



Die Lobredner seiner Zeit priesen Ferdinand von Fürstenberg als *Friedensfürsten*, *westfälischen Trajan* und *neuen Augustus*. In der Tat suchte er seine beiden Fürstentümer, die sich von der Weser bis an den Rhein erstreckten und bis an die Nordsee grenzten, durch eine gezielte Neutralitätspolitik aus allen größeren Konflikten herauszuhalten. Diesen Fürstbischof von Paderborn (1661–1683) und Münster (zusätzlich ab 1678) kennzeichnet aber nicht nur ein politisches, sondern auch ein kirchlich-pastorales Profil. Nicht von ungefähr sah man in ihm ebenso den *Hirten* und Seelsorger im Sinne der erneuerten Frömmigkeit der Katholischen Reform – und so verstand er sich auch selbst. Als Dichter, Historiker und Mäzen ist er nicht nur den Kennern der Geschichte Westfalens noch heute im Bewusstsein. Seine Kunst- und Kirchenstiftungen sind aus der westfälischen Kunstlandschaft nicht wegzudenken – in Paderborn sind die Franziskaner-, die ehemalige Jesuiten- und die Kapuzinerkirche wichtige Akzente im Stadtbild.

Der angekündigte Sammelband widmet sich den verschiedenen Dimensionen von Ferdinands Wirken. An diesem interdisziplinären Projekt wirken mehr als 20 Kirchen-, Kunst- und Profanhistoriker, Denkmalpfleger und Philologen mit. Erstmals werden die Fabritius-Gemälde aus der Neuhäuser Residenz und der wiedererstandene Barockaltar der Paderborner Jesuitenkirche umfassend beschrieben. Eine Würdigung der Persönlichkeit und ihres Wirkens leitet den Band ein, eine Zusammenstellung seiner Porträts beschließt ihn. Gemeinsam mit der am 17. September 2004 in Schloß Neuhaus und Paderborn beginnenden Ausstellung über Ferdinand von Fürstenberg wird dieser Band dazu beitragen, diesen Fürstbischof als eine der interessantesten Gestalten der barocken Geistesgeschichte Westfalens und als einen wichtigen Vertreter der Reichskirche neu in den Blick zu nehmen.

#### **Sonderrabatt für Mitglieder:**

Mitglieder des Vereins für Geschichte an der Universität Paderborn (VfG) können diesen Band zu einem um 40 % ermäßigten Vorzugspreis von 18,00 € (gegenüber 29,90 € Laden-

preis) beziehen. Bedingt durch die späte Auslieferung dieses Heftes wird die andernorts genannte Bestellfrist auf den 30. Juli 2004 verlängert.

Dazu muss der Betrag von 18,00 € bis zum 30. Juli 2004 auf das unten genannte Konto überwiesen werden; später eingehende Überweisungen können nicht berücksichtigt werden.

Das Buch wird unmittelbar nach Erscheinen im September zugesandt.

Wichtiger Hinweis:

Tragen Sie bitte auf dem Überweisungsträger Ihren Namen und Ihre vollständige Anschrift gut lesbar in die Spalte „Verwendungszweck“ ein!

### **Bankverbindung:**

Theologische Fakultät Paderborn

Konto 12 550 800

Bank für Kirche und Caritas e. G.

BLZ 472 603 07

Kennwort: „Fürstenberg“

## Der Verein für Geschichte an der Universität Paderborn e.V.

Der Verein für Geschichte (VfG) ist 1983 gemeinsam von Studierenden und Lehrenden an der Paderborner Hochschule gegründet worden. Ziel war und ist es nach wie vor, Forschungen zur Geschichte – insbesondere des westfälischen Raumes – zu fördern und durch Publikation einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Zu diesem Zweck gibt der VfG mehrere Buchreihen heraus: Die *Paderborner Historischen Forschungen* (PHF), die *Paderborner Beiträge zur Geschichte* (PBG) und, in Zusammenarbeit mit dem Stadtarchiv Paderborn, die *Bibliographien zur westfälischen Regionalgeschichte*.

Unsere Mitglieder erhalten von den seitens des Vereins für Geschichte herausgegebenen Büchern je ein kostenloses Exemplar als Arbeitsgrundlage. Ältere Veröffentlichungen können zu einem günstigen Mitgliederpreis erworben werden.

Daneben existiert mit den vorliegenden „*Mitteilungen des Vereins für Geschichte an der Universität Paderborn*“ ein weiteres Publikationsorgan, welches im Wesentlichen für kleinere Arbeiten gedacht ist. Neben regionalgeschichtliche Fragen behandelnden Aufsätzen und Miszellen, die den inhaltlichen Schwerpunkt bilden, ist hier Raum für Beiträge aus dem gesamten Spektrum historischer Forschung.

Ein weiteres Anliegen des VfG betrifft den Informations- und Gedankenaustausch zwischen historisch Interessierten. Ein Forum hierzu bietet der *Historische Gesprächskreis*, der etwa dreimal jährlich unter einer bestimmten Themenstellung stattfindet. Die Termine werden jeweils in den

Mitteilungen und auf unserer Homepage angekündigt.

Wir arbeiten übrigens ehrenamtlich. Der VfG finanziert sich allein durch die Mitgliedsbeiträge (derzeit 25,00 € pro Jahr/ Studierende 15,00 €) und Spenden.

Sie möchten auch Mitglied werden? Kein Problem!

Sie können uns schreiben:

**Verein für Geschichte an der Universität Paderborn e.V.**  
**c/o Die Sprachwerkstatt GmbH**  
**Stettiner Straße 40–42**  
**33106 Paderborn**

Oder anrufen:

**Hubert Tietz M.A. 05251/730055**

Oder eine E-Mail schicken:

**info@die-sprachwerkstatt.de**

Wir freuen uns! Übrigens – als neues Vereinsmitglied erhalten Sie mit dem „Paderborner Künstlerlexikon“ ein attraktives und hochwertiges Begrüßungsgeschenk.

Ansprechpartner an der Universität:

Stefanie Dick M.A.

(N 2.307; Tel. 60-2430)

Prof. Dr. Frank Göttmann

(N 2.329; Tel. 60-2437)

Sie können uns auch auf unserer Homepage besuchen:

**www.vfg-paderborn.de**

## Vereinsveröffentlichungen

Die vom Verein für Geschichte herausgegebenen Bücher erhalten Sie im Buchhandel. Sie können jedoch auch direkt beim Verlag bestellen:

SH-Verlag GmbH, Osterather Str. 42, 50739 Köln  
Tel. 0221/9561740, Fax 0221/9561741, E-Mail: info@sh-verlag.de

Vereinsmitglieder können, sofern sie direkt beim Verlag bestellen, unter Angabe der jeweiligen Mitgliedsnummer unsere Veröffentlichungen zu einem ermäßigten Preis beziehen!

### Paderborner Historische Forschungen (PHF)

Bd. 1: MARGIT NAARMANN, Die Paderborner Juden 1802–1945. Emanzipation, Integration und Vernichtung. Ein Beitrag zur Geschichte der Juden in Westfalen im 19. und 20. Jahrhundert, Schernfeld 1988, 504 S., Abb.

Bd. 2: UDO STROOP, Preußische Lehrerinnenbildung im katholischen Westfalen. Das Lehrerinnenseminar in Paderborn (1832–1926), Schernfeld 1992, 262 S., Abb.

Bd. 3: FRIEDHELM GOLÜCKE, Der Zusammenbruch Deutschlands – eine Transportfrage? Der Altenbekener Eisenbahnviadukt im Bombenkrieg 1944/45, Schernfeld 1993, 336 S., Abb. u. Dokumentenanhang.

Bd. 4: LUDGER GREVELHÖRSTER, Münster zu Anfang der Weimarer Republik. Gesellschaft, Wirtschaft und kommunalpolitisches Handeln in der westfälischen Provinzialhauptstadt 1918 bis 1924, Schernfeld 1993, 253 S., Abb.

Bd. 5: THEODOR FOCKELE, Schulreform von oben. Das Paderborner Elementarschulwesen im 19. Jahrhundert zwischen Tradition und Neuordnung. Entwicklung,

Lehrer, Schullokale, Vierow 1995, 400 S., Abb. u. Dokumentenanhang.

Bd. 6: LUDGER GREVELHÖRSTER/ WOLFGANG MARON (Hrsg.), Region und Gesellschaft im Deutschland des 19. und 20. Jahrhunderts. Studien zur neueren Geschichte und westfälischen Landesgeschichte. Karl Hüser zum 65. Geburtstag, Vierow 1995, 183 S.

Bd. 7: MARGIT NAARMANN, Paderborner jüdische Familien, Vierow 1998, 350 S., Abb.

Bd. 8: KARL HÜSER, Zwischen Kreuz und Hakenkreuz. Das Amt Kirchborchen und seine Gemeinden im „Dritten Reich“ 1933 bis 1945, Vierow 1997, 155 S., Abb.

Bd. 9: DETLEF GROTHMANN, „Verein der Vereine?“ Der Volksverein für das katholische Deutschland im Spektrum des politischen und sozialen Katholizismus der Weimarer Republik, Köln 1997, 618 S., Abb. u. Dokumentenanhang.

Bd. 10: KARL HÜSER, „Unschuldig“ in britischer Lagerhaft? Das Internierungslager No. 5 Staumühle 1945–1948, Köln 1999, 128 S., Abb.

Bd. 11: FRANK GÖTTMANN/ PETER RESPONDEK (Hrsg.), Historisch-demographi-

sche Forschungen. Möglichkeiten, Grenzen, Perspektiven. Mit Fallbeispielen zur Sozial- und Alltagsgeschichte Westfalens (14.–20. Jahrhundert), Köln 2001, 198 S., Abb.

Bd. 12: BIRGIT BEDRANOWSKY, Neue Energie und gesellschaftlicher Wandel. Strom und Straßenbahn für das Paderborner Land, Köln 2002, 271 S., Abb.

### **Paderborner Beiträge zur Geschichte (PBG)**

Heft 1: DIETER RIESENBERGER, Der Friedensbund deutscher Katholiken. Versuch einer Spurensicherung, Paderborn 1983, 31 S., Abb.

Heft 2: REINHARD SPRENGER, Landwirtschaft und Bauern im Senneraum des 16. Jahrhunderts, Paderborn 1986, 99 S.

Heft 3: DIETMAR WÄCHTER, Katholische Arbeiterbewegung und Nationalsozialismus, Paderborn 1989, 148 S., Abb.

Heft 4: JOSEF KIVELITZ, Zwischen Kaiserreich und Wirtschaftswunder. Mein Leben in Paderborn, bearb. von Friedhelm Golücke, Paderborn 1990, 143 S., Abb.

Heft 5: DIDIER VERSCHELDE/ JOSEF PETERS, Zwischen zwei Magistralen. Zur Geschichte der Eisenbahnstrecke Paderborn–Brackwede(–Bielefeld) 1845–1994, Vierow 1995, 151 S., Abb. u. Dokumentenanhang.

Heft 6: KIRSTEN HUPPERT, Paderborn in der Inflationszeit. Die soziale und wirtschaftliche Entwicklung zwischen 1919 und 1924, Vierow 1998, 115 S., Abb.

Heft 7: MARC LOCKER/ REGINA PRILL/ EVA MARIA KÜHNEL/ MELANIE KNAUP/ CARSTEN SCHULTE u.a. [Bearb.], Als die

Bomben fielen... Beiträge zum Luftkrieg in Paderborn 1939–1945, Vierow 1998, 175 S., Abb.

Heft 8: BARBARA STAMBOLIS, Luise Hensel (1798–1876) Frauenleben in historischen Umbruchzeiten, Vierow 1999, 114 S., Abb.

Heft 9: KLAUS ZACHARIAS, Zur Geschichte des Kapuzinerklosters in Paderborn 1612–1834. Das „Jahrbuch der Capuziner in Paderborn“ des P. Basilius Krekeler von 1859, Vierow 1999, 109 S., Abb.

Heft 10: MARGIT NAARMANN, Ein Augen Zion... Das jüdische Umschulungs- und Einsatzlager am Grünen Weg in Paderborn 1939–1943, Köln 2000, 184 S., Abb.

Heft 11: UDO SCHLICHT, „Holzhauer“ und feine Gefäße. Die Glashütten im Fürstbistum Paderborn zwischen 1680 und 1800, Köln 2000, 149 S., Abb.

Heft 12: BRITTA KIRCHHÜBEL, Die Paderborner Intelligenzblätter (1772 bis 1849), Köln 2003, 162 S., Abb.

Heft 13: BEFFINA BRAUN/ FRANK GÖTTMANN/ MICHAEL STRÖHMER (Hrsg.), Geistliche Staaten im Nordwesten des Alten Reiches. Forschungen zum Problem frühmoderner Staatlichkeit, Köln 2003, 304 S., Abb.

### **Bibliographien zur westfälischen Regionalgeschichte**

UTE KAMPMANN-MERTIN, Paderborner Bibliographie 1578–1945, Paderborn 1992, 229 S.

ANDREAS GAHDT, Paderborner Bibliographie 1946 bis 1979. Das Schrifttum über Paderborn, Paderborn 2002, 630 S.

ROLF-DIETRICH MÜLLER u.a., Paderborner Bibliographie 1980/81 ff., Paderborn 1988 ff.

Zuletzt erschienen:

ALEXANDRA MEIER/ ROLF-DIETRICH MÜLLER/ HEIKE THEBILLE, Paderborner Bibliographie 1990–1994 (mit Nachträgen aus früheren Jahren), Paderborn 1999, 132 S.

DETLEF GROTHMANN, Die Warte. Heimatzeitschrift für die Kreise Paderborn und Höxter. Gesamtverzeichnis der Jahrgänge 1 (1933) bis 60 (1999), Köln 2000.

**Weitere Veröffentlichungen/  
Mitherausgeberschaften**

IRMILD KATHARINA JAKOBI-REIKE, Die Wewelsburg 1919 bis 1933. Kultureller Mittelpunkt des Kreises Büren und überregionales Zentrum der Jugend- und Heimatpflege (Schriftenreihe des Kreismuseums Wewelsburg 3), Paderborn 1991, 163 S., Abb.

FRIEDERIKE STEINMANN/ KARL-JOSEF SCHWIETERS/ MICHAEL ASSMANN, Paderborner Künstlerlexikon. Lexikon Paderborner Künstlerinnen und Künstler des 19. und 20. Jahrhunderts in der Bildenden Kunst, Schernfeld 1994, 309 S., Abb.

**Neuerscheinungen**

BETTINA BRAUN/ FRANK GÖTTMANN/ MICHAEL STRÖHMER (Hrsg.), Geistliche Staaten im Nordwesten des Alten Reiches. Forschungen zum Problem frühmoderner Staatlichkeit (PBG 13), Köln 2003, 304 S., Abb.

In dem vorliegenden Sammelband zieht eine Gruppe von Paderborner Historikerinnen und Historikern ein erstes Resümee ihrer Forschungsarbeit zum so genannten Geistlichen Staat der Frühen Neuzeit. Die jüngste Neuerscheinung in der Schriftenreihe „Paderborner Beiträge zur Geschichte“ widmet sich den eigentümlichen Merkmalen geistlicher Herrschaften. Diese Merkmale lassen sich u. a. in der inneren Landesverwaltung, höfischen Repräsentation und den dynastischen Verstrickungen der Bischöfe im alteuropäischen Mächtesystem ausmachen.

Den besonderen Regierungsstil eines Reichsbischofs prägte damals die Verschmelzung des geistlichen Hirtenamtes mit dem weltlichen Schwertamt des Fürsten. Dabei handelte es sich um eine machtpolitische Konstellation, die den Kirchenmann deutlich von seinen weltlichen Vettern unterschied.

Bereits im vorigen Jahr wurde allerorten der Auflösung der von Fürstbischöfen regierten geistlichen Staaten im Zuge der Säkularisation 1802/03 und der Umgestaltung der

politischen Landkarte in der Zeit Napoleons gedacht. Gerade Nordwestdeutschland war bis dahin maßgeblich durch geistliche Fürstentümer geprägt, wie z. B. im Kurfürstentum Köln sowie den Fürstbistümern Münster, Osnabrück, Hildesheim oder Paderborn. Trotz ihrer Bedeutung für das Alte Reich werden die geistlichen Staaten der Frühen Neuzeit (16.–18. Jahrhundert) in der jüngeren Forschungen zum „frühmodernen“ Staatswesen noch immer vernachlässigt. Konträre Deutungsrichtungen lassen zudem letztlich weder der Säkularisation noch dem geistlichen Staat historische Gerechtigkeit widerfahren.

Diese insgesamt unbefriedigende Forschungssituation, so die Paderborner Wissenschaftler, war Anlass für die Beteiligten des Forschungsunternehmens, die Fragen nach den Besonderheiten geistlicher Staatsgebilde von Grund auf neu zu stellen. Dabei wurden in der Veröffentlichung in insgesamt elf Einzelbeiträgen, mit jeweils unterschiedlichen Perspektiven und methodischen Ansätzen, vor allem nordwestdeutsche Territorien untersucht. Erste Ergebnisse, die Ausschnitte aus dem weiteren Themenspektrum des Gesamtprojektes bieten, sind bereits auf der Regionalgeschichtstagung „Leben unter dem Krummstab – der geistliche Staat vor der Säkularisation“ im November 2002 an der Universität Paderborn auf lebhaftes Interesse gestoßen. Sie bilden neben weiteren Studien die Grundlage der für diese Veröffentlichung ausgearbeiteten Beiträge.

## **Historischer Gesprächskreis**

Das letzte Treffen des historischen Gesprächskreises fand am Mittwoch, 5. Mai 2004 in der Gaststätte Weinkrüger statt.

Thema:

**Regional- und Raumbewusstsein im westfälisch-niedersächsischen  
Grenzraum**

**Das Beispiel Lügde als eine mittelalterlich geprägte Stadt  
mit konfessionellen Bezügen zu Paderborn**

Referentin: Angela Weisbrod

### Autorenverzeichnis

ANNE-MARIE HECKER, Lehramtsstudentin Sek. I und II in den Fächern Geschichte und Germanistik, Studentische Mitarbeiterin im UNESCO-Projektbüro.

JÖRG HEGER, Studium der Fächer Deutsch und Geschichte für das Lehramt der Sek. I und II; Studienschwerpunkte: Mittelalterliche Geschichte, Nationalsozialismus und Gedenkstättenpädagogik, z. Zt. Studienreferendar am Reismann-Gymnasium in Paderborn.

SASCHA KÄUPER M.A., Wissenschaftlicher Assistent an der Universität Bonn, Studium der mittelalterlichen Geschichte, Altgermanistik und Medienwissenschaften in Paderborn und Tübingen, Veröffentlichungen zur mittelalterlichen Geschichte Paderborns.

PROF. DR. DIETMAR KLENKE, Lehrstuhl für Neueste Geschichte und Didaktik der Geschichte an der Universität Paderborn (Historisches Institut); u. a. Veröffentlichungen zur Geschichte der Weimarer Republik, zur Verkehrsgeschichte im Automobilzeitalter, zum politischen Katholizismus und zum organisierten Nationalismus in Deutschland sowie zur Geschichte des Vereinswesens.

DR. DES. ANDREAS MOHR, Lehrbeauftragter am FB 05 der Universität Kassel, Forschungsschwerpunkte: Geschichte des Frankenreiches in der Karolingerzeit, Mentalitätsgeschichte.

ALEXANDRA MÜLLER M.A., Studium der Neueren und Neuesten Geschichte, Medienwissenschaft und Sozialwissenschaft an den Universitäten Paderborn und Caen.

DR. PHIL. MARGIT NAARMANN, Veröffentlichungen zur jüdischen Lokal- und Regionalgeschichte und zum Kulturkampf.

HEINRICH PAVEL, Dipl.-Mathematiker, Liebhaber mechanischer Uhren. Schwerpunkt: Entwicklungsgeschichte der Uhr und der Zeitmessung.

PD DR. RAINER PÖPPINGHEGE, seit 1998 Lehrender (Wiss. Ang.) für Neueste Geschichte an der Universität Paderborn. Forschungsschwerpunkte: Regionalgeschichte und Kommunikationsgeschichte (insbes. Erster Weltkrieg).

DR. PHIL. HABIL. BARBARA STAMBOLIS, Privatdozentin im Historischen Institut der Universität Paderborn, z. Zt. Lehrstuhlvertretung an der Universität Siegen. Veröffentlichungen u. a. zu historischer Festforschung, Nation und Konfession, Erinnerungskultur, Vereinsforschung, Geschlechtergeschichte.

ANGELA WEISBROD, Studentin an der Universität Paderborn für das Lehramt Sek. I und II in den Fächern Geschichte und Deutsch.

BODO ZEHM, Leiter der Stadt- und Kreisarchäologie Osnabrück.